Einführung

Geld ist eine tolle Erfindung! Doch obwohl wir es seit Jahrtausenden kennen und täglich benutzen, gibt es nichts Vergleichbares, worüber wir so wenig wissen! Geld ist immer noch mit einem Nebel des Geheimnisvollen umgeben. Selbst Wissenschaftler reden von »Geldschleier« und »Geldillusion« und verbinden Geld mit Magiebegriffen. – Unabhängig von den geldbezogenen Schlagzeilen in unseren Tagen, werden darum in diesem Buch erst einmal die Begriffe und Funktionen rund um das Geld erklärt. Ebenso die geldbezogenen Verknüpfungen mit der Wirtschaft und deren Auswirkungen für uns Bürger. Vor allem aber wird den Fehlstrukturen in unserer Geldordnung nachgegangen, werden deren Folgen verdeutlicht und am Ende Wege aus dem heutigen Dilemma aufgezeigt. Denn die Kenntnis dieser Fehlstrukturen sowie die Möglichkeiten ihrer Behebung sind ausschlaggebend für unsere Zukunft, gerade auch in unseren Industrienationen, in denen die Geldbezogenheiten aller Problementwicklungen täglich deutlicher werden. Und niemand von uns kann sich diesen monetären Zwängen und Auswirkungen entziehen, es sei denn, er flieht als Robinson auf eine Insel.

Für den normalen Bürger stellten sich bisher solche Überlegungen kaum. Er erhält Geld für seine Arbeit und gibt es für den Lebensunterhalt aus. Allenfalls hat er in der Jugend ein paar Sprichworte mitbekommen, meist ohne viel darüber nachzudenken; zum Beispiel »Geld verdirbt den Charakter« oder »Beim Geld macht der Teufel immer auf den größten Haufen.« Noch bekannter und in vielen Sprachen zuhause ist das Sprichwort: »Geld regiert die Welt«.

Warum aber verdirbt Geld den Charakter? Würden wir das auch von einem Gutschein sagen oder einer Theaterkarte, die, ähnlich wie Geld, einen Anspruch auf eine Gegenleis-

tung dokumentieren? Und warum bekommen diejenigen noch mehr Geld, die bereits einen »großen Haufen« davon haben? Ist Einkommen nicht an Leistung gebunden? Wenn ja, widersprechen dann nicht leistungslose Einkünfte den Grund- und Menschenrechten? Und was bedeutet das dritte Sprichwort, nach dem die Welt vom Geld regiert wird? Denn wenn das zutrifft, sind dann nicht alle Regierungen, ob gewählt oder nicht, ob rot, schwarz, gelb oder grün, nur eine Farce, Marionetten des Geldes? Können wir von einer aufgeklärten, mündigen Welt und vor allem von Demokratien reden, solange diese Fragen ungeklärt bleiben? Oder hat man bewusst den Schleier des Geheimnisvollen über die Geldsphäre gebreitet?

Was stimmt nicht bei unserem Geld?

Wer sich intensiver mit unserem Geld befasst, mit der Geldordnung, der Geldtechnik und allen sonstigen Geldgegebenheiten, dem stehen meist sehr schnell die Haare zu Berge. Allein die Widersprüchlichkeiten, auf die man unter logischen Ansätzen stößt, finden fast kein Ende:

- Da ist Geld eine öffentliche Einrichtung, gleichzeitig aber auch privates Eigentum, obwohl nichts in der Welt zwei-Herren dienen kann.
- Da ist die Geldvermehrung durch gefälschte Banknoten und Münzen bei Strafe untersagt, die Geldverminderung durch Entzug von Banknoten aus dem Wirtschafts-Kreislauf jedoch erlaubt.
- Da ist Geld das einzige gesetzliche Zahlungsmittel, gleichzeitig aber auch ein beliebig verwendbaresSpekulationsobjekt.
- Da unterliegt Geld einem allgemeinen Annahmezwang, aberkeinem Weitergabezwang, obwohl das erste ohne das zweite keinen Sinn ergibt.
- Da wird Geld gleichzeitig als Tausch- und Wertaufbewahrungsmittel deklariert, obwohl die zweite Funktion die erste aufhebt.

- Da wird kein Maßstab in der Wirtschaft so oft gebraucht wie das Geld, aber dessen Kaufkraft nicht stabil gehalten.
- Da ist unser Geld mit einem Zins- und Zinseszinseffekt gekoppelt, obwohl dieser zu einem exponentiellen und sich schließlich überschlagenden Wachstum führt.

Diese Aufzählung an Widersprüchen dürfte eigentlich schon die vom Geld ausgehenden Miseren erklären, vor allem, wenn man sich dazu noch die zentrale Bedeutung des Geldes in unseren heutigen Volkswirtschaften vergegenwärtigt.

Welche Bedeutung hat das Geld?

Wenn man die Bewohner eines Hauses fragt, welche Gebäudeteile die wichtigsten sind, werden sie sicher die Wohngeschosse nennen. Vom Untergeschoß wird kaum jemand reden und vom Fundament noch weniger. Dabei ist das Fundament für die Stabilität des gesamten Gebäudes von entscheidender Bedeutung.

Ähnlich ist es mit den Etagen der »politischen Gebäude«, in denen wir leben: Der Bereich der Gesellschaftspolitik ist uns der wichtigste. Mit wirtschaftlichen Fragen befassen wir uns weniger und mit jenem der Geld- und Währungsordnung, also dem Fundament, so gut wie gar nicht.

Diese Einschätzungs- und Interessenabstufung gilt nicht nur für das Gros der Bürger, sondern auch für fast alle Politiker. - Ein deutscher Bundestagsabgeordneter, vormals Bundesbanker und als Folge Währungsexperte seiner Fraktion, hat schon zur DM-Zeit einmal geklagt, dass der Fraktionsraum bei gesellschaftspolitischen Tagesfragen überfüllt sei, aber bei Diskussionen über Wirtschaftsfragen halbleer sei und stünden Geld- und Währungsfragen an, bliebe von der ganzen Mannschaft allenfalls ein halbes Dutzend übrig.

Dabei wird die Bedeutung des Geld- und Währungssektors jedem klar, wenn man die Bereiche Gesellschaft, Wirtschaft und Währung - entsprechend unserem Wohnhausbeispiel - einmal übereinander anordnet, wie in der Darstellung 1 geschehen: Eine

stabile Gesellschaft kann es nur auf dem Unterbau einer stabilen Wirtschaft geben, und diese nur auf dem Fundament eines stabilen Geld- und Währungssystems. Doch ähnlich wie bei den Gebäuden, wissen wir nur selten etwas von dieser fundamentalen Rolle des Geldes. Und tauchen in den »gesellschaftlichen Wohnetagen« Risse auf oder droht das Gebäude gar baufällig zu werden, versuchen wir darum meist »vor Ort« mit den Problemen fertig zu werden. Doch haben solche Reparaturversuche kaum Chancen auf Erfolg, weil die Ursachen der Störung meist tiefer liegen und fast immer im »Fundament« zu finden sind, also im Bereich von Geld und Währung.

Darstellung 1:

Die Bedeutung des Geld- und Währungsbereichs

TEIL I

Begriffe, Grössen und Funktionen rund ums Geld

1. Kapitel

Klärung der geldbezogenen Begriffe und Vorgänge

»Wenn die Begriffe nicht richtig sind,
so stimmen auch die Worte nicht,
und stimmen die Worte nicht,
so kommen auch die Werke nicht zustande.«

Konfuzius

Begriffe sollen das Begreifen erleichtern. Mit klar abgegrenzten Begriffen und Begriffsdefinitionen werden auch komplizierte Sachgegebenheiten verständlich. Unklare Bezeichnungen stiften dagegen Verwirrung, selbst bei einfachen Vorgängen und Zusammenhängen. Wer sich, aus anderen Berufsfeldern kommend, mit Geldfragen befasst, wird über die dort zu findenden vielfältigen Widersprüchlichkeiten und Begriffsungenauigkeiten irritiert sein. Da verwechselt man z.B. Veränderungen des Gesamtpreisniveaus mit Einzelpreisschwankungen oder addiert beide unter dem Begriff Inflation. Da werden die Begriffe Profit, Gewinn, Zins, Rendite und Mehrwert für gleiche wie für unterschiedliche Phänomene benutzt. Da bezeichnet man Schecks, Kreditkarten und vor allem auch Bankguthaben als »Geld« oder fasst sie sogar mit Banknoten und Münzen als »Geldmenge« zusammen. - Dass solche Begriffsvermischungen und -verwirrungen zu Missverständnissen und Fehlschlüssen führen müssen, liegt auf der Hand. Nachfolgend wird darum zuerst einmal versucht, Klarheit in die Begriffe und Funktionen zu bringen.

Was ist Geld?

Allein mit Antworten auf diese Frage kann man ganze Bücher füllen! – Geld ist zuerst einmal eine ganz phantastische Erfindung, vergleichbar mit der des Rades. So wie mit dessen Hilfe

der Transport von Gütern auf eine vorher unvorstellbare Weise erleichtert wurde, so mit dem Geld der Tausch. Ohne Geld war nur ein direkter Tausch von Leistung gegen Leistung möglich. Der Korbmacher beispielsweise, der neue Schuhe brauchte, musste erst einen Schuhmacher finden, der einen Korb benötigte. Dabei musste dann auch noch der Wert beider Produkte in etwa gleich sein, damit der Tausch überhaupt zu Stande kam. Dieses Beispiel zeigt bereits, wie eng die Grenzen geldloser Märkte gezogen waren und die Entwicklung von Spezialisierung und Arbeitsteilung nur geringe Chancen hatten.

Aus der Sicht des Leistungstausches ist Geld also ein universeller Vermittler. Geld ermöglicht es, Leistungen an jeden daran Interessierten zu verkaufen und mit dem empfangenen Tausch- oder Zwischentauschmittel - zeit- und ortsungebunden - eine beliebige Gegenleistung bei jedem anderen Marktteilnehmer nachzufragen.

Diese Vermittlerrolle hatten im begrenzten Umfang bereits vor dem Geld bestimmte langlebige Waren. Vor allem solche Waren, die man notfalls selber aufbrauchen konnte, wie z.B. Salz, Getreide, Teeziegel, Kakaobohnen usw. Doch so sehr sich diese Waren aufgrund ihrer relativ langen Lebensdauer auch als Zwischentauschmittel eigneten, so waren sie in der Handhabung jedoch unpraktisch und verloren außerdem mit der Zeit an Wert. Das zählbare, haltbare und leicht transportierbare Münzgeld dagegen, das dazu noch die zu tauschenden Güter auf einfache Art mit eingeprägten Zahlen vergleichbar machte, brachte den Durchbruch zu einer Wirtschaftsentwicklung, ohne die unsere heutige Zivilisation wie auch unser Wohlstand undenkbar wäre.

Was versteht man heute unter Geld?

Mit dieser Frage hat man im Allgemeinen keine Schwierigkeiten. Geld ist für den Bürger immer noch das Medium, das man als Münzen und Scheinen in seinem Portemonnaie oder seiner Brieftasche mit sich herumträgt bzw. zu Hause irgendwo als Reserve liegen hat. Aber auch die Bestände auf den Sichtgut-

haben, den Girokonten, - seit langem für Zahlungen benutzt - werden als Geld angesehen. Deshalb hat sich inzwischen für diese Guthaben der Begriff »Giralgeld« oder »Buchgeld« eingebürgert, obgleich das irreführend ist. Denn diese Geldguthaben sind lediglich Ansprüche auf Rückerhalt von Geld, dass man der Bank zwischenzeitlich zur Weiterverwendung überlassen hat. Mit Hilfe der Banken kann man diese Guthaben - ohne Abhebung und Wiedereinzahlung von Geld - lediglich an Stelle von Geld an Dritte übertragen! Irreführenderweise werden In der Wissenschaft jedoch nicht nur diese Sichtguthaben als »Geld« bezeichnete, sondern häufig sogar *sämtliche* Bankguthaben. Das heißt, man spricht nicht nur von Bar- und Giralgeld sondern auch von Spar- und Termingeld und fasst diese Bestände, zusammen mit dem Bargeld, sogar als »Geldmengen M1, M2 oder M3« zusammen. Einzelne, wie der Exbankier *von Bethmann,* lassen sogar schon mit jeder offenen Rechnung Geld »entstehen«, das mit der Begleichung der Rechnung wieder »vernichtet« wird, usw.. - »Im Grunde weiß niemand mehr, wo Geld aufhört!«, formulierte ein Referent der Deutschen Bundesbank einmal diesen Zustand. - Also ein Vertreter jener Behörde, die für die Steuerung der Geldmenge zuständig ist!

Auch ein Studium der Lehr- und Geschichtsbücher hilft bei der Eingrenzung und dem Verständnis von Geld kaum weiter. Dafür geben die folgenden chronologisch wiedergegebenen Zitate Zeugnis:

»Geld ist nur um des Austausches willen geschaffenes Zeichen« (Platon, um 380 v. Chr.)
»Geld regiert die ganze Welt« (Publ. Syrus, 1.Jhdt. v. Chr.)
»Geld hat die Aufgabe den Tausch zu erleichtern« (Th. von Aquin, um 1250)
»Geld ist das Blut der Volkswirtschaft« (J. Bodin, 1580)
»Geld ist das Brecheisen der Macht« (Fr. Nietzsche 1880) und
»Geld ist eine neue Form der Sklaverei« (L. Tolstoi, 1980)

Aber auch die folgenden Zitate von drei deutschen Ökonomen aus dem 20.Jahrhundert schaffen eher Verwirrung als Klarheit:

»Geld ist ein generelles Gut nominaler Geltung« (F. Lütje)
»Geld ist ein Geschöpf der Geldordnung« (G.F. Knapp) und
»Geld ist, was gilt« (G. Schmölders)

Angesichts solcher Aussagen ist die des deutschen Notenbankers und ersten Chefvolkswirts der Europäischen Zentralbank (EZB), *Otmar Issing*, fast beruhigend: *»Ganze Berge wissenschaftlicher Literatur zeugen davon, dass der Geldbegriff in den Wirtschaftswissenschaften alles andere als unumstritten ist«*. Dabei ist die Antwort, entsprechend der Definition des Ökonomen *Schmölders*, ganz einfach: Geld ist das in einem Wirtschaftsraum allgemein akzeptierte und gesetzlich festgelegte Zahlungsmittel, das von den Zentralbanken ausgegeben wird!

Sind Schecks, Kredit- und Geldkarten Geld?

Auch diese Zahlungs-Hilfsmittel sind kein Geld. Mit ihnen werden letztlich immer nur Sichtguthabenbestände übertragen, gleichgültig ob mit Überweisungen, Dauer- und Abbuchungsaufträgen. Bei der Nutzung von Kreditkarten finden diese Übertragungen erst mit Verzögerung statt, nämlich bei der Abrechnung der Kreditkartengesellschaft mit den Zahlungsempfängern, bei der das Girokonto des Zahlers belastet wird. Bis zu dieser Abbuchung gibt der Laden-Inhaber die gekaufte Ware also auf Kredit, woraus sich der Name der Karte ableitet.

Neben diesem Nachteil verzögerter Bezahlung, muss der Verkäufer auch noch eine Provision von zwei bis fünf Prozent an die Kreditkartengesellschaft zahlen, Verluste, die er in seine Preise einkalkulieren muss. Das heißt, die Bequemlichkeit der Kreditkarten wird auch von denjenigen mitbezahlt, die sie nicht benutzen. Geldkarten wiederum sind vorausbezahlte Zahlungshilfen, die praktisch wie Telefonkarten funktionieren. Sie können jedoch bei der Bank durch Bargeldeinzahlungen oder Abbuchungen vom Girokonto immer wieder aufgefüllt werden. Inzwischen sind alle diese bargeldlosen Übertragungsmöglichkeiten durch die EC- und anderen Karten überholt, mit denen man den Kaufwert direkt vom eigenen Konto auf das

des Verkäufers übertragen kann. Aber auch alle diese elektronischen Zahlungs-Hilfsmittel bewirken letztlich immer nur eine Übertragung von Ansprüchen auf Geld ohne die Geldmenge selbst zu verändern.

Was ist mit der Geldmenge?

Churchill hat einmal gesagt, dass man bei einer gleich lautenden Frage an vier Ökonomen fünf verschiedene Antworten erhalten würde. Stellt man heute die Frage nach der Geldmenge, dann erhält man sogar ein Dutzend Antworten zur Auswahl, die vom Bargeld über Bankeinlagen bis zu sämtlichen Geldvermögenswerten reichen. Die hauptsächlichen Irritationen in Bezug auf Geldbegriff und -menge hängen jedoch mit der Fehlbenennung der Sicht-, Spar-, Termin- und sonstigen Bankeinlagen als »Geld« zusammen. Dies wird häufig auch damit begründet, dass sich die genannten Guthaben durchweg rasch liquidieren, also in Geld zurückverwandeln lassen. Aber auch wenn man seinem Nachbarn Geld nur für einen Tag oder eine Stunde leiht, die Liquidität also nur kurzfristig aufgibt, vergrößert sich nicht die Geldmenge. Allenfalls kommt es zu einer Vergrößerung der Geldnutzung, des so genannten Geldumlaufs.

Gleichgültig also, ob ich meinem Nachbarn Geld leihweise zur Verfügung stelle oder einer Bank die es weiter verleiht: Eine Vermehrung von Geld ist damit nicht verbunden, selbst dann nicht, wenn diese Überlassung mehrfach verbucht wird. Und das gilt auch für die Sichtguthaben bzw. Girokonten, auf die wir noch zu sprechen kommen.

Wie kann man Geld definieren?

Versucht man einmal, Geld nach seinen Aufgaben und Funktionen zu definieren, dann kann man es u.a. bezeichnen als

- Tauschhilfs- bzw. Zahlungsmittel,
- Recheneinheit, Wertmesser oder Preisvergleicher,
- Wertaufbewahrungs- und Wertübertragungsmittel.

Geht man von der Rechtslage bzw. der Dokumentationsseite aus, dann ist Geld

- eine anonyme Bestätigung für eine eingebrachte Leistung,
- ein weiter zu gebendes Anspruchsdokument auf das Sozialprodukt,
- das gesetzliche und unter Annahmepflicht stehende Zahlungsmittel.

Legt man diese Definitionen zu Grunde, dann ist die Frage »was ist Geld?« nochmals beantwortet, nämlich jenes Medium, auf das alle drei vorgenannten Kriterien zutreffen! Das aber ist bislang nur bei den Geldscheinen und Münzen der Fall, also bei dem Bargeld, das von den Staaten als Zahlungs- und Schuldentilgungsmittel herausgegeben wird.

Auf die in der Fachwelt ebenfalls als Geld bezeichneten Phänomene, wie Sichtguthaben, Schecks, Kreditkarten usw., treffen die angeführten Kennzeichnungen allenfalls in einzelnen Punkten zu. Man sollte sie darum konsequenterweise auch nicht als Geld bezeichnen. Selbst bei den für Zahlungszwecke genutzten Sichtguthaben ist die heute übliche Bezeichnung »Giralgeld« so lange fragwürdig, wie diese Guthabenbestände nicht dem Bargeld rechtlich und funktional gleichgestellt sind. Das aber wäre nur der Fall, wenn man - wie vor hundert Jahren bei den von den Banken eingeführten Banknoten - das Giralgeld zum offiziellen Geld erklären und seine Ausgabe durch die Notenbanken übernehmen würde. - Eine Maßnahme die ab und zu diskutiert wird, aber nur schwer zu realisieren sein dürfte.

Für welche Zwecke kann man Geld benutzen?

So wie man Geld im Allgemeinen als Gegenwert für Leistungen erhält, so gibt man es im Allgemeinen auch wieder für Leistungen aus. Erhaltenes Geld kann man aber nicht nur zur Leistungsnachfrage benutzen, sondern auch zum Verschenken oder zum Verleihen. Und schließlich kann man Geld auch einfach ungenutzt liegen lassen, also aus dem Verkehr ziehen.

Benutzt man Geld zum Kaufen oder Verschenken, geht es für alle Zeit in andere Hände über. Verleiht man Geld, tritt man die Möglichkeiten seiner Nutzung nur vorübergehend ab. Hortet man dagegen Geld, fällt es für jegliche Nutzung in der Wirtschaft aus und es kommt zu einer Unterbrechung des Geldkreislaufs. Und diese Unterbrechung ist kein einmaliger Vorgang, sondern führt zu einer Kettenreaktion von Nachfrage-Ausfällen, mit der alle in der Zwischenzeit sonst möglichen Tauschvorgänge verhindert werden!

Läuft das Geld z.B. normalerweise zweimal im Monat um, dann löst z.B. eine stillgelegte 100-Euro-Note in einem Jahr Nachfrageunterbrechungen in Höhe von 2.400 Euro aus! Während also beim Kaufen, Verschenken und Verleihen der Nachfragekreislauf geschlossen bleibt, führt das Liegenlassen von Geld zu Störungen, die sich im Zeitablauf akkumulieren.

In dieser möglichen Verzögerung zwischen Leistungseinbringung und -nachfrage, also in der Wertaufbewahrungsfunktion des Geldes, liegt bereits einer der entscheidenden Konstruktionsfehler unseres Geldes. Denn der Tauschvorgang Leistung gegen Leistung bzw. Ware gegen Ware, der ohne Geld in einem Schritt abgewickelt wird, teilt sich durch das Geld in zwei Vorgänge auf: Ware gegen Geld - Geld gegen Ware. Da der zweite Schritt aber nicht dem ersten folgen *muss*, sondern erst sehr viel später (oder auch gar nicht!) erfolgen *kann*, wird mit jeder zwischenzeitlichen Stilllegung des Geldes der Kreislauf unterbrochen, was nur problemlos ist, wenn dies mit einer gewissen Regelmäßigkeit erfolgt. Geld ist also nicht nur ein Tauschvermittler bzw. Zwischentauschmittel und damit ein Schlüssel zum Markt, sondern es kann auch zu einem Riegel werden, der den Fortgang der Marktprozesse verhindert.

In einer Geldwirtschaft sind also Angebot und Nachfrage nur dann ausgeglichen und somit im Gleichgewicht, wenn alles eingenommene Geld regelmäßig wieder für Ausgaben genutzt wird. Da aber die Geldhaltung der Warenhaltung aus vielen praktischen Gründen überlegen ist, ist im Grunde ein ständiges Ungleichgewicht in unseren Volkswirtschaften einprogrammiert.

Warum muss man zwischen Geld und anderen Forderungs-Ausgleichmitteln unterscheiden?

Nehmen wir an, ein Installateur hat bei einem Bäcker eine Reparatur durchgeführt, für die er 100 Dollar oder Euro berechnet. Diese Rechnung kann der Bäcker begleichen

- mit einem Geldschein über diesen Betrag oder, wenn der Installateur dies akzeptiert,
- mit einem Bar- oder Verrechnungsscheck bzw. einer Überweisung oder
- mit einer Gegenleistung in Brot

Im ersten Fall liegt ein Forderungsausgleich durch Bezahlung vor, im zweiten durch eine Guthabenübertragung und im dritten Fall durch eine Sachleistung. Träfe die Auffassung zu, dass alles, womit man eine Forderung begleichen kann auch »Geld« ist, dann wäre nicht nur der Scheck Geld, sondern auch das zum Ausgleich gelieferte Brot.

Solche Gleichsetzungen sind also nicht nur begrifflich sondern auch sachlich fragwürdig. So kann die Menge des Brotes nur durch Arbeitsleistungen des Bäckers vermehrt werden und die Menge übertragbarer Guthaben nur durch Bargeldeinzahlungen bei der Bank. Die Menge des allen Vorgängen zu Grunde liegenden Bargeldes aber (und hier liegt der entscheidende Unterschied!) kann nur von den dazu befugten Notenbanken vermehrt werden. Geld ist also mehr als nur ein Zahlungsmittel, als das man auch den Scheck oder die EC-Karte ansehen kann! Oder anders ausgedrückt: Geld ist zwar (auch) ein Zahlungsmittel, aber alle anderen Zahlungsmittel sind kein Geld! Schon gar nicht das Brot, das man dem Installateur als Tauschware gegen die Reparaturarbeiten anbietet.

Außerdem setzt ein Forderungsausgleich am Markt, gleichgültig ob durch Geldzahlung, Guthabenübertragungen oder Sachleistungen vollzogen, immer eine Arbeits- oder Sparleistung des Zahlenden voraus und ist damit durch Güter am Markt gedeckt. Geld dagegen kann von den Notenbanken auch ohne Leistungsdeckung produziert und in Verkehr gebracht werden, was allerdings, wenn das im Übermaß geschieht, zur

Inflationierung des Geldes, das heißt zu Kaufkraftverlusten desselben führt.

Die Unterschiedlichkeit von Geld, Scheck und Sachleistung wird ebenfalls deutlich, wenn man sich vorstellt, der Installateur würde die empfangene Gegenleistung verlieren oder verlegen:

Verliert er den Scheck, so bleibt seine Forderung offen und er kann den Bäcker ggfs. um eine erneute Scheckausstellung bitten.

Verliert er das Brot, ist sein Anspruch dagegen verwirkt und er muss den Schaden tragen.

Verliert er den Geldschein, sind seine Ansprüche ebenfalls erloschen. Darüber hinaus aber fügt er - wenn der Geldschein von keinem Dritten gefunden wird - durch die folgende Kette ausfallender Nachfrage auch der Allgemeinheit einen Schaden zu.

Weiter ist zu beachten, dass sowohl der Wert des Schecks als auch der des Brotes vom Wert des Bargeldes abgeleitet wird. Dessen Wert aber, bzw. richtiger: dessen Kaufkraft, ist alleine abhängig von der Mengenrelation zwischen ausgegebener Geldmenge und Wirtschaftsleistung.

Warum ist Geld der Arbeit und den Gütern überlegen?

Stellen wir uns einmal drei Wanderer vor, die abends müde und hungrig in ein Dorf kommen und sich auf ein gutes Essen freuen. Der erste der Drei hat noch einen entsprechenden Geldschein in der Tasche, der zweite einen Korb frischer Pilze im Wert des Geldscheins gesammelt und der dritte rühmt sich seiner Fähigkeit, in einer Stunde gleichwertige Arbeit leisten zu können.

Derjenige mit dem Geldschein wird im nächsten Gasthaus seinen Hunger problemlos stillen können. Der Pilzsammler wird das nur können, wenn er einen Abnehmer dafür findet. Noch schwerer hat es der Dritte im Bunde, denn ob am Abend noch jemand eine Arbeitskraft für eine Stunde sucht, ist zweifelhaft.

Noch deutlicher wird der Unterschied mit einem anderen Vergleich: Man stelle sich vor, dass die Türen eines Panzerschranks mit 10.000 Euro für 14 Tage geschlossen werden, ferner die Türen einer Markthalle mit Waren im gleichen Wert und schließlich noch die Türen eines Raumes, in dem sich fünf Menschen aufhalten, die in 14 Tagen normalerweise 10.000 Euro verdienen.

Öffnet man die Türen nach 14 Tagen, dann sind die fünf Eingeschlossenen wahrscheinlich verdurstet und die Waren in der Markthalle überwiegend verdorben. Die Geldscheine im Tresor aber sind so frisch wie vorher.

Geld ist also - im Gegensatz zu der Auffassung vieler Ökonomen - keinesfalls ein »Äquivalent« für Waren und Arbeit, sondern auf Grund seiner besonderen Eigenschaften und seiner Universalität diesen weit überlegen. Der deutsche Verfassungsrechtler *Dieter Suhr* (1939-1990) hat Geld darum als »Joker« im Wirtschaftsgeschehen bezeichnet, als die überlegene Karte, die begehrter ist als alle anderen. Und weil man sich wegen dieses Vorzugs nur ungern vom Geld trennt, ist es normalerweise immer knapper als die sich ihm anbietenden Waren. Knappe Güter wiederum, ganz besonders, wenn man sie problemlos aufbewahren kann, sind jedoch immer wertvoller und begehrter als alle anderen, was sich in einem damit zu erzielenden Knappheitsgewinn oder -preis niederschlägt. - Und beim Geld heißt dieser Knappheitsgewinn oder -preis: der Zins!

Woher bekommt das Geld seinen Wert?

Als Geld noch aus Gold und Silber bestand, ging sein Wert von dem des verwendeten Metalls aus. Dieser Wert wiederum wurde von der Begehrtheit, der Seltenheit und von dem Aufwand bestimmt, das Metall abzubauen und einzuschmelzen. Geld aus Gold und Silber war also letztlich selbst eine Ware, die man gegen eine andere tauschte. Heute haben allenfalls noch die kleinsten Münzen einen solchen durch das Material gedeckten Eigenwert. Der Nennwert der großen Münzen und

vor allem der Scheine übersteigt dagegen die Material- und Herstellungskosten um ein Vielfaches.

So wie das Gold- und Silbergeld seinen wirtschaftlichen Wert letztlich aus seiner Knappheit hergeleitet hat, so ist das auch heute noch bei unserem Papiergeld der Fall. Konkret: Unser Geld erhält seinen Dauerwert alleine durch seine Mengenbegrenzung im Verhältnis zu dem Wert und Umfang der angebotenen Leistungen und Güter in der Wirtschaft. Anders ausgedrückt: Die Menge der angebotenen volkswirtschaftlichen Leistungen, dividiert durch die Menge des nachfragenden Geldes, ergibt dessen Kaufkraft.

Würde eine Notenbank, bei gleich bleibender Wirtschaftsleistung, »morgen« die Geldmenge verdoppeln, dann wäre also kein Geldhalter reicher, weil auch die Preise auf das Doppelte ansteigen würden. Gewinner bei einer solchen Verdoppelung wären allerdings die Schuldner, denn sie könnten ihre Schulden, aufgrund der halbierten Geld-Kaufkraft, mit halbierter Leistung tilgen. Und entsprechend würden die Gläubiger die halbe Kaufkraft ihrer Forderungen verlieren.

Diese aus der Relation zur Leistung resultierende Kaufkraft des Geldes bestimmt auch die Kaufkraft der in Geldeinheiten ausgedrückten Verrechnungsvorgänge über die Girokonten, gleichgültig welchen Umfang diese Kontenbestände auch haben. Ohne den von der Notenbank ausgegebenen und in der Menge regulierten Bargeldbestand, würde auch hier der Wert- und Preismaßstab fehlen und kaum auf andere Weise zu konstruieren sein.

Wie viel Bargeld gibt es eigentlich?

Wenn wir uns zur Beantwortung dieser Frage einmal die Entwicklung in Deutschland ansehen, dann lag die herausgegebene Bargeldmenge - ohne Kassenbestände der Kreditinstitute - Ende 1950 bei vier und Ende 2010 bei 200 Mrd Euro. Das heißt, sie hat auf das 50-fache zugenommen. Berücksichtigt man, dass die reale Wirtschaftsleistung in den gleichen 60 Jahren auf etwa das Acht- bis Zehnfache angestiegen ist, ergibt sich ein

Kaufkraftverlust dieses Geldes auf ein Fünftel oder Sechstel des ursprünglichen Wertes.

Schlüsselt man die Bargeldmenge in Deutschland, dann entfielen von den 200 Mrd im Jahr 2010 rund 3 Prozent auf das Münzgeld und 97 Prozent auf das Papiergeld. Bezogen auf den Euro-Raum hatten dabei die 500-Euro-Noten mit 34 Prozent den größten Wertanteil, der zweitgrößte mit 33 Prozent entfiel auf 50-Euro-Noten, während der Wertanteil der 100-Euro-Noten nur bei 19 Prozent lag.

Legt man den Bargeldbestand von 200 Mrd in Deutschland auf die Bevölkerung von 82 Millionen um, dann errechnet sich ein Pro-Kopf-Anteil von rund 2.440 Euro und auf jeden der rund 38 Millionen Haushalte ein Anteil von 5.260 Euro. Dieser Betrag setze sich statistisch aus etwa dreieinhalb 500-Euro-Noten, drei 100-Euro-Noten und der Rest aus kleineren Noten und Münzgeld zusammen. Da aber in Wirklichkeit die durchschnittliche Bargeldhaltung je Haushalt eher bei 1.000 bis 2.000 als 5.260 Euro gelegen haben dürfte, wird wieder erkennbar, in welchem Umfang die Bargeldmenge über die von den Haushalten für die Endnachfrage tatsächlich benutzten Bestände hinausgeht.

Natürlich halten nicht nur Privathaushalte Bargeldkassen, sondern ebenfalls alle Unternehmen, Behörden usw. Gemessen an deren Umsätzen sind diese Bargeldkassen jedoch relativ klein. Und im Einzelhandel, bei dem sich täglich große Geldbeträge sammeln, werden diese Kassenbestände überwiegend auch täglich wieder bei Banken eingezahlt. Von dort kommen sie, durchweg innerhalb von zwei bis drei Tagen, durch Abhebungen der Endverbraucher wieder in den Kreislauf zurück.

Der große Bargeldüberschuss in Deutschland erklärt sich vor allem daraus, dass - laut Monatsbericht der Deutschen Bundesbank Juni 2009 - rund zwei Drittel der ausgegebenen Geldscheine im In- und Ausland gehortet werden und sogar nur etwa 10 Prozent am Geldumlauf regelmäßiger beteiligt sind. Schon in den 90er Jahren, also in der DM-Zeit, war bereits mehr als ein Drittel des gedruckten Bargelds ins Ausland verschwunden.

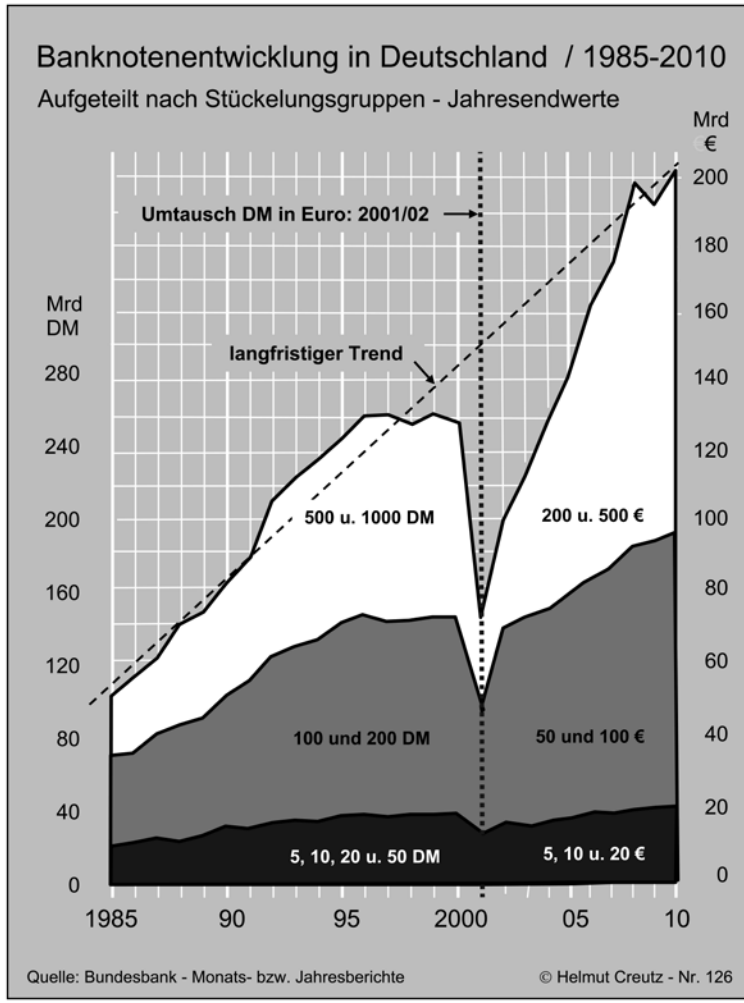
Die Mengen-Entwicklungen und -Anteile des Bargeldes

Die langfristigen Entwicklungen der Bargeldmenge in Deutschland gehen aus der *Darstellung 2* hervor, für den Zeitraum von 1985 bis 2001 in DM und danach in Euro, unterschieden jeweils in die größten, mittleren und kleineren Noten. Besonders deutlich wird die überproportionale Entwicklung der größten Noten, die in den DM-Jahren etwa dreimal so rasch zunahmen wie die kleineren und weitgehend im Handel gebräuchlichsten Stückelungen. Ebenso geht aus der Darstellung hervor, dass nach Bekanntwerden des Umtauschs in den Euro die Ausweitungen der großen Noten bereits in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre abgestoppt und kurz vor dem Umtausch radikal auf weniger als ein Drittel abgebaut worden sind. Das heißt, man zahlte die Scheine entweder auf Girokonten ein oder tauschte sie bei Schwarzgeld für einige Jahre in Dollar oder Schweizer Franken um. Und während die kleineren gebräuchlicheren Noten kaum reduziert wurden und nach 2001 auch nur geringfügig anstiegen, nahmen die Bestände der großen Noten nach und nach wieder auf ein Vielfaches ihrer Anfangsbestände zu. Bereits 2008 erreichten sie wieder ihren alten Überanstiegstrend, der sich nur mit der Größe der Hortungen erklären lässt und noch einmal beweist, wir irreführend der Begriff »Bargeldumlauf« für die ausgegebene Geldmenge ist.

Erfreulicherweise werden in dem vorgenannten Bundesbank-Bericht auch zum ersten Mal die fragwürdigen Verwendungen dieser großen Scheine *»im Bereich der Schwarzarbeit oder des Drogenhandels«* angeführt. Und als die 500-Euro-Noten in den letzten Jahren immer rascher zunahmen und wertmäßig in Spanien fast die Hälfte der gesamten ausgegebenen Banknoten erreichten, erklärte man das einmal mit der langen Küste des Landes, über die das Gros der Rauschmittel nach Europa eingeführt würde. Und weiter wies man darauf hin, dass es in Spanien fast die Regel sei, bei Immobiliengeschäften die Hälfte der Kaufbeträge »unter dem Anwalttisch« in bar abzuwickeln!
Beachtet man, dass in den USA der Hundert-Dollar-Schein die größte Note ist und in vielen anderen Ländern ebenfalls nur die gängigen Größen ausgegeben werden, dann müsste man

Darstellung 2:

Banknotenentwicklung in Deutschland / 1985-2010



diese großen Noten beim Euro - ebenso wie vorher bereits die Tausender bei der DM und dem Schweizer Franken! - eigentlich als Beihilfe zu Steuerhinterziehungen und kriminellen Taten bewerten!

Mit diesen Tatbeständen lässt sich auch erahnen, welches Inflationspotential in solchen Hortungsbeständen latent vorhanden ist, und damit auch welche selbst eingebrockten

Schwierigkeiten für die Zentralbanken, die Geldmenge stabilitätsgerecht zu steuern.

Übrigens läuft jeder Geldschein etwa dreimal jährlich durch die Kassen der Notenbank-Zweigstellen. Dabei werden alle unansehnlich gewordenen oder beschädigten Scheine eingezogen und durch neue ersetzt. Dabei liegen die Laufzeiten der besonders häufig benutzten kleineren Scheine bei knapp einem Jahr, während die großen etwa drei bis vier Jahre im »Umlauf« sind. - Die eingezogenen alten Scheine werden im Allgemeinen geschreddert, zu Briketts gepresst und verbrannt.

Wie kommt das Geld in Umlauf?

Bei der Neugründung eines Staates mit eigener Währung, wäre die gerechteste und einfachste Lösung die Ausgabe eines gleichen Kopfgeld-Startbetrags an alle Bürger. Auch nach einem Staatsbankrott wird das - meist beschönigend unter dem Begriff »Währungsreform« - häufig so praktiziert. So wurde beispielsweise in Westdeutschland 1948 an jeden Bürger ein Erstgeld von 40 DM ausgegeben und die gleiche Summe noch ein Mal an die Unternehmen für jeden Beschäftigten. Der Betrag wurde zwar etwas später noch auf 60 DM erweitert, aber der Wert aller darüber hinausgehenden Ersparnisse - die anfangs sogar eingefroren wurden - auf 6,5% reduziert.

Was die mit dem Wirtschaftswachstum notwendigen Ausweitungen der Geldmenge betrifft, so wird ab und zu der Vorschlag gemacht, diese durch Zuteilungen an die Bürger in den Kreislauf zu schleusen. Führt man sich jedoch einmal die anstehenden Größenordnungen vor Augen, dann wird die Fragwürdigkeit solcher Maßnahmen deutlich. So wurde in Deutschland beispielsweise die in Umlauf gegebene Euro-Bargeldmenge, die Ende 2000 bei 125 Mrd lag, bis Ende 2010 auf die bereits genannten 200 Mrd ausgeweitet und damit um 75 Mrd = 60 Prozent. Umgelegt auf alle Bürger waren das pro Kopf insgesamt rund 900 Euro und rund 90 Euro pro Jahr, was in jedem Monat mit knapp 8 Euro zu Buche schlägt! Man stelle sich angesichts dieser geringen Beträge den Aufwand vor, der mit einer sol-

chen Geldeinschleusung über die Bürger verbunden wäre, von den Problemen eines Geldeinzugs - falls er in Inflationszeiten notwendig werden sollte - nicht zu reden.

Eher vorstellbar wäre darum eine Korrektur der Geldmenge durch eine Zuteilung des erforderlichen Mehrgeldes an den Staat, der zu einer schnellen und vollständigen Ausgabe gezwungen werden könnte, ggfs. auch zu einer Rückgabe und Reduzierung der Ausgaben, wenn die Geldmenge verringert werden muss. Aber auch dieser Weg wäre nur dann möglich, wenn die Notenbanken wirklich nur noch mit der Steuerung der Geld*menge* zu tun hätten, das heißt, wenn der Geld*umlauf* eine verstetigte und sichere Größe wäre. So lange jedoch der tatsächliche Einsatz des Geldes eine unbekannt und unberechenbar ist, sind die Notenbanken zu ständigen Korrekturen und Feinsteuerungen der Geldmenge gezwungen. Solche Feinsteuerungen jedoch, die eine laufende Abtastung des Geldmarktes erforderlich machen, dürften heute nur über die laufend zu korrigierende kurzfristige Ausleihungen des Zentralbankgeldes an die Banken möglich sein.

Welche Vorteile hat die Geldmengensteuerung über Kredite?

Der Weg der Geldmengenregulierung durch Ausleihen des Geldes an die Banken, ist nicht nur der sensibelste, er lässt sich auch am ehesten mit den Notwendigkeiten in der Wirtschaft abstimmen. Denn die Banken fordern ihrerseits nur dann zusätzliches Geld an, wenn sie durch erhöhte Abhebungen bzw. Liquiditätsengpässe in den Kassen dazu gezwungen werden. Sammelt sich umgekehrt in den Bankkassen zuviel Bargeld an, geben sie es schnellstmöglich an die Notenbanken zurück, um ihre zinsbelasteten Schulden dort abzubauen.

So wurde über viele Jahre hinweg das von dem System der europäischen Zentralbanken herausgegebene Geld den Banken überwiegend nur für 14 Tage überlassen. Da sich diese Ausleihungen wöchentlich überlappen, fallen also jede Woche erhebliche Rückzahlungen an, die durch neue Kredite jeweils ausgeglichen

werden. Aufgrund dieses häufigen Austauschs und der jeweiligen Reaktionen der Banken, können die Zentralbanken sowohl die Mengen als auch die Zinskonditionen laufend korrigieren.

Über diese Kreditvergabe an die Banken hinaus haben die Notenbanken noch die Möglichkeit, die Geldmenge durch den Kauf von Gold, Wertpapieren oder Devisen auszuweiten und ggfs. durch Verkauf dieser Werte auch wieder zu reduzieren. Diese auf dem Kaufweg über den »Offenen Markt« erworbenen Werte dienen auch als eine Art von Notreserve, mit der z.B. kurzfristig auf Ausschläge der Wechselkurse oder Banken-Kalamitäten reagiert werden kann.

Zu einer Ausweitung der Geldmenge durch Ankauf von Devisen kommt es vor allem in Ländern mit Exportüberschüssen, da die Exporteure ihre Einnahmen in ausländischer Währung bei den Banken gegen die eigene Währung eintauschen. Diese tun dasselbe dann wieder bei der Notenbank. Hat sich die Notenbank nun zu einem Ankauf der Devisen verpflichtet, muss sie mehr Geld drucken als erforderlich ist, womit die Gefahr inflationärer Entwicklungen besteht, der so genannten importierten Inflation. Das war zum Beispiel auf Grund der in Bretton Woods festgelegten Dollarkurse bis in die 1970er Jahre der Fall.

Eine inflationsfreie Ausweitung der Geldmenge ist also nur gegeben, wenn sie im Gleichschritt mit der Wirtschaftsleistung erfolgt. Das aber ist heute noch nicht einmal bei der Geldausgabe über die Geschäftsbanken garantiert, da der Mehrbedarf am Bankschalter sowohl aus veränderten Zahlungsgewohnheiten als auch aus wirtschafts- oder spekulationsbedingten Mehrbedarf und verstärkter Liquiditätsvorliebe resultieren kann.

Woher bekommen die Notenbanken das Geld?

Das Papiergeld lassen die Notenbanken im Allgemeinen in speziellen Druckereien herstellen. Das heißt, die Notenbanken »schöpfen« Geld gewissermaßen aus dem Nichts und da dazu nur Papier und Farbe benötigt wird, sind die Herstellungskosten entsprechend gering. Beim Euro liegen sie pro Schein bei etwa zehn Cent.

Manchmal wird darum auch angenommen, die das Geld ausgebenden Notenbanken könnten den Differenzbetrag zwischen Herstellungskosten und Nennwert einstecken und sich somit unbotmäßig bereichern. Das wäre sicherlich so, wenn sie das Geld durch Kauf irgendwelcher Güter oder Wertgegenstände für den Eigengebrauch in den Umlauf bringen würden. Die Ankäufe der Notenbanken betreffen jedoch nur Gold, Devisen, Pfandbriefe usw., also Wertbestände, die gewissermaßen als ein Spartopf der Gesamtgesellschaft zu betrachten sind. Da diese angekauften Werte größtenteils zinsbringend eingesetzt werden, bzw. die Notenbanken für das an die Geschäftsbanken ausgeliehene Geld Zinsen verlangen, resultieren aus diesen Geschäften jedoch laufende Zinseinnahmen.

Mit diesen Zinseinnahmen finanzieren die Notenbanken zuerst einmal ihren recht aufwendigen Apparat und vor allem auch die Geldherstellung und -Betreuung. Darüber hinausgehende Einnahmen werden im Allgemeinen an die Staatshaushalte abgeführt. Das trifft weitgehend auch auf die wenigen privat und auf Aktienbasis organisierten Notenbanken zu, da sich deren Anteile überwiegend wiederum in den Händen staatlicher Stellen befinden.

Anders als beim Papiergeld liegt die Produktion des Münzgeldes, als Überbleibsel früherer Rechte, in den meisten Ländern noch in den Händen der Regierungen. Diese verkaufen die Münzen zum Nennwert an die Notenbanken, die ihrerseits den Staaten dafür Zentralbankguthaben einräumen. Da die Prägekosten der Münzen im Allgemeinen weit unter dem Nennwert liegen (sieht man von den kleinsten Münzen ab), verbleibt für den jeweiligen Finanzminister ein hübscher Gewinn, der als »Einnahmen aus dem Münzregal« in Deutschland z.B. mit etlichen hundert Millionen pro Jahr zu Buche schlägt. Allerdings dürfen auch die Regierungen nur in dem Umfang Münzen prägen, wie die Notenbanken - die ihrerseits wieder auf die Nachforderungen der Geschäftsbanken reagieren - sie nachfordern. - Mit den Ursachen und Folgen dieser Schwankungen der Bargeldnachfrage und -haltung werden wir uns später noch eingehender befassen.

Wem gehört das Geld?

Wer eine Sache herstellt, ist normalerweise ihr Eigentümer, auch wenn er sie - mit oder ohne Gebühren - anderen zur Nutzung überlässt.

Werden z.B. den Reisenden auf den Bahnhöfen Kofferkulis zur Verfügung gestellt, dann sind diese Eigentum der Bahngesellschaft und die Reisenden nur vorübergehende Nutzer. Man sollte meinen, dass dies beim Geld genauso ist. Hier aber gilt im Allgemeinen immer noch (obwohl das heutige Geld eine öffentliche Einrichtung ist!) dass jeder, der einen Geldschein in die Hand bekommt, daran »Eigentum erwirbt«.

Diese Sicht mag zur Zeit des Gold- und Silbergeldes, als Geld noch ein echtes Tauschgut mit Eigenwert war, zutreffend gewesen sein. Welche Probleme mit dieser immer noch bestehenden Eigentumsvorstellung jedoch in unseren Tagen verbunden sind, werden wir noch behandeln. Entscheidend ist, dass heute jeder Geldschein-Empfänger mit den Banknoten tun und lassen kann, was er will. Denn nicht allein der mit dem Geld dokumentierte Anspruch an die volkswirtschaftliche Leistung ist nach heutiger juristischer Auffassung sein persönliches Eigentum, sondern auch die ihm vom Staat kostenlos zur Verfügung gestellte weiterreichbare Leistungs-Quittung, also der Geldschein selbst. Und da man mit Eigentum beliebig umgehen kann, hat jeder Bürger in den meisten Ländern sogar das Recht, den erhaltenen Geldschein zu verbrennen oder anderweitig zu vernichten. Vor allem aber kann jeder, ohne Folgen befürchten zu müssen, den Geldschein beliebig lange aus dem Verkehr ziehen, obwohl er damit andere an der Nutzung dieser öffentlichen Einrichtung ähnlich hindert wie der Blockierer einer Fahrbahn!

2. Kapitel

Geld und Guthaben

»Ich glaube, man muß sich über Definitionen irgendwann mal einigen. Man kann natürlich die Dinge dauernd durcheinanderwerfen, sodaß der eine als Geld, was der andere als Vermögen, und der dritte als Kredit bezeichnet.«

Werner Ehrlicher*

Was sind Guthaben und wie nehmen sie zu?

Wenn eine Hausfrau ihrer Nachbarin ein Pfund Salz leiht, dann hat sie es selbst nicht mehr. Wohl aber hat sie einen Anspruch auf Rückgabe: Sie hat »ein Pfund Salz gut«, wie man so sagt, oder einfacher: Sie hat ein Salz-Guthaben. Gibt ihr die Nachbarin ein Pfund Salz zurück, erlicht das Guthaben und gleichzeitig die Schuld. An der Salzmenge hat sich nichts verändert.

Das alles gilt genauso in einer Volkswirtschaft. Auch hier können, bei gleich bleibender Wirtschaftsleistung und Nachfrage, die gesamten Guthaben und Schulden ständig zunehmen, ohne dass dies Einfluss auf die Geldmenge und die Kaufkraft in der Wirtschaft hat. Guthaben und Schulden spiegeln vielmehr immer nur den Grad der Kaufkraft*überlassungen* wider. Kurz: Die Vermehrung der Geldguthaben und Schulden hängt alleine von der Spar-, Verleih- und Leihbereitschaft der Wirtschaftsteilnehmer ab, die Vermehrung der Geldmenge (und damit die Beeinflussung der Kaufkraft) dagegen alleine von den Notenbanken!

Auch alle Bankguthaben resultieren aus solchen leihweisen Geldüberlassungen, die ihrerseits aus diesen Einlagen wiederum Kredite an Dritte weiter vergeben. So beschreibt das auch

* Geldtheoretiker an der Universität Freiburg, Podiumsdiskussion »Was ist Geld«, Wangen/Allgäu 1991

das Europäische Währungsinstitut in seinem Jahresbericht 1997 und später ebenso die Europäische Zentralbank (EZB), *»dass die Tätigkeit von Kreditinstituten ... darin besteht, Einlagen oder andere rückzahlbare Gelder des Publikums entgegenzunehmen und Kredite für eigene Rechnung zu gewähren.«*

Warum kann man Geld und Guthaben nicht als Geld zusammenzählen?

Dass man Äpfel und Birnen nicht zusammenzählen kann, sagt schon das Sprichwort. Noch weniger als Äpfel und Birnen unter dem Begriff »Äpfel«, kann man jedoch Geld und Guthaben unter dem Begriff »Geld« zusammenzählen. Denn während es sich bei Äpfeln und Birnen immerhin noch um vergleichbare konkrete Produkte handelt, haben wir es bei Geld und Guthaben mit einem konkreten und einem abstrakten Phänomen zu tun: Geld ist als Zahlungsmittel nicht nur ein konkreter Anspruch an die Wirtschaft, sondern auch ein konkretes Gut in Form von Papier oder Metall. Ein Guthaben dagegen ist nur die gebuchte Bestätigung für die *Überlassung* von Geld an einen anderen und der Anspruch auf dessen *Rückerhalt*.

Bei den Guthaben handelt es sich also gewissermaßen um die »Abbildungen von Äpfeln«, die man anderen überlassen hat. Diese Abbildungen haben zwar mit Äpfeln zu tun, sind aber selbst keine, auch wenn man sie - analog zum »Buchgeld« - als »Buchäpfel« bezeichnen würde. - Die Annahme, dass sich mit dem »Buchgeld« die »Geldmenge« vermehrt, ist also ebenso fragwürdig, wie die entsprechende Annahme bei den Äpfeln. Dasselbe gilt auch für ein Zusammenzählen des Geldes mit dem »Buchgeld«, bzw. der Äpfel mit den »Buchäpfeln«, zu einer neuen größeren Geld- oder Apfelmenge.

Aus diesem Grund sind solche Zusammenfassungen von Geld und Geldguthaben als Geldmengen, für die Steuerung der tatsächlich erforderlichen oder bestehenden Geldmenge (bzw. als Hilfsmittel und Anhaltspunkt für die Stabilerhaltung der Geldkaufkraft!), kaum geeignet und tragen eher zur Verwirrung bei.

Kann man Geld und Guthaben dennoch zusammenfassen?

Unterschiedliche Dinge mit unterschiedlichen Benennungen lassen sich selbstverständlich unter einer gemeinsamen *neuen* Bezeichnung zusammenfassen, so wie z.B. Äpfel und Birnen als »Obst«, Obst und Gemüse als »Gartenprodukte« usw. Entsprechend lassen sich auch Geld und Guthaben zusammenfassen, nämlich unter der Bezeichnung »Geldvermögen«: Wer 1.000 Euro in der Tasche hat und 8.000 auf der Bank, der hat ein Geldvermögen von 9.000 Euro. Hier von 9.000 Euro»Geld« zu reden, wäre jedoch sachlich falsch. Vielmehr führen solche Begriffsschludereien gerade im Bereich von Geld und Währung zu Konfusionen, deren Folgen immer unabsehbarer werden.

Was sind Sichtguthaben, wie entstehen sie und wie werden sie genutzt?

Bankguthaben werden im Allgemeinen nach Laufzeiten und Zinskonditionen unterschieden. Dabei ist der Guthabenzins normalerweise umso niedriger, je geringer die Laufzeiten der Einlagen sind. Beim Kreditzins ist es umgekehrt: Hier macht sich bemerkbar, dass der Bank-Aufwand bei kurzfristigen Ausleihungen und möglicherweise vielen Teilzahlungstilgungen deutlich höher ist als bei langfristigen Krediten, die in einem Schritt zurückgezahlt werden. Vor allem, wenn sie mit größeren Sicherheiten verbunden sind.

Weiter unterscheiden sich die Bankguthaben durch ihre Kündigungsmodalitäten. Es gibt solche, bei denen der Rückzahlungstermin bereits bei der Einzahlung festgelegt ist, z.B. bei Festgeld- oder Terminguthaben. Bei anderen ist die Rückzahlung offen und eine Kündigung erforderlich, wie z. B. bei Sparguthaben oder Tagesgeld. Bei Sichtguthaben dagegen ist eine jederzeitige Kündigung und Abhebung in voller Höhe ohne Kündigung möglich - soweit die Banken die Summe in der Kasse haben. Bei Barabhebungen in Millionenhöhe ist also eine Vorankündigung empfehlenswert.

Vor allem aber unterscheiden sich die Sichtguthaben durch die Möglichkeit, Anteile des Bestandes oder ggfs. auch den ganzen Bestand, von seinem Konto auf ein anderes übertragen zu können. Konkret: Man braucht zur Zahlung einer Verbindlichkeit nicht mehr zur Bank zu gehen, Geld abzuheben und es zum Empfänger zu bringen, der es dann seinerseits meist wieder bei seiner Bank einzahlen müsste. Diese Guthabenübertragungen kann man sogar als regelmäßigen Vorgang (Dauerauftrag) oder durch Einzugsermächtigung oder Scheckaushändigung vornehmen lassen. - Dass dieses bargeldlose Zahlungsverfahren für die Beteiligten eine enorme Entlastung bedeutet, vor allem bei größeren Beträgen und Entfernungen, bedarf keiner Erklärung. Inzwischen ist damit auch eine erhebliche Zeitersparnis verbunden, weil die Übertragungen durchweg tagesgleich oder inzwischen sogar zeitgleich abgewickelt werden, was heute, vor allem bei Börsengeschäfte, sogar mehrfach in einer Sekunde möglich ist.

Diese bargeldlosen Zahlungsverfahren kommen jedoch nicht ohne Bar- bzw. Zentralbankgeld aus. Denn parallel mit der Buchung von Bank zu Bank muss das übertragende Institut dem empfangenden in Höhe der Kunden-Überweisung Zentral- bzw. Notenbankgeld übertragen, und zwar über die Zentralbankgeld-Guthaben, die alle Banken, als eine Art Zentralbankgeld-Girokonto, bei der Zentralbank unterhalten müssen. Auch wenn die beteiligten Banken diese Verrechnung erst abends im Sammelverfahren über diese Konten vornehmen und vorab über interne Giro-Ringe usw., sind also auch die statt Barzahlung getätigten Überweisungen von Konto zu Konto letztlich durch Zentralbankgeld gedeckt.

Mit diesen heute weit verbreiteten Guthabenübertragungen von Konto zu Konto ergibt sich also lediglich ein zweiter Zahlungsweg, der wahlweise an die Stelle der Bargeldzahlung tritt. Die Zusammenfassung der Bargeld- mit den Sichtguthabenbeständen unter dem Begriff »Geldmenge» ist jedoch irreführend. Zutreffend ist allenfalls der Begriff »Zahlungsmittelmenge«, wobei zwischen dem »öffentlichem« und »privatem« Zahlungsmittel zu unterscheiden wäre. - Was den Unterschied ausmacht, zeigt sich in Krisenzeiten, wenn die Kunden an den

Schaltern Schlange stehen, um ihr »Giralgeld« in jenes wirkliche Geld einzutauschen, das alleine als staatlich anerkanntes Zahlungsmittel gilt.

Welche Folgen hat die Zunahme der Guthabenübertragungen für die Banken?

Für die Banken ergeben sich bei einer Ausweitung der Guthabenübertragungen und dem damit einhergehenden Rückgang des Bargeldbedarfs gleich mehrere Vorteile. Einmal können sie mit dem dadurch überflüssig werdenden Bargeld ihre zinspflichtigen Schulden bei der Notenbank und damit ihre Kosten reduzieren. Zum Zweiten verringert sich der mit den Bargeldaus- und -einzahlungsvorgängen verbundene Kostenaufwand, den sie heute - mangels anderer Möglichkeiten - letztlich auf die Kreditnehmer umlegen müssen, obwohl diese meist gar kein Bargeld benötigen. Zum Dritten können die Banken die Kosten des Giralgeldverkehrs - im Gegensatz zu jenen des Bargeldverkehrs - den Kunden über Gebühren in Rechnung stellen. Und zum Vierten erhöhen sich mit den vergrößerten Sichtguthabenbeständen die Möglichkeiten der Banken daraus zwischenzeitlich Kredite zu gewähren und damit ihre Einnahmen aus dem Zinsgeschäft zu erhöhen.

Obwohl sich also durch die Benutzung von Sichtguthaben für deren Eigentümer keine Veränderungen der Kaufkraft ergeben, ergibt sich für die Gesamtwirtschaft ein deutlicher Vorteil. Denn während die Geldscheine in den Händen der Marktteilnehmer zwischen Erhalt und Weitergabe von keinem anderen genutzt werden können und damit der Wirtschaft als Kaufkraft entzogen sind, können die statt Bargeld gehaltenen Sichtguthabenbestände zum größten Teil zwischenzeitlich ausgeliehen werden. Das heißt, Sichtguthabenbestände werden effektiver genutzt als Bargeldbestände. Eine vergleichbare Nutzungssteigerung beim Bargeld wäre dann gegeben, wenn jeder Halter eines Geldscheines diesen zwischen Einnahme und Ausgabe - also so lange er ihn nicht selber braucht - verleihen würde.

Aufgrund dieser bei den Sichtguthaben möglichen Zwischennutzungen ergeben sich bei Veränderungen der Zahlungsgewohnheiten also auch Veränderungen der Kreditgewährungs-Möglichkeiten. Da die Zahlungsgewohnheiten jedoch relativ stabil sind bzw. sich nur langsam verändern, sind auch diese Veränderungen im Bereich der Geldnutzung relativ gering und durch die Zentralbanken beherrschbar. Probleme können jedoch entstehen, wenn es kurzfristig zu größeren spekulativen Bestandsumschichtungen zwischen Bargeld und Sichtguthaben kommt.

Was war zuerst da - Guthaben oder Schulden, Geld oder Kredit?

Im Gegensatz zur Frage der Erst-Existenz von Henne oder Ei, lässt sich eine solche bei den Guthaben und Schulden leicht beantworten: Beide entstehen immer gleichzeitig mit jedem Verleihvorgang, wie sie auch immer gleichzeitig, mit der Rückzahlung des Geliehenen, wieder aus der Welt verschwinden. Wohl aber geht dem Entstehen beider Phänomene jeweils etwas anderes voraus, nämlich eine Ersparnisbildung des Geldempfängers und seine Bereitschaft, das von ihm erübrigte und nicht benötigte Geld einem anderen leihweise zu überlassen. Und umgekehrt geht auch der Auflösung der Guthaben-Schuldenbeziehung etwas voraus, nämlich eine Nachsparleistung des Kreditnehmers und damit die Bereitschaft und Fähigkeit, aus seinem laufenden Einkommen, zusätzlich zu den laufenden Zinszahlungen, den notwendigen Tilgungsbetrag abzuzweigen.

Bei der Frage nach der Beziehung zwischen Geld und Kredit ergibt sich jedoch eine andere Antwort: Verleihen kann man immer nur etwas, das bereits da ist. Das gilt für das Verleihen eines Fahrrades oder eines Salz-Paketes genauso wie für das Verleihen von Geld. Das heißt: Geld entsteht nicht mit dem Bankkredit, wie viele immer noch vermuten, sondern es muss vorher bereits da sein, damit der Kredit überhaupt vergeben werden kann bzw. eine Deckung hat!

Dass der größte Teil des umlaufenden Bargeldes von den Zentralbanken über Kredite an die Geschäftsbanken in Umlauf gesetzt wird, ändert nichts an diesem Tatbestand. Denn diese Kredite der Notenbanken dienen nur der *Geld*versorgung der Wirtschaft. Die Kredite dagegen, die die Banken aus den Kunden-Ersparnissen gewähren, dienen der *Kredit*versorgung der Wirtschaft. Und diese Ersparnisbildungen und Kreditvergaben, die ja nur die Nutzung einer vorhandenen Sache wiedergeben, können auch ohne Ausweitungen der Geldmenge durch die Notenbank ständig zunehmen. Weil das so ist, sind auch die Kredite der Banken an die Nichtbanken um ein Vielfaches größer, als die Kreditvergaben der Zentralbank an die Banken. Und diese Differenz wird mit den zunehmenden Ersparnissen in einer Volkswirtschaft immer größer, und diese Ersparnisse wiederum nehmen in einem ständig zunehmenden Ausmaß durch die Zinsgutschriften auf die bereits vorhandenen Vermögensbestände zu, einem Thema, mit dem wir uns noch ausgiebig befassen werden.

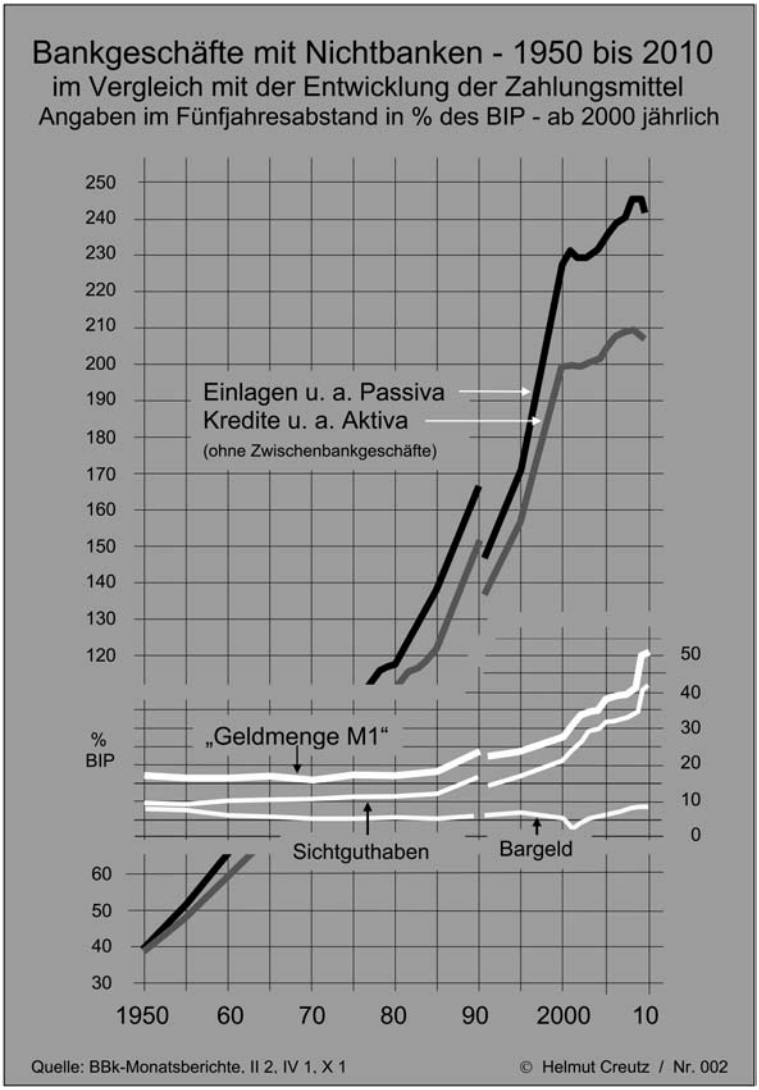
Wie groß sind die Unterschiede zwischen Bargeld, Sichteinlagen und den normalen Bankeinlagen?

Diese Unterschiede gehen aus der *Darstellung 2* hervor. In ihr werden die Entwicklungen der diversen Bestände, bezogen auf den Zeitraum 1950 bis Ende 2010, miteinander verglichen und zwar umgerechnet in Prozenten des jeweiligen Sozialprodukts, also des BIP.

Wie aus *Darstellung 3* (s. S. 50) ersichtlich, sind die gesamten Kundeneinlagen bei den Banken von 1950 bis 1990 von ca. 40 auf 165 Prozent des BIP angestiegen und damit gut auf das Vierfache. Da trotz der großzügigen Umtauschquote für die Ersparnisse der vormaligen DDR-Bewohner der Geldvermögenszuwachs relativ geringer war als jener der hinzu gekommene Wirtschaftsleistung, kam es im Jahr der Wiedervereinigung zu einem leichten Rückfall der Entwicklung. Danach ging es aber mit noch größerer Beschleunigung weiter, bis 2000 auf 230 Prozent des gesamtdeutschen BIP. Das heißt, von 1950 bis 2000 sind in Deutschland die Bankguthaben fast

Darstellung 3:

Bankgeschäfte mit Nichtbanken - 1950 bis 2010



sechs Mal schneller angestiegen als die Wirtschaftsleistung! Dies gilt auch für die daraus gewährten Kredite an die Nichtbanken, also an Wirtschaft, Staat und die privaten Haushalte, die jedoch, auf Grund der notwendigen Bank-Reservehaltun-

gen, durchweg 10 bis 15 Prozent unter den jeweiligen Einlagen liegen. Während diese Entwicklungen - im Fünfjahresabstand eingetragen - in den ersten Jahrzehnten einen relativ kontinuierlichen Verlauf aufzeigen, kam es in den letzten zehn Jahren - jährlich eingetragen - zu erheblichen Verwerfungen. Dabei war der anfängliche Entwicklungs-Rückgang - wie auch der vorausgegangene starke Anstieg in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre - Folge des Börsenbooms um die Jahrtausendwende, dessen Einbruch dann durch die Ereignisse am 11. September 2001 noch verstärkt wurden. In der zweiten Hälfte des Jahrzehnts zeichnen sich dann die Folgen der Finanzmarkt- und Bankenkrise ab. Diese wurden durch die deutlichen Einbrüche in der Wirtschaftsleistung wie auch des Bank-Geschäftsvolumens im Jahr 2009 nochmals verstärkt, um dann im Jahr 2010 wieder Anschluss an den normalen Entwicklungstrend zu finden.

Betrachtet man jetzt die im gleichen Maßstab zwischengeschobenen Entwicklungen der Bargeld- und Sichtguthabenbestände, sowie der aus ihrer Addition hervorgehende so genannten »Geldmenge M1«, dann ergibt sich ein völlig anderes Bild: Im Gegensatz zu den hochschießenden Guthaben und Krediten hat sich diese Menge der Zahlungsmittel in den ersten drei bis vier Nachkriegsjahrzehnten weitgehend nur im Gleichschritt mit der Wirtschaftsleistung entwickelt, schwankend zwischen 16 und 18 Prozent des BIP. Dabei gingen die Bargeldhaltungen in diesen Jahrzehnten praktisch im gleichen Maße zurück, wie die Sichtguthaltungen zunahmen. Erst ab 1985 kam es zu einem etwas deutlicheren Anstieg, der sich nach der Wiedervereinigung fortsetzte.

Bei den Sichtguthaben dürfte dieser Zunahme-Trend weitgehend mit den enormen Zunahmen der Börsengeschäfte zusammenhängen, die zwangsläufig größere Spekulationskassen und damit Sichtguthaben erforderlich machten. Der ebenfalls ab 1985 sichtbar werdende Anstieg der Bargeldmenge, der sich nach dem DM-Euro-Umtausch weiter fortsetzte dürfte dagegen in erster Linie auf die zugenommenen Bargeld-Haltungen und -Nutzungen im In- und Ausland zurückzuführen sein.

Letzteres gilt besonders für die osteuropäischen Staaten, in denen die Bürger durch Umtausch in stabilere Währungen den Inflationsverlusten im eigenen Land zu entgehen versuchten. In Jugoslawien war die DM sogar bereits Ende der 80er Jahre zu einer Art Zweitwährung geworden und in einigen Teilrepubliken dieses zerfallenden Landes wurde sie in den 1990er Jahren bekanntlich sogar vorübergehend als offizielles Zahlungsmittel übernommen.

Dass die Bargeldmenge wie auch die Sichtguthabenbestände über die Vereinigung hinweg sogar leicht zurückging, dürfte mit dem anfangs relativ geringen Bargeldbedarf in den neu hinzugekommenen Ländern zusammenhängen, nicht zuletzt auch mit der Aktivierung von DM-Beständen, die dort schon vor der Vereinigung gehalten wurden. - Der kurzzeitige Bargeldeinbruch um 2001 hing dagegen mit der deutlichen Reduzierung der Bestände vor dem DM-Euro-Umtausch zusammen.

Was heißt Sparen, was Bezahlen?

Sparen heißt: weniger Geld ausgeben als man hat. Gespartes Geld kann man im Sparschwein sammeln oder in einem Safe. Man kann es aber auch zur Bank bringen, die häufig sogar Sparkasse heißt. Viele glauben darum, dass ihr Geld dort genauso gesammelt wird wie zu Hause, nur sicherer, in einem großen Tresor, aus dem das Gesparte beim Abheben wieder herausgeholt wird.

Die Fachsprache verstärkt diesen Eindruck noch, weil sie bei Banken und Versicherungen oft von »Geldsammelstellen« spricht. In Wirklichkeit wird dort jedoch kein Geld gesammelt, sondern in den Umlauf zurückgeführt und damit die Kaufkraft jenes Geldes, das der Sparer der Bank überlassen hat, wieder in den Kreislauf zurückgeführt.

Im Prinzip geschieht also bei den Banken nichts anderes, als bei einer Überlassung des Ersparten an einem Nachbarn. Da man diesen Vorgang nicht »Sparen« nennt, sollte man auch diesen Begriff auch nicht benutzen, wenn man sein übriges Geld der Bank zur Weiterverleihung überlässt. Sparen, näm-

lich Eingenommenes nicht ausgeben, ist vielmehr immer nur die *Voraussetzung* dafür, dass man Geld der Bank bzw. einem Nachbarn leihweise überlassen kann.

Geht man von den konkreten Vorgängen aus, dann sollte eigentlich auch der Begriff »Bezahlen« (zahlen, hinzählen) allein beim Geld Verwendung finden. Denn bei den bargeldlos abgewickelten Vorgängen liegen genau genommen keine Zahlungen, sondern nur Übertragungen vom eigenen Guthaben auf das eines anderen vor. Diese Übertragungen, von der Deutsche Bundesbank als »girale Verfügungen« bezeichnet, sind außerdem - im Gegensatz zu dem anonym weiter zu gebendem Bargeld - auf die Hilfe der verrechnenden Banken angewiesen und damit jederzeit nachweisbar, wie auch aus der Tabelle C hervorgeht.

Tabelle C:

Unterschiede zwischen Geld und Guthaben

	Geld	Sichtguthaben
Funktionen:	Zahlungsmittel	Übertragungsmittel
Hilfsmittel:	Münzen, Banknoten	Schecks, Überweisung
Entstehung:	staatl. Emission	private Einzahlungen
Spezifische Unterschiede:	sofortige Begleichung von Hand zu Hand	z.T. verzögerte Begleichung von Konto zu Konto
	Hilfe Dritter nicht erforderlich	Hilfe Dritter und der Technik erforderlich
	Vorgang wird nicht dokumentiert	Vorgang wird dokumentiert
	nur durch Staat vermehrbar	durch jedermann vermehrbar
	Übervermehrung führt zur Inflation	Übervermehrung führt zum Bargeldrückgang

3. Kapitel

Geldumlauf – Geldkreislauf

»Das Geld spielt im Wirtschaftskörper dieselbe Rolle wie das Blut im Körper des Menschen. Soll der Körper seine verschiedenen Lebensfunktionen erfüllen, muß der Kreislauf des Blutes ungehemmt vor sich gehen. So ist es auch notwendig, daß das Geld umläuft, damit die allgemeine Beschäftigung zur Wirklichkeit werde.«

Eduard Daladier*

Der rätselhafte 20-Euro-Schein

Folgende Geschichte entdeckte ich auf der Unterhaltungsseite einer Zeitschrift:

Ein Clown fand in der Manege ein 20-Euro-Schein. Er ging damit zum Pferdeknecht und sagte: »Ich bin dir ja noch 40 Euro schuldig; hier gebe ich dir einstweilen zwanzig zurück, dann schulde ich dir nur noch die Hälfte«. Der Pferdeknecht bedankte sich, ging zum Stallmeister, von dem er ebenfalls 40 Euro geliehen hatte und sagte ihm dasselbe. Der Stallmeister ging zum Schulreiter und zahlte auch bei diesem die Hälfte einer Schuld von 40 Euro zurück. Ebenso handelte der Schulreiter beim Direktor des Zirkus, und der Direktor, der sich mal vom Clown vierzig Euro geliehen hatte, tat dasselbe bei diesem: »Da August, hier hast du schon einmal zwanzig Euro, den Rest bekommst du später«.

Mit dem erhaltenen 20-Euroschein beglich der Clown nun seine Restschuld beim Pferdeknecht, dieser seine beim Stallmeister, der tat dasselbe beim Schulreiter und dieser wiederum beim Direktor, der dann erneut den Clown beiseite nahm, um bei ihm die restlichen Schulden von zwanzig Euro zu tilgen.

* ehemaliger französischer Ministerpräsident, auf der Londoner Konferenz 1934

So bekam der auch der Clown den gefundenen 20-Euro-Schein zum zweiten Mal zurück und alle waren ihre Schulden los!

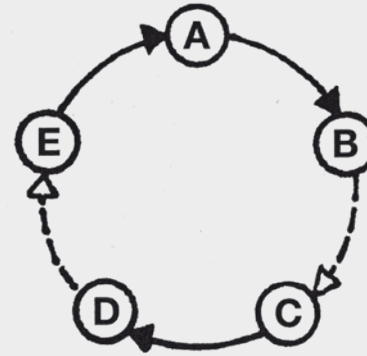
Auch wenn die Geschichte auf den ersten Blick verwirrend erscheint, wird in ihr nichts anderes beschrieben als eine Reihe von Tilgungsvorgängen mit Hilfe eines umlaufenden 20-Euro-Scheins. Dass die Geschichte mit einem gefundenen Geldschein beginnt, ist für den Ablauf bedeutungslos und soll lediglich die Irritationen vergrößern. Genauso gut hätte der Clown den Schein auch verdient, als Geschenk erhalten oder gestohlen haben können. Selbst bei einem falschen 20-Euro-Schein wären nach dem zweiten Umlauf die gesamten Schulden verschwunden, wenn niemand die Fälschung bemerkt hätte.

Verschwunden sind jedoch in der Geschichte nicht nur die Schulden der fünf Beteiligten in einer Höhe von insgesamt 200 Euro, sondern in gleicher Höhe auch alle Guthaben. Denn der Schuld des Clowns beim Pferdeknecht stand ein Guthaben des Pferdeknechts beim Clown gegenüber usw. usw.

Durch diese Geschichte wird deutlich, dass umlaufendes Geld nicht nur unzählige Male zum Kaufen oder Verschenken, sondern ebenso unzählige Male zum Verleihen oder zum Tilgen benutzt werden kann. Und so wenig sich die benutzte Geldmenge in unserer Geschichte durch die Kette von Tilgungen verändert hat (es gab immer nur einen 20-Euro-Schein!), so wenig verändert sich auch in der Wirtschaft die Geldmenge durch die dort ablaufenden Ketten von Kauf-, Schenkungs- oder Verleihvorgängen, so oft sie sich auch wiederholen und zu welchen Summen sie sich aufaddieren oder, durch Tilgungen, auch wieder verringern mögen. Was sich verändert, sind immer nur die Bestände an Guthaben und Schulden, nicht aber die des Geldes.

Was ist unter Kreislauf zu verstehen?

In einem Kreis gibt es keinen Anfang und kein Ende. Ein einmal in den Kreislauf gegebener Geldschein kann also endlos kursieren, ganz gleich wofür er verwendet wird. Wir sehen das in den folgenden vereinfachten Darstellungen:



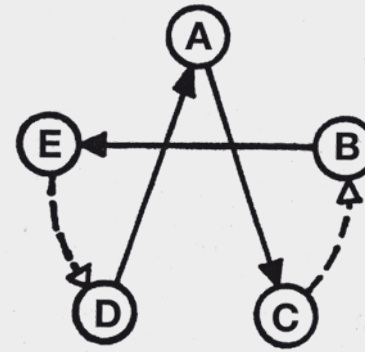
Darstellung 4:

Geldumlauf mit Zahlungs- und Verleihvorgängen

A kauft bei B. - B benötigt das erhaltene Geld nicht und verleiht es an C. - C kauft bei D. - D verleiht es an E, der damit wieder bei A eine Leistung bezahlt.

Der umlaufende Geldschein wurde also dreimal zum Kaufen und zweimal zum Verleihen benutzt. Hätte B den erhaltenen überschüssigen Schein nicht verliehen, sondern bei sich liegen lassen, wären alle beschriebenen Vorgänge nicht möglich gewesen. Dieses einfache Beispiel zeigt bereits, welche Gefahren von Geldzurückhaltungen ausgehen.

Im nächsten Kreislaufmodell werden die Schulden getilgt:

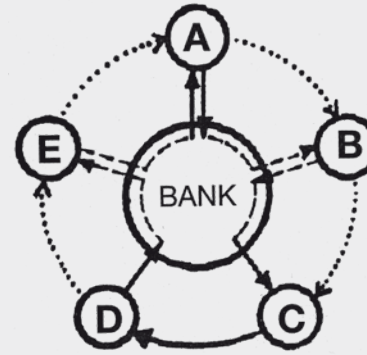


Darstellung 5:

Geldumlauf mit Zahlungs- und Tilgungsvorgängen

A kauft bei C, dieser tilgt seine Schuld bei B. - B kauft bei E, der seine Schuld bei D tilgt. - D kauft seinerseits mit dem erhaltenen Schein bei A ein, womit sich der Kreis wiederum schließt.

An diesen Vorgängen ändert sich auch nichts, wenn die Kreditgewährungen und Tilgungen über eine Bank abgewickelt werden. Auch nicht, wenn zwischen Barzahlungen und Guthabenübertragungen gewechselt wird. Das zeigt die Schemadarstellung 5:



Darstellung 6:

Geldumlauf bei Zwischenschaltung einer Bank

A zahlt den Geldschein bei der Bank auf ein Sichtguthaben ein und kauft mit einem Scheck bei B. - B gibt den Scheck an seine Bank, kauft bei C und zahlt durch Überweisung. - C hebt die Gutschrift ab und kauft bar bei D. - D zahlt das Geld wieder bei der Bank ein und kauft bei E per Überweisung. - E erwirbt bei A eine Leistung und benutzt zum Ausgleich die von D erhaltene Kontengutschrift. - Da A gerade Bargeld benötigt, hebt er den Betrag vom Konto ab.

Hier wurde also das Geld zweimal bei der Bank eingezahlt und zweimal abgehoben, einmal eine Forderung durch Bargeldzahlung beglichen und viermal durch Guthabenübertragungen. Deutlich wird dabei, dass auch die Überweisungen durch Bargeld gedeckt und begleitet werden, auch bei mehrfachen Vorgängen. Da die Bank die durch die Einzahlungen jeweils entstehenden Guthaben jedoch zwischenzeitlich für Kreditgewährungen nutzen kann, kommt es hier jeweils zu einer (ebenfalls zwischenzeitlichen) Ausweitung des Kreditpotentials. Damit ist jedoch keine Vermehrung des Geldes bzw. seiner Kaufkraft verbunden, sondern nur eine zusätzliche zwischenzeitliche Nutzung seiner Kaufkraft! Dieser Effekt wurde

im vorstehenden Kapitel bereits angesprochen und wird in Teil II und V eingehender behandelt.

Welche Folgen können Ersparnisbildungen haben?

Auch den Folgen von Ersparnisbildungen soll auf einem begrenzten Raum mit überschaubaren Größen nachgegangen werden.

Stellen wir uns dazu eine Insel mit zehn Bewohnern vor, von denen jeder monatlich Leistungen im Wert von 1.000 Geldeinheiten (GE)in den Markt einbringt und auch in voller Höhe nachfragt. Nimmt man weiter an, dass dieser Umschlag bei jedem Bewohner einmal im Monat erfolgt, dann sind für die Abwicklung aller Geschäfte auf der Insel maximal 10.000 GE im Umlauf. Werden diese regelmäßig monatlich eingenommen und ausgegeben, ist der Kreislauf auf der Insel gesichert und die dortige Konjunktur stabil. Denn jeder setzt dann im gleichen Umfang Leistungen ab, wie er selber nachfragt. Bei gesättigtem Bedarf ist die Versorgung also auch ohne Wirtschaftswachstum gesichert.

Nehmen wir jetzt einmal an, dass einer der Inselbewohner zwar - wie alle anderen - für 1.000 GE im Monat Leistungen einbringt und entsprechend 1.000 GE einnimmt, selbst aber nur mit 800 GE nachfragt und damit jeden Monat 200 GE übrig behält. Welche Folgen können aus dieser Ersparnisbildung entstehen?

Fall 1 - Der Sparer *verschenkt* die übrigen 200 GE regelmäßig:

Gibt der Beschenkte die 200 GE ebenso regelmäßig aus, wird der Inselmarkt weiterhin in vollem Umfang geräumt. Der Beschenkte fragt gewissermaßen stellvertretend jene Leistungen nach, die der Schenker über seinen eigenen Bedarf hinaus eingebracht hat. Langfristig nimmt dabei jedoch der materielle Wohlstand des regelmäßig Beschenkten gegenüber allen anderen zu, der des Schenkenden fällt zurück.

Fall 2 - Der Sparer *verleiht* die übrigen 200 GE regelmäßig:

Die Situation für den Inselmarkt wie auch die Wohlstandsverschiebung ist die gleiche wie im Fall 1. Aufgrund der zunehmenden Rückzahlungsforderungen entsteht jedoch für den Verleiher ein von Monat zu Monat wachsendes Guthaben und für den Ausleiher eine entsprechend anwachsende Schuld. Nach einem Jahr sind Guthaben und Schulden bereits auf 2.400 GE angestiegen, nach zehn Jahren auf 24.000 GE. Das heißt, nach zehn Jahren sind die Geldguthaben und Geldschulden auf der Insel bereits 2,4mal so groß wie die ganze auf der Insel umlaufende Geldmenge, die ja unverändert 10.000 GE beträgt! Und das alleine durch die regelmäßigen Ersparnis- und Verschuldungsvorgänge eines einzelnen Bewohners in Höhe von 200 Geldeinheiten im Monat!

Fall 3 - Der Sparer *verleiht* sein übriges Geld *gegen Zinsen*:

Für den Inselmarkt, den Geldumlauf und die Konjunktur ändert sich vorerst(!) auch hier nichts. Jedoch muss der Leiher nicht nur die spätere Rückgabe des Geliehenen versprechen, sondern darüber hinaus an den Geldgeber eine »Leihgebühr« in Form von Zinsen bezahlen, die er nur aus seinem eigenen laufenden Monatseinkommen abzweigen kann. Bei einer Verzinsung von zehn Prozent beträgt dieser Leihzins im ersten Jahr 20 GE im Monat, nach zehn Jahren 200 GE. Diesen ständig steigenden Zinslasten stehen beim Verleiher ständig steigende Zinseinnahmen gegenüber. Lebt er weiter so sparsam wie bisher, kann er, zu den monatlich aus seinem Arbeitseinkommen bereits erübrigten 200 GE, zusätzlich einen immer größer werdenden Betrag aus den Zinseinnahmen verleihen, womit die Verschuldungsentwicklung auf der Insel exponentiell ansteigt.

Fall 4 - Der Sparer sammelt seine Überschüsse zu Hause an:

Damit werden dem Geldkreislauf auf der Insel jeden Monat 200 GE entzogen. Nach zehn Monaten hat der Sparer bereits 2.000 GE bei sich angesammelt, ein Fünftel der gesamten um-

laufenden Geldmenge. Nach 50 Monaten - also gut 4 Jahren - befindet sich rechnerisch alles Geld auf der Insel in der Hand des Sparers.

Natürlich kommt es nicht so weit, da der von Monat zu Monat zunehmende Geldmangel bereits lange vorher die Inselwirtschaft zusammenbrechen lässt.

Was kann man aus diesen Insel-Beispielen lernen?

Wie die Fälle 1, 2 und 3 zeigen, können in einer Volkswirtschaft nicht nur Ersparnisse an andere verschenkt oder ausgeliehen, sondern sie müssen auf diese Weise in den Geldkreislauf zurückgeführt werden, wenn die Wirtschaft nicht - wie im Fall 4 geschildert - durch Geldmangel zusammenbrechen soll.

Wie Fall 2 und 3 außerdem zeigen, vermehrt sich mit den leihweisen Überlassungen von Geld weder die Geldmenge noch die Nachfrage auf der Insel, sondern immer nur der Bestand der Geldguthaben und Schulden. Diese können theoretisch bis ins Unendliche wachsen, ohne dass dies Einfluss auf die Geldmenge hat.

Da im Fall 2 und 3 der Schuldner mit der zunehmenden Verschuldung jedoch immer weniger rückzahlungsfähig wird, gerät er in eine zunehmende Abhängigkeit von dem Geldgeber. Er muss immer mehr Vermögensbestände an den Geldgeber verpfänden. Am Ende gehört diesem alles was der Schuldner besitzt, einschließlich Haus und Hof. - In den frühen Kulturen führten solche Prozesse durchweg zu Leibeigenschaft oder Sklaverei. Im Mittelalter endeten sie im »Schuldenturm«, aus dem die Angehörigen - sofern sie konnten - den Betroffenen durch Zahlung seiner Schuld auslösen mussten. Heute droht Privatpersonen bei Zahlungsunfähigkeit »nur« die Pfändung des Vermögens oder des laufenden Einkommens und Firmen der Konkurs. Allerdings gibt es auch heute noch Länder, in denen die Erben für die Schulden ihrer Vorfahren haften müssen. So soll es z.B. in Indien - trotz offiziellen Verbots - Millionen von Menschen geben, die ihr Leben lang für die Verzinsung der nicht zurückzahlbaren Schulden der Eltern oder Großeltern Arbeit leisten müssen.

Was bewirkt der Zinsanspruch im Einzelnen?

Leihweise Überlassungen von Geld ohne Zinsansprüche können sich im allgemeinen nur in Ausnahmefällen zu solchen Problemsituationen entwickeln, wie sie im Fall 2 des Inselbeispiels geschildert wurden. Denn normalerweise wird nicht ein Inselbewohner ständig Geld sparen und ein anderer ständig Geld leihen. Solche Prozesse brechen vielmehr zwischenzeitlich ab oder kehren sich auch wieder um. Außerdem nehmen ohne Zinsbelastung die Schulden »nur« linear zu, also gleichmäßig ansteigend und das auch nur in dem Umfang, wie sich das Sparen bei einzelnen konzentriert. Im Fall 3, mit Verzinsung, kommt es dagegen, vor allem durch den Zinseszinseffekt, mit zunehmender Beschleunigung zu einer Eskalation der Entwicklungen. Will der zu Zinszahlungen verpflichtete Geldleiher seinen Gürtel nicht immer enger schnallen und schließlich verhungern, bleibt ihm nur die Möglichkeit, mit den Schuldverpflichtungen seine Leistung ständig zu steigern und diese Mehrleistung an andere abzusetzen. Soll als Folge dieser Leistungssteigerung des Schuldners nicht ein Dritter auf seiner Leistung sitzen bleiben, wird auf der Insel ein allgemeines Nachfrage- und Verbrauchswachstum erforderlich, das von der Inselbank mit mehr Geld unterfüttert werden muss, wenn die Preise stabil bleiben sollen.

Leihweise Überlassungen mit Zinsansprüchen haben also in sich selber einen Beschleunigungseffekt, der zu einer zunehmenden Diskrepanz zwischen Geldgebern und Schuldnern führt. Und ist ein Schuldner erst einmal so weit, dass er zum Bedienen seiner Schulden neue Schulden aufnehmen muss, kann der Umschichtungsprozess zwischen Arm und Reich kaum noch abgebremst werden. Wir erleben das heute nicht nur in Lateinamerika, sondern schon seit Jahrzehnten zunehmend auch in den Industrienationen, sowohl bei unzähligen Betrieben, Privathaushalten als auch - wie inzwischen für jeden deutlich geworden sein dürfte - vor allem bei den Staaten.

Geldaufnahmen mit Zinsen sind für Schuldenmacher also nur dann von Nutzen, wenn sie damit produktivitätssteigernde Investitionen schaffen können, die über die Zinszahlungen hi-

naus noch einen Gewinn abwerfen! Gesamtwirtschaftlich setzt das jedoch ein Wirtschaftswachstum voraus, das mindestens dem zinsbedingten Wachstum der Geldersparnisse entsprechen muss. Da diese Geldersparnisse durch den Zins jedoch in der Tendenz exponentiell zunehmen, müsste auch die Wirtschaft exponentiell wachsen. Da das jedoch allenfalls über begrenzte Zeiträume möglich ist, sind alle Zinswirtschaften letztendlich zum Zusammenbruch verurteilt, und das keinesfalls nur auf einer Insel! - Auch das dürfte inzwischen einsichtig geworden sein, wenn auch noch nicht in der dafür zuständigen Wissenschaft.

Mit Zinsen verbundene Ausleihungen sind nur dann problemlos, wenn Sparer und Schuldner - wenn auch zeitverschoben - in einer Person vereinigt sind. Das heißt, wenn sie in ähnlicher Höhe zeitweise Zinseinkommen erhalten wie sie - vorher oder nachher - Zinslasten tragen müssen. Das ist z.B. bei Bausparkassen oder Baugenossenschaften weitgehend der Fall. Darum ist hier auch die Höhe der Zinsen von geringerer Bedeutung.

Verändert sich der Kreislauf im Großmodell?

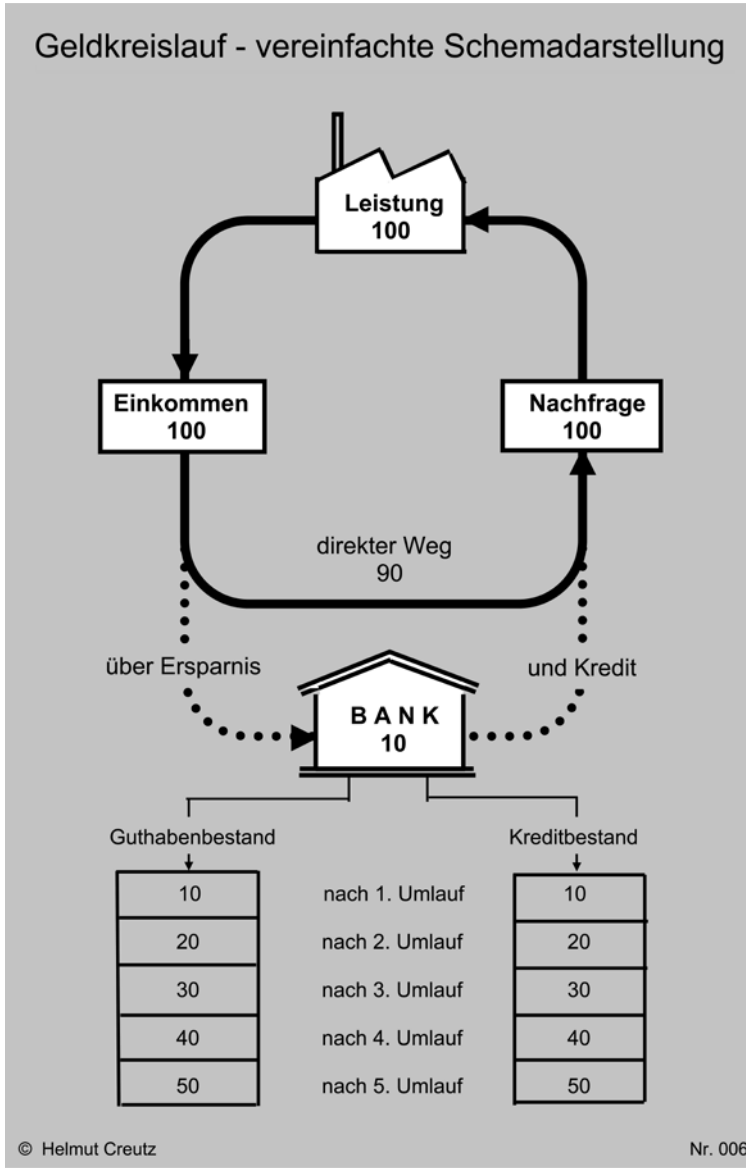
Alles was bisher mit geringen Geldmengen und begrenzten Teilnehmerzahlen durchgespielt wurde, gilt genauso in einer einzelnen Volkswirtschaft wie auch in der Weltwirtschaft. Die Zahl der Geldscheine, Beteiligten, Zahlungs- und Verleihvorgänge mag in die Millionen, Milliarden und inzwischen auch Billionen gehen: An den Abläufen und deren Auswirkungen ändert sich nichts, sie werden lediglich unübersichtlicher. Zum besseren Verständnis ist darum in der Darstellung 6 einmal ein größerer Schema-Kreislauf dargestellt.

Am besten stellt man sich diesen Kreislauf mit einem Umsatz von z.B. 100 Millionen Geldeinheiten bezogen auf einen Monat vor. Wird das aus der Leistung resultierende Einkommen in vollem Umfang regelmäßig ausgegeben, kommt es auch zu einer völligen Räumung des Marktes. Das heißt, alle Beteiligten behalten ihre Arbeit und damit weiterhin auch ihr Einkommen.

In der Darstellung wird außerdem angenommen, dass die Einkommensbezieher in Höhe von zehn Prozent ihrer Einkünf-

Darstellung 7:

Geldkreislauf - vereinfachte Schemadarstellung



te Ersparnisse bilden. Das heißt, auf direktem Weg werden nur 90 Prozent der Einkommen zur Nachfrage. Zahlen die Sparer ihre Überschüsse bei den Banken ein und können die Banken die Einlagen als Kredite weitergeben, dann bleibt die volle Nachfrage auch weiterhin gesichert. Würden die Ersparnisse jedoch nicht als Kredite weitergegeben, bliebe bei jedem Umlauf ein Zehntel der Leistungen auf dem Markt liegen. Die Folge wäre ein Konjunktureinbruch mit Arbeitslosigkeit und Firmenpleiten.

Wie der untere Teil der Darstellung wiedergibt, bilden sich durch die Ersparnis-Einzahlungen nach dem ersten Monatsumlauf bei der Bank Guthabenbuchungen in Höhe von 10 Millionen GE. Lässt man die Bankkassenhaltung bzw. -reserve außer Acht, sind in gleicher Höhe auch Kreditvergaben möglich. Geht man von einer gleich bleibenden Spar- und Einlagenquote von zehn Prozent bei jedem Umlauf aus und weiterhin davon, dass alle vorherigen Sparer ihre Ersparnisse stehen lassen, steigen die Guthaben- und Kreditbuchungen jeden Monat um 10 Mio an. Nach dem 5. Monat hätte ihre Höhe mit 50 Mio bereits die Hälfte der umlaufenden Einkommens- und Nachfragegrößen erreicht.

Auch hier wird wieder deutlich, dass bei gleich bleibenden Leistungs-, Einkommens- und Nachfragegrößen die Guthaben und Schulden ständig wachsen können, ohne dass dies einen Einfluss auf Geldmenge und Kreislauf hat. Wohl aber nehmen, als Folge der schuldenbedingten Ungleichgewichte, die sozialen Spannungen zu, und das fast explosiv, wenn die Schulden mit Zinsen verbunden sind.

In Wirklichkeit nehmen Geldvermögen und Schulden natürlich nicht in dem Tempo zu wie in dem vereinfachten Modell, denn Sparer heben auch immer wieder Geld von ihren Konten ab und ebenfalls werden auch Schulden laufend getilgt. Das heißt, die Geldvermögen wachsen nur in dem Umfang, wie die Einzahlungen bei den Banken die Abhebungen übersteigen. Diese Differenz - die Nettoersparnis - bestimmt also die Zunahme der Geldvermögen wie der Schulden in einer Volkswirtschaft - und damit auch die Entwicklung der sozialen Spannungen! Diese Spannungen können zwar durch eine ständige Ausweitung der Wirtschaftsleistung gemildert, aber auf Dauer niemals aufgefangen werden. Schon gar nicht angesichts der Umweltfolgen!

4. Kapitel

Geschäftsbanken, Notenbanken, Nichtbanken

»Geld- und Bankwesen sind für den Durchschnittsmenschen so geheimnisvoll, dass von ihnen als einzige volkstümliche Auffassung nur die des ›Tabu‹ besteht ... Die volkstümlichen Begriffe, einschließlich der dem durchschnittlichen Bankfachmann eigentümlichen, sind so primitiv wie der Aberglaube eines russischen Bauern vor dem Weltkrieg.«

Irving Fisher*

Banken sind Wirtschaftsbetriebe, die Dienstleistungen rund ums Geld erbringen. Unter Geschäftsbanken verstehen wir im Allgemeinen diejenigen, bei denen man sein übriges Geld gegen Zinsen ein- oder anlegen und umgekehrt bei Bedarf Geld ausleihen kann. Häufig werden sie darum auch als Spar- und Darlehensbanken bezeichnet. Der Begriff Zentral- oder Notenbanken gilt dagegen für jene heute meist staatlichen Einrichtungen, die in einem Land oder Währungsraum das alleinige Recht zur Herausgabe von Geld besitzen, das man als Zahlungsmittel in der Wirtschaft nutzen und zum Sparen bei den Geschäftsbanken einsetzen kann. Mit dem nicht gerade glücklichen Begriff »Nichtbanken« sind schließlich alle übrigen Personen, Unternehmen und sonstigen Einrichtungen in einer Volkswirtschaft gemeint, die diese Banken nur für ihre Zwecke nutzen. Die Europäische Zentralbank (EZB) bezeichnet diese Nichtbanken - etwas sympathischer - als »Publikum«.

Genau betrachtet ist also bereits die Zusammenfassung der publikumsnahen Geschäftsbanken mit den das Geld ausge-

* US-Ökonom und Geldtheoretiker, »Die Illusion des Geldes«, 1934

benden Institutionen unter dem gleichen Bank-Begriff bereits mehr als irreführend. Das vor allem vor dem Hintergrund ihrer völlig unterschiedlichen Aufgaben! Manchmal wird sogar der Begriff »Bank« in der Fachwelt nur den Zentral- bzw. Notenbanken zugestanden, während die übrigen Häuser als »Kreditinstitute« bezeichnet werden oder - wie durch die EZB - als »Monetäre Finanzinstitute« (MFIs), wobei dabei allerdings auch die Fonds mit einbezogen sind. Dabei wäre es sicher am Sinnvollsten, den Begriff »Banken« umgekehrt nur für die publikumsnahen Institute zu verwenden und die Geld ausgebenden Institute, die praktisch hoheitliche Aufgaben erfüllen, anders zu benennen, z.B. als Emissions- oder Währungsämter oder sie sogar - wie von einigen Jahren von einer Initiative vorgeschlagen - unter dem Begriff »Monetative« den staatlichen Einrichtungen Legislative, Exekutive und Judikative gleich zu stellen.

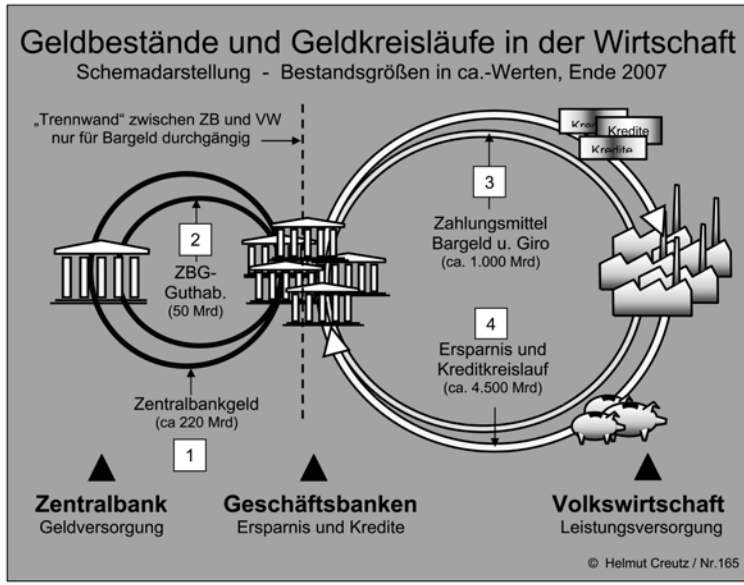
Um diesem Begriffs-Wirrwarr zu entkommen, wird in diesem Buch für alle Spar- und Kreditinstitute darum der geläufige Begriff Banken oder Geschäftsbanken benutzt, für die Geld ausgebenden Institutionen meist der Begriff Notenbanken, oder Zentralbanken, obwohl auch der zweite Begriff wiederum von regionalen Geschäftsbanken benutzt wird, wie z.B. »Genossenschaftliche Zentralbank«.

Die Beziehungen zwischen Geld- und Bankenbereich

Beim Geld ist es wichtig zwischen zwei Kreislaufbereichen zu unterscheiden, die klar gegeneinander abgegrenzt sind: In dem links dargestellten Kreislaufbereich in der *Darstellung 8* geht es um die Beziehungen zwischen Noten- bzw. Zentralbanken und den Geschäftsbanken, also um die Geldversorgung der Wirtschaft, in dem zweiten um die Beziehungen zwischen Geschäftsbanken und dem Publikum und damit vor allem deren Kreditversorgung. In beiden Kreislaufbereichen kann man dann noch einmal jeweils zwei Kreisläufe unterscheiden, wie in der Schemadarstellung 7 wiedergegeben.

Darstellung 8:

Geldbestände und Geldkreisläufe in der Wirtschaft



Kreislauf 1 gibt die Verbindung zwischen Zentralbanken und Geschäftsbanken wieder, über die das Zentralbankgeld (ZBG) den Banken leihweise und ständig erneuernd zur Verfügung gestellt wird.

Kreislauf 2 steht für den ZBG-Anteil, den die Banken bei der ZB als Mindestreserven in Höhe von zwei Prozent der Kundeneinlagen halten müssen und der von den Banken für Bargeld-Abhebungen und - ähnlich wie die Girokonten der Bankkunden im zweiten Bereich - für bankinterne Verrechnungen sowie den Liquiditätsausgleich zwischen den Banken benutzt werden kann. Außerdem spielt sich über diese Reseren auch der so genannten »Geldmarkt« ab, auf dem sich die Banken untereinander Zentralbankgeld ausleihen. Da in Krisenzeiten jede Bank aus Sicherheitsgründen möglichst große Reserven zu halten versucht, ist dieser Markt in den vergangenen Krisenjahren zeitweise eingebrochen und musste mit großen Geldspritzen der Zentralbanken belebt werden.

Kreislauf 3 steht für den eigentlichen Geldkreislauf in der Wirtschaft. Dieser wird sowohl über die Girokonten (Sichtguthaben) der Kunden als auch über Bargeldzahlungen und -abhebungen abgewickelt. Soweit für Kaufvorgänge genutzt, laufen die eingesetzten Bargeldbestände überwiegend und fast täglich auch durch die Kassen der Banken, bei denen, vor allem von allen größeren Geschäfteshäusern, die Einnahmen abends eingezahlt werden.

Kreislauf 4 gibt die laufenden Ersparnisbildungen des Publikums bei den Banken wieder, deren Kaufkraft über die Kreditvergaben der Banken wieder in die Wirtschaft und damit den Geldkreislauf zurückgeschleust wird.

Zu beachten ist, dass der linke und der rechte Kreislaufbereich nur durch das Bargeld miteinander verbunden sind, was durch die vertikale durchbrochene Trennlinie zwischen beiden Bereichen angedeutet ist. Und soweit im rechten Bereich für Ersparnisbildungen genutzt, nehmen über den Kreislauf 4 die Guthaben und damit wiederum die Kreditvergaben mit einer zinsbedingten Selbstbeschleunigung zu, während sich die Bestände in den Kreisläufe 1, 2 und 3 weitgehend nur im Gleichschritt mit der Wirtschaftsleistung entwickeln.

Was sind die Hauptaufgaben der Banken?

Wirtschaftsteilnehmer bzw. Endverbraucher kommen normalerweise nur über eingebrachte Leistungen zu Einkommen und damit in die Lage, Leistungen anderer nachzufragen. Über diese Leistungseinkommen hinaus ist eine Nachfrage nur mit Hilfe von Schenkungen oder Krediten möglich. Kredite wiederum setzen nicht nur entsprechende Ersparnisse anderer Wirtschaftsteilnehmer voraus, sondern auch die Initiative privater oder öffentlicher Investoren, die gleichzeitig die notwendigen Eigenkapital- und Haftungsmittel zur Verfügung stellen. Mit ihrer indirekten Vermittlung zwischen den unterschiedlichen Interessen in der Wirtschaft, vor allem zwischen Sparern und Kreditnehmern, erfüllen die Banken also eine unverzichtbare Dienstleistungs- und Vermittlungsfunktion.

Dabei dient diese Kreditvermittlung durch die Banken nicht nur dem Kreditnehmer selbst, sondern auch der ganzen Volkswirtschaft. Denn mit dieser Kaufkraft-Weitergabe über den Kredit schließt der Kreditnehmer die Nachfragelücke, die sonst aufgrund der Nicht-Nachfrage des Sparers entstanden wäre.

Diese Markträumung durch den Kreditnehmer nützt vor allem aber auch dem Sparer. Denn wie jede Ersparnis beweist, hat der Sparer mehr Leistungen in den Markt eingebracht als er selbst nachzufragen bereit ist. Ohne die ersatzweise Nachfrage durch den Kreditnehmer bliebe diese Überleistung letztlich am Markt liegen und der Sparer würde, für das zurück erhaltene Geld, auf dem Markt gar kein entsprechendes bzw. gleichwertiges Leistungsangebot mehr vorfinden! Sparer und Kreditnehmer leisten sich also letztlich gegenseitig einen Dienst, so dass die heutige Zinsbelohnung des einen durch den anderen höchst fragwürdig ist und eigentlich nur ein um Null pendelnder Zins gerecht sein würde.

Natürlich haben Banken nicht nur die Aufgabe, mit der überschüssigen Kaufkraft der einen die Kassen bzw. Konten der anderen Wirtschaftsteilnehmer über Kredite aufzufüllen. Eine andere wichtige Aufgabe ist auch die bereits erwähnte Abwicklung des unbaren Zahlungs- und Verrechnungsverkehrs in der Wirtschaft. Bedenkt man, dass in Deutschland die monatlichen Umschläge auf den Girokonten höher sind als das jährliche Sozialprodukt, dann wird die Bedeutung dieser unbaren Zahlungsvorgänge ebenso einschätzbar wie das Dienstleistungsvolumen der Banken.

Die bekannteste Dienstleistung der Banken ist zwar immer noch die Annahme und Ausgabe von Bargeld, doch sind die Größenordnung dieser Vorgänge wesentlich geringer als jene auf den Girokonten. So lag der Kassenbestand der deutschen Banken Ende 2010 nur bei 16,5 Mrd Euro und damit bei acht Prozent des in Umlauf gegebenen Bargelds in Höhe von 203 Mrd. Da nach Schätzungen von Bankern der Kassenbestand etwa alle zwei Tage umgeschlagen wird, kommt man hier - bei 20 Banktagen im Monat - auf einen Umsatz von etwa 160 bis 170 Mrd Euro, also weniger als einem Zehntel der Umsätze auf den Girokonten.

Allerdings wäre es falsch, den Bargeldverkehr deswegen als unbedeutend anzusehen. Nach der letzten Untersuchung der Bundesbank, 2009 veröffentlicht, wurden in Deutschland noch 61 Prozent des täglichen Umsatzes mit Bargeld abgewickelt, bezogen auf die Anzahl der Zahlungs*vorgänge* sogar 82 Prozent! Die riesigen Umsätze auf den Girokonten werden dagegen vor allem in den Vorstufen der Endnachfrage abgewickelt, also im Bereich von Produktion und Handel. Doch all diese Vorgänge im Vorfeld und außerhalb des Konsums finden nur dann und solange statt, wie am Ende der Kette ein Verbraucher mit einem Geldschein oder einer EC-Karte in den Laden geht und kauft. Diese Endverbraucher-Kaufvorgänge entscheiden also letztlich über die Konjunktur in jedem Land!

Bei der Beurteilung der beiden Zahlungswege ist außerdem zu beachten, dass über die Girokonten nicht nur das Gros aller Zahlungen auf den Vorstufen des Endverbrauchs abgewickelt wird, sondern auch alle Investitionen und Anlagen-Umschichtungen. Vor allem aber haben die Sichtguthaben in den letzten Jahrzehnten eine immer größere Bedeutung als Kassenhaltungen für die zunehmenden Börsen- und Spekulationsgeschäfte gefunden. Gerade mit diesen letztgenannten Vorgängen dürften auch die erheblichen Ausweitungen der Bestände und Umsätze auf den Girokonten in den vergangenen Jahrzehnten zusammenhängen.

Was ist mit der Macht der Banken?

Die Macht im Lande, so heißt es, kann man im Allgemeinen an der Größe der Gebäude ablesen. Früher spiegelte sie sich in Tempeln, Burgen, Kathedralen und Schlössern wider. Geht man von diesen Gebäudegrößen aus, dann scheint sich heute tatsächlich vielerorts die Macht bei den Banken zu konzentrieren. Das gilt nicht nur für New York, London, Tokio oder Frankfurt. Auch in vielen Kleinstädten hat die Volksbank oder Sparkasse - nach dem Rathaus - oft das repräsentativste Gebäude!

Imponierend sind auch die Zahlen: So gab es beispielsweise in Deutschland 2009 rund 2.000 Banken mit 30.000 Nieder-

lassungen und etwa 500.000 Beschäftigten. Zusammen wiesen sie eine Bilanzsumme von rund 5.200 Mrd Euro aus, gut das Doppelte des deutschen Sozialproduktes (BIP). Doch trotz dieser imponierenden Zahlen ist der Rückschluss auf die Machtverhältnisse im Lande etwas fragwürdig. Denn die Größe der Bankgebäude und ihr Wachstum spiegeln in erster Linie nur die Größe und das Wachstum jener Geldeinlagen wider, die den Banken von den Sparern anvertraut worden sind. Die Macht der Banken ist also weitgehend eine geliehene. Denn ihr Eigenkapital übersteigt nur selten jene acht bis zehn Prozent der Kreditmasse, die sie als Risikovorsorge im Hinblick auf die Kreditvergaben halten müssen. Außerdem ist dieses Eigenkapital fast zur Hälfte in den Händen öffentlich-rechtlicher bzw. genossenschaftlicher Organisationen. Und bei den privaten Großbanken verteilt es sich oft auf Zehntausende von Aktionären. Echte Privatbanken, wie bei den Rothschilds oder Rockefellers, bei denen Einzelpersonen oder Familien das Eigenkapital in der Hand haben, spielen heute nur noch eine untergeordnete Rolle. In Deutschland kommen sie zusammen gerade noch auf knapp ein Prozent des gesamten Bank-Geschäftsvolumens.

Mit diesen Ausführungen soll die Macht und Einflussnahme der Banken auf die Wirtschaft jedoch nicht verniedlicht werden. Das gilt vor allem für jene Banken die über große Aktienbestände einzelner Unternehmen verfügen, bzw. die - wie z.B. noch in Deutschland üblich - sich das Stimmrecht der Aktionäre übertragen lassen. Doch insgesamt sind die Banken mit ihrem Handeln zwischen Geldgebern und Kreditnehmern eingebunden und aus eigenem Interesse und Konkurrenzgründen darum bemüht, beide Seiten mit ihrer Arbeit zufrieden zu stellen.

Wachsen Macht und Einfluss der Banken mit den Umsätzen?

Diese Vermutung liegt nahe und trifft auch für vergangene Jahrzehnte weitgehend zu. Doch auch hier kommt es - wie bei allen übermäßig zunehmenden Prozessen - schließlich zu gegenläufigen Effekten: Je mehr die Geldvermögen und Schul-

den in einer Volkswirtschaft ansteigen und je mehr sich die Geldgeschäfte von den realen Märkten entfernen, umso mehr wachsen ebenfalls die Risiken der Banken. Das vor allem auch dann, wenn sie - auf Grund der übermäßig zunehmenden Massen der bei einen eingelegten Geldvermögen - sich auch selbst immer mehr auf Risiko-Geschäfte einlassen müssen, um die wuchernden Geldvermögen überhaupt noch weiter unterbringen zu können. Hinzu kommt noch, dass auf Grund des Überwachstums der Bankeinlagen und -kredite und der damit zunehmenden Überschuldungen, auch bei den normalen Kreditnehmern die Risiken zunehmen, vor allem auf Grund sinkender dinglicher Absicherungen. Und kommt es zu massierten Zahlungsunfähigkeiten und Zwangsversteigerungen in der Wirtschaft, fällt der Marktwert der beliehenen Objekte immer häufiger unter die offenen Forderungen der Banken zurück, womit diese wiederum selbst in Zahlungsengpässe geraten. Das haben wir nicht nur in der großen Rezession Ende der Zwanziger Jahre des letzten Jahrhunderts erlebt, sondern auch im ersten Jahrzehnt dieses Jahrhunderts. Und das keinesfalls nur auf den US-Immobilienmärkten!

Ähnliche Problemfälle gab es auch schon Anfang der 80er Jahre in den USA, als es auf Grund unzulänglicher Sicherheiten zu einer ganzen Serie von Bank-Zusammenbrüchen kam. Das vor allem im ländlichen Raum, als Zehntausende überschuldeter Farmer, wegen des Weizenpreis-Verfalls, ihren Besitz versteigern mussten. Dasselbe wiederholte sich Ende der 80er Jahre bei dutzenden von Spar- und Darlehenskassen im Regionalbereich. Ursache dieser Problementwicklungen waren hier vor allem die von Reagan zur Belebung der Wirtschaft angehobenen Beleihungsgrenzen für Immobilien, in deren Folge nicht nur die Kreditaufnahmen zunahmen, sondern auch die Immobilienpreise. Als dann der Spekulationsballon platzte, waren die Außenstände der Banken in vielen Fällen nicht mehr einzutreiben.

Prof. Udo Reifner, Leiter des Instituts für Finanzdienstleistungen in Hamburg, berichtete damals in seinem Infodienst »Bank Watch«, dass diese Bank-Zusammenbrüche »den amerikanischen Steuerzahler bis Ende der 90er Jahre insgesamt ... zwischen 300 und 800 Mrd. Dollar kosten werden.« Und wel-

che Dimensionen diese Problementwicklungen in unseren Tagen haben, können wir täglich in den Zeitungen lesen!

Doch auch in Deutschland eskalieren seit vielen Jahren die Probleme. Die weltweit zunehmenden Zusammenschlüsse von Banken wie auch ihre Verbindungen mit Versicherungen und ähnlichen Finanzinstituten, lassen zwar immer größere Mammutgebilde entstehen. Doch diese sind oft weniger Zeichen wachsender Stärke als vielmehr Absicherungsversuche gegen kaum noch lösbare Risiken, die letzten Endes von ihnen selbst erzeugt werden! Und dass es auf Grund dieser Mammut-Institutionen auch zu Mammut-Einbrüchen kommt, haben wir in den letzten Jahren auf dramatische Art und Weise erleben können!

Auch die Bankprobleme in Japan, die bereits vor rund 20 Jahren einsetzten, begannen mit völlig irreale Börsen- und anschließenden Bodenspekulationen, die zu lange von den Banken mit Krediten abgedeckt bzw. unterfüttert wurden. In einem anderen weniger disziplinierten Land hätte das daraus resultierende Wanken der Großbanken wahrscheinlich längst zu Einstürzen geführt und es wäre wohl auch wohl kaum durch eine ständig zunehmende Staatsverschuldungen gestützt worden, die inzwischen das Doppelte der Jahreswirtschaftsleistung des Landes überschritten hat. - Man kann sich nur fragen, wie der japanische Staat diese Schulden bewältigen will, wenn die Zinssätze wieder auf »normale« Höhen ansteigen, was vor dem Hintergrund der Zerstörungen in Folge des Erdbebens und der Katastrophe in Fukushima Anfang 2011 möglicherweise der Fall sein dürfte!

Welche Aufgaben haben die Zentral- oder Notenbanken?

Im Wesentlichen beziehen sich die Aufgaben der Notenbanken darauf, die Geldversorgung der Wirtschaft und die Stabilität der Geldkaufkraft zu sichern.

Darüber hinaus spielen die Fähigkeiten ihrer Verantwortlichen eine Rolle, diese Stabilität vor dem Hintergrund der von der Politik erwarteten Belebung der Konjunkturanreize zu sichern.

Nach etwas älteren Untersuchungen befanden sich etwa vier Fünftel aller Notenbanken völlig, der Rest überwiegend in Staatsbesitz. Nur in wenigen Ländern, wie z.B. in der Schweiz, sind die Notenbanken noch privatrechtlich organisiert, wobei dann vielfach staatliche Organe wieder die Hauptaktionäre sind. Allerdings ist diese besitzrechtliche Frage für den Erfolg der Notenbanken weniger wichtig als die ihrer Unabhängigkeit. Hat z.B. ein Staat das Recht von der Notenbank Kredite zu fordern, dann können bei jeder Notenbank, unabhängig von ihrer Organisationsform, die Stabilitätsbemühungen zu Makulatur werden.

Die Deutsche Bundesbank (inzwischen Teil des »Europäischen Systems der Zentralbanken« - ESZB), ist z.B. formell eine eigenständige und in ihren Entscheidungen von der Regierung unabhängige Einrichtung öffentlichen Rechts, vergleichbar in etwa mit dem Bundes-Verfassungsgericht. Der Bundesbankpräsident und die übrigen Mitglieder des Direktoriums werden von der Bundesregierung bzw. den Ländern eingesetzt und sind an die Vorgaben gebunden, die im »Gesetz über die Deutsche Bundesbank« festgeschrieben sind.

Die wichtigsten Aussagen findet man im §3 BBG:

»Die Deutsche Bundesbank regelt mit Hilfe der währungspolitischen Befugnisse ... den Geldumlauf und die Kreditversorgung der Wirtschaft mit dem Ziel, die Währung zu sichern ...«

Wie bereits diese Aufgabenbeschreibungen zeigen, handelt es sich bei den Zentralbanken in Wirklichkeit um gar keine Banken im üblichen Sinne. Deshalb wäre es - wie schon erwähnt - wünschenswert, dass sich diese Unterschiede zu den Geschäftbanken auch in einer Namensgebung widerspiegeln, die den Begriff »Banken« nicht mehr beinhaltet.

Was heißt »die Währung sichern«?

Ein Unbefangener könnte vermuten, dass mit dieser Formulierung im deutschen Bundesbankgesetz eine Absicherung des Geldwertes mit Gold, die Verhinderung von Fälschungen oder auch die sichere Unterbringung der Geldscheine in Tresoren

gemeint ist. Tatsächlich war es auch lange strittig, ob darunter feste Wechselkurse oder gleich bleibende Kaufkraft des Geldes zu verstehen waren. Inzwischen hat man sich - vor allem nach dem Desaster fester Wechselkurse Anfang der 70er Jahre - auf das Ziel der Kaufkraftstabilität geeinigt, wenn auch mit begrenzten praktischen Erfolgen. Denn wenn man bedenkt, dass z.B. die DM von 1950, bei ihrem Aufgehen in der Euro-Währung, fast nur noch 20 Pfennig wert war, kann man kaum behaupten, die Deutsche Bundesbank habe ihre Aufgabe nach §3 wirklich erfüllt. Und obwohl die Eindämmung der Inflation nach Einführung des Euro gelungener zu sein scheint, hat auch dieser schon viel von seinem Glanz verloren.

Hauptursache dieses Misserfolges - der bekanntlich in den meisten anderen Währungsräumen noch größere Ausmaße hat - ist die unzulängliche Regelung des Geldumlaufs, obwohl diese, z. B. bei der Bundesbank, ausdrücklich zur Aufgabe gemacht worden ist. Doch der ist bis heute absolut nicht geregelt, wenn selbst die Bundesbank bestätigt, dass zwei Drittel des in Umlauf gegebenen Geldes gehortet werden!

Problematisch ist weiterhin, dass die Notenbanken von den Regierungen häufig auch auf Verhaltensweisen festgelegt werden, die ihrer Aufgabe der Währungssicherung diametral gegenüberstehen. So heißt es beispielsweise in § 12 des Gesetzes von 1957: »Die Deutsche Bundesbank ist verpflichtet, unter Wahrung ihrer Aufgabe die allgemeine Wirtschaftspolitik der Bundesregierung zu unterstützen.«

Vergleicht man diese Passage aus dem Bundesbankgesetz mit der zuerst zitierten, dann kann man über solche missverständlichen und z.T. widersprüchlichen Formulierungen nur den Kopf schütteln. Denn sicher lässt sich trefflich darüber streiten, welche praktischen Konsequenzen aus der Verpflichtung, die Wirtschaftspolitik einer Regierung zu unterstützen, ggfs. abgeleitet werden können, bis hin zum Dauerlauf der Notenpresse. Inzwischen hat man aber dazugelernt. So ist beispielsweise in Neuseeland in den 1990er Jahren der Präsident der Notenbank in seiner Aufgabenstellung alleine auf die Stabilität der Kaufkraft festgelegt und ihm bei unzureichender Einhaltung dieser Auflage sogar die Entlassung angedroht worden.

Etwas eindeutiger sind die Gesetze die den Euro betreffen. So heißt es beispielsweise im Artikel 2 des Maastrichter Vertrags, bezogen auf das Europäische System der Zentralbanken, »... ist es das vorrangige Ziel des ESZB, die Preisstabilität zu gewährleisten«. Und unter Artikel 3, wird zu den Aufgaben des ESZB u. a. aufgelistet:

- »die Geldpolitik der Gemeinschaft festzulegen und auszuführen,
- die offiziellen Währungsreserven der Mitgliedsstaaten zu halten und zu verwalten, und
- das reibungslose Funktionieren der Zahlungssysteme zu fördern«.

Wie regeln die Zentralbanken den Geldumlauf und warum ist diese Aufgabe so wichtig?

Wenn man von der Versorgung der Wirtschaft mit Geld ausgeht, denkt man meist nur an die Regulierung der Menge. Die Menge ist aber nur ein Faktor der Geldwirksamkeit, der zweite deren Einsatzhäufigkeit. Denn wird herausgegebenes Geld nur selten oder gar nicht bewegt, ist es genauso wirkungslos wie nicht herausgegebenes. Deshalb hat eine Zentralbank auch die Aufgabe, neben der Ausgabe des Geldes auch für dessen gleichmäßigen Umlauf zu sorgen. Denn erst bei einer störungsfreien »Umlaufgeschwindigkeit« (zutreffender: regelmäßigen Einsatzhäufigkeit) kann es auch störungsfreie Konjunkturlagen und eine stabil bleibende Kaufkraft geben.

Vergleicht man einmal das Geld mit Pferden und die Wirtschaft mit dem Wagen den die Pferde ziehen sollen, dann könnte man die Notenbanken als die Kutscher ansehen, die nicht nur für die notwendigen Pferde zu sorgen haben, sondern auch für eine gleichmäßige Bewegung des Wagens. Will ein Kutscher diese Aufgabe optimal erfüllen, wird er die Pferde so am kurzen Zügel führen, dass sie nicht beliebig ausscheren oder stehen bleiben können.

Die Notenbanken aber begnügen sich im Wesentlichen damit, eine von ihnen quantifizierte »Pferdemenge« für den

»Wirtschaftswagen« zur Verfügung zu stellen. Ob und in welchem Maße diese Pferde zum Ziehen bereit sind bzw. sich überhaupt einspannen lassen, wird von den Notenbanken nicht kontrolliert. Weitgehend hofft man einfach, dass alles von alleine klappt. Erst wenn die Notenbanken merken, dass der »Wagen´ schon zu schnell oder zu langsam läuft, werden sie aktiv. Dabei greifen sie jedoch nicht direkt in die Zügel. Vielmehr versuchen sie, die Leistungsbereitschaft der »Pferde« mit verringerten oder vergrößerten »Haferrationen« - sprich: Zinssätzen - zu beeinflussen.

Außerdem lassen die Notenbanken, um den Rückgang der Fahrgeschwindigkeit zu vermeiden, das Geld - entgegen ihrer eigenen Stabilitätsschwüre - fast ständig etwas unter der 'Inflationspeitsche« laufen. Da sie jedoch die Veränderungen der Geschwindigkeit des Wirtschaftswagens immer erst mit Verspätung merken und ihre Einflussnahme über Zins- und Inflationssätze mit kaum berechenbaren Verzögerungen und Nebenwirkungen verbunden sind, ist ein befriedigendes Ergebnis rein zufällig. In ihrer Not bekämpfen die Notenbanken schließlich sogar die Inflationsanstiege, die sie selbst durch zuviel herausgegebenes Geld verursacht haben, mit Erhöhungen der so genannten Leitzinsen, was einer Austreibung des Teufels mit dem Beelzebub gleichkommt.

Dabei gibt es eine ganz klare Vorgabe für die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes, nämlich die der Einkommensströme! Die Notenbanken müssten nur durch eine funktionierende Umlaufsicherung dafür zu sorgen, dass alles eingenommene Geld möglichst regelmäßig, direkt oder den Umweg über Ersparnis und Kredite, auch wieder in die Ausgaben fließt. Um die »richtige Höhe« der Zinsen brauchten sie sich dann keine Gedanken mehr zu machen, und die »richtige Geldmenge« würde sich von alleine einspielen. - Das heißt, die eigentliche Schwachstelle ist die unzulängliche Regelmäßigkeit des Geldeinsatzes!

Was heißt »regelt ... die Kreditversorgung der Wirtschaft«?

Auch diese Formulierung aus dem Bundesbank-Gesetz ist mehr als fragwürdig und vernebelt heute noch oft noch die Köpfe. Selbst Sachkundige leiten häufig daraus ab, dass Zentralbanken die Wirtschaft mit Krediten versorgen. Dabei stammen die Kreditmittel in unseren modernen Volkswirtschaften - soweit nicht direkt privat vergeben - aus Einlagen der Sparer bei den Banken und ähnlichen Institutionen, also aus den Einkommensüberschüssen anderer Wirtschaftsteilnehmern, nicht aber von den Notenbanken! So standen den Krediten der deutschen Banken an die Wirtschaft, bzw. wie es offiziell heißt: »an die Nichtbanken«, die im Jahr 2010 bei 3.725 Mrd Euro lagen, Kredite der Bundesbank an die deutschen Banken von nur 275 Mrd gegenüber, und davon entfielen 203 Mrd auf die in den Umlauf gegebenen Banknoten uns der Rest war weitgehend in den Mindestreserven gebunden. Das heißt, die Zentralbankkredite an die Banken lagen nur bei sieben Prozent jener Kredite, die von den Banken aus den Kundeneinlagen an die Wirtschaft vergeben wurden!

Nicht anders ist es bezogen auf den gesamten Euroraum, in dem Bankkrediten von fast 16.000 Mrd Euro nur solche der EZB in Höhe von rund 1.073 Mrd Euro gegenüber standen, von denen wiederum 816 Mrd in den Banknoten gebunden waren.

Wie sich schon aus diesen Zahlen ergibt, haben die Zentralbankkredite also wenig mit der Kreditversorgung der Wirtschaft zu tun. Das heißt, diese Notenbankkredite werden weitgehend nur dann und in dem Umfang ausgeweitet, wie die Wirtschaftsteilnehmer zusätzliches Geld am Bankschalter nachfragen. Da alle Bargeldnachfragen am Schalter wiederum mit Abhebungen von den Girokonten der Kunden verbunden sind, führen sie zuerst einmal in gleicher Höhe zu einem Rückgang dieses Guthaben- und damit auch des Kreditvergabepotentials, das umgekehrt auch nur durch solche Bargeldeinzahlungen wächst!

Wie läuft das mit den Krediten an die Banken?

Wie schon gesagt, benötigen die Banken die Kredite von den Notenbanken nur zur Auffüllung ihrer Kassenhaltungen und ihrer vorgeschriebenen Zentralbankguthaben/Mindestreserven. Da diese Kredite mit Zinskosten belastet sind, erweitern sie diese praktisch auch nur in dem Umfang, der für sie unvermeidlich ist. Das heißt, nicht die Zentralbanken und auch nicht die Geschäftsbanken bestimmen über die Geldmenge in der Wirtschaft, sondern letztlich die Wirtschaftsteilnehmer. Heben diese bei den Banken mehr Geld ab als sie dort laufend einzahlen oder nehmen ihre bargeldlosen Zahlungen zu, müssen die Banken ihre Verschuldungen bei den Notenbanken ausweiten. Sammelt sich dagegen bei den Banken mehr Geld an als laufend abgehoben wird, geben sie das Zuviel an Geld schleunigst an die Notenbanken zurück. Denn alles Geld in der Kasse ist für die Banken nicht nur »totes Kapital«, das sie nicht gegen Zinsen verleihen können, sondern für das sie auch noch an die Notenbanken Zinsen zahlen müssen! Deshalb versuchen auch die Banken, zur Senkung ihrer Zinsbelastungen, den Gebrauch von Bargeld innerhalb der Wirtschaftsvorgänge möglichst abzubauen. Denn für dieses über die Banken in Umlauf gegebene Bargeld müssen die Banken selbst dann noch Zinsen an die Zentralbank zahlen, wenn es seit Jahren in irgendwelchen privaten Tresoren schlummert, im Ausland kursiert oder gar durch Feuer, Kriege o.ä. vernichtet wurde. Und da die Banken diese Zinskosten nicht auf die Geldhalter und -benutzer überwälzen können, müssen sie diese letztlich ihren Kreditnehmern aufhalsen, die in den meisten Fällen gar kein Bargeld in Anspruch nehmen!

Mindestreserven und Zentralbankgeld

Die von den Banken bei der ZB zu haltenden Mindestreserven waren ursprünglich einmal als Zwangshinterlegungen zur Absicherung der Kundeneinlagen gedacht. In Deutschland wurden sie in den 60er und 70er Jahren jedoch auch zur Steuerung der

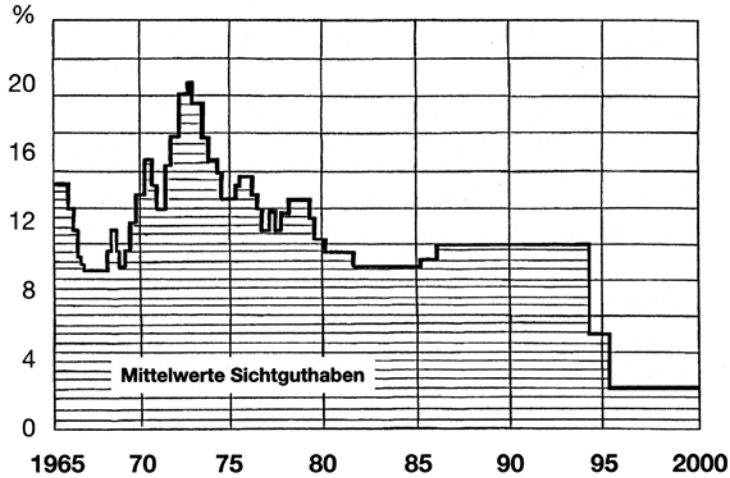
Geldmenge benutzt. Das vor allem um auf diese Weise inflationsträchtiges Geldbestände wieder aus dem Kreislauf heraus zu ziehen, die man, auf Grund der festgeschriebenen Wechselkurse, zum Aufkauf der ins Land fließenden Dollarmilliarden, im Übermaß heraus gegeben hatte.

Später dienten diese Zwangsverschuldungen vor allem dazu, die Banken verstärkt an die Zinsleine zu legen, so fragwürdig diese Methode auch sein mag. Das heißt, auch wenn es in den Lehrbüchern oft noch anders dargestellt wird: Von den Ersparnissen, die man bei einer Bank einzahlt, verschwinden heute keine Anteile mehr aus dem Kreislauf in diese Mindestreserven, sondern die Mittel zu deren Auffüllung werden ihnen im Euro-Raum in voller Höhe von den Zentralbanken zur Verfügung gestellt.

Diese Mindestreservenregelungen wurden im übrigen in der Vergangenheit sehr unterschiedlich gehandhabt. So waren Anfang der 90er Jahre die Reservesätze z.B. in Irland, Italien, Portugal und Deutschland z.T. noch recht hoch, in Spanien, Frankreich und den Niederlanden dagegen eher gering. In Dänemark und

Darstellung 9:

Veränderungen der Mindestreservesätze in Deutschland, 1965 bis 2000



Quelle: Bundesbank

Belgien lagen sie sogar bei Null, in Großbritannien, Luxemburg gab es sie überhaupt nicht und in der Schweiz hatte man sie schon vor etlichen Jahrzehnten abgeschafft. Außerdem wurden diese Zwangsreserven in manchen Ländern als Guthaben der Banken angesehen und verzinst, in anderen dagegen nicht.

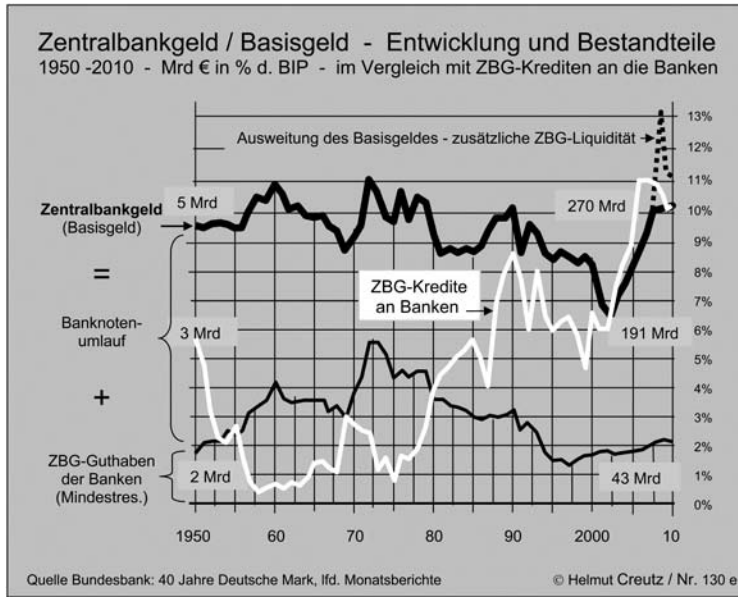
In welchem Umfang man die Mindestreserve-Sätze in Deutschland verändert hat, geht aus der *Darstellung 8* ebenso hervor, wie deren radikale Absenkung um 1995 auf den Satz von zwei Prozent der Kundeneinlagen, der von der EZB übernommen und bis heute beibehalten wurde

Die Veränderungen bzw. Entwicklungen der Mindestreserven wie auch der gesamten Zentralbankgeldmenge im Bereich der Deutschen Bundesbank, gehen auch noch einmal aus der *Darstellung 10* hervor, in der die Zentralbankgeldmenge mit ihren Bestandteilen - jeweils in Prozenten des BIP umgerechnet - von 1950 bis 2010 wiedergegeben ist.

Auch hieraus geht wieder hervor, dass sich die gesamte Zentralbankgeldmenge aus diesen Mindestreserven und den

Darstellung 10:

Zentralbankgeld / Basisgeld - Entwicklung und Bestandteile



Banknoten zusammensetzt. Wie aus der um etwa 10 Prozent des BIP schwankenden Zentralbankgeld-Menge hervorgeht, ist diese weitgehend im Gleichschritt mit der nominellen Wirtschaftsleistung ausgeweitet worden. Dabei sind die Schwankungen dieser Größe, wie gut erkennbar, bis in die 1990er Jahre jeweils entscheidend durch die Veränderungen der Mindestreserven ausgelöst worden. Und da die Bundesbank gleichzeitig auch noch ihre Kredite an die Banken absenkte (helle Kurve in der Grafik) waren diese sogar gezwungen, die ihnen auferlegten hohen Pflichtreserven mit dem Bargeld aufzufüllen, das die Kunden an den Bankschaltern einzahlten.

Aus dieser Kreditkurve geht ebenfalls hervor, dass inzwischen nicht nur die ganzen Mindestreserven mit ZBG-Krediten abgedeckt werden, sondern auch das gesamte Bargeld, das vorher von der Bundesbank über Ankäufe von Dollar und auch Gold in den Umlauf gegeben worden ist.

Der aus der Grafik hervorgehende Einbruch der Zentralbankgeldmenge nach dem Jahr 2000 wurde durch die Reduzierungen der Bargeldmenge ausgelöst, die von den Geldhaltern, vor dem Umtausch in den Euro, fast zur Hälfte abgebaut wurde. Dass diese Reduzierung der Bargeldmenge in der Wirtschaft keinerlei Folgen hatte, zeigt noch einmal die Überversorgung der Märkte und in welchem Umfang bei uns Geld gehortet und dem Kreislauf entzogen wird. - Das Überschießen der ZBG-Kurve Ende des letzten Jahrzehntes war dagegen die Folge der zusätzlichen ZBG-Liquidität, die den Banken im Zuge der Krise eingeräumt wurde.

Wann müssen Notenbanken das Geld vermehren? Wie können sie das tun?

Ein Schweizer Notenbanker hat einmal gesagt, dass man zur Geldmengenregelung nur eine Notenpresse und einen Ofen brauche. Die Notenpresse, um bei Bedarf mehr Geld zu drucken, den Ofen, um zuviel Geld zu verbrennen.

In Umlauf setzen können die Notenbanken das Geld auf verschiedene Weise. Zum Beispiel durch Ankauf anderer Wäh-

rungen, Gold oder Schuldverschreibungen auf dem so genannten »Offenen Markt«, wie das in den ersten Jahrzehnten zu einem erheblichen Teil von der Bundesbank praktiziert wurde. Ebenso könnten die Zentralbanken - wenn das nicht untersagt wäre - das Geld durch Kredite oder Ausschüttungen an den Staat in den Umlauf geben. Die im Euro-Raum übliche Methode ist jedoch - wie beschrieben -, den Banken »frisches Geld« auf dem Kreditweg zur Verfügung zu stellen. Wollen sie dabei die Menge im Griff behalten, müssen sie selbst die jeweiligen Zuteilungskontingente und/oder Zinssätze festsetzen, so wie das z.B. bei der Europäischen Zentralbank im Zuge der wöchentlichen Geldeinziehungen und -ausgaben geschieht, die praktisch Versteigerungen gleichen.

Nach verschiedenen Versuchen der EZB, die Geldmenge in der richtigen Größe zu dosieren, ist man nach einigen Jahren dazu übergangen, zwei Drittel des Zentralbankgeldes jeweils nur für eine Woche auszuleihen und den Rest für drei Monate. Dabei gibt die EZB den Umfang der vorgesehenen Geldausgabe ebenso vorweg bekannt wie den von den Banken zu bietenden Mindestzins. Die Banken müssen dann, neben ihren gewünschten Mengenzielen, jenen Zins angeben den sie dafür zu zahlen bereit sind. Mit dieser Methode können die Zentralbanken gewissermaßen die Lage laufend abtasten und ihre Geldpolitik - und hier vor allem den so genannten Leitzins - auf die Bedürfnisse des Marktes abstimmen. - In welchem Umfang man im Zuge der Finanzmarkt- und Bankenkrise nach 2007 alle guten Vorsätze über den Haufen geworfen und die Banken zeitweise mit Geld förmlich überflutet hat, dürfte allen Lesern noch in Erinnerung sein.

Auf diese ganzen komplizierten und nie ganz optimal funktionierenden Regulierungen der Geldmengen könnte nur dann verzichtet werden, wenn - wie bereits erwähnt - den Geldumlauf verstetigen würde! Unter den Gegebenheiten eines solchen verstetigten Umlaufs wären sogar eine Geldausgabe und ein Geldeinzug über den Staat möglich, der dann von der Notenbank zu einer direkten Ausgabe und damit Nachfragewirksamkeit des Mehrgeldes ebenso gezwungen werden könnte, wie umgekehrt bei zuviel umlaufendem Geld zu einer Rückga-

be und Reduzierung seiner Ausgaben. Maßstab dieser Korrekturen wäre allein der Preisindex.

Mit einer solchen Geldmengenregelung über den Staat würde auch deutlich, dass nicht nur die Kaufkraftstabilität des Geldes, sondern auch seine Ausgabe eine öffentliche Angelegenheit ist. Auf der anderen Seite würde ebenso deutlich, dass die Verantwortung für die Betreuung der Kundeneinlagen und die daraus gewährten Kreditvergaben, einschließlich der sich daraus ergebenden Zinsbildungen, allein Sache der Banken und des Marktes sind. Einen Rückgriff auf die Notenbanken als »lender of last resort«, also als Nothelfer mit frisch gedrucktem Geld, wäre dann ebenso wenig erforderlich wie die Einmischung in die Zinssätze, die bei einer funktionierenden Umlaufsicherung mit den Sättigungen in der Wirtschaft und nachlassendem Wirtschaftswachstum marktgerecht zurückgehen und schließlich bei den Guthabenzinsen um Null pendeln könnten. Also um einen niedrigen Gleichgewichtssatz, der bei Krediten nur in Höhe der Bankmarge die Nullgrenze übersteigen würde. - Die Notenbanken wären dann, was die von Silvio Gesell ausgehende »Freiwirtschaftsschule« bereits seit langem fordert: Eine Währungsbehörde, deren alleinige Aufgabe die optimale Geldversorgung und Geldmengenregulierung mit dem Ziel stabiler Geldkaufkraft ist.

Aufgabe der Notenbanken ist also nicht die Festlegung einer bestimmten Geldmenge, an der sich die Wirtschaft zu orientieren hat oder diese sogar auf irgendeine Art und Weise anzukurbeln. Vielmehr ist es umgekehrt ihre Aufgabe, die Geldmenge flexibel an den Bedarf der Wirtschaft anzupassen!

Welche »Geldmenge« versuchen die Notenbanken zu steuern?

Man sollte meinen, dass die Notenbanken sich bei ihren Steuerungsversuchen mit jener Geldmenge befassen, die von ihnen selbst herausgegeben wird, also mit der Bargeldmenge, der Schlüsselgröße für alle weiteren Geldvorgänge. Stattdessen orientieren sich die meisten Notenbanken bei ihren Be-

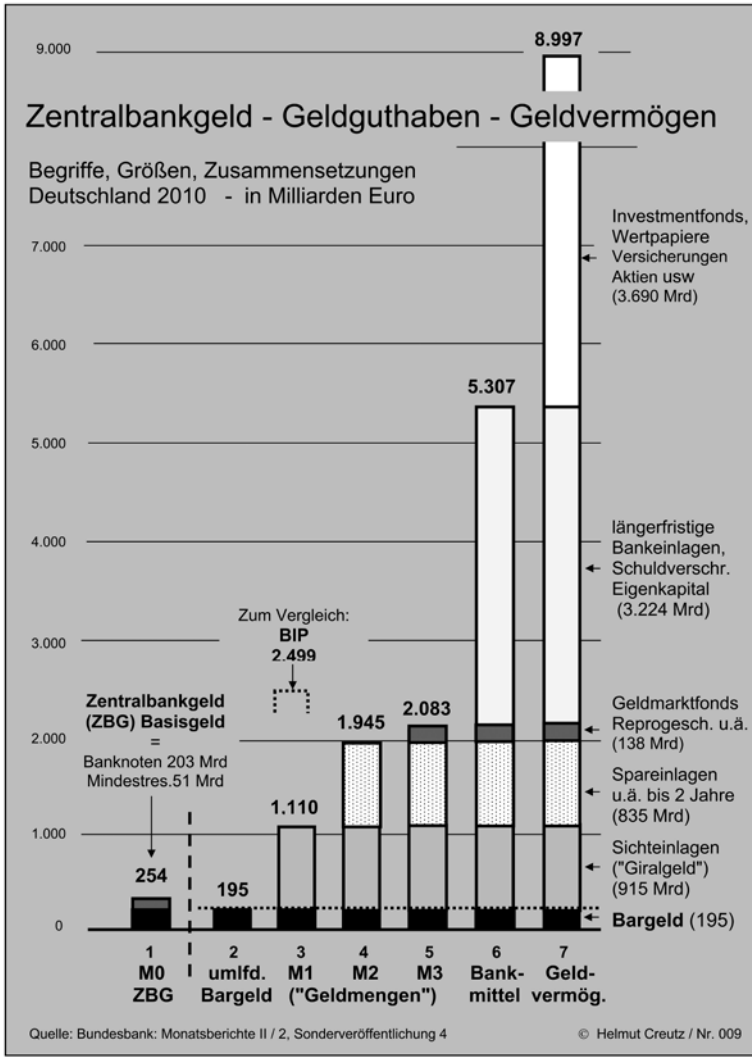
mühungen um stabiles Geld jedoch auch heute noch an den verschiedensten »Geldmengenaggregaten«. Dabei hat sich fast jede Notenbank eine eigene »Geldmenge« oder zumindest eigene Variationen dazu konstruiert. Der Sachgegebenheit am nächsten kam dabei die Schweizerische Nationalbank, die sich lange Zeit an der herausgegebenen Bargeldmenge plus der Zentralbankgeld-Guthaben der Banken orientiert hat, also an der Geldbasis, die von den Notenbanken selbst ausgegeben wird und die auch alleine wirkliches Geld ist. Andere Länder - vor allem im angelsächsischen Raum - haben lange Zeit die so genannte Geldmenge M1 als Richtgröße benutzt. Darin ist das herausgegebene Bargeld mit den Sichtguthaben der Nichtbanken zusammen gefasst, also jene beiden Bestände, die heute auf den Märkten als Zahlungsmittel genutzt werden. Inzwischen experimentieren die meisten Notenbanken, wie auch die Deutsche Bundesbank seit 1988 und jetzt die EZB, mit der so genannten Geldmenge M3. Wie sich diese zuletzt angeführten »Geldmengen« jeweils zusammensetzen und dass sie überwiegend gar nicht aus Geld, sondern aus Guthaben der Bankkunden bestehen, geht aus der Darstellung 9 hervor, fußend auf den Zahlen in Deutschland Ende 2007.

Wie daraus noch einmal hervorgeht, setzt sich das Zentralbankgeld bzw. das Basisgeld (Säule 1) zum größeren Teil aus den Banknoten und zum kleineren Teil aus den Mindestreserven der Banken zusammen. Dabei wird die Menge der Banknoten von dem Bedarf bzw. der Nachfrage der Nichtbanken bestimmt, die der Mindestreserven von der Höhe der Kundeneinlagen bei den Banken und dem darauf bezogenen Satz von derzeit zwei Prozent.

Wie aus der Säule 2 ersichtlich, gelangt aus dem Zentralbankgeldbereich nur das Bargeld in die Wirtschaft, was durch die vertikale unterbrochene Linie zwischen beiden Säulen wieder markiert wird. Diese als »umlaufende Bargeldmenge« bezeichnete Größe errechnet sich aus der Banknotenmenge zuzüglich der Geldmünzen, abzüglich der Kassenhaltungen bei den Banken. Diese präzise Bestimmung der umlaufenden Geldmenge, mit deren Hilfe man ja die Kaufkraft in der Wirtschaft eingrenzen will, ist jedoch wenig nützlich, weil der An-

Darstellung 11:

Zentralbankgeld - Geldguthaben - Geldvermögen



teil der nicht umlaufenden Banknoten, der inzwischen zwei Drittel derselben übersteigt, nicht berücksichtigt wird.

In den nächsten Säulen 3 bis 5 in der Darstellung werden dann die gesamten Bankeinlagen der Sparer mit dem Bargeld, als »Geldmengen M1« bis »M3« zusammengefasst. In der

Säule 6 kommen dann noch die restlichen Geldaufnahmen der Banken hinzu und in der Säule 7 die gesamten Geldvermögensbestände, zu denen man - obwohl Anteile an Unternehmen - auch die Aktien zählt.

Bekanntlich orientiert sich die EZB bei ihren Geldmengensteuerungen heute vor allem an der so genannten Geldmenge M3 in Säule 5, zieht jedoch auch andere Größen und Entwicklungen zur Beurteilung ihrer erforderlichen Steuerungsmaßnahmen heran, so die direkte Beobachtung der Inflations- und Zinsraten, sowie der Konjunktur- und Produktionsmittelentwicklung und deren Auslastung usw. usw. Die entscheidende Größe, nämlich die der Einsatzhäufigkeit und damit des Nutzungseffekts des Bargeldes in die Wirtschaft, also vor allem der ausgegebenen Banknoten, bleibt jedoch weiterhin unbekannt.

Zu diesen Unzulänglichkeiten der Geldmengensteuerung und damit der Geldpolitik hat sich vor einigen Jahren der seit Mitte des ersten Jahrzehnts tätige US-Notenbankchef, Ben Bernanke, einmal treffend geäußert:

> *»Unterstellt, Geldpolitik machen wäre wie Autofahren, dann ist es ein Auto mit ungenauem Tacho, trüber Windschutzscheibe und einer Tendenz, der Steuerung nicht zu gehorchen.«* (Münchner Merkur, 4/5. Febr. 2006)

Woher kommen die Notenbankgewinne

Wie bei jedem Unternehmen und jeder Behördenstelle fallen auch bei den Noten- bzw. Zentralbanken Einnahmen und Ausgaben an. Bei kaum einer anderen Institution dürften die Größen der daraus resultierenden Gewinne jedoch so hoch und so extrem schwankend sein, wie das bei den Notenbanken der Fall ist. Ursache ist der Tatbestand, dass die erwirtschafteten Überschüsse weitgehend aus Zinseinnahmen stammen. Einmal aus dem selbst geschöpften und gegen Zinsen an die Banken verliehenen Geld, vor allem aber aus den Zinserträgen ihrer erheblichen Reserven, die überwiegend in Dollar gehalten und auch im Dollarraum angelegt sind. Die Schwankungen dieser

Zinserträge und der sonstigen Gewinne, resultieren wiederum aus den ständigen Zinssatz- und Wechselkurs- Veränderungen zwischen den Währungen. Als Folge dieser Gegebenheiten, aber auch als Folge buchungstechnischer Wertberichtigungen wie z.B. der Goldbestände, schwankten diese Überschüsse der Deutschen Bundesbank, die jährlich an den Staat ausgezahlt werden, von 2007 bis 2010 z. B. zwischen zwei und sechs Milliarden Euro. Soweit nicht aus dem Ausland stammend, sind diese (dem Staat sehr willkommenen) Überschüsse für die Wirtschaft nichts anderes als eine zusätzliche Steuer, deren Höhe allerdings im Voraus nicht kalkulierbar ist.

Natürlich hängt die Belastung für die Bürger auch von der Größe und dem Aufwand ab, den die jeweilige Notenbank selbst betreibt. So hatte z.B. die Deutsche Bundesbank, Anfang der 90er Jahre, noch rund 18.000 Beschäftigte, während die Bank von England mit gut 4.000 und die Schweizer Nationalbank mit rund 600 Angestellten auskam. Auch wenn man bei diesen Zahlen die Gesamtbevölkerung bzw. Wirtschaftskraft der einzelnen Länder berücksichtigt, ergeben sich also erhebliche Aufwands- und Kostenunterschiede, die allerdings auch mit unterschiedlichen Aufgabenbereichen zusammen hängen.

TEIL II

Der Zins und andere Fehlstrukturen

5. Kapitel

Der Zins in Vergangenheit und Gegenwart

»Das Geld ist für den Tausch entstanden, der Zins aber weist ihm die Bestimmung an, sich durch sich selbst zu vermehren. Daher widerstreitet auch diese Erwerbsweise unter allen am weitesten dem Naturrecht.«

Aristoteles

Die Überlegenheit des Geldes über die Waren, gab diesem unverzichtbaren Tauschmittel eine besondere Stellung: Alle begehrten es und niemand gab es gerne wieder her. Auch nicht leihweise, es sei denn gegen einen Aufschlag, der die Liquiditätsvorteile des Geldes gegenüber den zu tauschenden Gütern ausglich. Und da Geld aufgrund dieser besonderen Gegebenheiten und seiner allgemeinen Begehrtheit fast immer knapp war und vor allem auf Grund seiner Haltbarkeit sogar künstlich verknappt werden konnte, spielte dieser Zins-Aufschlag als Preisfaktor, der in Prozenten und zeitbezogen auf das verliehene Geld berechnet wurde und bis heute berechnet wird, mit der Ausweitung der Geldnutzung eine zunehmend entscheidende Rolle.

Warum ist der Zins ein Problem?

Die Problematik besteht vor allem darin, dass der Zins demjenigen, der bereits übriges Geld hat und es verleihen kann, noch mehr Geld zuspielt, während er demjenigen, dem das Geld fehlt und der es sich deshalb leihen muss, noch zusätzlich Geld nimmt. - Dass dieser Mechanismus zu sozialen Spannungen zwischen Arm und Reich führen muss, wurde schon sehr früh erkannt. Denn die Schuldner, die über die Rückzahlung hinaus die zusätzlichen Zinszahlungen aufzubringen hatten, gerieten allzu oft in die Schuldenfalle, an deren Ende Leibeigenschaft und Sklaverei standen. Nahmen solche Entwicklungen Überhand, kam es

schließlich zu wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Zusammenbrüchen, die wiederum Gewalt, Aufstände und Kriege zur Folge hatten. Alle Hochreligionen haben darum immer wieder versucht, den sozialen Sprengstoff des Zinses durch Gebote und Verbote zu minimieren, bis hin zur Androhung von Höllenstrafen durch die katholische Kirche. (Siehe Zitate im Kasten D).

Noch im 18. Jahrhundert wurde durch Papst Benedikt XIV. die Zinsnahme in einer Enzyklika verdammt. Doch mit Geboten und Verboten war und ist dem Zins nicht beizukommen. Im Gegenteil! Werden Zinsverbote befolgt, kommt es zu noch größeren Problemen: Man fordert zwar wegen der angedrohten Höllenstrafen keine Zinsen mehr, stellt aber auch das Geldverleihen ein! Durch diese Ausleihe-Verweigerung aber wird den Märkten das notwendige Tauschmittel entzogen: Die gefährliche Geldknappheit nimmt zu und der Zins steigt - sofern überhaupt noch jemand Geld verleiht - ins Unermessliche.

Diese Probleme zeichnen sich heute auch im Islam ab, in dem das Zinsverbot wieder aufgelebt ist: Vor allem in strenggläubigen ländlichen Zonen, z.B. des Iran oder des Sudan, in denen man dieses Verbot verbreitet befolgt, verringert sich das Kreditangebot, weil man sein Geld vermehrt zu Hause oder in Form von Gold und Goldschmuck spart. Oder es müssen, anstelle der Zinsen, unter anderen Bezeichnungen gleich hohe Anreize geboten und meist sogar in fester Höhe zugesagt werden, z.B. in Form von »Gewinnbeteiligungen« oder durch im Voraus vorgenommen Abschläge an der ausgezahlten Kreditsumme, usw.

Das heißt, an den leistungslosen Einkommen der Besitzenden zu Lasten der Arbeitenden verändert sich im Prinzip auch hier nichts, sie erhalten meist nur ein anderes Etikett. Außerdem fließen den islamischen Banken, die, an Stelle der Kreditvergabe, mit den Einlagen der Sparer Beteiligungen an Unternehmen erwerben, häufig auch übergroße Einflüsse und damit Machtpositionen in der Wirtschaft zu.

Das Zinsproblem kommt heute also einer Zwickmühle gleich: Mit Zinsen nehmen die sozialen Ungleichgewichte zu, ohne Zinsen bricht der Geldkreislauf zusammen. Geht man jedoch den Ursachen dieser Zwickmühle nach, dann stellt sich heraus, dass nicht der Zins das eigentlich auslösende Problem

Christliche Stimmen zum Zins:

»Was ist für ein Unterschied, durch Einbruch in Besitz fremden Gutes zu kommen auf heimliche Weise und durch Mord als Wegelagerer, indem man sich selbst zum Herrn des Besitzes jenes Menschen macht, oder ob man durch Zwang, der in den Zinsen liegt, das in Besitz nimmt, was einem nicht gehört?«

Gregor von Nyssa, bedeutender Theologe, griechischer Bischof, ca. 334-394 n. Chr.

»Wer Zins nimmt, wird mit dem Königsbann belegt, wer wiederholt Zins nimmt, wird aus der Kirche ausgestoßen und soll vom Grafen gefangengesetzt werden.«

Kaiser Lothar im Jahr 825, nach einem Gesetz von Karl dem Grossen im Jahr 789

»Jede Gesetzgebung, die den Zins erlaubt, ist null und nichtig.«

Papst Alexander 11., 1159-1181

Der Zins hat die ganze Gesellschaft vergiftet, die soziale Moral zerstört. An dieser Sünde muss unsere Gesellschaft zugrunde gehen. Der Zins ist der Angelpunkt der sozialen Frage.«

Karl von Vogelsang, 1884

»Wir zweifeln nicht daran, dass eine Zeit kommen wird, in der sich eine christliche Bewegung gegen den Zins erhebt.«

Friedrich Naumann, Soz. Programm der evang. Kirche 1890

»Wer Zins nimmt, lebt auf Kosten der Arbeit anderer, ohne ihnen für diese Arbeit irgendeine Gegenleistung zu geben. Durch den Zins wird der Gleichwertgrundsatz in schwerster Weise verletzt. Christentum und Zins sind unvereinbar.«

Johannes Ude, Dekan der Kath.-Theol. Fakultät Graz, 1874-1965

ist, sondern die Möglichkeit Geld zurückhalten und damit nach Belieben verknappen zu können! Denn erst auf Grund dieser Verknappung und des Rechtes dazu, ergibt sich wiederum die Möglichkeit, für die Freigabe überschüssigen Geldes einen ständigen Tribut bzw. eine Freigabeprämie zu erpressen!

Diesen Zusammenhang hat man zwar in früheren Zeiten ab und zu erkannt, aber leider immer wieder aus dem Auge verloren. So hatte beispielsweise Papst Bonifatius VIII. nicht das Zinsnehmen als sündhaft herausgestellt, sondern das Festhalten von Geld: »Wer bei sich daheim Geld schlafend und untätig liegen lässt, wird exkommuniziert«, hieß es in einer im Jahr 1303 veröffentlichten Bulle. Und Papst Clemens IX. gab noch im 17. Jahrhundert Münzen mit dem Aufdruck »noli thesaurare« in Umlauf, was soviel heißt wie »Du darfst mich nicht festhalten«.

Auch der Volksmund hat dieses Wissen bis heute in Erinnerung gehalten. Die Redewendungen »Taler, Taler, du musst wandern, von der einen Hand zur andern ...« oder »Der Rubel muss rollen«, treffen in ihrer Kürze genau den Punkt, um den es bei der Geldproblematik und ihren zunehmenden weltweiten Folgen letztlich geht: Um das heutige Recht und die Möglichkeit, den Geldkreislaufs nach Belieben zu unterbrechen und bei Verzicht darauf eine Freigabeprämie zu erpressen.

Was ist der Zins eigentlich?

Der Zins wird heute oft als »Preis des Geldes« bezeichnet. Man kann Geld jedoch nicht kaufen (allenfalls mit einer anderen Währung!), sondern erhält es normalerweise als Entgelt für Leistungen und Güter. Aber auch der Begriff »Leihgebühr« ist für den Zins nicht treffend, weil man Leihgebühren normalerweise nur für Dinge verlangt, die dem Verschleiß unterliegen. Bei Dingen jedoch, die man nach der Leihzeit gleichwertig zurückerhält (z.B. ein Pfund Mehl oder einen Zentner Saatkartoffeln), sind im Allgemeinen keine Leihgebühren üblich. Denn der Verleiher hat ja den Vorteil, dass er das Verliehene, wenn er es selber wieder braucht, in einem frischen oder zumindest gleichwertigen Zustand zurück erhält. Außerdem spart er durch das Verleihen Lager- und Wartungskosten und sogar evtl. Verluste ein.

Anders ist es, wenn das Verleihen für den Verleiher mit einem Nachteil verbunden ist. Sieht man von Inflationen ab, die man normalerweise seiner Zinsforderung zuschlägt, dann ist das beim Verleihen von Geld nur insofern der Fall, als der Verleiher zwischenzeitlich auf die Freizügigkeit verzichtet, jederzeit mit dem Geld disponieren zu können. Keynes bezeichnet deshalb den Zins auch als »Prämie für Liquiditätsverzicht«.

Obwohl das Geld eigentlich nur ein Tauschvermittler und in dieser Rolle ein Äquivalent der Güter und Leistungen sein soll, ist es diesen also, aufgrund seiner Dauerhaftigkeit wie der genannten Liquiditätsvorteile, in Wirklichkeit überlegen. Deshalb stehen diejenigen, die Geld übrig haben, auch unter keinem Druck es herzugeben, also es selbst auf dem Markt nachfragend einzusetzen. Wer dagegen Güter produziert, muss sie, um Lagerkosten und andere Verluste zu vermeiden, immer zu verkaufen versuchen. Noch mehr steht derjenige unter Druck, der von seiner Arbeitskraft lebt: Er ist zum Angebot seiner Leistungsfähigkeit gezwungen, wenn er nicht verhungern will.

Diese Überlegenheit des Geldes über die zu tauschenden Güter und Leistungen, ist also das, was sich derjenige mit Zins belohnen lässt, der sein Geld einem Dritten leihweise überlässt! Und dieser Geldvorteil ergibt sich vor allem aus der allgemeinen Übereinkunft, dieses Medium Geld überall als Zahlungsmittel zu akzeptieren, was sogar noch durch den staatlich festgelegten Annahmezwang unterstützt wird! Das heißt, der Zins ist zusammen mit dem Tauschmittel Geld und dessen Vorteilen in die Welt gekommen. Und aufgrund dieser Gegebenheiten können diese Vorteile von denjenigen, die Geld übrig haben, zu Lasten der anderen Marktteilnehmer, denen Geld fehlt, in ein sachlich ungerechtfertigtes Dauer-Einkommen umgewandelt werden.

Welche Aufgaben hat heute der Zins?

In der Volkswirtschaft gilt der Zins mit seiner schwankenden Höhe als ein Indikator der gegebenen Geld- bzw. Kapitalmarktverhältnisse, genauer: er signalisiert die Knappheit des Geldes, gleichgültig ob es wirklich knapp ist oder nur künstlich knapp

gehalten wird. Aufgrund dieser Signale wird der Zins als ein Instrument gesehen, mit dem das Geld in die wirtschaftlich sinnvollste Anlage geleitet wird. Vor allem aber sorgt der Zins heute dafür (und hier liegt seine wichtigste Aufgabe), dass diejenigen, die Geld übrig haben, es nicht festhalten, sondern anderen leihweise überlassen. Der Zins ist also gewissermaßen das »Zuckerbrot«, mit dem man das für die Wirtschaft unverzichtbare Geld wieder in den Kreislauf zurücklockt. Oder anders ausgedrückt: Der Zins sorgt heute für den Umlauf des Geldes, auf den jede Volkswirtschaft zur Sicherung ihres Funktionierens angewiesen ist.

Für die beiden erstgenannten Aufgaben des Knappheitsindikators und des Lenkungsinstruments, ist die Zinshöhe an sich ohne Belang. Hier funktioniert der Zins auch dann, wenn er niedrig ist, ja sogar wenn er um Null herum pendelt oder gar - wenn Geld im Überfluss angeboten wird - noch bei Minusgrößen. Als Umlaufsicherungsinstrument jedoch lässt die Wirkung der Zinsen mit sinkender Höhe nach. Das heißt, ein Absinken der Zinssätze - volkswirtschaftlich und sozial höchst wünschenswert - führt heute zu verstärkten Geldzurückhaltungen und damit zu Kreislaufstörungen in der Wirtschaft. Anders ausgedrückt: Wenn der Zins, als Prämie für den Liquiditätsverzicht, den Geldhaltern nicht mehr hoch genug erscheint, nimmt die Bereitschaft zur Geldfreigabe und damit zum Ausleihen ab, während die Bargeldhortung - gegenläufig zur Zinshöhe - zunimmt. Steigen durch diese zunehmenden Bargeldhaltung und -verknappungen die Zinsen wieder an, werden die Geldbestandshaltungen wieder verringert. Die Absicherung des Geldumlaufs verändert sich also mit der Höhe der Zinsen.

Gab es irgendwann einmal zinsfreie Zeiten?

Ob der Zins in der Geschichte einmal völlig bedeutungslos war, ist nicht überliefert. Sicher aber dürfte sein, dass es Zeiten geringer Zinshöhe gegeben hat mit entsprechend positiven Folgen.

So ist überliefert, dass der spartanische Staatsmann Lykurg Gold und Silber ächtete und Eisengeld einführte. Möglicher-

weise tat er das, um bei der Geldausgabe von den Edelmetallen unabhängig zu sein. Mit diesem Eisengeld veränderte sich jedoch die Bedeutung des Geldes auf den Märkten: Das Eisengeld war nicht mehr, wie Gold und Silber, den einzutauschenden Gütern überlegen! Denn wer Eisengeld verschatzte, also aus dem Verkehr zog und damit verknappte, der riskierte ähnliche Verluste wie der Warenbesitzer. Denn dieses damalige Eisengeld rostete und verlor damit an Gewicht und in der Folge auch an Wert. Im Extremfall fand der Geldhorter in seiner Schatztruhe nach einigen Jahren nur noch einen Haufen Rost vor und wurde damit also für die Hortung bestraft.

Bekannter und nachprüfbarer ist die Kultur- und Wirtschaftsblüte in der Staufferzeit: »Ein Geschenk des Geldwesens«, wie Hans Weitkamp im Untertitel seines Buches, »Das Hochmittelalter«, schreibt. Denn in dieser Zeit der Hochgotik gab es ebenfalls ein Geld, das nicht von Dauer war, nämlich die einseitig geprägten so genannten Brakteaten, auch Hohlpfennige genannt. Dieses Geld, aus dünnem Silberblech gefertigt, hatte also nicht nur einen geringen Metallwert, sondern auch eine geringere Haltbarkeit. Das Entscheidende an den Brakteaten aber war, dass sie im Jahr ein- bis zweimal »verrufen«, das heißt, durch öffentlichen Aufruf als ungültig erklärt wurden. Sie mussten dann gegen neu geprägte Münzen eingetauscht werden, wobei man jedoch für fünf alte Münzen durchweg nur vier neue erhielt.

Zwar kannte man den Geldverruf mit Zwangsumtausch und Abzug auch vorher schon bei den normalen Münzen. Er fand jedoch überwiegend nur bei der Einsetzung eines neuen Herrschers statt, wobei dieser Herrscher-Wechsel mit dem eingeprägten Konterfei vermittelt und gleichzeitig über den Geldumtausch eine Steuer eingezogen werden konnte. Erzbischof Wichmann von Magdeburg jedoch, der als Erster im Jahre 1154 die vorgenannten Brakteaten prägte, hat diesen Münzverruf zur Regel gemacht. Höchstwahrscheinlich um über den jeweils einkassierten Umtausch-Abschlag - Schlagschatz oder Prägesteuer genannt - den Staatshaushalt auf bequeme und sichere Weise zu finanzieren.

Verständlich, dass diese Steuereinzugsmethode bei anderen Herrschern und Münzherren sehr schnell Nachahmer fand

und auch die freien Reichsstädte eigene Münzen in Umlauf setzten. Doch dieser von den Bürgern sicher kaum begrüßte Umtausch-Abschlag auf die Brakteaten hatte einen nicht eingeplanten segensreichen Nebeneffekt: Das geprägte Dünnblechgeld lief, im Gegensatz zu den massiven Münzen, in der Wirtschaft kontinuierlich um! Kaum einer zog es noch aus dem Verkehr oder sammelte es gar in Truhen, denn mit jeder Ansammlung riskierte man beim nächsten Geldumtausch höhere Verluste. Um diese zu vermeiden oder wenigstens zu minimieren, gab man sein Geld möglichst in dem Rhythmus weiter, wie man es selbst erhielt. Und hatte man im Moment keinerlei Verwendung und damit Geld übrig, verlieh man es gern an andere und das sogar auch ohne Zinsforderung. Denn durch das Verleihen konnte man den »Schwarzen Peter« des Umtausch-Abschlags an den Ausleiher weitergeben: Denn dieser hatte dann das Umtausch-Risiko, während der Verleiher einen Anspruch auf Rückerstattung des vollen Betrages besaß, auch über den Umtauschtermin hinaus.

Was bewirkten die Brakteaten?

Die Folge dieser Brakteaten-Eigenschaften war nicht nur ein Verschwinden des Zinsen und weitgehend störungsfreier Geldumlauf, sondern auch ein Rückgang jener Knappheiten, die sonst bei sinkenden Zinsen wirksam wurden. Entsprechend positiv waren die Folgen für das wirtschaftliche und gesellschaftliche Geschehen. Zwar gab es neben den Brakteaten auch noch die massiven und dauerhaften Münzen, aber diese wurden hauptsächlich als Schatzmittel verwandt oder für Zahlungen in andere Währungs- und Herrschaftsgebiete.

Die positiven Auswirkungen dieses Brakteaten-Geldes waren vielseitig. Vor allem im 13. und 14.Jahrhundert entstanden allein im deutschen Sprachraum mehrere hundert Städte. Die Hanse hatte ihre Blüte, die Wirtschaft gedieh und zum ersten Mal gab es so etwas wie einen breiteren Bürgerwohlstand. Den Spuren dieser Zeit kann man in den wenigen unversehrt gebliebenen Städten bzw. Altstadtbezirken noch nachgehen.

Z.B in Orten wie Dinkelsbühl, Rothenburg, Nördlingen oder Lübeck, auch wenn vieles davon im Bombenregen des letzten Krieges zerstört worden ist. Und nie wieder hat es so viele Künstler und Kunsthandwerker gegeben wie in diesen Jahrhunderten der Brakteaten-Währung! Fast alle Balken an den Bürgerhäusern und selbst der letzte Stein auf den Spitzen der Kirchen und Kathedralen waren kunstvoll gestaltet, ebenso die Glasfenster und Kirchengestühle.

Gerade diese vielerorts noch erhaltenen Kathedralen und Kirchen, aber auch manche Rat- und Bürgerhäuser, bezeugen heute noch den Reichtum dieser Zeit.

Und diese Bauwerke wurden nicht - wie die Pyramiden in Ägypten - durch Zwangsarbeiter oder Sklaven errichtet, sondern von hoch bezahlten Baumeistern und Handwerkern. Dabei war dieser breiter gestreute Wohlstand nicht die Folge einer ständigen Leistungssteigerung oder eines Wirtschaftswachstums in unserem heutigen Sinne. Er war vielmehr die Folge einer langen Epoche des Wirtschaftens mit einem relativ verstetigtem Geldkreislauf, einer Epoche der Wohlstandsmehrung durch die weitgehende Vermeidung der sonst sich wiederholenden verarmenden Konjunktureinbrüche, die oft in Revolten oder gar Kriegen endeten. Kurz: Er war die Folge eines umlaufenden Geldes, dem der Ausbeutungscharakter weitgehend genommen war!

Vielerorts gab es damals sogar schon eine Fünf-Tage-Woche, denn der »Blaue Montag« war z. B. in den deutschen Zünften, neben dem Sonntag, arbeitsfrei. (Der Name rührt daher, dass die Handwerker an diesem Tag ihre Arbeitskleidung - ihr Blauzeug - in die Wäsche gaben. Noch heute spricht man darum davon, einen Tag »blau« zu machen, wenn man nach einem durchzechten Wochenende der Arbeit aus dem Wege geht!). In den Silberbergwerken am Harz war die Arbeitszeit sogar zeitweise auf fünf Tage begrenzt. - Auch wenn man im Hochmittelalter noch keinen Urlaub in unserem Sinne kannte, gab es doch - zusätzlich zu den Wochenenden - bis zu 70 Feiertage im Jahr, wie vielen Chroniken aus dieser Zeit berichten.

Wie reich die Zeit gewesen sein muss, zeigt sich vor allem an den Bauleistungen. Als man z.B. Mitte der zweiten Hälfte des

13. Jahrhunderts mit dem Kölner Dom begann, lebten in der Stadt kaum mehr als 20.000 Menschen. Und diese waren in der Lage ein Gebäude zu planen und zu erbauen, in dem praktisch alle Bürger Platz finden konnten! Gleichzeitig konnten sie die Stadt selbst ausbauen und mit Mauern und Toren schützen, deren Solidität und Gestaltung heute noch Bewunderung auslöst. Und solche großen Bauprojekte konnten sie selbst dann beginnen, wenn sich die Fertigstellung über mehr als hundert Jahre hinzog, ein Bauablauf, der in einer zinsbelasteten Zeit nie hätte finanziert und realisiert werden können! - Zeit war offensichtlich damals noch nicht identisch mit Geld, wie es in einem heutigen Sprichwort - bedingt durch die Zinsen - heißt!

Dass diese wirtschaftliche und kulturelle Blüte mit dem Geld zusammenhing, bestätigt auch das Ende dieser Ära im 14. und 15. Jahrhundert, in denen die Brakteaten wieder nach und nach durch »Dickpfennige« oder »ewige Pfennige« ersetzt wurden. Zu dieser Abschaffung der Brakteaten kam es möglicherweise, weil manche Münzherren die Münz-Verrufung zu oft wiederholt und damit Widerstand bei den Bürgern ausgelöst hatten. Vielleicht aber auch als Folge neuer Gold- und Silberfunde, mit denen wieder genügend Material für die Herstellung massiver, doppelseitig geprägter Münzen gegeben war. Diese Münzen belebten zwar anfangs ebenfalls Handel und Gewerbe, doch sie verschwanden allzu schnell auch wieder aus dem Wirtschaftskreislauf, um in den berühmten Schatztruhen gesammelt zu werden.

Mit dieser nun wieder möglichen Hortungen und Verknappungen des Geldes lebte zwangsläufig auch der Zins wieder auf. Geldverleiher, wie z.B. die Fugger oder Welser, wurden immer reicher, alle anderen als Schuldner ärmer, bis hin zu Erzbischöfen und Fürsten, ja sogar bis zu den Kaisern in Wien, die sich bei den Kaufleuten und Bankiers, bei denen sich als Folge der Zinsen der Reichtum sammelte, immer häufiger Geld leihen mussten. Und unvollendete Kathedralen, wie in Köln oder Ulm, blieben über Jahrhunderte hinweg halbfertig stehen. - Dieser plötzliche Abbruch der Bautätigkeit wird bei Führungen und in Veröffentlichungen oft mit dem Hinweis erklärt, dass »kein Geld mehr da gewesen sei«. Wo das Geld jedoch geblieben ist

und warum es vorher da war und dann verschwand, wird nie erklärt.

Was ist der Zins heute?

Profit, Gewinn, Überschuss, Rendite, Mehrwert und Zins werden heute in Theorie und Praxis immer noch häufig verwechselt oder durcheinander geworfen. Geht man den Dingen nach, dann bleiben in Wirklichkeit nur zwei Phänomene übrig: der Zins als Anspruch aus dem Einsatz von Geld- und Sachkapital (einschl. Boden) und der Gewinn als Überschuss. Dabei sind die Zinsen, in Prozenten auf das eingesetzte Kapital berechnet, eine feste und bekannte Kostengröße. Der Gewinn dagegen, in Prozenten des Umsatzes ausgedrückt, eine schwankende und offene Größe. Er ergibt sich erst nach Abzug aller Kosten - auch derjenigen der Verzinsung des Fremd- und Eigenkapitals! - als Restergebnis aus den Einnahmen-Ausgabenrechnungen. Und das auch nur dann, wenn dieses Restergebnis positiv ist. Im anderen Fall liegt statt des Gewinns ein Verlust vor - ein Begriff, den es beim Zins jedoch praktisch nicht gibt!

Da sich diese Zinsen vom Geld auf die Sachinvestitionen übertragen, gehen auch diese heute als feste Kapitalkosten in alle Preiskalkulationen ein, genau so wie die Kosten für das Material und das Personal. Der Gewinn dagegen kann allenfalls als Risikoaufschlag in die Vorkalkulationen aufgenommen werden. Ob und wie hoch er ausfällt, bleibt - im Gegensatz zu den Zinsen - dagegen offen.

Dass auch heute immer noch in vielen Fällen nur die Fremdkapitalverzinsung als Kostenfaktor ausgewiesen wird, während die Eigenkapitalverzinsung im Gewinn verschwindet, trägt entscheidend zur Verwirrung in Sachen Zinsen bei. Außerdem verhindert diese Art von Buchführung sachgerechte Vergleiche zwischen den Betriebsergebnissen verschuldeter und unverschuldeter Unternehmen. Und in alternativen Betrieben liegt hier oft die Quelle der versteckten Selbstausbeutung.

Zins ist also Einkommen aus Besitz von Geld- oder Sachkapital. Dabei bestimmt die Zinshöhe des Geldes auch die Ver-

zinsung des Sachkapitals. Denn wer wird wohl sein Geld von der Bank abheben und in eine Sachanlage stecken, wenn diese weniger Zinsen verspricht als die fast risikofreie Geldanlage bei der Bank?

Das heißt, der Geldzins ist die Schwelle und die Hürde vor jeder Tätigkeit in unseren modernen Volkswirtschaften und damit auch vor jeder Schaffung eines Arbeitsplatzes! Viele Investitionen werden darum erst bei sinkenden Geldzinsen möglich, so sinnvoll und notwendig sie auch sein mögen. Mit jeder weiteren Investition aber sättigen sich die Märkte, was über nachlassenden Kreditbedarf auf die Geldzinsen drückt. Sinkende Geldzinsen führen jedoch nicht nur zur Geldzurückhaltung, sondern drücken auch auf die Verzinsung aller bestehenden Sachvermögen. Denn kaum ein Hauswirt kann z.B. für eine Wohnung noch eine 5-prozentige Kapitalverzinsung fordern, wenn jeder Mieter sich mit einer 3-prozentigen Hypothek eine Eigentumswohnung kaufen kann! Doch solche marktgerechten die Zinsen senkenden Entwicklungen wären nur möglich, wenn das Geld nicht »streiken« könnte und der Zins - wie alle anderen Knappheitsgewinne - den Marktkräften auch bei fallenden Sätzen unterstellt bleiben würde!

Die eigentliche Ursache der Ausbeutung liegt also nicht im Bereich der Sach-, sondern der Geldvermögen, also nicht in der Produktions-, sondern in der Zirkulationssphäre. Verständlich, dass der kommunistische Weg zu einer sozialeren Gesellschaft scheitern musste. Marx selbst hatte zwar im 3. Band seines Hauptwerks, »Das Kapital«, den Vorrang der Geldkapitalbedienung vor der des Unternehmers mehrfach herausgestellt, aber diese Aussagen blieben leider unbeachtet. Auch Engels betonte in seinem »Anti-Dühring« die Überlegenheit des Geldes und seine Fähigkeit, durch Schatzbildung Zinsen zu erpressen. Und damit verwandeln sich - so schreibt er darin - die »Beherrscher des Cirkulationsmittels und des Weltgeldes ... in Beherrscher der Produktion, und damit in Beherrscher der Produktionsmittel, mögen diese auch noch jahrelang dem Namen nach als Eigentum der Wirtschafts- und Handelskommune figurieren.« - Leider sind jedoch diese Erkenntnisse bei der Umsetzung des Kommunismus in die Praxis verloren gegangen .

Welche Zinsbegriffe gibt es?

Im Bereich der Zinsen gibt es eine fast verwirrende Begriffs-Fülle! Da ist von Nominal- und Realzins die Rede, von Soll- und Habenzinsen, von Kapital- und Geldmarktzinsen usw. Außerdem gibt es Zinsbezeichnungen für die verschiedensten Einlagen und Kreditarten. Schließlich auch noch die Leitzinsen der Notenbanken. Der Versuch ist darum sinnvoll, die wichtigsten Zinsbegriffe kurz zu erklären.

- Der Nominalzins gibt die jeweils vereinbarten und einzuhaltenden Zinssätze wieder, sowohl für Einlagen als auch für Kredite.
- Der Realzins ist der Teil des Nominalzinses, der nach Abzug der Geldentwertungsrate, also des Inflationssatzes, übrig bleibt.
- Der Begriff Sollzins meint jenen Aufschlag, den der Kreditnehmer, der im Soll steht, zahlen muss.
- Der Begriff Habenzinsen gilt für die Zinsen, die der Sparer für sein Guthaben erhält.

Bei Direktverleihungen zwischen zwei Wirtschaftspersonen sind Soll- und Habenzinsen identisch. Bei Verleihungen über die Banken klaffen sie jedoch auseinander. Die sich ergebende Differenz zwischen beiden Größen ist die Bankmarge, jener Teil, den die Bank für ihre Vermittlungstätigkeit einbehält. Bei diesem Teil handelt es sich also nicht um ein leistungsloses Einkommen, sondern um die Honorierung der Dienstleistung der Banken, wobei die Personalkosten der größte Posten sind.

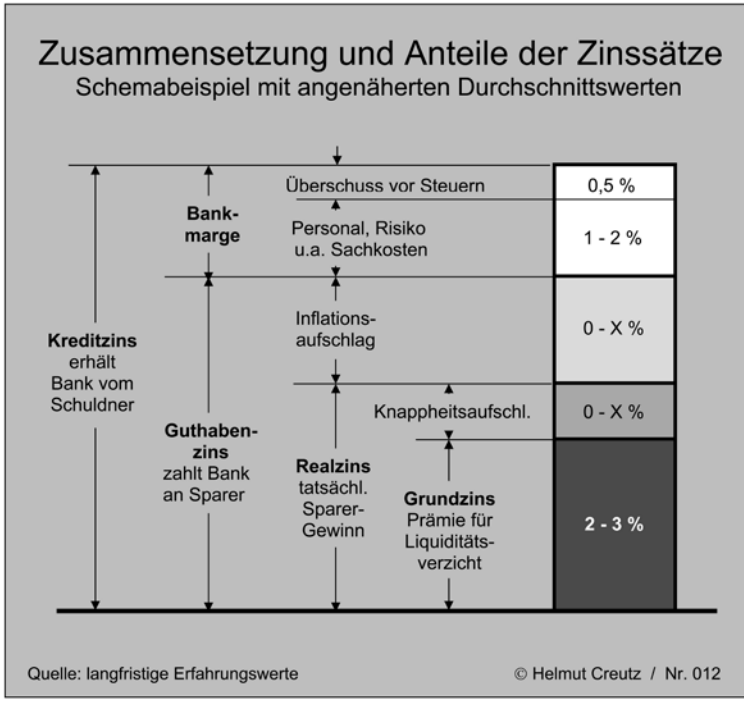
Diese unterschiedlichen Anteile des Zinses sind in der Darstellung 12 in einer Gesamtsäule mit ihren Anteilen schematisch wiedergegeben. Der entscheidende kritische Bereich ist der untere Grundzins, der die Prämie des Liquiditäts-Verzichts wiedergibt, also das leistungslose Einkommen aus dem Geldverleih. Der darauf aufbauende Knappheitsaufschlag ist dagegen ein Marktpreis, der sich mit Überwindung der Knappheit auf Null reduziert.

Der darüber eingetragene Ausgleich für die Geldentwertung würde mit einer Überwindung der Inflation (die man heute

noch, zur Vermeidung des Abrutschens in die Deflation und mangels einer konstruktiven Umlaufsicherung des Geldes, bewusst einplanen muss!) ebenso auf Null fallen. Selbst die darauf aufbauende Bankmarge würde mit einer Umlaufsicherung zwangsläufig sinken. Einmal auf Grund des nachlassenden Risikos der Banken auf Grund der Stabilisierung der Wirtschaftslage, und zum anderen aufgrund der Tatsache, dass auch auch die Verzinsung des Bankeigenkapitals mit den Realzinsen sinkt.

Darstellung 12:

Zusammensetzung und Anteile der Zinssätze



Zins, Inflationsausgleich und Bankmarge zusammen, also der gesamte nominelle Sollzins, ist für den Kreditnehmer die entscheidende Größe. Denn in Höhe dieses Sollzinses muss er zusätzliche Einnahmen erwirtschaften, selbst dann, wenn er als Unternehmer oder Geschäftsmann seine Preise nicht um

den Inflationsausgleich erhöhen kann. Steigende Zinsen - ob markt- oder inflationsbedingt - können also sehr schnell zur Überschreitung der Rentabilitätsgrenze führen und damit zu Investitionsverzögerungen oder -rückstellungen. Für hoch verschuldete Unternehmen sind deutliche Zinssatzanstiege sogar der Auslöser von Zahlungsunfähigkeiten und Firmenschließungen. Dabei laufen die Höhepunkte der Pleitewellen einige Jahre hinter den inflationsbedingten Zinswellen her, was man besonders gut auf dem zinsempfindlichen Bau- und Wohnungsmarkt verfolgen kann.

Die gesamte Höhe der hier abgebildeten Zinssäule entspricht also den bereits erklärten Sollzinsen, also jenen Zinsen, die ein Kreditnehmer an die Bank zu zahlen hat. Der Guthabenzins, den die Bank den Geldgebern zahlt, ergibt sich also nach Abzug des (sehr unterschiedlichen) Bankanteils in diesen Sollzinsen. Wenn der Sparer also seinen tatsächlichen Zinsertrag feststellen will, muss er von diesem Habenzins noch die Inflationsrate in Abzug bringen. Der dann verbleibende Realzins ist der wirkliche »Preis des Geldes«. Oder anders ausgedrückt: Es ist der Tribut, den der Geldgeber als Belohnung heute dafür verlangen kann, dass er sein übriges Geld nicht hortet, sondern dem Wirtschaftskreislauf wieder zur Verfügung stellt!

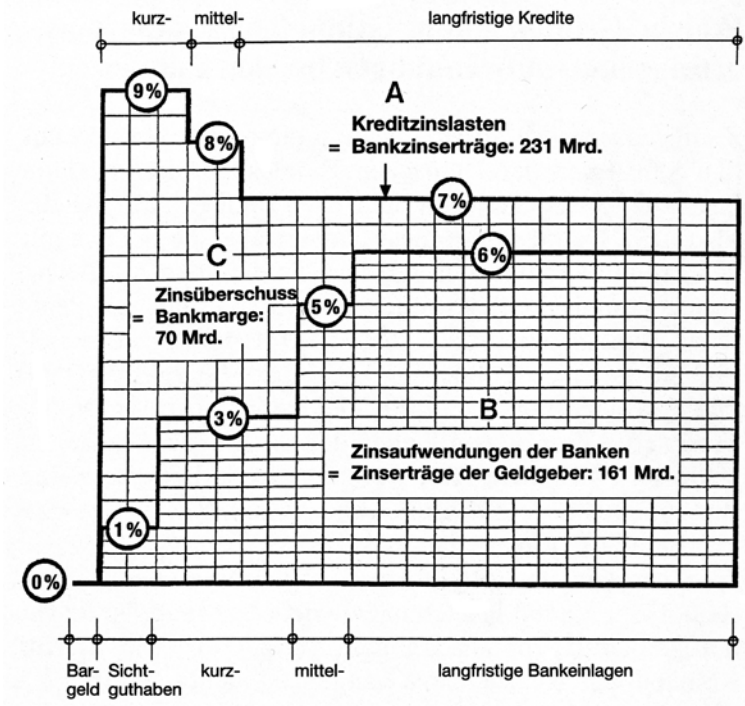
Dieser Realzins wiederum besteht in erster Linie aus einem Grundanteil, mit dem sich der Geldbesitzer die Aufgabe des Liquiditätsvorteils honorieren lässt. Keynes spricht von der Liquiditäts(verzichts)prämie, Gesell vom Urzins, in dessen Höhe sich die Überlegenheit des Geldes gegenüber den Gütern bzw. der Vorteil der liquiden Geldhaltung widerspiegelt. Dieser Grundzins - gleichgültig wie man ihn erklärt - erhöht sich je nach Marktlage noch durch einen Knappheitsaufschlag. Dieser Knappheitsaufschlag ist jener Zinsanteil, der von den Angebots- und Nachfrageschwankungen an den Kapitalmärkten beeinflusst wird. Angesichts der überbordenden Geldüberschüsse müsste er eigentlich längst aus der Zinsbildung verschwunden sein. Doch er kann deshalb nicht verschwinden, weil Geld nicht unter dem gleichen Angebotszwang steht wie die dafür zu erwerbenden Güter und die Arbeit. Konkreter: Weil man Geld künstlich verknappen kann, auch wenn es gar nicht (mehr) knapp ist.

Die Bankmarge deckt also - wie gesagt - die Bankkosten ab. Dieser Sollzinsanteil kommt also nur dann hinzu, wenn eine Bank zwischen Sparer und Kreditnehmer tätig wird. Die Bankmarge verteuert jedoch nicht nur die Kreditzinsen, sie belastet auch die Habenzinsen des Sparers. Denn bei einem Direktkredit würde der Geldgeber mehr erhalten und der Kreditnehmer weniger zahlen. Dafür hätten beide aber Schwierigkeiten sich überhaupt zu finden und die Verleihformalitäten abzuwickeln. Für den Geldgeber käme außerdem das Kreditrisiko hinzu, das bei einer Vermittlung über eine Bank im Normalfall von dieser übernommen wird.

Darstellung 13:

Zinsabstufungen bei Guthaben und Krediten, Relationen ihrer Laufzeiten, Größen und Zinsströme

Die herangezogenen Werte entsprechen in etwa den bundesdeutschen Gegebenheiten des inflationsfreien Jahres 1986



Quelle: Bundesbank

Auf welche Größen und Relationen belaufen sich die Zinserträge und -aufwendungen bei den Banken?

In der Darstellung 13 sind diese Größen der Zinserträge und -lasten mit ihren Prozentsätzen noch einmal als Flächen wiedergegeben. Dabei geben die Abstufungen der Flächen mit ihrer Höhe die unterschiedlichen Zinssätze wieder und mit ihrer Breite die Laufzeiten der Einlagen bzw. Kredite. Wie zu erkennen, stimmen diese nicht überein. Konkret: Ein Teil der Kredite wird längerfristiger vergeben als es den vereinbarten Einlagezeiten entspricht. Diese Unterfütterung längerfristiger Kredit mit kürzerfristigen Einlagen bezeichnet man als »Fristentransformation«, die nicht ganz problemfrei ist. Da aber die tatsächlichen Einlagezeiten der Ersparnisse die vereinbarten durchweg deutlich übersteigen (Spareinlagen mit dreimonatiger Kündigungsfrist liegen z. B. im Durchschnitt länger als ein Jahr auf den Konten), ist diese Fristentransformation weitgehend unbedenklich und von der Bankenaufsicht in bestimmten Grenzen gestattet. Zu Schwierigkeiten kann es allerdings kommen, wenn die Banken bei einem Ansturm der Sparer die Einlagen rascher auszahlen müssten, als sie das Geld von den Kreditnehmern zurückerhalten - sofern das überhaupt in solchen Krisenlagen - unterstützt von den Notenbanken - noch möglich ist.

Auch aus dieser Darstellung 13 gehen als Schema sowohl die Unterschiedlichkeit der Zins-Prozentsätze als auch der Einlagefristen hervor: Dabei addieren sich die Kreditzinslasten (A) aus der Bankmarge (Fläche C) und den Zinsaufwendungen der Banken, also der Zinszahlungen an die Einleger (Fläche B). Ebenfalls wird auch hier wieder deutlich, dass die Bankmarge, die bei den kurzfristigen Ausleihungen besonders hoch ist, mit der Dauer der Einlagen und Ausleihungen sinkt, während die Guthabenzinsen mit der Laufzeit steigen.

Was versteht man unter Leitzinsen?

Leitzinsen sind jene Sätze, die die Zentralbanken für das Ausleihen von Zentralbankgeld an die Banken fordern. Wie das

Wort leiten sagt, sollen diese Zinsen Einfluss auf die Wirtschaft nehmen, sowohl auf die Zinsentwicklung als auch die Inflation. Dieses Zentralbankgeld nehmen die Banken nur in zwei Fällen in Anspruch: Einmal, wenn Kunden mehr Bargeld an den Schaltern nachfragen als von anderen Kunden laufend eingezahlt wird. Zum Zweiten, um die notwendigen Clearingkonten bzw. die vorgeschriebenen Mindestreserven, die sie bei den Zentralbank halten müssen, aufzufüllen. Ob die Zentralbanken diesen Bedarf jedoch erfüllen, hängt wiederum von deren Bereitschaft zur Ausweitung der Geldmenge ab, also von ihrer Geldmengen-Politik. Entsprechend verändern sie ggfs. die Sätze. Umgekehrt können sie in Krisenlagen - wie seit 2007 der Fall - die Zentralbankgeldmenge auch über das normale Maß hinaus ausweiten. Z. B. um den Banken, die um ihre Außenstände bangen, ein Sicherheitspolster für plötzliche Forderungsausfällen zu bieten und damit die Geschäfte der Banken untereinander aufrecht zu erhalten.

Diese Geldmengen-Steuerungen und die Beeinflussungen der Geld- und damit indirekt der Kapitalmärkte wird jedoch immer schwieriger. Schon seit Jahren geben Notenbanker wie Ökonomen zu, dass man die Zinsen am Markt allenfalls noch im Trend verstärken oder abschwächen, kaum aber noch entscheidend beeinflussen könne. So z.B. 1992 der Ökonom Gerhard Fels, Direktor des Instituts der Deutschen Wirtschaft:

»Es gehört zu den Grundirrtümern der geldpolitischen Diskussion, in der Notenbank die Instanz zu sehen, die die Höhe der für die Volkswirtschaft relevanten Zinsen bestimmt. Sie kann das Zinsniveau allenfalls kurzfristig beeinflussen und auch das nicht entgegen den Marktkräften.« Und resignierend schrieb zu diesem Tatbestand Helmut Hesse, Präsident der Landeszentralbank in Niedersachsen, im Sommer 1992:

»Die Leitzinsen haben sicher das höchste Niveau in der Geschichte der Bundesrepublik erreicht. Sie waren aber auch noch nie so unwirksam wie heute.«

Diese verschiedenen Refinanzierungswege der Notenbanken, vor allem die Praktiken der EZB, werden in Kapitel 11 noch genauer beschrieben.

6. Kapitel

Die Wirkungen von Zins und Zinseszins

»Die besondere Dynamik des kapitalistischen Wirtschaftssystems besteht darin, dass Geld und Zins miteinander verbunden werden ... Rein mathematisch reißt der Zins die Menschen auseinander: diejenigen, die an der Armut zugrunde gehen und diejenigen, die an der Zahlungsnot des Kreditnehmers immer reicher werden.«

Eugen Drewermann*

Der Zins erscheint fast allen Sparern als herrliche Sache: Man hat nichts dafür getan und erhält trotzdem am Jahresende eine Gutschrift. Und darüber freut man sich natürlich!

* Theologe, in »Jesus von Nazareth - Befreiung zum Frieden«

Schenkt man den Werbeanzeigen der Banken Glauben, dann entstehen diese Zinsgutschriften auf fast wundersame Weise. Denn danach kann Geld - wie hier abgebildet - arbeiten, wachsen oder aus sich selbst heraus vermehren. - Mit solchen Anzeigen und Aussagen werden jedoch nur Illusionen geweckt und die Realitäten verschleiert. Denn in Wirklichkeit hat noch niemand arbeitendes Geld gesehen. Arbeit wird immer nur von Menschen geleistet, mit oder ohne Hilfe von Gerätschaften, Einrichtungen und Maschinen, die wiederum von Menschen geschaffen wurden.

Ebenso dümmlich ist die Aussage, dass Geld wachsen oder sich vermehren kann. Wer einmal einen Geldschein in einen Blumentopf steckt, der wird auch mit dem besten Natur- oder Kunstdünger keine Geld-Wachstums-Erfolge erzielen. Und auch wenn man zwei Geldscheine aufeinander legt, kommen keine von alleine hinzu, gleichgültig welche Bilder darauf zu sehen sind.

Manchmal versucht man es bei der Bankenwerbung jedoch auch mit der Wirklichkeit: »Wie Sie zu Geld kommen, ohne einen Finger krumm zu machen«, so warb ausgerechnet die damals (noch!) gewerkschaftseigene »Bank für Gemeinwirtschaft« im Jahr 1982! Und aus dem weiteren Text, der eine neunprozentige Verzinsung versprach, konnte man entnehmen, dass es lediglich eines Anrufs bedürfe, um auf diese Weise sein Geld alle acht Jahre zu verdoppeln.

Was diese Bank in ihrer Anzeige jedoch verschwieg, sind die realen Vorgänge und Zusammenhänge. Denn »ohne einen Finger krumm zu machen« kann man nur dann zu Geld kommen, wenn dieses Geld einem anderen genommen wird. Und zwar einem, der seine Finger krumm machen oder seinen Kopf anstrengen musste! Das heißt, immer dann, wenn jemand ohne eigene Leistung Geld erhält, muss das einem anderen aus der Tasche gezogen werden, der Leistungen erbracht hat! Eine geheimnisvolle dritte Möglichkeit zur Deckung leistungsloser Einkünfte gibt es nicht. Denn in der Wirtschaft geschehen keine Wunder und zweimal zwei ist - wie überall - auch hier immer nur vier.

Die Irrealität des ganzen Zinssystems geht aus einer einfachen Vergleichsrechnung hervor: Hätten Eltern bei der vorgenannten

Bank im Jahr 1982 für ihre Kinder jeweils 10.000 DM zu neun Prozent angelegt, würde sich jede der Anlagen bis zum Jahr 2022 - also nach vierzig Jahren - auf 314.000 vermehrt haben. Ab dann könnten ihre Kinder bereits mit einer laufenden Monatsrente von je rund 2.400 DM aus den Zinseinkünften leben. Würden sie erst acht Jahre später mit dem Rentnerleben beginnen, hätten sie bereits das Doppelte im Monat zur Verfügung. Und noch mal acht Jahre später - also nach 56 Jahren im Jahr 2038 - wären alle Kinder Millionäre, mit einem monatlichen Zinseinkommen von fast 10.000 Mark! - Es leuchtet ein, dass solche Vermehrungen leistungsloser Einkommen nur in immer größeren sozialen Spannungen enden können und am Ende zwangsläufig in einem Zusammenbruch des ganzen Geldsystems.

Woher kommen die Zinsen tatsächlich?

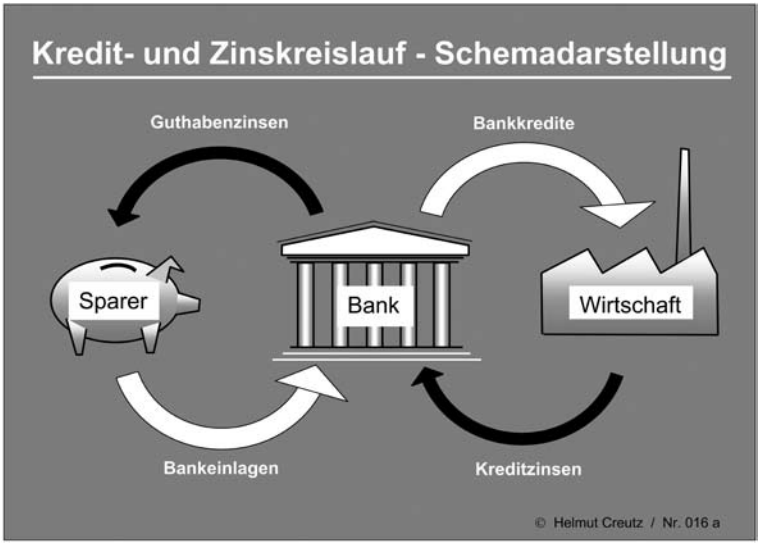
Wie fast alles in der Welt, hat auch der Zins zwei Seiten. Die eine gilt für den Sparer, der sich der Zinseinkünfte erfreuen kann,

und die andere für den Schuldner, der sie zahlen muss. Nun wird der Sparer, der keine Schulden gemacht hat, sicher denken, dass er bei dieser Zins-Umverteilung unbelastet davon kommt. Ist das tatsächlich der Fall? - Das können wir sehr schnell überprüfen wenn man der Spur nachgeht, woher die Zinsen kommen?

In der Darstellung 16 ist die Wirklichkeit der zinsbezogenen Abläufe als Schema wiedergegeben. Wie daraus ersichtlich, verleiht die Bank die Geldeinlagen des Sparers weiter, zum größten Teil an die Unternehmen in der Wirtschaft, und von diesen Kreditnehmern zieht die Bank dann die Zinsen ein, die sie dem Sparer gibt.

Darstellung 14:

Kredit- und Zinskreislauf - Schemadarstellung



Für die Unternehmer, wie auch alle anderen Kreditnehmer, sind Zinsen aber Kapitalkosten. Alle Kapitalkosten, genauso wie die für Personal und Material, müssen alle Unternehmer über die Preise an den Markt und damit an den Endverbraucher weiterwälzen, wenn sie selbst überleben wollen. Das heißt, die Zinsen für den Kapitaleinsatz, ob geliehen oder selbst finanziert, stecken in allen von uns getätigten Ausgaben. Das heißt aber auch,

dass die Zinsen, die der Sparer erhält, ihm als Verbraucher und Konsument mit jedem ausgegebenen Geldschein vorher aus der Tasche gezogen worden sind. Es ist also nicht so wie auch heute noch viele Bürger vermuten, dass sie nur dann Zinsen zahlen müssen wenn sie sich zur Finanzierung ihres Autos oder für den Bau des Eigenheims selbst Geld geliehen haben. Vielmehr müssen auch diejenigen laufend Zinsen zahlen, die persönlich nicht verschuldet sind. Sie sind nur in den Preisen versteckt!

Wie hoch sind die versteckten Zinsen?

Dass in den Preisen auch andere sachfremde Kosten stecken, zum Beispiel Mehrwert- oder sonstige Steuern, ist bekannt. Im Gegensatz zu den Steuern aber lässt sich die Höhe der in den Preisen steckenden Zinsen nicht einheitlich benennen. Sie hängt nämlich nicht nur von dem jeweils gültigen Zinssatz ab, sondern vor allem vom Umfang des Kapitals, das jeweils für die Produktion und die Verteilung der Güter eingesetzt worden ist. Das heißt, die Zinskosten in den Preisen sind das Ergebnis aus Kapitaleinsatz mal Zinssatz. Und das gilt unabhängig davon, ob die Produktionsanlagen mit eigenem oder geliehenem Geld finanziert worden sind! Und welchen prozentualen Anteil die so errechneten Zinskosten innerhalb des Preises beanspruchen, hängt dann wiederumvon den übrigen Kosten ab, die in die Kalkulation eingegangen sind, also vor allem Material- und Personalkosten.

Bei einem von Hand geflochtenen Korb beispielsweise wird der Zinsanteil sehr gering sein und sein Preis wird weitgehend vom Lohn bestimmt. Bei Produkten jedoch, die mit hohem technisch bedingtem Kapitaleinsatz und relativ geringen Lohnkosten hergestellt werden, wie zum Beispiel Treibstoff oder Chemie-Produkte, beherrschen dagegen die Kapitalkosten den Preis, während die Personal- und Materialkosten gering sind. - Der Zins bewirkt als Kostenfaktor also eine Verteuerung aller Güter. Und diese überall einfließende Verteuerungen sind - wie auch bei den meisten Steuern - am Ende der Kette immer von den Endverbrauchern zu tragen.

Dabei vereinen sich in fast allen Haushalten beide Rollen: Jeder ist mit seinen Ausgaben automatisch Zinszahler, selbst Millionäre und Milliardäre. Fast jeder ist aber auch Zinsbezieher, und sei es nur in Höhe der Zinsgutschriften auf seinem Sparbuch.

Klammert man die privaten Schulden der Haushalte einmal aus, dann lassen sich also die Zinslasten eines Haushalts an der Höhe der Ausgaben festmachen. Die Zinseinkommen dagegen hängen von der Höhe der Zins einbringenden Vermögenswerte ab, multipliziert mit dem Zinssatz. Entscheidend für die Beurteilung der Zinsauswirkungen ist für jeden Haushalt also immer das Verhältnis zwischen den zu tragenden Zinsen - ob direkt oder indirekt gezahlt - und den empfangenen Zinsen.

Ist der Zins ein Monopoleinkommen?

Preise bilden sich am Markt durch Angebot und Nachfrage, wobei sie normalerweise nur vorübergehend einmal unter die Gestehungskosten sinken können. Ist eine angebotene Ware knapp und die Nachfrage groß, steigen die Preise und damit die Gewinne. Diese überhöhten Knappheitsgewinne führen jedoch dazu, dass auch andere Produzenten versuchen, diese knappe Ware oder Leistung anzubieten. Durch das vergrößerte Angebot konkurrieren sie dann die überhöhten Preise selbst wieder nach unten. Das heißt, der Wettbewerb auf freien Märkten sorgt dafür, dass die Gewinne niemals in den Himmel wachsen.

Außerdem ist jeder Produzent von Waren oder Anbieter von Leistungen gezwungen, seine Produkte loszuschlagen. Notfalls sogar unter den Einstandskosten, wenn er noch höhere Verluste vermeiden will. Zum Angebot zwingen ihn z.B. Alterung oder Verderb der Ware, Gefahr des Unmodern- oder Überholtwerdens durch neue Produkte usw. Aber auch bei haltbaren und nicht der Mode unterworfenen Produkten entstehen zumindest laufende Lager- und Pflegekosten, die - ohne deren Absatz - den Gewinn sehr schnell aufzehren können. Nur deshalb werden liegen bleibende Güter in Sonderangeboten und Schlussverkäufen oft weit unter Preis verramscht. Von verbilligten Geldschei-

nen im Ausverkauf, selbst wenn sie abgegriffen oder zerknittert sind, hat man dagegen noch nie etwas gehört!

Betrachten wir unter diesen Aspekten das Geld, dann zeigt sich, dass es das einzige »Produkt« ist, das sich diesen ausgleichenden Marktkräften entziehen und damit den Abbau der Knappheitsgewinne - hier der Zinsen - verhindern kann. Denn im Gegensatz zum Halter normaler Produkte unterliegt der Halter überschüssigen Geldes keinem Angebotszwang. Wenn ihm die angebotene Belohnung für die leihweise Hergabe von Geld nicht hoch genug erscheint, kann er warten. Zwar verzichtet er damit vorübergehend auf die Zinseinnahme, aber dafür kann er den Vorteil monetärer Liquidität genießen, den Vorteil, jederzeit überall damit kaufen oder andere Geschäft wahrnehmen zu können! Außerdem weiß der Geldhalter aus Erfahrung, dass der Zins meist wieder ansteigt, wenn nur genügend Leute ihr Geld zurückgehalten haben. - Der vorübergehende Verzicht auf Zinsen zahlt sich also fast immer aus. Das heißt, jeder Geld-Überschussbesitzer kann also durch sein Verhalten das gesamte Geldangebot verknappen und damit jene Marktsättigung verhindern, die zum Absinken des Zinses führen würde. Und diese Tendenz zum Abwarten und Horten nimmt bei allen Geldhaltern bei sinkenden Zinsen zu, vor allem wenn der Zins unter jene Grenze fällt, die von den Geldbesitzern als Zins-Minimum angesehen wird. Und als Folge dieser Hortungen müssen zwangsläufig die Zinsen wieder steigen.

Geld ist also nicht nur aufgrund seiner Liquiditätsvorteile und der Haltbarkeit den Waren und der Arbeit überlegen. Aufgrund seiner begrenzten Menge ist es darüber hinaus ein Monopolgut, auch wenn es sich auf unzählige Hände verteilt. Ähnlich wie der unvermehrbare Boden kann darum auch das heutige Geld immer einen Knappheitspreis erzwingen!

Was bewirkt der Zinseszinseffekt?

Den Begriff Zinseszins haben viele Leser sicher noch aus der Schule in Erinnerung. Vielleicht haben Sie sogar jene verrückten Rechnungen anstellen müssen, auf welcher Größe sich ein

Pfennig, angelegt zu Jesu Geburt und mit fünf Prozent, bis in unsere Tage vermehrt.

Mit Hilfe eines Computers, Jahr für Jahr bis 1990 ausgedruckt, ist das Ergebnis fast neun Meter lang und verblüffend: Der im Jahre Null angelegte Pfennig wäre bis 1990 auf ein Vermögen herangewachsen, das man nur noch in Goldkugeln im Gewicht unserer Erde wiedergeben kann: nämlich 134 Milliarden Stück!

Aufschlussreich ist auch die Explosivität des zinseszinsbedingten Entwicklungstempos: Bis zum Jahr 296 hatte sich erst ein Vermögen von 1 kg Gold angesammelt. Anno 1466 war es schon eine Goldkugel im Gewicht der Erde, 1749 waren es eine Million Stück davon und 1890 eine Milliarde. In den letzten hundert Jahren, von 1890 bis 1990, sind dann noch die »restlichen« 133 Milliarden Goldkugeln dazugekommen. Und da sich nach den Zinseszinsgesetzen jedes Geldvermögen bei 5 Prozent Verzinsung etwa alle 14 Jahre verdoppelt, hatte der Besitzer jenes Sparbuchs aus dem Jahre Null im Jahr 2004 bereits einen Anspruch auf 268 Milliarden Goldkugeln im Gewicht der Erde und im Jahr 2018 sind es sogar schon 536 Milliarden! - Gibt es einen besseren Beweis dafür, dass »der Zins die Erde letztlich fressen muss«, wie Margrit Kennedy es in ihrem Buch, »Geld ohne Zinsen und Inflation«, so treffend ausdrückt hat?

Den gravierenden Unterschied zwischen Zins und Zinseszins macht eine weitere Berechnung deutlich: Klammert man den Zinseszinseffekt aus und sammelt die Zinsen jeweils auf einem unverzinslichen Konto an, dann hätte sich der Pfennig aus dem Jahr Null bis 1990 nur auf knapp eine Mark vermehrt, also nur auf das hundertfache! Erst die Einbeziehung des anfangs fast belanglosen Zinseszinseffekts, also der Mitverzinsung der dem Kapital zugeschlagenen Zinsen, führte zu jener irrealen Ansammlung von Milliarden erdschwerer Goldkugeln.

In welchem Tempo solche exponentiellen Wachstumsprozesse um sich greifen, vermittelt auch das Wochenlohn-Zahlungsbeispiel in der Darstellung 15. Gewiss würde sich bei einem Halbjahresjob kaum jemand auf das Angebot B einlassen, das mit einem Wochenlohn von einem Cent beginnt und sich wöchentlich verdoppelt. Vielmehr würde wohl fast jeder

Darstellung 15:

Welche Bezahlung würden Sie wählen bei einem Jobangebot für ein halbes Jahr?

Ein Beispiel für exponenzielles Wachstum!

Welches Angebot würden Sie für einen Halbjahresjob wählen?

Gesamteinkommen nach der	Angebot A je Woche 1.000 € gleich-bleibend	Angebot B 1. Woche 1 Cent wöchentl. Verdopplg.
	€	€
1. Woche:	1.000	0,01
4. Woche:	4.000	0,15
8. Woche:	8.000	2,25
12. Woche:	12.000	41
16. Woche:	16.000	665
20. Woche:	20.000	10.500
21. Woche:	**21.000**	**21.000**
24. Woche:	24.000	168.000
26. Woche:	**26.000**	**671.000**
und wenn der Job 3/4 oder ein ganzes Jahr dauert?		
39. Woche:	39.000	5,5 Mrd €
52. Woche:	52.000	45.000 Mrd*

*) = das 22-fache des deutschen Bruttoinlandsprodukts!

© Helmut Creutz / Nr, 135

das Angebot A mit dem regelmäßigen Wochenlohn von 1.000 Euro vorziehen. Wie die Darstellung zeigt, zieht der 1-Cent-Anfänger mit seinem Gesamteinkommen jedoch bereits in der 20. Woche mit A-Angebot gleich und nach der 26. Woche, dem

Ablauf des Job-Vertrags, hat er sogar insgesamt 671.000 Euro in der Tasche, während sich der andere mit 26.000 Euro zufrieden geben muss. - Und welche Unterschiede sich erst ergeben, wenn beide Jobs über drei Viertel Jahr andauern oder gar ein Jahr, geht aus zusätzlichen Eintragungen hervor.

Dieses noch nachvollziehbare Beispiel ist der Beweis dafür, dass alle Systeme, die mit solchen exponentiellen Wachstumsprozessen verknüpft sind, aus einfachen mathematischen Gründen immer kollabieren müssen. Und das gilt auch für alle Wirtschaftssysteme die mit dem Zins- und Zinseszinssystem verknüpft sind, gleichgültig ob sie als Demokratien oder andere Staatsformen organisiert und so sozial sie auch immer gedacht sind! Was wir also in den letzten Jahren im Ansatz erlebt haben und noch erleben werden, ist mathematisch unvermeidlich.

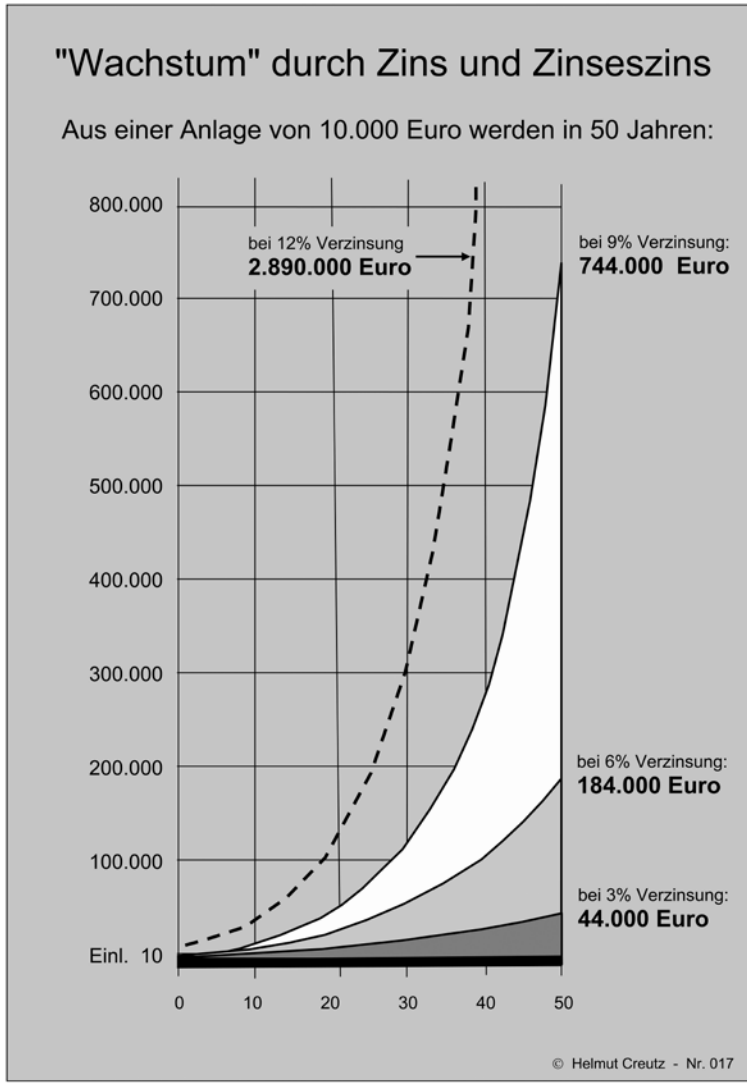
Spielt der Zinseszins auch in normalen Zeitabläufen eine Rolle?

Solange Sparer ihre Zinsen abheben und ausgeben, bleibt ihr Geldvermögen konstant. Lassen sie aber die Zinsen stehen, dann wächst auch unter normalen Bedingungen das Ersparte durch die Zinsen auf die Zinsen an, also durch den Zinseszins, immer rascher an, was selbst unter normalen Bedingungen und in relativ überschaubaren Zeiträumen bereits zu erheblichen Vermehrungen führt, wie aus der Darstellung 17 hervorgeht, und das umso schneller, je höher der Zinssatz ist.

In dieser Darstellung ist im unteren Bereich eine Ersparnis von 10.000 Euro als schwarzer Balken wiedergegeben, darüber ihre Entwicklung bei verschiedenen Zinssätzen. Die jeweils rechts ausgewiesenen Ergebnisse zeigen, dass bei einer Verzinsung von drei Prozent ein eingezahlter Betrag von 10.000 Euro bereits in 50 Jahren auf rund 44.000 Euro und damit das 4,4-fache ansteigt. Geht man von einem verdoppelten Zinssatz aus, also von sechs Prozent, dann verdoppelt sich nicht - wie man annehmen könnte - ebenfalls das Ergebnis, sondern steigt bereits auf rund das Vierfache an. Noch einmal drei Prozent höhere Zinsen, also eine

Darstellung 17:

»Wachstum« durch Zins und Zinseszins



Verzinsung von neun Prozent, erbringen gegenüber der dreiprozentigen Verzinsung sogar ein rund 17mal höheres Ergebnis. Das heißt, je höher bereits die Zinssätze sind, umso explosiver wirken sich weitere Erhöhungen derselben aus!

Aus den Entwicklungskurven ist ebenfalls ersichtlich, dass der Zinseszinseffekt erst nach ein bis zwei Jahrzehnten zu irrealen Eskalationen führt. Das heißt, eine junge Volkswirtschaft, die z.B. nach einem Krieg mit einer neuen Währung und geringen Ersparnissen begonnen hat, wird anfangs von dem Vermehrungs-Problem noch nicht so stark beeinflusst. Außerdem wird anfangs auch ein größerer Teil der Zinszuwächse noch abgehoben und verbraucht. Im Laufe der Zeit nehmen jedoch die Geldvermögen und deren Konzentrationen durch den Zinseszinseffekt »von alleine« so rasch zu, dass auch ein ständiges Wirtschaftswachstum keinen Ausgleich schafft! - Darum nehmen in einer älter werdenden Volkswirtschaft auch die Diskrepanzen zwischen den sozialen Schichten zwangsläufig immer rascher zu.

Der Tatbestand, dass diese zinsbedingten Belastungen und Umverteilungen bei jungen Volkswirtschaften geringer sind als bei den bereits weiter entwickelten, ist vielleicht auch eine Erklärung für das »Wirtschaftswunder« in jenen Ländern, die nach einem Währungskollaps (und damit weitgehend aufgelösten Guthaben- und Schuldenbeständen!) erneut beginnen. Doch auch in diesen Ländern - wie z.B. in Deutschland oder Japan festzustellen - haben inzwischen die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Spannungen deutlicher zugenommen und das wird auch in China der Fall sein, wo sogar, mangels ausreichener sozialer Ausgleichmaßnahmen, die Armut-Reichtums-Diskrepanzen bereits größer als bei uns sein dürften.

Sind zwölf Prozent Verzinsung irreal?

In der Darstellung 17 ist als vierte Verzinsungsalternative noch die Entwicklung der 10.000 Euro bei einer zwölfprozentigen Verzinsung angedeutet. Wie ersichtlich, ist das Ergebnis über 50 Jahre grafisch nicht mehr darstellbar. Rechnerisch ergibt sich eine Vermögenszunahme von 10.000 auf 2.890.000 Euro in 50 Jahren, also auf rund das 290fache.

Selbstverständlich erhält man zwölf Prozent Verzinsung auf keinem Sparbuch. Trotzdem ist diese Verzinsungshöhe

nicht irreal. So konnte man Anfang der 80er Jahre US-amerikanische Staatspapiere kaufen, die zu 12 bzw. zeitweise sogar zu 14 Prozent verzinst wurden! Und das bei einer Laufzeit von sage und schreibe 30 Jahren als gleich bleibender Satz! - Bei diesen Papieren handelte es sich um so genannte Zero-Bonds, auch Null-Cupon-Anleihen genannt. Bei diesen Papieren werden die Zinsen nicht jährlich ausgeschüttet sondern der Einlage laufend zugeschlagen und mit Zins und Zinseszins nach 30 Jahren ausgezahlt! Das heißt, für 10.000 Dollar, die die US-Regierung von einem Geldgeber 1982 erhalten hat, muss sie im Jahre 2012, bei 12 Prozent Verzinsung, rund 300.000 und bei 14 Prozent sogar rund 500.000 Dollar zurückzahlen. Also das 30- bzw. das 50fache des ausgeliehenen Betrages!

Dass eine Regierung eine solche waghalsige Zusage macht, ist bezeichnend für den Zustand, in dem sie sich befunden hat. Denn realistisch ist ein solches Versprechen doch nur dann, wenn in den 30 Jahren auch die Leistung der Volkswirtschaft und damit die Staatseinnahmen auf das 30- bzw. 50fache gesteigert werden könnten. Dass eine solche Steigerung völlig irreal ist, auch dann wenn es keine Umweltproblematik gäbe, bedarf sicher keiner Erklärungen.

»Realistisch« sind solche Zusagen also nur, wenn man von einer entsprechend hohen inflationären Entwertung des Geldes ausgeht. Eine andere Lösung kann es für solche Zusagen einfach nicht geben. Das heißt aber auch, dass sich hoch verschuldete Regierungen eine Kaufkraftstabilität des Geldes auf Dauer eigentlich gar nicht wünschen bzw. leisten können und - wie sich bereits in etlichen Ländern andeutet - eines Tages gar nicht mehr zahlungsfähig sind!

Wer oder was bestimmt die Zinshöhe?

Viele Bürger gehen davon aus, dass die Banken die Höhe der Zinsen einseitig festlegen. Wäre das der Fall, dann würde der Zins gewiss noch viel höher als heute sein und es würde kaum einmal zu Zinssenkungen kommen. Der Zins ist jedoch - zumindest solange es unter den Banken noch Wettbewerb gibt

- genau wie alle anderen Preise das Resultat von Angebot und Nachfrage. Dass er wegen der Möglichkeit der Geldzurückhaltung und -verknappung nach unten unflexibler ist, ändert im Prinzip daran nichts. Steigende Zinsen sind also normalerweise nicht auf höhere Bankansprüche zurückzuführen, sondern die Folge verstärkter Kreditnachfrage oder erhöhter Forderungen der Sparer und anderer Geldgeber. Dabei können diese erhöhten Forderungen nicht nur aus Knappheit, sondern auch aus höheren Inflations-, Rendite- oder Risikoerwartungen resultieren.

Für die Banken selbst ist die Zinshöhe relativ gleichgültig. Für sie ist letztlich allein die Höhe der Bankmarge von Bedeutung, also der Differenz zwischen den erhaltenen und den zu zahlenden Zinssätzen. Wer sich einmal intensiver mit der Entwicklung dieser Bankmarge befasst, wird sogar feststellen, dass sich diese bei steigenden Zinsen anfangs sogar relativ reduziert und erst bei fallenden Zinsen wieder erholt.

Dieses auf den ersten Blick überraschende Phänomen, nämlich zurückgehende Gewinnquoten der Banken bei steigenden Zinssätzen, ist jedoch leicht erklärbar: Aufgrund der durchweg längeren Laufzeiten der Kredite gegenüber den Einlagen, der so genannten Fristentransformation, müssen die Banken bei Zinssatzanstiegen die Guthabenzinsen rascher anheben als sie das bei den Sollzinsen können. Um diesen Nachteil zu verringern, versuchen sie darum immer wieder - und zum Ärger der Sparer - die Weitergabe der Zinsanhebungen der Notenbanken möglichst lange zu verzögern. Umgekehrt haben die Banken bei sinkenden Geschäfts- bzw. Leitzinsen einen vorübergehenden Vorteil.

Woher kommen die großen Zinssatzschwankungen?

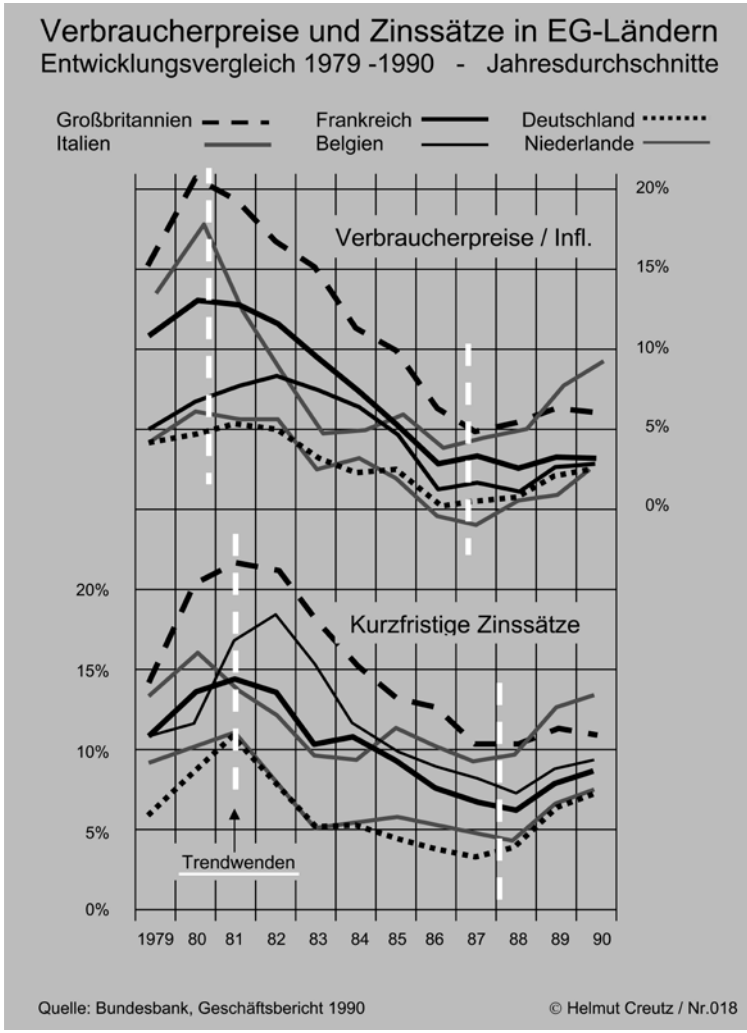
Die relative Einflusslosigkeit der Notenbank-Leitzinsen auf die Zinsen des Marktes wurde bereits dargelegt. Trotzdem führen Leitzinserhöhungen oder Absenkungen meistens auch zu Zinserhöhungen auf den Kapitalmärkten, vor allem, weil die Geldanleger dann von den Banken höhere Zinsen verlangen.

Andererseits tendieren auch die Banken dazu, die höheren Kosten bei den Notenbanken auf die Kreditkunden umzulegen. Sachlich ist das jedoch kaum zu begründen. Denn die Erhöhung sämtlicher Leitzinsen um einen Prozentpunkt, schlägt - auf die gesamten Bankkredite umgelegt - in Deutschland z.B. nur mit 0,06 Prozent zu Buche. Im Übrigen können Banken alle Zinserhöhungen nur durchsetzen, wenn der Markt mitspielt. Deshalb bewegen sich die Wirkungen der Leitzins-Veränderungen, wie auch die allgemeinen marktverursachten Zinsschwankungen, in relativ moderaten Größenordnungen. Die sich wiederholenden erheblichen Schwankungen der Zinssätze, die unsere Konjunkturen entscheidender beeinflussen und bestimmen, werden dagegen vor allem durch die Inflationserwartungen und -entwicklungen ausgelöst. Das zeigt sich überdeutlich in der Darstellung 16, die von der Deutschen Bundesbank in ihrem Geschäftsbericht für das Jahr 1990 einmal veröffentlicht worden ist.

In dieser Darstellung sind die Entwicklungen der Verbraucherpreise jenen der kurzfristigen Zinssätze gegenübergestellt, und zwar in sechs europäischen Ländern und für den Zeitraum von 1979 bis 1990, in dem es eine Hoch- und Niedrigphase gegeben hat. Obwohl sich die Entwicklungen in den einzelnen Ländern zeitlich und im Verlauf etwas unterscheiden, kann man insgesamt fast schon von einer Parallelität sprechen, wenngleich die Ausmittlungen der Hoch- und Tiefpunkte beider Entwicklungen erkennen lassen, dass die Veränderungen der Preise jenen der Zinssätze vorauslaufen. Dieser Tatbestand beweist, dass vor allem die von den Zentralbanken zu verantwortenden Veränderungen der Inflationsentwicklungen für die der Zinssätze verantwortlich sind. Und weiter zeigt sich daran, wie sensibel Geldanleger auf die Veränderungen der Preise reagieren, um die inflationsbedingten Verlusten ihrer Geldvermögensbestände durch höhere Zinsforderungen zu entgehen. Und da die Geldhalter inzwischen auch schon auf Inflationserwartungen reagieren, wird die Zeitverschiebung immer kürzer. Früher war das noch seltener der Fall. Da lebte man noch mehr in der Illusion gleich bleibender Geldkaufkraft und ließ sich von Inflationsentwicklungen oft überraschen.

Darstellung 16:

Verbraucherpreise und Zinssätze in EG-Ländern



Kann man den Zins nur durch Geldverknappungen hochhalten?

Ganz gleich, ob man den Zins als Leihpreis für Geld, Belohnung für Konsumverzicht oder Liquiditäts(verzichts)prämie

definiert: Erzielbar ist seine Höhe nur solange, wie die Nachfrage nach Geld über dem Geldangebot liegt, kurz: Solange Geld relativ knapp ist. Diese Geldknappheit, und die damit hoch bleibenden Zinsen, kann man also nicht nur durch eine Ausweitung der Kreditnachfrage, sondern ebenso durch eine Verringerung des Geldangebots erreichen. Denken wir zum Vergleich nur an den EG-Agrarmarkt: Wenn die Tomatenernte sehr groß ausfällt und die Preise zu sinken drohen, wird dieser Gefahr durch eine Verknappung des Angebots entgegengewirkt: Ein Teil der Tomaten wird »vom Markt genommen«, was im Klartext heißt: er wird vernichtet!

Möglich wäre es aber auch, das Problem des Tomatenüberschusses, statt mit seiner Vernichtung, durch eine Ausweitung der Nachfrage zu lösen, z.B. durch eine Werbekampagne zum verstärkten Verzehr von Tomaten oder der Entwicklung neuer Verwendungsmöglichkeiten usw.

Ähnlich kann man beim »Preis des Geldes«, dem Zins, einem Absinken durch eine Ausweitung der Nachfrage - sprich vermehrte Werbung der Banken für Kreditaufnahmen - entgegenwirken. Damit wird vermieden, dass der Zins bis auf jene Marke fällt, bei der Geldhalter beginnen, das Geld verstärkt zurückzuhalten. Und ist auch mit verstärkter Produktwerbung ein ständiges Wachstum der Wirtschaft nicht zu realisieren, dann ist das ebenfalls durch Ausweitungen staatlicher Subventionen und Investitionen zu erreichen oder durch die erhöhte Nachfrage nach öffentlichen Gütern, notfalls sogar für solche Milliardengräber wie Rüstung, Raumfahrt oder Reaktoren. - Die dabei stattfindenden Umverteilungen werden im folgenden Kapitel behandelt.

7. Kapitel

Der Zins als Umverteiler

»Kredit kostet Zinsen. Die Zinsen belasten die Letztverbraucher und die Unternehmer, die sich zu ihrem Konsum- oder Investitionsbedarf das Geld hinzu borgen. Die Zinsen entziehen also den Letztverbrauchern und Unternehmern wiederum Geld, obgleich bei ihnen schon ohnehin zu wenig war, und sie fließen hin zu dem Anleger, bei dem ohnehin schon so viel Geld war, dass sich ein Überschuß seiner Gelder über seinen Bedarf ergeben hatte.«

Dieter Suhr*

Stellen Sie sich einmal vor, Ihnen würde jemand regelmäßig jeden Monat einige Hundert Euro aus der Brieftasche ziehen. Ganz sicher würden Sie Anzeige erstatten. Nicht anders würden Sie wahrscheinlich reagieren, wenn jemand bei jedem Ihrer Käufe, nach Mafia-Art, einen bestimmten Anteil der Kaufsumme abkassieren würde. - Genau dieses Unvorstellbare aber passiert bei uns! Jeden Tag, bei jedem Kauf, in einem immer größeren Umfang!

Gemeint ist diesmal nicht der Staat, der uns bekanntlich gleich zweimal in die Tasche greift, nämlich beim Geldverdienen und beim Geldausgeben. Gemeint ist ein anderer Zugriff, der zwar größenmäßig mit dem des Staates konkurrieren kann und dennoch von uns kaum zur Kenntnis genommen wird: der Anspruch des Kapitals, bekannt unter dem Begriff Zinsen.

Wie läuft das Kassieren der Zinsen ab?

Wenn der Staat die Lohnsteuer erhöht, gehen die Arbeitnehmer mit weniger Geld nach Hause. Sie wissen auf den Pfennig ge-

* Jurist und Verfassungsrechtler; Universität Augsburg, »Wachstum bis zur Krise«, 1986

nau, wie viel sie sich weniger leisten können. Erhöht der Staat dagegen in gleicher Höhe die Mehrwertsteuer, dann bleiben die Einkommen der Arbeitenden unverändert. Allerdings werden sie auch hierbei ärmer, da sich mit der Mehrwertsteuer auch die Preise erhöhen und sie als Folge beim Ausgeben des Lohns weniger für ihr Geld erhalten. Was sich also nur verändert, ist lediglich der Steuer-Einzugsweg: Statt beim Verdienen wird der Mehrbetrag beim Verbrauchen kassiert, statt beim Einnehmen beim Ausgeben. Oder anders ausgedrückt: Statt offen, greift der Staat versteckt in unsere Taschen. Aber er gibt immerhin den Mehrwertsteuer-Zugriff bekannt, und wir können uns mit wenig Mühe die Einkommensverluste ausrechnen.

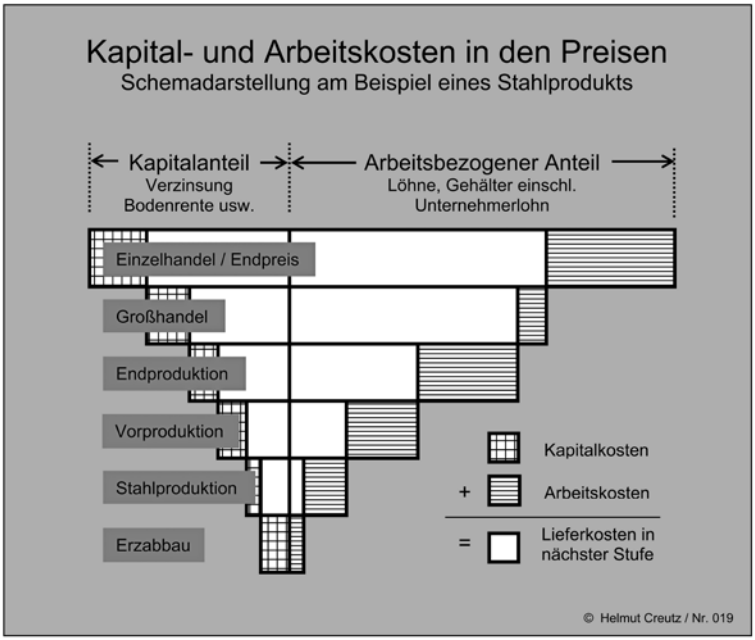
Bei den Zinsen läuft der Einzug zwar ähnlich auf verdeckte Weise ab, aber sein Anteil in den Preisen ist uns normalerweise nicht bekannt. Selbst wenn wir in die Kalkulation des gekauften Produkts Einsicht nehmen könnten, erhielten wir kein wirkliches Bild von der Höhe des abkassierten Tributs. Denn wir würden aus dieser Unterlage allenfalls die Zinskosten auf dieser letzten Kalkulationsstufe entnehmen können, also die dort *hinzugekommenen* Zinsanteile. Die in den bezogenen Materialkosten und anderen Vorleistungen bereits enthaltenen Zinsen gehen dagegen auf dieser letzten Kalkulationsstufe nur als »Sachkosten« ein.

Im Gegensatz zur Mehrwertsteuer, bei der die auf der Vorstufe bereits gezahlten Steuerbeträge nicht nur ausgewiesen sondern auf der nächsten Stufe sogar abgezogen werden können, ist das bei den Zinsen nicht der Fall. In welchem Maße sich dadurch die Zinskosten akkumulieren, zeigt als Schema die *Darstellung 17*, in der an einem fiktiven Beispiel, von der Rohstoffgewinnung bis zum Endverbrauch, die Entstehung und Preisentwicklung eines Produkts begleitet wird.

Wie man sieht, kommen auf jeder der sechs Entwicklungsstufen unterschiedlich hohe Kostenanteile hinzu, jeweils nach deren Kapital- und Lohnintensität. Der tatsächliche Kapitalkostenanteil im Endpreis eines Produkts ist darum normalerweise ebenso schwer festzustellen, wie der sich akkumulierende Lohnanteil. - Die Verteilung in der Darstellung wurde also nur auf diese beiden hauptsächlichen Kostenfaktoren bezogen,

Darstellung 17:

Kapital- und Arbeitskosten in den Preisen



nämlich Kapital und Arbeit, während der ebenfalls anfallende Gewinn ebenso außer acht gelassen ist wie die Aufwendungen für Steuern, Versicherungen usw.

Wer erhält die gezahlten Zinsen?

Würde ein Staat die erhobene Mehrwertsteuer jeweils in Höhe der geleisteten Zahlungen auch wieder an alle Haushalte zurückverteilen, dann könnte er sich die ganze Aktion sparen. Verteilt er jedoch das eingenommene Geld schwerpunktmäßig an sozial schwächere Bevölkerungsschichten, dann wird deren Los auf Kosten der übrigen verbessert.

Die in den Preisen enthaltenen Zinsen (die z.B. in Deutschland mindestens beim Doppelten der Mehrwertsteuer liegen!) kommen bei ihrer Rückverteilung jedoch nicht allen Haus-

halten entsprechend ihren Einzahlungen zugute und schon gar nicht verstärkt den Schwächeren. Vielmehr fließen diese Zinsen den Haushalten je nach Höhe ihrer Vermögensbestände zu! Konkret: Je reicher man ist, d. h. je mehr Zins bringendes Sach- und Geldvermögen man besitzt, umso größer ist auch der Anteil, den man aus dem Topf der abkassierten Zinsen zurückerhält. Dabei tragen die relativ größten Verluste bei dieser Umverteilung diejenigen Haushalte, die über gar keine oder nur geringe verzinste Vermögenswerte verfügen, wie die meisten Sparbuchbesitzer: Sie zahlen fast ausschließlich in den Zins-Umverteilungstopf ein, ohne etwas zurückzuerhalten! Und da die Zins fordernden Sach- und Geldvermögen deutlich rascher zunehmen als die volkswirtschaftliche Leistung und die Staatseinnahmen, ist auch der sozialste Staat immer weniger in der Lage, die Zinsstrom-bedingten Umverteilungen von Arm zu Reich durch steuerfinanzierte Rückverteilungen auszugleichen.

Wie wirkt sich der Zins bei der Verteilung des Volkseinkommens aus?

Im Allgemeinen ist man der Auffassung, dass unsere Wirtschaftsleistung etwa hälftig zwischen Staat und Bürgern aufgeteilt wird. Rechnet man die Abgaben für die staatlichen Sozial- und Gesundheitssysteme den Steuern zu, dann ergibt sich tatsächlich eine »Staatsquote« von fast 50 Prozent. Trotzdem ist diese Sicht der Verteilung unzutreffend, denn in Wirklichkeit findet die entscheidende Aufteilung des Sozialprodukts nicht zwischen Staat und Bürgern statt, sondern zwischen Kapital und Arbeit. Dabei hat das Kapital immer den ersten Zugriff, da dessen Bedienung - die Voraussetzung seiner Zurverfügungstellung - in Prozenten des Vermögens festgeschrieben ist. Das heißt, die ständig steigenden Ansprüche des Kapitals sind auf jeden Fall zu befriedigen, gleichgültig ob die Wirtschaft dafür ausreichend oder überhaupt gewachsen ist. Der Rest des »Kuchens« verbleibt dann der Arbeit, wie immer er auch zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern aufgeteilt wird. Und der

Staat, als Dritter im Bunde, greift im Grunde erst im Nachhinein, direkt oder indirekt, auf beide Einkommens-Beziehergruppen zurück. Bei den Einkommen der Arbeitnehmer meist unausweichlich bei jedem verdienten Euro, bei den Kapitaleinkommen weniger gewissenhaft. - Man denke nur an die immer noch zugelassenen Steueroasen in aller Welt, in welche die Reichen, auf meist sehr verschlungenen Wegen, ihre Einkünfte verlagern können.

Betrachtet man die Gesamtlage, dann verteilt sich die gesamte volkswirtschaftliche Leistung im Endeffekt mit rund je einem Drittel auf die Arbeit, den Staat und das Kapital. Während jedoch - wie vorstehend beschrieben - der Staatsanteil weitgehend auch wieder den Zahlenden zugute kommt, konzentrieren sich die an das Kapital gezahlten Anteile (die außerdem schneller als alle anderen Anteile zunehmen!), bei einer Minderheit.

Welche Rolle spielt der Zinssatz bei der Umverteilung?

Die Zinsanteile in allen Preisen resultieren aus Kapital mal Zinssatz. Sie können also sowohl bei steigendem Kapitaleinsatz zunehmen als auch bei steigenden Zinssätzen. Die Zunahme des Kapitaleinsatzes ist an die Ersparnis gebunden und damit weitgehend an eine relativ gleichmäßige wenn auch immer rascher ansteigende Größe. Veränderungen der Zinssätze können jedoch sehr kurzfristig und deutlich zu Buche schlagen und sind außerdem kaum voraussehbar, was ihre Auswirkungen besonders schwerwiegend machen kann.

Steigt zum Beispiel das zu verzinsende Kapitalvermögen um drei Prozent, dann nimmt, bei gleich bleibenden Zinssätzen, auch die gesamte Zinsbelastung um drei Prozent zu. Steigt jedoch der durchschnittliche Zinssatz um drei Prozent (richtiger: um drei Prozentpunkte!), also beispielsweise von sechs auf neun Prozent, dann explodiert die Zinsbelastung rechnerisch um 50(!) Prozent. Denn sechs Prozent Zinsen ergeben, z. B. bezogen auf ein Kapital von 100.000 Euro, 6.000 Euro, neun Prozent jedoch 9.000 Euro, also die Hälfte mehr.

Kasten F:

Der Zins im Urteil eines Unternehmers

»Ich habe also Gelegenheit gehabt, die heutigen Erscheinungen des Wirtschaftslebens im Bereich eines einzelnen Industriezweiges aus allernächster Nähe anzusehen... Gemäß den Pflichten, welche meine Stellung mir auferlegte, mußte ich nun diese Erscheinungen stets betrachten vom Standpunkt des Unternehmers und Kapitalisten. Gleichzeitig habe ich sie aber auch immer betrachten müssen mit den Augen des Arbeitersohnes... Ich habe also die Vorgänge gleichzeitig von ganz entgegengesetzten Seiten her ansehen und aus beiden ein Fazit mir ziehen können unter dem Gesichtspunkt des öffentlichen Interesses und des Gemeinwohls ...

Da ausschließlich die menschliche Arbeit Werte erzeugt..., so kann kein Zweifel darüber bestehen, daß es die Gesamtheit aller Arbeitenden im Volk ist, welche jene Summe für die Gesamtheit aller Besitzenden... dafür aufzubringen hat, daß die Eigentümer der Objekte des Nationalvermögens diese Objekte der Arbeit des ganzen Volkes als Mittel der Gütererzeugung vorenthalten oder darleihen.

Mithin hat ... die Gesamtheit aller Arbeitenden in allen Tätigkeitsgebieten, dem Durchschnitt nach, immer zwei Tage in der Woche zu arbeiten, für die Gesamtheit der Besitzenden, d. h. derer, welche Miteigentümer des Nationalvermögens sind, dessen Verzinsung vorweg aufgebracht werden muß.. . Der Zins ist unter dem volkswirtschaftlichen Gesichtspunkt nur das Kennzeichen der Zwangslage, in welcher die Arbeit sich gegenüber dem Besitz insofern befindet, als die Wertobjekte des Gesamtvermögens als Mittel produktiver Arbeit absolut unentbehrlich sind ... Elimination (Ausmerzung) des Zinswesens aus dem Wirtschaftssystem der Völker ist daher die Voraussetzung für eine haltbare, nicht auf völlige Desorganisation hinsteuernde Wirtschaftstätigkeit.«

Prof. Dr. Ernst Abbe in einem kurz vor der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert gehaltenen Vortrag, aus: *Zeitschrift für Sozialökonomie*, Nr. 61

Erhöhungen der Zinssätze haben also besonders gravierende Folgen auf die Zinslastanteile in den Preisen und damit auch die Umverteilungswirkungen. Direkt und besonders massiv

sind davon alle Schuldner betroffen, besonders alle Unternehmen mit geringem Eigen- und hohem Fremdkapital. Das zeigt sich besonders deutlich an den Zunahmen der Firmenpleiten, die jeweils den Zinssatzanstiegen folgen.

In der Hochzinsphase Anfang der 1980er Jahre, hatten diese ansteigender Zinssätze und deren Folgen einmal Schlagzeilen gemacht und wurden von dem damaligen Bundeskanzler, Willy Brandt, öffentlich sogar als »mörderisch« bezeichnet. Doch der normale Zins »mordet« ebenfalls, wenn auch langsamer! - Die Zahl der Menschen, speziell in der Dritten Welt, die letztlich als Folge ständig steigender Schulden und Zinslasten den Hungertod gefunden haben, lässt sich natürlich nicht statistisch erfassen. Sie dürfte aber in einem vielstelligen Millionen-Bereich liegen! Der Titel des damals erschienenen Buches von Susan George, »Sie sterben an unserem Geld«, war also mehr als zutreffend.

Genauso aber wie durch Zinserhöhungen die Probleme eskalieren, so werden sie durch Zinssenkungen minimiert. Auf die Hälfte gesunkene Zinssätze würden die Zinslasten halbieren, und ein Zins um Null wäre praktisch umverteilungsneutral! Das heißt, den Werteschaffenden würde der volle Arbeitsertrag verbleiben, auch wenn ein Teil davon den Umweg über staatliche Kanäle nimmt.

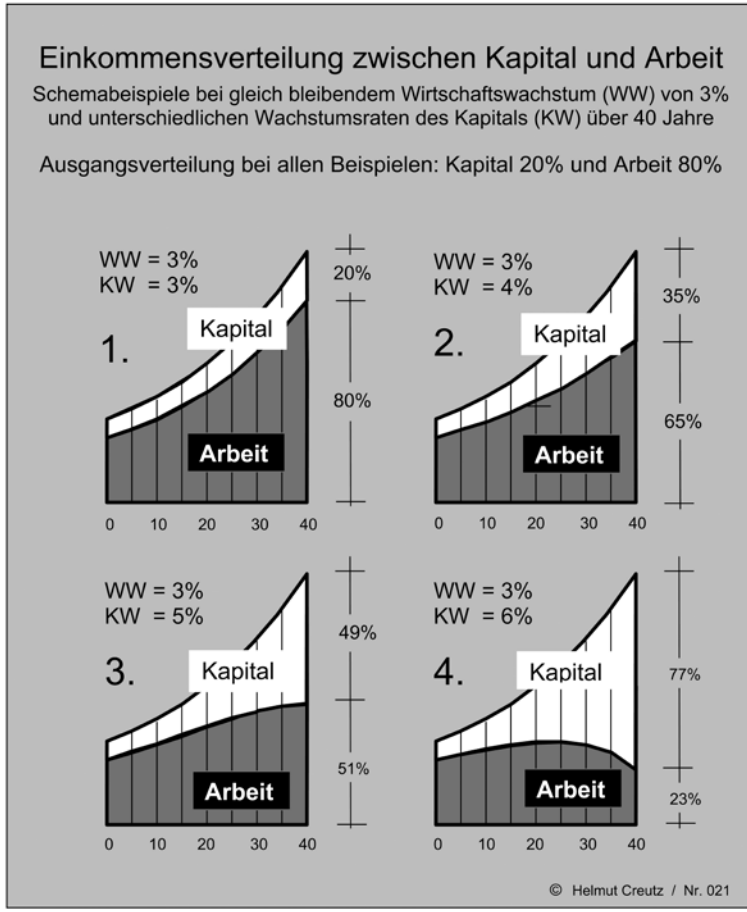
Die in dem *Kasten F* angeführten Aussagen des deutschen Physikers und Gründer der Zeisswerke, Ernst Abbe, der aus einfachsten Verhältnissen stammte, sind darum nach wie vor aktuell und richtungsweisend, auch wenn sie schon vor mehr als hundert Jahren ausgesprochen und niedergeschrieben wurden.

Wodurch verändert sich der Verteilungsschlüssel?

Einen Kuchen kann man immer nur einmal verteilen. Das gilt auch für die Aufteilung des wirtschaftlichen Leistungskuchens zwischen Kapital und Arbeit. Nimmt der Kapitalbestand und damit der Zinsanspruch im Gleichschritt mit der Wirtschaftsleistung zu, dann bleiben die Verteilungsrelationen konstant. Wachsen die zu verzinsenden Kapitalien jedoch schneller, kommt es zu einer Verschiebung der Anteile zu Lasten der Arbeit.

Darstellung 18

Einkommensverteilung zwischen Kapital und Arbeit



In der *Darstellung …(21)* sind solche Verteilungsentwicklungen einmal schematisch in vier Varianten aufgezeigt. Angenommen ist eine Ausgangs-Verteilungsrelation zwischen Kapital und Arbeit von 20 : 80 sowie ein durchschnittliches lineares Wirtschaftswachstum in 40 Jahren von 3 Prozent. Unter dieser Annahme nimmt der zur Verteilung anstehende Wirtschaftskuchen zwar auf etwa das 3,3fache zu, die Verteilungsrelationen zwischen Kapital und Arbeit bleiben jedoch mit 20 : 80 gleich.

Geht man jedoch beim Kapitalwachstum von vierprozentigen Durchschnitt aus, wie in dem Beispiel 2 angenommen, dann verschiebt sich der Verteilungsschlüssel in 40 Jahren von 20 : 80 auf 35 : 65. Schon diese geringe Anhebung des Kapital-Wachstums um einen Prozentpunkt führt als bereits zu einer deutlichen Verteilungsverschiebung!

Wesentlich deutlicher, nämlich von 80 auf 51 Prozent, fällt der Anteil der Arbeit zurück, wenn bei einem gleich bleibenden linearen Wirtschaftswachstum das Kapital um fünf Prozent p.a. zunimmt, wie aus dem Beispiel 3 hervorgeht.

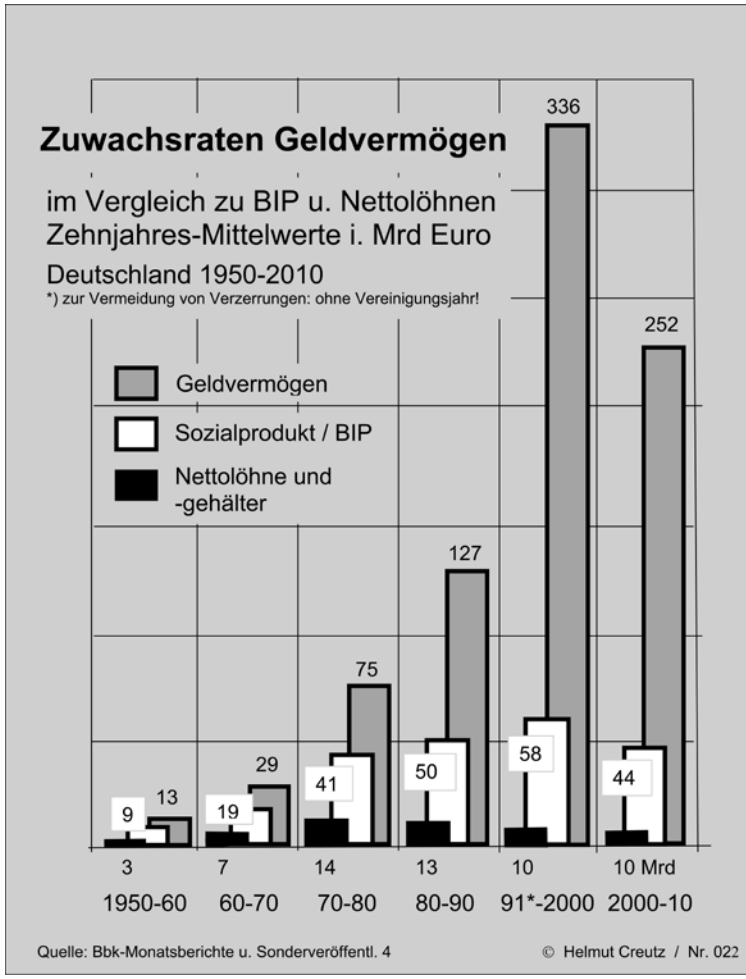
Als Folge einer solchen Entwicklungsdiskrepanz würde sich der Verteilungsschlüssel von 20 : 80 in den 40 Jahren also auf 49 : 51 verschieben und damit fast schon umkehren. Schon aus diesem dritten Beispiel wird deutlich, wie der Anstieg der Arbeitsanteile von Jahr zu Jahr nachlässt und schließlich stagniert. Und geht man gar von einem Kapitalwachstum von sechs Prozent aus wie beim Beispiel 4, dann kippt die Entwicklung bereits nach 25 Jahren um. Das heißt, ab diesem Punkt gehen nicht nur die gesamten Leistungssteigerungen ans Kapital, sondern auch ein ständig wachsender Anteil der bisherigen Arbeitseinkommen!

Bezogen auf die tatsächlichen Entwicklungen in Deutschland, kommt das Beispiel 3 etwa den Realitäten zwischen 1960 und 2000 nahe. Kein Wunder, dass allenthalben die relativen und inzwischen absoluten Rückgänge der Arbeitseinkommen und damit der Massen-Kaufkraft beklagt wird. Und diese Umverteilungen beschleunigen sich jeweils, wenn das Wirtschaftswachstum schwächelt oder gar, wie im vergangen Jahrzehnt, mehrfach einbricht. - Damit wird auch klar, warum die Politiker auch dann noch auf ständiges Wirtschaftswachstum drängen und es politisch fördern, wenn bei uns die Läden überquellen und die neuen Produkte nur noch durch einen immer größeren Werbeaufwand in den Markt gedrückt werden können, von den ökologischen Auswirkungen dieses Wachstumswahns nicht zu reden!

Die Realitäten dieser Scherenentwicklungen zwischen Kapital und Arbeit gehen aus der *Darstellung 22* hervor. In ihr werden die jährlichen Zuwachsraten der Wirtschaftsleistung und der

Darstellung 19:

Zuwachsraten Geldvermögen



Nettolöhne mit jenen der Geldvermögensbestände verglichen, jeweils wiedergegeben mit ihren Dekaden-Durchschnittswerten.

Vergleicht man die Lohn-Zuwächse mit jenen des BIP, dann lagen sie in den ersten drei Jahrzehnten noch bei etwa einem Drittel dieser Leistungsgröße, in den 1980er Jahren fielen sie bereits auf ein knappes Viertel zurück und in den 1990er Jahren sogar auf ein Sechstel des BIP-Anstiegs. Das heißt, trotz stän-

dig steigender Beschäftigtenzahlen kam bei den Lohnempfängern immer weniger an, während die Geldvermögensbestände (an deren Größe sich die Zinseinkommen und Zinslasten ablesen lassen!) von Jahrzehnt zu Jahrzehnt förmlich explodierten! Das vor allem zwischen 1991 und 2000, in dem ihr Anstieg beim 34-fachen der Nettolöhne lag! - Deren Zunahme von 10 Mrd im Jahresdurchschnitt reichte in diesem fünften Jahrzehnt rechnerisch noch nicht einmal aus, um die Zinsansprüche der hinzugekommenen Geldvermögen zu bedienen!

Zu einer Zäsur dieser explosiven Entwicklung der Geldvermögen kam es dann im letzten Jahrzehnt, einmal durch den Börsenkollaps an dessen Anfang und dann als Folge der Banken- und Finanzmarktkrisen in der zweiten Hälfte. Das bedeutet aber auch, dass sich diese eskalierenden Massen der Geldvermögen, trotz Ausbreitung über den ganzen Globus, nur noch unzureichend in normalen Güterinvestitionen oder Staatsverschuldungen unterbringen lassen. Die Folge ist: Immer mehr Geld drängt, Rendite suchend, in die Spekulation. Die Fonds und Banken gehen zunehmend hochriskante Geschäfte bzw. verlagern diese außerhalb ihrer Bilanzen und das System wird immer labiler. Und diese Einbrüche sind nur die Vorstufen zu noch schwerwiegenderen Ereignissen, wenn wir nicht endlich die »Flamme unter dem Kessel« kleiner drehen, der wir das alles zu verdanken haben: Dem Automatismus der zinsbedingten Selbstvermehrung der Geldvermögen, der uns nicht nur zu ständig steigenden Verschuldungen zwingt, sondern ebenfalls zu jenem ständigen Wirtschaftswachstum, mit dem wir nicht nur die Umwelt sondern auch den Frieden in der Welt zunehmend gefährden!

Erhöhen die Zinsen das Sozialprodukt?

Wer in den volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen die Zinsströme untersucht, der findet normalerweise für jeden der drei Wirtschaftssektoren, also Unternehmen, Staat und Privathaushalte, die Zinseinnahmen wie -aufwendungen angeführt, die sich gegenüber den jeweils anderen Sektoren ergeben. Die daraus resultierenden Zinssalden dieser drei Sektoren lösen

sich dann in der Endsaldierung in Wohlgefallen auf. Das heißt, die Zinsströme in einer Volkswirtschaft haben keinen Einfluss auf die Höhe des Sozialprodukts, gleichgültig wie groß sie auch immer sind! Lediglich der Saldo der grenzüberschreitenden Zinsströme beeinflusst diese wichtige und immer wieder herangezogene statistische Größe.

Diese im ersten Augenblick überraschende Neutralisierung der ganzen inländischen Zinsströme ist letztlich logisch: Das Bruttoinlandsprodukt gibt die Summe aller Wertschöpfungen wieder. Zinsen aber stellen keine Wertschöpfung dar, sondern nur Transfers innerhalb derselben.

Als Folge dieses Tatbestandes hinterlassen auch Erhöhungen oder Absenkungen der Zinssätze und Zinsstromgrößen im Sozialprodukt direkt nur wenige Spuren. Selbst wenn sich »morgen' die Zinssätze verdoppeln und damit auch die Zins-Transferströme, hätte das auf das ausgewiesene Sozialprodukt keinen direkten Einfluss. Zumindest rechnerisch und theoretisch nicht. Wohl aber würden die *indirekten* Folgen einer solchen Zinserhöhung, nämlich Firmenpleiten, Arbeitslosigkeit usw., die Ergebnisrechnung und damit das Sozialprodukt erheblich verändern.

Manche Menschen ziehen aus der Neutralität der Zinsen bezogen auf das Sozialprodukt falsche Schlüsse. Sie glauben, dass man deshalb auch die Zins-Problematik nicht so hoch ansetzen dürfe. Andere klammern sich an jene statistische Größe, die bei manchen Aufschlüsselungen des Volkseinkommens als »Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen« ausgewiesen wird. Dabei hat die darin enthaltene Größe »Vermögenseinkommen« mit den tatsächlichen Zins- und Vermögenseinkommen kaum etwas zu tun. In Deutschland wird darin z.B. lediglich der positive Zinsstromsaldo der privaten Haushalte gegen den negativen Zinsstromsaldo des Staates verrechnet und mit den »Ausschüttungen der Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit« addiert. Der sich daraus ergebende Betrag liegt jedoch nur bei einem Bruchteil jener Zinsen, die alleine von den Banken jährlich als Einkommen an ihre Kunden ausgeschüttet werden!

Wieder andere stützen sich auf Aussagen von Wirtschaftsprofessoren, nach denen die Verschuldungen - und da-

mit auch die dafür zu zahlenden Zinsen - problemlos sind, weil diesen Schulden und Zinslasten in gleicher Höhe Geldvermögen und Zinseinkommen gegenüberstehen. So vertrat z.B. der deutsche Ökonom *Robert K. von Weizsäcker* (laut DIE ZEIT vom 14. Januar 1999) auf einer Expertentagung zur Staatsverschuldung die Auffassung, dass nur Schuldenaufnahmen im Ausland mit Problemen verbunden seien:

> *»Was ist an der Zinslast eigentlich eine Last? Die über Steuermittel finanzierten Zinslasten fließen doch an diejenigen, die die Anleihen halten. Unterstellt man eine reine Binnenverschuldung, schulden wir uns damit die Verschuldung selbst. Ein reales Problem gibt es erst, wenn der Auslandsanteil der Staatsverschuldung zu groß wird.«*

Dass die über die Steuermittel finanzierten Zinslasten an die Halter der Anleihen alle anderen ärmer machen, ist ihm offensichtlich nicht bewusst!

Warum stimmt das Sprichwort »Zeit ist Geld«?

Der Zins, als Leihpreis für das Geld, ist zweifellos ein Zahlungsposten auf Zeit. Geld, als Tauschmittel entstanden, erhält dadurch gewissermaßen eine zweite Dimension: Für die Geldverleiher wird es zu einem zeitbezogenen dauernden Einkommensfaktor ohne Leistung, für den Kreditnehmer dagegen zu einem zeitbezogenen Kostenfaktor, den er nur mit zusätzlicher Leistung und damit zusätzlich aufgewandter Zeit bedienen kann. Mit dem Zins wird also Zeit zu Geld gemacht! Das Sprichwort »Zeit ist Geld« bringt darum diesen Tatbestand auf den kürzesten Nenner.

Früher einmal war Zeit für alle Menschen ein Geschenk. Heute trifft das nur noch auf die Zinsgewinnler zu. Alle anderen - und das ist die übergroße Mehrheit - müssen »in der Zeit« für diese Gewinnler tätig sein. Michael Ende hat diese Stress auslösende Veränderung im Leben der Menschen, märchenhaft verfremdet und dennoch deutlich, zur Aussage seines Buches »Momo« gemacht.

Weil also Zeit Geld ist - Zinsgeld nämlich - müssen heute die Menschen ständig in Bewegung bleiben. Vor allem aber die Maschinen, am besten rund um die Uhr. Nach Möglichkeit sollen sie dabei mit immer weniger Beschäftigten laufen, noch besser, völlig ohne sie. Denn mit jeder Entlassung einer Arbeitskraft spart ein Unternehmer Kosten, beim Abschalten einer Maschine aber laufen die Kosten weiter, zumindest diejenigen für Kapitalbedienung und Abschreibung. Und ersetzt er Menschen durch eine eigenfinanzierte Maschinen, hat er außerdem eine zusätzliche Zinseinnahme sicher, was bei den Löhnen nicht der Fall ist.

Der frühere Chef der Mittelstandsvereinigung der CDU, *Klaus E. Bregger*, hat diesen Tatbestand 1996 einmal in einem Interview mit der Berliner Zeitung auf den Punkt gebracht: *»Wer Geld mit Geld verdient, wird risikoarm reich. Wer Geld mit Arbeitsplätzen verdient, wird risikoreich arm.«*

Auch das fatale Sprichwort, »Stillstand ist Rückschritt«, wird mit unserem Geldsystem erklärbar. Denn angesichts der Zinsen für jede Investition, die auch bei einer abgeschalteten Maschine weiter laufen, bedeutet jeder Stillstand tatsächlich wachsende Verluste.

Obwohl jeder weiß, dass er bei gleich bleibender Leistung niemals ärmer werden kann, können wir uns im Zinssystem eine Stabilisierung unseres Leistungsniveaus - bewusst negativ als »Nullwachstum« abgestempelt - nicht erlauben. In einer Wirtschaft ohne Zinsen, bzw. mit einem verteilungsneutralen Zins um Null, könnten wir dagegen den technischen Fortschritt und damit alle Produktivitätssteigerungen problemlos und bei gleich bleibendem Einkommen in Arbeitszeitverkürzungen umsetzen. Bei einem ständig positiven Zins haben wir jedoch nur die Wahl zwischen Wirtschaftswachstum oder Senkung der Arbeitseinkommen, gleichgültig ob durch Lohnkürzungen oder Entlassungen.

Unser ständig positiver Zins zwingt uns also nicht nur ohne Pause zu einem ständigen Produzieren und Konsumieren, sondern sogar zu einer ständigen Steigerung von beidem! Und zwar im Gleichschritt mit den Geldvermögen und Schulden, die durch die zinsbedingten Umschichtungen, gewissermaßen

»in der Zeit«, von alleine weiter wachsen. Doch diese Verknüpfung von Geld und Zeit haben wir bereits so verinnerlicht, dass wir uns immer mehr zum Leisten und Verbrauchen jagen lassen, ohne jedes Hinterfragen. - Welche zunehmenden Problemen mit diesen Zinsen verbunden sind, lässt sich auch in den Bemühungen der Politik ablesen, die 2009 zu jener Maßnahme geführt hat, die man mit dem Namens-Ungetüm »Wachstumsbeschleunigungsgesetz« bezeichnet hat, ohne Rücksicht auf die Folgen und die Unmöglichkeit, eines dauernden Wachstums auf unserem begrenzten Planeten!

Verändert der Zins das Geld?

Mit zunehmender Kapitalbestimmtheit unseres Wirtschaftens verdrängt der Faktor Zeit auch immer mehr die eigentliche Aufgabe unseres Geldes, nämlich nichts anderes zu sein als ein Hilfsmittel zum Leistungs- und Gütertausch! Für die Fachleute des Geldes, die Banker, scheint diese eigentliche Hilfsmittel-Aufgabe nur noch von sekundärer Bedeutung. So wurde im Frühjahr 1991 dem damaligen Vorstandschef der Deutschen Bank, *Hilmar Kopper*, in einem Fernsehinterview einmal die Frage gestellt: *»Was gibt dem Geld eigentlich seinen Wert?«* Man hätte nun erwartet, dass Kopper auf die volkswirtschaftliche Leistung hingewiesen hätte, die unserem Geld Deckung und Wert verleiht. Doch die Antwort des Bankers war kurz und knapp: *»Der Faktor Zeit, er bedeutet, dass es sich vermehrt über die Zinsen«*. Und auf die erstaunte Nachfrage des Interviewers, *»Geld ohne Zeit ist also nichts?«*, bestätigte *Kopper* das noch einmal ausführlicher: *»Geld ohne Zeit ist nichts, das kann man natürlich auf der Stelle ausgeben, aber das vermehrt das Geld nicht, dann dreht man das Geld in etwas anderes hinein.«*

Diese Definition eines führenden Bankfachmanns ist bezeichnend. Demnach ist unser Geld also nicht in erster Linie zur Vermittlung des Leistungsaustauschs in der Wirtschaft da, sondern zu seiner eigenen Selbstvermehrung und alle anderen Verwendungen sind »etwas anders«! - Die Frage, wie sich denn nun das Geld durch die Zeit vermehrt, ist *Kopper* leider nicht

gestellt worden. Sie hätte vielleicht den Unsinn seiner Aussage offenbart. Denn nicht das Geld vermehrt sich in der Zeit, sondern nur die Einkommens- und damit Vermögensüberschüsse der Minderheit auf Kosten aller anderen, und damit wiederum vermehrt sich mit jedem Durchlauf durch die Banken die Ausbeutung und die Ungerechtigkeit in unseren Gesellschaften.

Diese Auffassung von *Kopper* zeigt nicht nur den Krankheitsgrad unseres Geldsystems, sondern auch den unseres Denkens über Geld, der auch den Titel dieses Buches »Das Geld-Syndrom« zum Ausdruck bringen soll.

Gibt es einen gerechten Zins?

An einem wirklich freien Markt ist jeder sich frei bildende Preis letztlich immer gerecht. Denn er spiegelt jeweils die Werteinschätzung des Gutes wider, über die sich die Beteiligten bei ihrem Leistungsaustausch einigen.

Kauft jemand im Laden ein Hemd für zwanzig Euro, so ist ihm das Hemd wertvoller als das dafür gezahlte Geld. Für den Verkäufer ist es umgekehrt, sonst würde er das Hemd für den Betrag nicht hergeben. Ungerecht würde der Handel nur, wenn der Verkäufer ein Hemdenmonopol hätte und den Preis diktieren könnte.

Genauso ist es beim Knappheitspreis des Geldes, dem Zins. Auch er ist immer gerecht, wenn er das Ergebnis von Angebot und Nachfrage ist. Das heißt, wenn er allein das Verhältnis von Geldüberschüssen auf der einen Seite und von Geldbedarf auf der anderen Seite widerspiegelt. Sind beide Seiten ausgeglichen, dann muss der Zins als Knappheitspreis (sieht man von der Bankmarge ab) also gegen Null heruntergehen. Denn im Gegensatz zu dem Hemd, dessen Produktion mit Kosten verbunden ist, hat der Geldhalter keine Kosten für die Produktion des Geldes aufbringen müssen. Das Geld wird den Wirtschaftsteilnehmern vom Staat praktisch kostenfrei zur Abwicklung ihrer Tausch- und Zahlungszwecke zur Verfügung gestellt. Man erhält es gewissermaßen als weiter zu gebende Quittung für eine eigene Leistung, mit der man eine gleichwertige Leis-

tung eines anderen nachfragen kann. Wer Geld erübrigt, hat also im Normalfall mehr Leistungen eingebracht als er selber nachfragt. Schon aus persönlichen Gründen sollte er darum ein Interesse daran haben, dass ein Kreditnehmer, dem er das übrige Geld ausleiht, diese Nachfragelücke schließt. Denn ansonsten bleibt eine Leistung oder Ware am Markt ungefragt, und das könnte die eigene selbst eingebrachte Leistung sein!

Da jedoch jeder - aufgrund der heutigen Überlegenheit des Geldes gegenüber den zu tauschenden Gütern - Geld gerne annimmt, aber keiner es gerne hergibt, entsteht eine ständige Knappheitssituation, die das Geld den Gütern überlegen macht. Durch diese Überlegenheit des Geldes wird es praktisch zu einem Monopol, das heute den Leihpreis des Geldes nie auf eine gerechte Ebene, also schwankend um Null, sinken lässt.

Ein wirklich gerechter Zins hängt also nicht nur von einem Ausgleich zwischen Angebot und Nachfrage ab. Er hängt vielmehr entscheidend von der Überwindung der künstlichen Verknappungsmöglichkeit und damit der Neutralisierung der Geldvorteile ab, die das Geld heute zu diesem Monopolgut machen. Erst mit der Neutralisierung dieser Überlegenheit des Geldes kann es einen wirklich marktgerechten Zins geben, gleichgültig wie immer auch seine noch verbleibende Höhe sein wird. Und erst ein solcher marktgerechter und in gesättigten Wirtschaftslagen schließlich verteilungsneutral um Null pendelnder Zins stellen nicht nur Geldhalter und Leistungsanbieter und den gleichen Angebotsdruck, sondern schaffen auch die Voraussetzung für eine gerechte Wirtschaft, die nicht mehr zu einem dauernden Wachstum gezwungen ist.

Was sagt die Wissenschaft zum Zins?

Die Wirtschaftswissenschaft hat sich seit etwa 200 Jahren »mit dem Zins arrangiert und dessen Problematik tabuisiert«, wie es der Sankt Gallener Nationalökonom *Hans Christoph Binswanger* einmal ausgedrückt hat. Und um mit diesem Zustand leben zu können, hat man etliche Theorien entwickelt, die den Zins als unbedenklich bzw. unverzichtbar darstellen.

»Der Zins ist ein Lohn für den Konsumverzicht«, ist die bekannteste dieser Begründungen. Dass sie nichts mit der Wirklichkeit zu tun hat, stört anscheinend niemanden. Denn der normale Bürger spart nicht, um für Konsumverzicht belohnt zu werden, sondern weil er Geld für Ausgaben in späteren Zeiten ansammelt oder einfach im Moment Geld übrig hat. Und den Geldvermögensbesitzern, deren Zinserträge und Neuersparnisse täglich in die Hunderte oder Tausende und mehr gehen, kann man auch nicht unterstellen, dass sie auf irgendeinen Konsum verzichten, der eine Zinsbelohnung rechtfertigen würde.

Wäre im Übrigen der Zins tatsächlich ein Lohn für Konsumverzicht, dann müsste auch derjenige Zinsen erhalten, der sein nicht ausgegebenes Geld zu Hause unter dem Kopfkissen spart. Der Tatbestand, dass man Zinsen jedoch nur dann erhält wenn man übriges Geld verleiht, beweist die Bindung des Zinses an die Geldüberlassung. Der Zins ist also kein Lohn für Konsumverzicht, sondern ein Preis für den Verleih von Geld, oder noch treffender: eine an die Leihzeit gekoppelte Prämie für die Aufgabe der Vorteile, die - ohne eigene Leistung - heute mit der Geldhaltung verbunden sind

John Maynard Keynes, wohl der bedeutendste Ökonom des vergangenen Jahrhunderts, hat übrigens schon in den 30er Jahren die These von der Konsumverzichtsbelohnung widerlegt. Trotzdem wird dieser praxisfremde Unsinn auch heute noch an fast allen Universitäten verbreitet. In seinem Hauptwerk *»Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes«* (man beachte die Wortwahl und -folge im Titel!), hat *Keynes* den Zins u.a. auch als *»Belohnung für die Nichthortung von Geld«* definiert. Das heißt, der Zins ist das Mittel, mit dem man die Halter von Geldüberschüssen heute bewegen muss, ihr übriges Geld an andere zu verleihen.

Natürlich gibt es in der Wissenschaft noch eine ganze Reihe anderer Zinserklärungen und -begründungen. Sie alle helfen jedoch nicht über den Tatbestand hinweg, dass die Geldhalter beim Zins heute die Marktgesetze außer Kraft setzen und - durch dessen Knapphaltung - einen ständig positiven Zins erpressen können.

Kirche und Zinsverbot

Das Abrücken der Kirchen vom Zinsverbot hat den Aufstieg des modernen Kapitalismus entscheidend begünstigt. Nachdem die Zinswirtschaft die Menschengemeinschaft in beispielloser Weise zerrüttet hat und die Gegensätze zwischen Arm und Reich globale Ausmaße angenommen haben, ist eine Umkehr von Theologen und Ökonomen vonnöten. Die Traditionen des Zinsverbotes müssen der Öffentlichkeit wieder ins Bewusstsein gebracht werden, um Gegenmacht gegen die internationale Finanzwelt aufzubauen und nach Mitteln und Wegen zu suchen, die wirksamer zum Ziel einer zinsfreien Wirtschaft führen als umgehbare Verbote. Heute ist weltweit sichtbar geworden, dass die internationalen Kapitalkräfte - und diese haben sich vorwiegend in »christlichem« Umfeld entwickelt! - in der Zinspraxis kriminelle Ausmaße angenommen haben.

Ökonomisch gesehen bedeutet Zinsnehmen von einem bestimmten Punkt an eine Vermehrung des Geldes ohne Koppelung an die Produktion von Gütern. Dieser Prozess führt auf Dauer zum Ruin jeder Volkswirtschaft.

Dietrich Schirmer, Studienleiter an der Ev. Akademie Berlin, »Zum Problem des Zinsnehmens«, Zeitschrift für Sozialökonomie, Sept. 1990

Kritische Worte zum Zins sind ganz selten einmal von einem Wirtschaftswissenschaftler zu hören, so zum Beispiel von dem bereits genannten *Hans-Christoph Binswanger*. In seinem Buch *»Geld und Natur«*, wie auch in dem von ihm mit heraus gegebenen Buch *»Geld und Wachstum«*, weist er vor allem auf die zinsbedingten Wachstumszwänge hin. Und dass der deutsche Ökonom *Wolfram Engels*, der in den 90er Jahren verstorbene Mitherausgeber der deutschen *»Wirtschaftswoche«*, bei seinem Kommentar in der Ausgabe Nr. 1/93 das *»Zinsverbot der Religionen«* aufgegriffen hat, muss man fast schon als einen Tabubruch ansehen. Noch mehr gilt dies für

seine abschließenden Sätze, in denen er eine Welt ohne Zins als *»wahrscheinlich ökonomisch optimal«* bezeichnet und meint, dass vielleicht *»Jesus, Moses und Mohammed«*, die bekanntlich allesamt das Zinsnehmen verurteilt haben, *»die besseren Geldtheoretiker«* waren. Erfreulich, dass daran anknüpfend auch aus dem Umfeld der Kirchen wieder kritische Stimmen zum Zins zu hören waren, wie der Text im Kasten G zeigt.

8. Kapitel

Inflation und Deflation

»Stabiles Geld ist nicht alles,
aber ohne stabiles Geld ist alles andere nichts.«

Karl Schiller

Diese Aussage des ehemaligen bundesdeutschen Wirtschaftsministers Karl Schiller läßt sich zwar auf viele andere Bereiche übertragen, z.B. »Gesundheit ist nicht alles, aber ohne Gesundheit ist alles andere nichts«. Bezogen auf Wirtschaft und Gesellschaft ist die »Gesundheit« des Geldes - seine Stabilität - jedoch tatsächlich von grundlegender Bedeutung.

Ist die Notwendigkeit stabilen Geldes eine Erkenntnis unserer Tage?

Schon vor fast 500 Jahren hat *Nikolaus Kopernikus* in seinem »Memorandum über Geld und Inflation« geschrieben:

> *»Unter den unzähligen Übeln, welche den Zerfall ganzer Staaten herbeiführen, sind wohl vier als die vornehmlichsten anzusehen: innere Zwietracht, große Sterblichkeit, Unfruchtbarkeit des Bodens und die Verschlechterung der Münze. Die ersten drei liegen so klar zutage, daß sie schwerlich jemand in Abrede stellen wird. Das vierte Übel jedoch, welches von der Münze ausgeht, wird nur von wenigen beachtet und nur von solchen, welche ernster nachdenken, weil die Staaten allerdings nicht gleich beim ersten Anlauf, sondern ganz allmählich und gleichsam auf unsichtbare Weise dem Untergang anheimfallen.«*

Aber auch aus unserer Zeit gibt es genügend gewichtige Stimmen. So war z.B. *John Maynard Keynes* der Auffassung, dass

es keine spitzfindigere und tödlichere Methode gibt um die gesellschaftlichen Grundlagen zu zerstören, als die Vernichtung der Währung. Und von *Fritz Leutwiler*, dem früheren Präsidenten der Schweizerischen Nationalbank stammt der Satz: »Demokratie setzt, wenn sie funktionsfähig bleiben soll, eine stabile Währung voraus.« Doch alle diese Mahnungen haben die Wissenschaft bislang nicht bewegen können, sich intensiver über ein störungsfrei funktionierendes Geld Gedanken zu machen. Uns das Dilemma ist entsprechend:

Die wenigen Ökonomen, die sich überhaupt mit Geld befassen, sind sich nicht einig was Geld eigentlich ist oder streiten sich darüber, wo und wie es geschöpft wird. Und die Notenbanken versuchen vergeblich, über immer neue Geldmengenkreationen oder Leitzinskorrekturen auf die Kaufkraftstabilität einzuwirken. Und während man darunter jahrzehntelang eine Inflation von Null verstand, hat man dieses Ziel längst aufgegeben und strebt sogar - wie die EZB - bewusst eine Inflation »von unter aber nahe zwei Prozent« an. Das heißt, man toleriert nicht nur einen ständigen Kaufkraftverlust unseres Geldes, sondern plant ihn sogar ein!

Was heißt Inflation und was ist ihre Wirkung?

Der Begriff Inflation kommt von *inflare* = aufblähen. Gemeint ist damit eine Ausweitung der Geldmenge über die gegebene volkswirtschaftliche Leistung hinaus. Die Folge einer solchen Ausweitung ist die Störung des Gleichgewichts zwischen Angebot und Nachfrage. Denn dem gegebenen Angebot stehen mit diesem vermehrten Geld überhöhte Nachfragemöglichkeiten gegenüber, wodurch auf jeden einzelnen Geldschein weniger Leistung entfällt. Oder anders ausgedrückt: Man muss im Umfang der Geld-Inflationierung für jede Leistung mehr Geld hergeben als zuvor!

Gemessen an der Leistung sinkt also die Kaufkraft des Geldes oder anders herum betrachtet: gemessen am Geld steigt das allgemeine Preisniveau. Das steigende Preisniveau ist also die Folge der Inflation, an dem sie messbar wird, nicht aber die Ur-

sache. Statt von steigenden Preisen müsste man also richtiger von steigender Geldmenge und sinkender Kaufkraft desselben reden. Aber auch hier lässt man sich von den vordergründigen Vorgängen in die Irre führen. Ähnlich wie man vom Sonnenuntergang redet, obwohl sich in Wirklichkeit die Erde von der Sonne wegdreht.

Mit der Erklärung des Inflationsbegriffs ist auch die Verantwortlichkeit geklärt: Es sind diejenigen, die das Zuviel an Scheinen in Umlauf geben. Und das sind in unseren Tagen alleine die weitgehend staatlichen oder vom Staat eingesetzten Notenbanken.

Noch vor dreißig Jahren sahen manche Politiker und Wissenschaftler in der Inflation - zumindest der gemäßigten - eine Stimulanz für die Konjunktur. Inzwischen hat man die vielschichtigen negativen Folgen auch geringer inflationärer Preisauftriebe erkannt. So schrieb bereits 1987 der Chefredakteur der deutschen Tageszeitung DIE WELT, *Peter Gillies*:

> *»Inflation ist nicht nur Betrug am Sparer, nicht nur die unsozialste Form der Umverteilung, sondern auch die Erwerbslosigkeit von morgen. Längst ist widerlegt, dass fünf Prozent Inflation leichter zu ertragen seien als fünf Prozent Arbeitslosigkeit; vielmehr sind null Prozent Inflation die vorzüglichste Voraussetzung für null Prozent Erwerbslose. Der Glaube, Vollbeschäftigung lasse sich mit ‚ein bisschen Preissteigerung' erkaufen, musste weltweit teuer bezahlt werden.«*

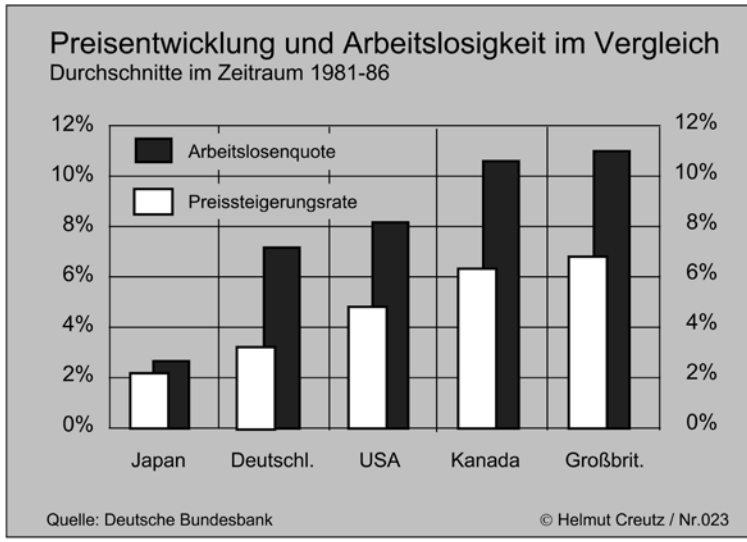
Diese enge Beziehung zwischen Inflation und Arbeitslosigkeit bestätigt auch das Ergebnis einer Untersuchung der Deutschen Bundesbank in mehreren Industrienationen, die in der Darstellung 23 (?)wiedergegeben ist.

Ist eine stabile Währung wirklich so wichtig?

Stellen wir uns einmal vor, jedes Jahr würde die Länge des Meters verändert. Überraschend und ungeplant. Mal mehr und

Darstellung 20:

Preisentwicklung und Arbeitslosigkeit im Vergleich



mal wenige. Selbst wenn es nur jährlich zwei Prozent wären: Für alle, die mit Längenmaßen disponieren und rechnen müssen, würden die Ergebnisse ihres Handelns zur Glücksache: Die Hose von gestern würde nicht zur Jacke von heute passen, die heute gelieferten Fenster nicht in die vor einigen Monaten gemauerten Fensteröffnungen usw. Genauso aber macht ein sich ständig verändernder Geldmaßstab das Wirtschaften zum Glücksspiel: Die Preise von gestern entsprechen nicht den Kosten von heute, die Kaufkraft der Tilgungen nicht jener der ausgeliehenen Ersparnisse und die empfangenen Löhne nicht den vor einigen Wochen erbrachten Arbeitsleistungen oder gar den vor einem Jahr ausgehandelten und noch festliegenden Tarifen! - Alle mittel- und längerfristigen Dispositionen sind Zufällen ausgeliefert. Betrug und Spekulation werden Tür und Tor geöffnet.

Hinzu kommt noch, dass wir den Maßstab Geld viel häufiger benutzen als alle anderen Maßeinheiten. Und dennoch lassen es die gleichen Staaten zu, die mit peinlicher Genauigkeit von tausendstel Prozent die Gewicht- und Längenmaße

kontrollieren, dass an diesem wichtigsten Maßstab Geld weiterhin herummanipuliert wird! Dabei setzen die Staaten - wie Vergangenheit und Gegenwart zur Genüge zeigen - mit der Instabilität des Geldes immer wieder ihre eigene Existenz aufs Spiel! Nicht zuletzt durch die sozialen Spannungen, die sich mit jeder Inflation ergeben. Auch hierzu hat der bereits zitierte *Fritz Leutwiler* in seiner letzten Rede vor der Vollversammlung der Schweizerischen Nationalbank 1984 Klartext geredet:

> *»Auf keine andere Weise als durch Inflation, können in so kurzer Zeit so wenige so reich und so viele so arm gemacht werden.«*

Doch selbst die als so stabil gepriesene Deutsche Mark und der Schweizer Franken haben zwischen 1950 und 2000 mehr als drei Viertel ihres Wertes eingebüßt, und das sogar - zumindest beim Franken - trotz einer zeitweisen doppelten Deckung durch Gold! Das beweist noch einmal, dass die Stabilität einer Währung nicht von irgendwelchen angesammelten Deckungen abhängt, sondern alleine von der Relation der Geldmenge zur Leistung der Volkswirtschaft. Noch präziser: Von dem, was man beim Ausgeben für sein Geld erhält! Denn der in allen Währungen immer noch gegebene mehr oder weniger große Kaufkraftverfall bedeutet, dass ein arbeitender Mensch, für seine Leistungen aus früheren Berufsjahren, heute nur noch einen Bruchteil als Gegenleistung zurückerhält. Und das gilt keineswegs nur für die vergessenen Scheine unter der Matratze, sondern auch für die Sparer, die durch Geldeinlagen bei den Banken ihre Renten sichern wollen! - Sie alle wurden, die in den vergangenen Jahrzehnten durch die schleichende Inflation um Milliardenbeträge enteignet! Denn im Gegensatz zu den betuchteren Geldanlegern, die sich mit ihren Großeinlagen durch erhöhte Zinsforderungen und Spekulationsgeschäfte gegen Inflationsverluste abzusichern verstehen, lag die Verzinsung der normalen Sparguthaben in vielen Ländern und Jahren unter den Inflationssätzen.

Die Auswirkungen von Inflationen

Gerade auf Grund unserer jüngeren Geschichte haben wir allen Grund, uns mit den Fragen der Geldwertstabilität zu befassen. So sind z.B. im vergangenen Jahrhundert, im Zuge der beiden Weltkriege, die Währungen in den meisten Ländern zwei Mal inflationär zusammengebrochen. Ganze Generationen wurden dabei um die Früchte ihres Fleißes gebracht und Millionen Menschen ins Unglück gestürzt. Und dass es zu solchen Währungs- und Wirtschaftszusammenbrüchen keiner Kriege bedarf, haben wir zur Genüge im letzten Jahrzehnt erlebt.

Macht man sich noch einmal die Größenordnungen und die Abläufe der großen Nachkriegsinflationen klar, dann kann man über die Unbedarftheit der jeweiligen Verantwortlichen nur den Kopf schütteln. So hat man, vor allem nach dem ersten Weltkrieg von 1914 bis 1918, zur Abdeckung der Kriegskosten und der aufgehäuften Schulden oft jahrelang die Notenpresse laufen lassen. Und weil als Folge dieser Geldüberhänge die Preise ständig zunahmen, gaben die Leute ihr Geld immer rascher aus, was über die steigende Umlaufgeschwindigkeit einer nochmaligen Erhöhung der Geldmenge gleichkam und die Preise noch rasanter in die Höhe trieb.

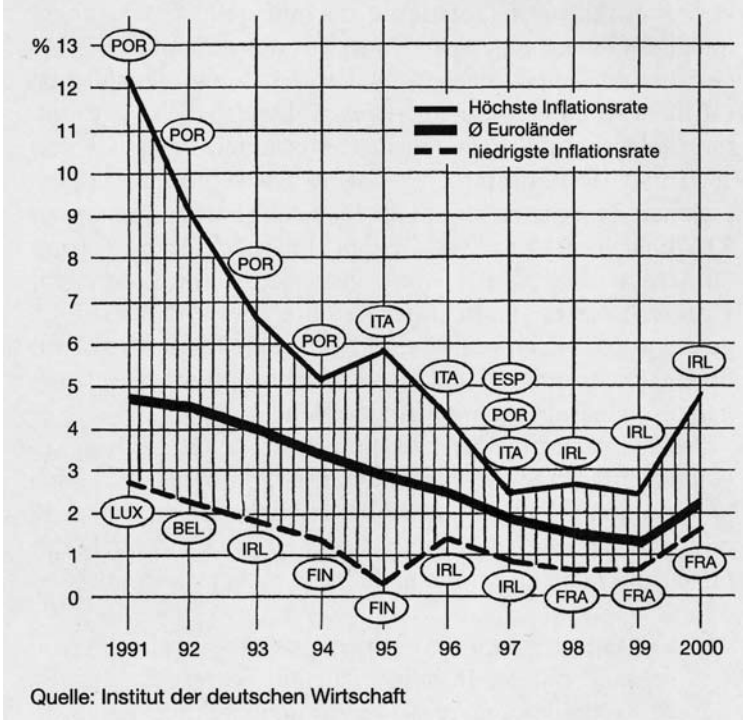
Diesem Preisauftrieb entsprechend gab man dann immer noch mehr Geld in Umlauf, womit sich die Preisschraube nur noch schneller drehte. Am Ende war dere Anstieg so hoch, dass man - wie in Deutschland 1923 - den Arbeitenden den Lohn zwei Mal täglich auszahlte, damit sie ihn möglichst rasch vor den erneuten Preisanstiegen ausgeben konnten. Zum Stillstand kam dieser Wahnsinn schließlich nur durch den Mangel an Papier bzw. der Unmöglichkeit, die vorhandenen Scheine, und Preisschilder mit immer längeren Null-Kolonnen zu überdrucken. Am Ende kosteten normale Briefmarken bereits Milliarden Mark und die gesamte umlaufende Geldmenge lag bei der schier unvorstellbaren Größe von rund 500 Trillionen, also einer 500 mit 18 Nullen!

Solche Hyperinflationen, aber auch die gemäßigten unserer Tage, sind erst durch die Einführung des Papiergeldes möglich geworden. Denn solange Geld mit Edelmetall identisch

war, konnte es nur bei großen Gold- oder Silberfunden bzw. nach gewaltsamen Raubzügen zu Überversorgungen mit Geld kommen. Heute braucht man zur Geldvermehrung nur eine Druckmaschine sowie Papier und Farbe. Umso schwerwiegender ist darum auch heute die Verantwortung der Notenbanken bzw. der Politik. Ganz sicher haben die Verantwortlichen in der Zwischenzeit dazugelernt. Aber von Stabilität der Kaufkraft ist man auch in den großen Industrienationen noch weit entfernt, und nichts deutet daraufhin, dass man sie endlich in den Griff bekommen wird. Das gilt auch für die Euro-Länder, wie die Darstellung 21, vor der Einführung des Euro, erkennen lässt.

Darstellung 21:

Inflationsentwicklung in den Euro-Ländern 1991–2000
Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in Prozent



Zwar ist der Inflations-Durchschnittswert von 1991 bis 1999 von 4,7 auf 1,3 Prozent gesunken, nicht zuletzt durch die festgelegten Beitrittskriterien zur Euro-Währung, aber danach ging es schon wieder aufwärts. Auch der Korridor zwischen den Ländern öffnete sich wieder. So lag z.B. Ende 2010 der Verbraucherpreisindex in der EWU im Durchschnitt zwar bei 2,2%, schwankte aber in den einzelnen Ländern zwischen 5,4 und -0,2 Prozent. Gerade aber diese Unberechenbarkeiten der Entwicklungen in den einzelnen Ländern und das erneute Auseinanderdriften der Inflationssätze, macht es der EZB schwer, eine für alle richtige Geldmengenpolitik zu betreiben. Und letztlich liegt die Verantwortung dafür sogar weiterhin bei den einzelnen Staaten. Denn auch im Euro-Land bestimmt jede nationale Notenbank über die Menge der ausgegebenen Banknoten - erkennbar jeweils an den Buchstaben vor jeder Geldscheinnummer, in Deutschland z.B. einem X.

Kann man Inflation als Betrug bezeichnen?

Wenn der Tuch- und Baustoffhandel jedes Jahr klammheimlich alle Meterstäbe um einige Zentimeter kürzen würde, dann wäre das nach einhelliger Auffassung Betrug. Ebenso, wenn Veranstalter mehr Eintrittskarten verkaufen, als Plätze vorhanden sind. Besonders perfide wäre der Betrug, wenn die Täter solche strafbaren Handlungen dann bei anderen lautstark anprangern würden.

Genauso verhalten sich aber unsere Notenbanken: Sie bedrohen alle mit Gefängnis, die mit gefälschten Geldscheinen die Kaufkraft des gesamten Geldes verwässern - und tun es selber in unvergleichlichen Größenordnungen! So hat z.B. die Deutsche Bundesbank die Banknotenmenge von Ende 2005 bis Ende 2010 von 147 auf 203 Milliarden ausgeweitet und damit um 38 Prozent, während die Wirtschaftsleistung, an der sich die Vermehrung orientieren müsste, nur von 2.243 auf 2.499 Mrd und damit um 11 Prozent angestiegen ist. Das heißt, im Durchschnitt sind durch die Bundesbank p.a. rund 8 Milliarden zuviel an Banknoten und damit Kaufkraft in den Umlauf gege-

ben worden, während die akribisch genau erfassten Fälschungen nur bei ganzen 1,1 Millionen p.a. lagen!

Die Deutsche Bundesbank oder die EZB des Betrugs zu bezichtigen mag manchen wie Blasphemie vorkommen. Aber angesichts dieser Zahlen ist das kaum noch anders möglich. Und auch hier kann man sich auf offizielle Äußerungen stützen, z.B. die des früheren US-Notenbankers *Henry C. Wallich*, der gleichzeitig den Ökonomen einen Denkzettel verpaßte:

> *»Inflation ist immer ein wenigstens teilweise moralisches Problem. Inflation ist eine Form des Betrugs. Mir scheint auch, dass Ökonomen viel dazu beigetragen haben, den Weg für eine Inflation zu bahnen, wie wir sie jetzt haben ...«*

Nicht weniger deutlich und ebenfalls den moralischen Aspekt ansprechend, hat sich 1980 der damalige Präsident der Deutschen Bundesbank, *Ottmar Emminger*, geäußert:

> *»... stabiles Geld ist eine Voraussetzung für die Aufrechterhaltung einer gesunden Marktwirtschaft und schließlich auch eine moralische Frage: Nur gesundes Geld ist ein ehrliches Geld. Oder wie einer meiner Vorgänger, Herr Blessing, gesagt hat: Inflation ist Betrug am Volk.«*

So wie man mit Fug und Recht den Krieg als größtes denkbares Gewaltverbrechen bezeichnen kann und den Zins als größte denkbare Ausbeutung, so die Inflation, mit der die Sparer um die Früchte ihrer Arbeit gebracht werden, zu Recht als größten denkbaren Betrug. Bezeichnend ist bei diesen drei größten Kapitalverbrechen, dass zwei davon, nämlich Zins und Inflation, direkt mit Geld und Kapital zu tun haben und das dritte Verbrechen, der Krieg, zumindest indirekt. Geradezu bedenklich ist darum der Tatbestand, dass selbst die demokratischen Staaten, die ansonsten Gewalt, Ausbeutung und Betrug im Kleinen verfolgen, die größten denkbaren Formen dieser Verbrechen immer noch als legitim betrachten.

Können Inflationen durch die Käufer ausgelöst werden?

Marktpreise werden durch Angebot und Nachfrage bestimmt. Nachfragen kann jedoch letztlich jeder nur in Höhe seines Einkommens. Einkommen entstehen durch Leistungen, aus denen wiederum das Angebot resultiert. Gibt jeder sein Einkommen regelmäßig aus, bzw. überlässt er Einkommensüberschüsse leihweise an andere, bleibt das Verhältnis zwischen Angebot und Nachfrage stabil: Der Markt wird regelmäßig geräumt, die Beschäftigung bleibt erhalten, ebenso das allgemeine Preisniveau und damit die Kaufkraft des Geldes.

Da niemand mehr Geld ausgeben kann als er eingenommen und damit also auch geleistet hat, können die Nachfrager von sich aus niemals Inflation auslösen. Von ihrer Seite kann es nur zu Störungen des Gleichgewichts durch Zurückhalten von Geld kommen. Die Folgen von Geldzurückhaltungen aber sind nicht inflationärer, sondern deflationärer Natur: Geldmangel, liegen gebliebene Angebote, Preisverfall und Arbeitslosigkeit.

Auch die Behauptung, Käufer könnten durch Beschleunigung der Nachfrage und damit des Geldumlaufs Inflationen auslösen, ist graue Theorie. Zwar können die Verbraucher ihr gesamtes Einkommen konzentriert in der ersten Woche des Monats ausgeben, dafür aber in den drei restlichen Wochen gar nichts mehr. Ohne Ausweitung der Geldmenge setzt also ein beschleunigtes Ausgeben von Geld ein beschleunigtes Einnehmen voraus. Konkret: Die Nachfrager, die schneller ausgeben wollen, müssen also zuerst einmal schneller Geld verdienen. Schneller verdienen heißt aber mehr leisten. Da mit dieser Mehrleistung jedoch auch das Angebot auf den Märkten steigt, bleibt der Gleichklang mit der Nachfrage gewahrt und damit auch die Kaufkraft des Geldes. - Zu einer inflationären Nachfragebeschleunigung kann es also nur dann kommen, wenn die Geldmenge *ohne* Leistungssteigerung oder über die Leistung hinaus erweitert wird. Dazu aber sind - wie bereits dargelegt - nur die Notenbanken in der Lage!

Allerdings können die Nachfrager *indirekt* an einer Inflationsauslösung beteiligt sein. Dann nämlich, wenn sie vorher

Geld aus dem Kreislauf zurückgehalten und die Notenbanken in der Zwischenzeit das fehlende Geld durch zusätzliche Banknoten ersetzt haben. Kommt es dann irgendwann zu einer Enthortung und Reaktivierung der zurückgehaltenen Bestände, führt das zu einer Übernachfrage mit entsprechenden inflationären Folgen für das Preisniveau. Aber auch ein solcher Nachfrage- und Preisschub geht letztlich auf das Konto der Notenbanken, die ja das doppelte Geld herausgegeben und die zwischenzeitliche Entziehung nicht verhindert haben.

Beeinflussen Einzelpreiserhöhungen die Inflation?

Gemessen wird die Inflation an den Veränderungen des Preisniveaus, also dem Durchschnitt aller Preise. Als Maßstab dafür dient im Allgemeinen der Preisindex für die privaten Lebenshaltungskosten. Der Index der Lebenshaltung wird von den Statistischen Ämtern in fast allen Ländern regelmäßig mit Hilfe eines ‚Warenkorbes' ermittelt, in dem durchweg mehrere hundert Ge- und Verbrauchsgüter enthalten sind. Durch Vergleiche mit den Vormonats- oder Vorjahrespreisen der Korbgüter ergeben sich dann die jeweiligen Veränderungs- bzw. Inflationsraten.

Dieses Feststellungsverfahren der Preis-Veränderungen ist jedoch fragwürdig, weil man dabei nicht zwischen geldmengenbedingten Gesamtpreisveränderungen und marktbedingten Einzelpreisveränderungen unterscheidet. Beide werden gleichermaßen als Ausgabenerhöhungen registriert. Dabei handelt es sich im Fall der Einzelpreiserhöhungen um keine Ausweitungen der gesamten Korbausgaben, da jeder Haushalt sein Geld immer nur einmal ausgeben kann. - Machen wir uns das an einem Beispiel klar:

Werden aufgrund einer Missernte die Kartoffeln teurer, dann müsen die Haushalte entweder mehr als bisher für Kartoffeln ausgeben oder weniger Kartoffeln kaufen. Kaufen sie weiterhin die bisherigen aber teurer gewordene Kartoffelmengen, dann sind sie gezwungen, die Nachfrage nach anderen Gütern zu reduzieren. Reduzierungen der Nachfrage aber drü-

cken auf die Preise der davon betroffenen Güter, sodass sich das Gesamtpreisniveau des Warenkorbs schließlich wieder einpendelt. Und kaufen die Haushalte wegen der gestiegenen Preise *weniger* Kartoffeln als bisher, entsteht auf Grund der rückläufigen Nachfrage auch hier ein Druck auf die Preise.

Diese Tatbestände werden bei der heutigen Ermittlung der Warenkorbausgaben jedoch nicht berücksichtigt. Man geht einfach davon aus, dass die nachgefragten Mengen im Warenkorb, trotz der Einzelpreiserhöhung, gleich bleiben und damit die Haushalte insgesamt mehr als vorher ausgeben. Das Ergebnis dieser Fehlrechnung wird dann als Inflation deklariert, obwohl nur Ausweitungen der Geldmenge die Nachfrager befähigen könnten, trotz steigender Einzelpreise die gleichen Gütermengen wie bisher zu kaufen.

Wie ist das bei Erhöhungen der Löhne?

Bei Lohnerhöhungen muss man unterscheiden zwischen solchen die durch Leistungsanstiege gedeckt sind und solchen die darüber hinausgehen. Mit leistungsgedeckten Lohnerhöhungen - die selbstverständlich durch eine Ausweitung der Geldmenge unterfüttert werden müssen - bleibt die Kaufkraft stabil und auch die Einkommensverteilung zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern. Bei ungedeckten Lohnerhöhungen, also Erhöhungen denen keine erhöhten Leistungen gegenüberstehen, kommt es dagegen zu einer Umverteilung der Einkommen zugunsten der Arbeitnehmer und zu Lasten der Arbeitgeber. Solche Umverteilungen sind für die Unternehmen nur in einem begrenzten Umfang verkraftbar. Darüber hinaus führen sie zu Investitionsrückstellungen, Entlassungen und Betriebsschließungen. Gleicht die Notenbank zur Vermeidung solcher Folgen die überhöhten Lohnforderungen durch zusätzliches Geld aus, dann verteilt sich die ungedeckte Lohnerhöhung durch inflationäre Verwässerung auf alle Einkommen in der Volkswirtschaft. Auch hier kann es also immer nur zu Inflationen kommen, wenn die Notenbank die überhöhten Forderungen mit Mehrgeld unterfüttert.

Können Inflationsraten durch gleich hohe Lohnanpassungen ausgeglichen werden?

Wenn im Laufe eines Jahres das allgemeine Preisniveau um drei Prozent gestiegen ist und die Löhne bei den nächsten Tarifverhandlungen um den gleichen Satz angehoben werden, dann scheint die Welt - wenn auch mit Verspätung - wieder in Ordnung zu sein. Das ist jedoch nur dann der Fall, wenn alle Lohnbezieher mit einer solchen dreiprozentigen Einkommens-Anhebung zufrieden sind. Fordern jedoch auch die Geldkapitalbesitzer für ihre Vermögensbestände einen dreiprozentigen Inflationsausgleich durch eine Anhebung der Zinssätze um drei Prozent (richtiger: um drei Prozentpunkte), dann stimmt die Rechnung nicht mehr. Denn ein Zinssatzanstieg von beispielsweise sechs auf neun Prozent, lässt die Zinseinkommen - wie bereits im Kapitel 7 dargelegt - nicht um drei, sondern um 50 Prozent ansteigen(!). Dass heißt aber auch, dass nicht nur die Zinseinnahmen eines Geldverleihers von 100.000 Euro von 6.000 auf 9.000 Eure ansteigen, sondern auch die Zinsbelastung eines Normalverbrauchers, der eine Hypothek von 100.000 Euro zu bedienen hat. Liegt dessen Jahreslohn z.B. bei 30.000 Euro, dann schlägt eine dreiprozentige Inflationsanpassung des Lohnes jedoch nur mit einem Plus von 900 Euro zu Buche. Das heißt, die Lohnerhöhung reicht noch nicht einmal aus, um ein Drittel der erhöhten Zinsbelastung aus der Hypothek auszugleichen! - In Höhe der sich daraus ergebende Differenz von 2.100 Euro wird der Lohnempfänger also durch den Inflationsschub ärmer.

Dieser Lastanstiegs-Effekt durch Inflationsanstiege trifft aber nicht nur auf unsere verschuldeten Privathaushalt zu, sondern auch auf jede Volkswirtschaft, in der die gesamten Schulden bei einem Mehrfachen der Wirtschaftsleistung liegen. Das aber ist in fast allen Staaten bereits seit Jahrzehnten der Fall, in Deutschland z.B. um das 3,4-fache! Und da sowohl alle verschuldeten Unternehmen als auch Staaten letztlich immer gezwungen sind, die inflationsbedingt gestiegenen Zinsbelastungen, direkt oder indirekt, über Preise, Steuern und Gebühren an die Endverbraucher weiter zu wälzen, gilt dieses Problem auch für unverschuldete Privathaushalter.

Ihre Lohnanpassungen an die Inflation gleichen die gestiegenen Belastungen durch die Inflation niemals aus, und zwar in dem Maße, wie die gesamte Geldvermögens- und Schuldenmasse die Wirtschaftsleistung übersteigt!

Die Folgen solcher inflationsbedingten Kostenüberwälzungen werden besonders bei den Wohnungsmieten deutlich, die zu rund drei Vierteln aus Zinsbedienungen resultieren. Denn nach einer Faustregel erhöhen sich die Mieten um zehn bis vierzehn Prozent, wenn die Hypothekenzinsen um ein Prozent ansteigen. Das zeigen auch die Mietberechnungen im Kasten H.

Kasten H

Beispiele für Mietberechnungen bei unterschiedlichen Zinssätzen, alle Werte in Euro

Wohnungsgröße:	*50 qm*	*50 qm*	*50 qm*
Baukosten je qm EUR:	1.500	1.500	1.500
Bodenkostenanteil:	500	500	500
Gesamtkosten je qm:	2.000	2.000	2.000
Gesamtkosten Whng:	100.000	100.000	100.000
Berechnung der Kostenmiete:			
Verzinsung der Gesamtkosten: Zinslast p.a.: Zinslast im Monat: lfd. Sachkosten:	3% 3.000 250 150	6% 6.000 500 150	9% 9.000 750 150
Kaltmiete im Monat: Kaltmiete je qm:	400 8,00	650 13,00	900 18,00
Zinsanteil in der Miete:	62,5%	76,9%	83,3%

Aus diesen Berechnungsbeispielen geht umgekehrt aber auch hervor, in welchem Umfang die Mieter und mit ihnen die Gesamtgesellschaft von Zinssenkungen profitieren würden. Schon die Halbierung der Zinssätze von 6 auf 3 Prozent würde bei der hier herangezogenen Wohnung von 50 qm eine rechnerische Einsparung von 250 Euro im Monat ergeben, was, bezogen auf

die Kaltmiete von 650 Euro, einer Mietsenkung von rund 38 Prozent entspricht!

Welche Wirkungen haben Zinserhöhungen bei Inflationen?

Der explosive Anstieg der Zinskosten in Inflationszeiten ist wahrscheinlich der Hauptgrund dafür, dass sich einmal angelaufene Inflationsentwicklungen so schwer abbremsen lassen. Denn da die meisten Notenbanken dem inflationsbedingten Umverteilungsdruck und der erhöhten Geldnachfrage durch Geldmengenausweitungen nachgeben, führen die gestiegenen Zinskostenanteile in den Preisen zu erneuten Preisauftrieben. Dabei werden die Größenordnungen dieser inflationsbedingten Zinslastanstiege aufgrund der wachsenden Verschuldungen immer atemberaubender. So stiegen beispielsweise in der Inflations- und Hochzinsphase 1988-1992 die Zinserträge der Banken in vier Jahren von 243 auf 445 Mrd DM an, also um rund 83 Prozent. Die Zinsaufwendungen der Banken, also die Ausschüttungen an die Geldgeber, stiegen sogar von 171 auf 344 Mrd DM an und damit um 101 Prozent!

Man stelle sich einmal vor, die gesamten Einkommensteuern oder Gesundheitsausgaben - Posten, deren Größen 1988 in Deutschland mit den Bankzinserträgen vergleichbar waren - wären in vier Jahren auf das Doppelte angestiegen: Die Größe der Schlagzeilen in allen Medien wären kaum vorstellbar gewesen! Die Explosionen der Zinsbelastungen und -einkünfte in dreistelligen Milliardenhöhen wurden dagegen kaum zur Kenntnis genommen! Selbst die Gewerkschaften rühren dieses Problemfeld steigender Zinslasten und -einkommen nicht an. Sie streiten vielmehr jedes Jahr lautstark und medienwirksam auf der Vorderbühne mit den Arbeitgebern um den Rest des Kuchens, den das Kapital den Werteschaffenden übrig gelassen hat. Der entscheidende Deal auf der Hinterbühne, der sich an den oben genannten Größen festmachen lässt, steht dagegen nie zur Debatte. - Fast könnte man vermuten, dass den Gewerkschaften die erhöhten Zinserträge aus ihren milliarden-

schweren Streikkassen wichtiger sind als die Überwindung der vielfach größeren Zinsausbeutung ihrer Mitglieder! Außerdem macht eine durchgesetzte Anhebung der Tariflöhne von fünf Prozent in Inflationszeiten ‚optisch' mehr aus als eine von zwei Prozent in inflationsfreien Zeiten, auch wenn im ersten Fall die Reallohnerhöhung ebenfalls nur bei zwei Prozent liegt und der Mehrertrag nur aus inflationärer Luft besteht. - Aber wahrscheinlich sind sich auch die meisten Gewerkschaftler dieser Zusammenhänge nicht bewusst.

Im Sommer des Jahres 2000 hat die Deutsche Bundesbank, zum 50. Geburtstag der D-Mark und dem Abschied von ihr, die Herausgabe von DM-Gedenkmünzen in Gold angekündigt. Aus dem Erlös dieses Münzverkaufs, mit dem die Bundesbank gleichzeitig einen kleinen Teil ihrer überflüssigen Goldbestände abgebaut hat, sollte dann - mit 100 Millionen DM - erfreulicherweise eine Stiftung ‚Stabiles Geld' ins Leben gerufen werden. Leider hat man nichts davon gehört, ob und mit welchem Ergebnis sich diese Stiftung mit diesem Thema befasst hat, dessen Folgen für uns alle so schwerwiegend sind!

Und was ist mit der Deflation?

Im Gegensatz zu Inflationen, die Folge zuviel herausgegebenen Geldes sind, werden Deflationen durch einen Geld*mangel* ausgelöst. Aufgrund dieses Geldmangels kommt es zu Nachfrageausfällen und damit zu einem Warenstau. Da aber alle Produzenten und Ladenbesitzer zur Erfüllung ihrer Verpflichtungen auf den Verkauf angewiesen sind, versuchen sie durch Sonderangebote oder allgemeine Preissenkungen zu Geld zu kommen. Aufgrund dieser Preissenkungstendenzen werden die Verbraucher jedoch noch zögerlicher in ihrem Nachfrageverhalten, da ‚morgen' ja alles noch günstiger sein könnte. Um liquide zu bleiben, lassen dann die Warenbesitzer ihre Vorlieferanten hängen, womit sich Kettenreaktionen an Engpässen und schließlich Firmenpleiten ergeben.

Aufgrund dieser Wechselwirkungen und der sich sehr rasch aufschaukelnden Rezessionsfolgen, sind jedoch solche Geld-

mangelerscheinungen wesentlich gefährlicher als Geldüberschüsse. Während diese Überschüsse - zumindest im Anfang - die Konjunktur beleben, können schon geringe Deflationsraten in kurzer Zeit eine Wirtschaft zusammenbrechen lassen.

Da die Notenbanken aus dem letzten großen Deflationsdesaster Anfang der 30er Jahre gelernt haben, versuchen sie darum bei ihren Geldmengensteuerungen der Deflationsgrenze fernzubleiben. Dafür nehmen sie heute sogar eine ständige Inflation von etwa zwei Prozent in Kauf und erklären diesen Satz sogar als Ziel. Und da dies inzwischen, mehr oder weniger offen, allgemeine Praxis der Notenbanken ist und die früheren deckungsbedingten Knappheiten (Stichwort Gold!) im Papiergeld-Zeitalter kein Thema mehr sind, ist das Problem der Deflationen fast völlig in Vergessenheit geraten. Dass es dennoch auch in unseren Tagen aktuell werden kann, haben wir in den letzten zwei Jahrzehnten in Japan erlebt:

Ausgelöst durch eine spekulationsbedingte Wirtschafts- und Bankenkrise, kam es dort zu einer lahmenden Konjunktur, die ebenfalls Preis- und daraufhin Einkommenssenkungen zur Folge hatte. Und da die gegen Null sinkenden Zinsen Geldanlagen bei den Banken uninteressant machten und außerdem Bankenpleiten zu befürchten waren, wurde Geld zunehmend zu Hause gehortet oder in US-Papieren angelegt, womit sich die deflationären Geldmangelerscheinungen noch verstärkten. An diesem Verhalten ist sogar der japanische Staat mit immer höheren Verschuldungen und den verschiedensten Programmen zur Konjunkturbelebung gescheitert. Selbst der Versuch, die Bürger mit Gutscheinen in die Läden zu locken, schlug weitgehend fehl: Nur ein Drittel der Gutschein-Kaufkraft wurde für eine zusätzliche Nachfrage genutzt, der größere Teil dagegen zu Aufstockungen der Bargeldhaltungen in den Tresoren!

Im Gegensatz zu Inflationen, die letztlich immer auf das Konto der Notenbanken gehen, gehen heutige Deflationen also auf das Konto der Verbraucher, die nicht genügend kaufen und verbrauchen und statt dessen Geld hamstern. Das heißt, nicht Geldmangel von Seiten der Notenbanken ist die Ursache, sondern mangelnde Bereitschaft, das ausreichend vorhandene Geld regelmäßig auszugeben! Und wie das Beispiel Japan zeigt, sind

selbst Notenbanken und Regierungen kaum in der Lage, einen solchen Käuferstreik aufzubrechen. Es sei denn, man könnte das praktizierte Festhalten des Geldes unterbinden, womit wir wieder beim Thema Umlaufsicherung sind.

9. Kapitel

Das Problem der Geldhortung

»Der Bargeldumlauf wächst relativ stark, wenn die Zinsen besonders niedrig sind, weil es dann nicht viel kostet, sich liquide zu halten, der Zinsverlust ist gering ... Unter solchen Umständen nimmt auch das Horten von DM-Banknoten im Ausland zu.«

Helmut Schlesinger*

Gibt es heute noch Geldhortung und welche Arten muß man unterscheiden?

»Wer hortet denn heute noch Geld?« Diese Frage wird mir bei Vorträgen immer wieder gestellt. Dabei denken die meisten nur an jene Hortung »unter der Matratze«, über die man ab und zu in den Zeitungen lesen kann. Viel gewichtiger und problematischer ist heute aber jene Hortung, die mit der Schattenwirtschaft und anderen illegalen Einkünften zusammenhängt, bis hin zu kriminellen Kassenbeständen. Hier werden häufig über Jahre hinweg große Bargeldbestände unter Verschluss gehalten, entweder um der Versteuerung oder der Strafverfolgung zu entgehen. Noch bedeutender sind jedoch häufig die langfristigen Hortungen von Hartwährungen in Weichwährungsländern. Mit diesen Hortungen versuchen sich die Bürger dieser Länder dem Inflationsbetrug ihrer eigenen Notenbanken zu entziehen. In manchen Weichwährungsländern laufen die ausländischen Geldscheine, vor allem Dollar und Euro, auch als eine Art von Zweitwährung um. Doch gleichgültig, wofür sie verwandt werden: Aus der Sicht der Geld ausgebenden Länder bzw. deren Notenbanken müssen alle diese Geldbestände der »Hortung« zugerechnet werden. Denn sie sind dem zuständi-

* vormaliger Präsident der Bundesbank, am 24.1.1988 im Hessischen Rundfunk

gen Wirtschaftskreislauf genauso entzogen wie Geld unter der Matratze!

Welche Größenordnungen und Folgen haben Hortungen im Ausland?

Nach Schätzungen von Experten befinden sich von den in Umlauf gegebenen US-Dollarscheinen nur etwa ein Drittel innerhalb der US-Landesgrenzen. Das Gros des US-Geldes ist also inzwischen weltweit verstreut, überwiegend wahrscheinlich in Lateinamerika. Die Währung mit der zweitgrößten Verbreitung, deren Verteilung sich vor allem auf Osteuropa und den Balkan konzentrierte, war bis zur Einführung des Euro die DM. Den Umfang dieser DM-Bestände im Ausland hatte die Forschungsabteilung der Deutschen Bundesbank schon 1994 mit 30 bis 40 Prozent der gesamten Bargeldmenge ermittelt. Die Folgen solcher Bargeldabwanderungen ins Ausland sind jedoch für beide davon betroffenen Länder problematisch: Die herausgebende Notenbank hat über einen erheblichen Teil der von ihr herausgegebenen Geldmenge keine direkte Kontrolle mehr und die Notenbank des »Gastlandes« muss mit einem Kaufkraftpotential in ihren Grenzen leben, auf das sie keinen Einfluss hat. Wird das Fremdgeld als Sparmittel benutzt, fehlen der eigenen Wirtschaft in entsprechender Höhe Ersparnisse und damit Kreditmittel in eigener Währung. Läuft dass Fremdgeld als Zweitwährung um, erschwert es ebenfalls die Geldmengensteuerung und damit die Stabilitätsbemühungen der örtlichen Notenbank.
Für die Herausgeberländer mag die Beliebtheit des eigenen Geldes im Ausland schmeichelhaft und sogar von vordergründigem Vorteil sein, vor allem bezogen auf den Anstieg des Kurswertes der eigenen Währung auf den Finanzmärkten. Bedenkt man aber, dass diese ins Ausland verschwundenen Geldbestände einen offen gebliebenen Anspruch an die eigene volkswirtschaftliche Leistung darstellen, wird die Gefährlichkeit dieser Potentiale deutlich. Denn fließen größere Teile dieser Geldhortungen im Ausland kurzfristig in ihr Ursprungsland zurück, ist ein Inflationsschub unvermeidlich.

Welche Hortungen sind besonders kritisch?

Noch problematischer als die bisher genannten relativ stabilen Hortungen im In- und Ausland, sind jedoch die extrem schwankenden Geldhaltungen in Spekulations- und Transaktionskassen. Ursache dieser Schwankungen ist die schwankende Liquiditätsvorliebe die von den sich verändernden Zins- und Inflationsraten beeinflusst wird. Das heißt, bei nachlassender Attraktivität der Zinsen bzw. auch der Peitschenwirkungen der Inflation, leiht man sein Geld weniger gerne aus und hält mehr Kasse.

Solche spekulativen Liquiditätshaltungen konnten früher, zur Zeit der Gold- oder Silberwährungen, für eine Volkswirtschaft existenzbedrohend werden. Denn da die gehorteten Nachfragemittel nicht ohne weiteres ersetzbar waren, kam es in den Volkswirtschaften aufgrund des Geldmangels zu schwerwiegenden deflationären Ein- oder gar Zusammenbrüchen. Im Zeitalter des Papiergeldes können solche Lücken natürlich relativ leicht geschlossen werden. Da mit diesem Ersatzgeld jedoch ein nochmaliger Anspruch an die Volkswirtschaft geschaffen wird, entsteht damit gleichzeitig ein Inflationspotential, das bei seiner Reaktivierung wirksam wird. Die damit verbundenen schwankenden liquiden Geldhaltungen dürften der Hauptgrund dafür sein, dass die Notenbanken mit ihren Geldmengensteuerungs- und Stabilisierungsbemühungen bisher nur begrenzte Erfolge verzeichnen konnten.

Während das Thema Geldhortung von den Notenbanken über Jahrzehnte hinweg eher tabuisiert worden ist, hat die Deutsche Bundesbank in ihrem Monatsbericht vom Juni 2009 die Ergebnisse einer neuen Untersuchung bekannt gegeben, die bereits in Kapitel 1 behandelt worden ist. Daraus ergab sich, dass die gesamten Hortungen im In- und Ausland, bezogen auf die von der Bundesbank ausgegebenen Euro-Scheine, bei zwei Drittel des Bestandes liegt, der Ende 2010 mit 203 Mrd ausgewiesen wurde. Und der Anteil der in Deutschland tatsächlich umlauf- und nachfrageaktiven Bestände wird sogar nur auf rund 10 Prozent des ausgegebenen Banknotenwertes geschätzt, also bezogen auf jenen Gesamtbestand, der immer noch als die »umlaufende Geldmenge« bezeichnet wird!

Besonders deutlich zeichnen sich diese Hortungen in den Beständen der beiden großen Noten ab, vor allem bei den 500-Euro-Noten, deren Anteil inzwischen bei 40 Prozent der gesamten Bestände liegt! Wörtlich heißt es in diesem Bericht:

> *»Bargeld kann….aufgrund seines anonymen Charakters auch aus Motiven gehalten werden, die nicht legaler Natur sind. Bargeld welches aus nicht lauteren Motiven gehalten bzw. eingesetzt wird, dient aber nicht nur der Hortung, sondern ist auch Teil der Transaktionskasse, beispielsweise im Bereich der Schwarzarbeit oder des Drogenhandels.«*

Diese Tatbestände kann man auch anders beschreiben. Z.B. dass die Notenbanken, die solche großen Stückelungen ausgeben, der kriminellen Szene und den Steuerhinterziehern ihr Tun erleichtern, überspitzt ausgedrückt sogar Beihilfe zu kriminellen Taten leisten! - Dieser Tatbestand wird noch fragwürdiger wenn man bedenkt, dass es solche großen Noten nur in der Eurozone und in der Schweiz gibt, während man sich in den USA seit vielen Jahrzehnten mit der 100-Dollarnote als größtem Schein begnügt!

Diese Hortungen gehaltenen Geldbestände sind für die Banken auf zweifache Weise mit negativen Auswirkungen verbunden: Einmal reduzieren sich durch die Geldabhebungen die Kundeneinlagen und damit auch das Potential für Kreditvergaben. Zum anderen müssen sie sich bei der Notenbank in Höhe des nachgefragten Bargelds höher verschulden und damit höhere Zinslasten tragen, ohne diese Kosten an die Geldnachfrager überwälzen zu können. Als Folge schlagen sich diese erhöhten Kosten für die Banken in der Bankmarge nieder und damit als Erhöhung der Kreditkosten und damit als Belastungsanstiegen für die Wirtschaft. Dies macht sich besonders in Niedrigzinsphasen bemerkbar, in denen die allgemeine Bargeldhaltung meist zunimmt. Diese zunehmenden Hortungen bei niedrigen Zinsen bremsen jedoch nicht nur das sonst weitere Fallen der Zinsen ab, sondern tragen schließlich sogar zu ihrem erneuten Anstieg bei. Dieser Druck wird zusätzlich noch durch das in Niedrigzinsphasen übliche Umparken langfristiger Guthaben auf kurzfristige Einlagen verstärkt.

Allerdings wirken sich die durch Hortungen entstehenden Inflationspotentiale - nach Untersuchungen der Deutschen Bundesbank wie der Schweizerischen Nationalbank - erst mit einer Zeitverzögerung von etwa ein bis zwei Jahren aus. Die Deflationsfolgen bei den Hortungen in Edelmetall-Währungen folgten dagegen wesentlich rascher.

Lassen sich die Hortungsfolgen auch langfristig nachweisen?

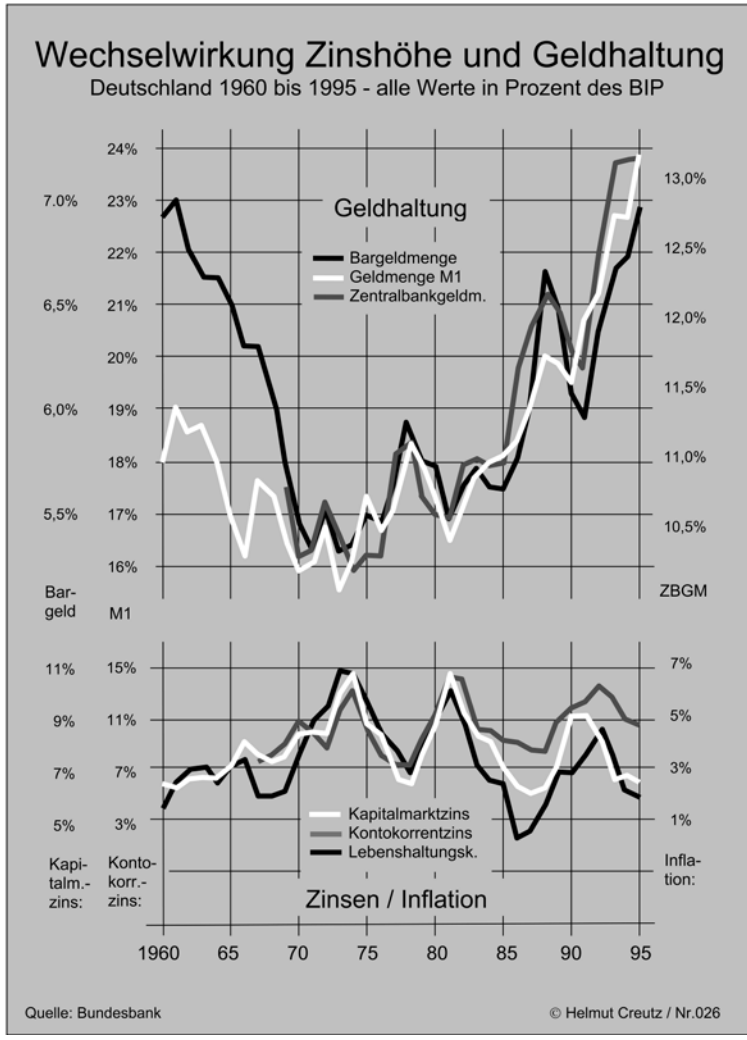
In der *Darstellung 22* wird für diesen Nachweis der Zeitraum von 1960 bi 1995 herangezogen, in dem es in Deutschland besonders deutliche Schwankungen der Inflations- und damit auch der Zinssätze gegeben hat, wie aus dem unteren Teil der Grafik ersichtlich. Im oberen Teil sind zum Vergleich die Veränderungen der Geldhaltungen wiedergegeben und durch unterschiedliche Maßstäbe übereinander geschoben. Außerdem wurden alle Größen jeweils in Prozenten des Sozialprodukts ungerechnet. Aus dem Vergleich beider Kurvenbereiche wird erkennbar, in welchem Umfang und welcher Gegenläufigkeit die Geldhaltungen durch Veränderungen der Inflations- und Zinssatzhöhen beeinflusst wurden: Mit den steigenden Zins- und Inflationssätze werden jeweils die liquiden Geldhaltungen (und damit die Hortungen!) abgebaut und mit deren Fallen nehmen sie wieder zu!

Wie erkennbar, treffen diese Gegenläufigkeiten nicht nur auf das Bargeld zu, sondern ebenso auf die »Geldmenge M1´ (Bargeld plus gesamte Sichteinlagen) sowie die in Deutschland bis 1987 als Steuerungsgröße benutzte Zentralbankgeldmenge, die etwa zur Hälfte aus Bargeld bestand.

Wie die »Parallelität« von Bargeld und M1 zeigt, werden die verstärkten Bargeldhaltungen nicht zu Lasten der Sichteinlagen aufgestockt, sondern vielmehr beide gemeinsam zu Lasten längerfristiger Guthaben. Auch die Schweizerische Nationalbank hat in ihrem Jahresbericht 1990 diese Zusammenhänge einmal bestätigt:

Darstellung 22:

Wechselwirkung Zinshöhe und Geldhaltung



»Der Notenumlauf ging im Jahresdurchschnitt 1990 gegenüber dem Vorjahr um 2,1 Prozent zurück. Die Abnahme ist auf die gestiegenen Zinssätze zurückzuführen, welche den Anreiz erhöhten, Barbestände abzubauen und zinstragend anzulegen. Weil diese Umlagerungen der Entwicklung der

kurzfristigen Zinssätze verzögert folgen, ist der beträchtliche Notenrückgang im Jahre 1990 Teil einer Spätfolge der Zinserhöhung im Vorjahr. Wie üblich konzentrierte sich die Zinswirkung auf die großen Notenabschnitte von 500 und 1000 Franken, deren Umlauf um 4,4 Prozent abnahm, während die kleineren Abschnitte noch einen Zuwachs um 1,5 Prozent verzeichneten«.

Auch diese Aussage bestätigt gleichzeitig noch einmal, dass die Notenbanken die Geldversorgung und Geldmengensteuerung heute gar nicht optimal regeln können. Sowohl die Nachfrage nach Geld als auch die Nichtnachfrage werden letztlich von den Marktteilnehmern bestimmt. Dabei ist das Hauptproblem, dass die Marktteilnehmer nicht nur darüber entscheiden, *wofür* sie das von ihnen nachgefragte Geld ausgeben, sondern *ob sie es überhaupt* ausgeben! Die Geldhortungen werden darum solange ein Problem sein - und das mit zunehmender Brisanz! - wie man die geldrechtlichen und umlauftechnischen Voraussetzungen nicht verändert.

10. Kapitel

Das Dilemma der Geldmengensteuerung und des Geldumlaufs

»Ich möchte bekennen, dass mich die praktischen Ergebnisse der Geldmengensteuerung sehr enttäuscht haben ... In der Theorie besteht weiter Einigkeit darüber, daß die Geldmenge allein noch nicht alles besagt, sondern es sehr auch auf die jeweilige Umlaufgeschwindigkeit des Geldes ankommt. Diese entzieht sich aber bisher einer genauen Berechnung. Bei der Berechnung der zulässigen Geldmengenvermehrung wird die Umlaufgeschwindigkeit ... mehr oder weniger geschätzt. Es fehlt also in der Praxis letztlich an einer exakten Geldmengenberechnung.«

Karl Klasen*

Warum ist der Geldumlauf so wichtig?

Sinn und Ziel der Geldmengensteuerung ist das Gleichgewicht zwischen dem Leistungsangebot in der Wirtschaft und der nachfragenden Geldmenge. Steuern kann man aber bekanntlich nur das, was sich bewegt. Das gilt nicht nur für Schiffe oder Fahrzeuge, sondern auch für das Geld. Das heißt: Will man die Nachfragekapazität in der Wirtschaft über die Geldmenge steuern, muss man sich ihrer gleichmäßigen Bewegung sicher sein.

Trotz dieser logisch-plausiblen Beziehungen kommen die Notenbanken mit der Steuerung der Geldmenge und damit der Stabilerhaltung unserer Währungen immer noch nicht zurecht. Aber das ist leider noch nicht alles. Auch in der Frage, was eigentlich zu der zu steuernden »richtigen Geldmenge« gehört, sind sich die Verantwortlichen nicht einig. Das klingt

* *ehemaliger Präsident der Bundesbank, DIE WELT vom 3.10.1983

unglaublich, wird aber von ihnen selbst bestätigt. So hieß es z.B. im Monatsbericht 1/1992 der Deutschen Bundesbank:

> *»Da Geld nicht eindeutig und einheitlich definiert ist, gibt es analog dazu auch verschiedene Abgrenzungen für die Geldmenge.«*

Auch bei der zuständigen Wirtschaftswissenschaft ist in dieser Frage kein Rat zu holen. So kann man in einem der weltweit verbreitetsten Lehrbücher, der »Volkswirtschaftslehre« des bekannten US-Ökonomen Paul A. Samuelson, lesen:

> *»Der Versuch, die Geldmenge zu definieren, treibt akribische Experten an den Rand der Verzweiflung. Denn es gibt keine klare Trennungslinie im Kaleidoskop der Anlagen, die es ermöglichen würde, genau den Punkt festzulegen, an dem sich Geld von anderen Anlagen scheidet.«*

Dabei wäre eigentlich alles so einfach: Um die »richtige« Geldmenge festzulegen brauchte man nur zu untersuchen, was in der Praxis nachfragewirksam ist und - um die Nachfrage zu verstetigen - nur den spekulativen Entzug und Missbrauch dieser Bestände zu unterbinden! Denn erst wenn dieser Geldumlauf verstetigt ist, kann über Geldmengen-Veränderungen die Nachfrage mit dem Angebot in Übereinstimmung gebracht und damit die Kaufkraft des Geldes stabilisiert werden. Ist diese Kaufkraftstabilität erreicht, ist zwangsläufig auch die Geldmenge »richtig«, gleichgültig wie groß sie jeweils ist. Man braucht dann nur noch den Preisindex zu beobachten und auf dessen Schwankungen mit entsprechenden Mengen-Korrekturen zu reagieren. - Dazu ein Beispiel:

Wenn ein Autofahrer die Aufgabe hat, die Geschwindigkeit eines Wagens stabil zu halten, dann braucht er sich über die dafür erforderliche Treibstoffmenge kaum Gedanken zu machen, sondern lediglich den Tachostand zu beobachten: Sinkt die Tachonadel unter die einzuhaltende Marke, dann führt er dem Motor mehr Treibstoff zu. Schlägt die Tachonadel nach oben aus, drosselt er die Zufuhr. Hält er den vorgegebenen Tacho-

stand ein, dann ist die zugeführte Treibstoffmenge automatisch optimal dosiert. Voraussetzung dafür aber ist selbstverständlich, dass die Treibstoffzufuhr, bzw. deren Reduzierung, immer im vollen Umfang wirksam wird. Denn unmöglich wäre für den Fahrer die Einhaltung einer konstanten Geschwindigkeit, wenn ein Dritter die jeweiligen Entscheidungen des Fahrers, über Entzug oder Zuführung von Treibstoff, konterkarieren könnte.

Genau hier liegt das Problem bei den heutigen Bemühungen der Notenbanken: Sie wissen zwar, wie viel »Treibstoff« - sprich Bargeld - sie jeweils der Wirtschaft zugeführt haben, aber nicht, ob und in welchem Umfang diese Zuführungen bzw. deren Veränderungen wirksam sind oder überhaupt genutzt werden. Kurz: Weil die Notenbanken nichts Genaues über den Geld*umlauf* wissen, tappen sie mit ihren Regulierungen der Geld*menge* entsprechend im Dunkeln.

Wie praktizieren die Notenbanken ihre Geldmengenregulierungen?

Um sich selbst für die Mengenregulierungen einen Anhaltspunkt zu geben, haben die meisten Notenbanken in den 70er Jahren damit begonnen, die für das nachfolgende Jahr erwartete bzw. erwünschte Geldmengenausweitung im Voraus festzusetzen. Dabei ging man meist von dem Prozentsatz aus, den man für das kommende Jahr erwartete, zuzüglich einer »nicht vermeidbaren Inflationsquote«. Diese geplante Ausweitungsrate für die Geldmenge wurde dann der Öffentlichkeit bekannt gegeben, in der Hoffnung, dass sich die Wirtschaftsteilnehmer, vor allem auch die Tarifpartner, daran orientieren. Da man sich jedoch - wie bereits erwähnt - über das was man mit Geld bezeichnete nicht ganz im Klaren war, hatte fast jedes Land mit anderen Geldmengen- bzw. Geldmengen-Aggregaten diese Steuerung versucht. - In dem bereits angeführten Lehrbuch von Paul A. Samuelson liest sich das so:

> *»Die genaue Definition ›der Geldmenge‹ ist ebenso eine Frage des Geschmacks wie der wissenschaftlichen Notwen-*

digkeit. Neben M1 und M2 haben die Ökonomen mehr als ein Dutzend Geldmengenkonzepte definiert: M3, M1a, M1b, L ...!«

Die Deutsche Bundesbank, die ab 1974 - m. W. als erste Notenbank - ihre für das nächste Jahr jeweils angestrebte Geldmengen-Ausweitung im Voraus ankündigte, hatte dafür die so genannte »Zentralbankgeldmenge« (ZBGM) genutzt. Diese bestand und besteht auch heute noch zu einem Teil aus dem »umlaufenden« Bargeld und zum anderen aus den von der Bundesbank selbst festgelegten Mindestreserven, die - damals wie heute - als Prozentgröße, bezogen auf die Sicht-, Termin- und Sparguthaben der Bankkunden (bzw. heute bezogen auf die Einlagen bis zu zwei Jahren), von den Geschäftsbanken bei der Bundesbank gehalten werden müssen.

Andere Notenbanken bezogen ihre Zielmengen auf die von Samuelson genannten Geldmenge M1. Diese »Geldmenge« setzt sich, wie bereits im Kapitel 2 vorgestellt, aus der in den Umlauf gegebenen Bargeldmenge und den Sichtguthaben der »Nichtbanken« zusammen, also der Wirtschaftsteilnehmer außerhalb des Zentralbankgeld-Bereichs. Obwohl über den Umfang dieser Bestände nicht die Notenbanken bestimmen, sondern alleine die Wirtschaftsteilnehmer mit ihren Zahlungs- und Geldhaltegewohnheiten, ist diese Mischgröße noch halbwegs logisch. Denn immerhin werden die Sichtguthaben, neben dem Bargeld bzw. an dessen Stelle, vor allem auch als Zahlungsmittel zur Nachfrage in der Wirtschaft genutzt. Allerdings resultiert der Umfang dieser Bestände, bei den Sichtguthaben ebenso wie bei der Bargeldhaltung, letztlich wiederum aus den Entscheidungen der Marktteilnehmer.

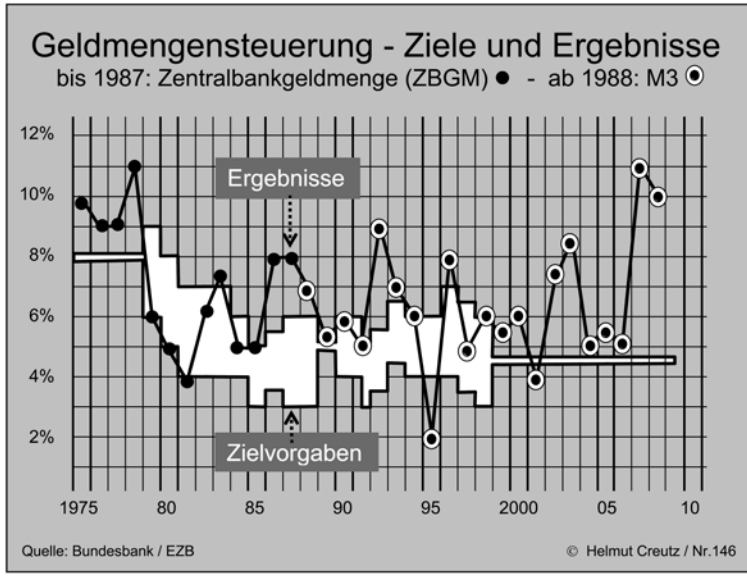
Wie sah das Ergebnis dieser Stabilitätsbemühungen aus?

In der *Darstellung 23* sind in hell die von der Deutschen Bundesbank für den Zeitraum von 1975 bis 2005 bekannt gegebenen Zielvorstellungen für die geplante Vermehrungen der

Zentralbankgeldmenge (ZBG) wieder gegeben. Anfangs noch als feste Punktgröße bekannt gemacht, ist man dann, wegen der aus dem Ruder laufenden Ergebnisse (schwarze Punkte) auf die Zielvorgabe eines Korridors von zwei bis drei Prozent umgestiegen. Da jedoch auch dann noch die Ergebnisse meist von den Vorgaben abwichen, ist man dann ab 1988 von der ZBG auf die mehrfach größere Geldmenge M3 umgestiegen, die man inzwischen vor allem im angelsächsischen Raum als Orientierungsgröße herangezogen hatte.

Darstellung 23:

Geldmengensteuerung - Ziele und Ergebnisse



In dieser neuen Orientierungsgröße M3, in der neben der ZBG auch die Kunden-Einlagen bis zu zwei Jahren enthalten sind (s. Darst. 11), schmolz zwar die Unruhe stiftende Bargeldmenge von der Hälfte auf etwa ein Zehntel zusammen, aber wie aus Darstellung 23 ersichtlich waren die Ausreißer aus dem Zielkorridor anschließend eher noch größer als vorher. Ab 1999 legte man dann die Ziellatte bei 4,5 Prozent auf eine gleich bleibende Größe fest (eine Größe, die dann anfangs auch von

der EZB übernommen wurde). Dabei war diese neue Zielgröße, die Geldmenge M3 - wie schon erwähnt - als Orientierungsgröße für die Steuerung des Nachfragepotentials noch weniger geeignet als die vorher benutzte Zentralbankgeldmenge, auch schon wegen der unterschiedlichen Größenentwicklungen. So stieg z.B. in Deutschland die Geldmenge M3 in der Zeit von 1950 bis Ende 2010 von etwa 25 auf rund 83 Prozent des Sozialprodukts an, während sich das Bargeld, schwankend zwischen 6 und 8 Prozent, weitgehend im Gleichschritt mit der Wirtschaftsleistung entwickelte.

Die Geldmenge M3 wächst jedoch nicht nur langfristig überproportional, sondern - aufgrund der laufenden Ersparnisbildungen - auch weitgehend unabhängig vom Sozialprodukt und damit der von den Notenbanken herausgegebenen Bargeld- bzw. Zentralbankgeldmenge. Das bedeutet, innerhalb der Geldmenge M3 kommt es zu deutlichen Veränderungen der Größen, ohne dass diese auf die Nachfrage in der Wirtschaft einen nachweisbaren Einfluss haben. Die Deutsche Bundesbank war darum auch immer häufiger gezwungen, die noch größeren Ausreißer dieses neu gewählten Aggregates zu erklären. Doch allen diesen Bemühungen kann kaum Erfolg beschieden sein, solange der Umlauf des ausgegebenen Geldes weiterhin eine variable Zufallsgröße ist.

Was ist das größte Dilemma der Notenbanken?

Erinnern wir uns an den Autofahrer: Wenn er sich nicht mit Berechnungen der Benzinmengen belastet, sondern einfach mit dem Gaspedal auf die Tachonadel reagiert, kann er die gewünschte Geschwindigkeit präzise einhalten. Das allerdings nur dann, wenn ihm niemand dabei ins Handwerk pfuschen und auf die Benzinzuführung Einfluss nehmen kann.

Als Autofahrer braucht man sich über solche »Einmischungen Dritter« keine Gedanken zu machen. Anders ist das aber bei den Notenbanken und der Geldmenge: Im Gegensatz zu dem Autofahrer sind die Notenbanken noch nicht einmal in der Lage, dem »Motor Wirtschaft« Treibstoff zuzuführen, wenn sie

das für erforderlich halten. Sie können lediglich versuchen, den Marktteilnehmern die Nachfrage nach Geld durch eine Absenkung der Leitzinssätze, und damit deren Auswirkungen auf die Marktzinsen, schmackhafter zu machen. Aber selbst wenn das gelingt, wissen sie immer noch nicht, ob das abgerufene Geld nun Konjunktur- und die Kaufkraft- stabilisierend in die Nachfrage fließt, oder in spekulative Anlagen oder Hortungen! Dieses Dilemma hatte die renommierte deutsche Frankfurter Allgemeine Zeitung bereits am 4.12.93 einmal wie folgt beschrieben:

> *»Ihr Ziel, die Sicherung des Geldwertes, kann die Deutsche Bundesbank nur auf Umwegen angehen: Mit dem Zins steuert sie die Geldmenge und erwartet dann, dass sich aus dem verfügbaren Geld ein Kaufverhalten ergibt, das seinerseits zu einer Nachfrage nach Gütern wird, die wiederum sich im Gleichklang mit den realen Angebotsmöglichkeiten der Volkswirtschaft entwickelt.«*

Und weiter heißt es zu dieser »Steuerung um drei Ecken´:

> *»Ob die Steuerung der Geldmenge nach Maßgabe des möglichen Güterangebotes gelingt, hängt entscheidend von einer Bedingung ab: der Stabilität der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes.«*

Können die Notenbanken die Geldmenge begrenzen?

Dass die Notenbanken Geldmenge und Nachfrage nicht nach ihren Vorstellungen ausweiten können, wurde dargelegt. Sie sind aber auch nicht ohne weiteres in der Lage, eine übermäßige Ausweitung der Geldmenge zu verhindern. Konkret: Sie müssen - wie bereits im 8. Kapitel beschrieben - auch dann noch Neugeld nachdrucken, wenn diese Vermehrungen weit über die wirtschaftlichen Notwendigkeiten und sogar ihre selbst gesetzten Ziele hinausgehen. Das heißt, sie setzen selbst dann noch Mehrgeld in Umlauf, wenn sie wissen, dass dies in

spätestens zwei Jahren zu einem neuen Inflationsschub führen wird! Warum aber tun sie das? - Die Antwort ist einfach: Würden die Notenbanken bei einer überhöhten Bargeldnachfrage die Unterfütterung mit neuem Geld verweigern, dann müssten die Banken vor ihren Geld nachfragenden Kunden die Schalter schließen! Das aber würde zu panikartigen Geldabhebungen auch jener Sparer führen, die gar kein Geld benötigen. - Zu welchen Folgen ein solcher Ansturm auf die Banken führen muss, haben wir nicht nur in der Krise 1929 bis 1934 erlebt, sondern - wenn wir an Argentinien um 2002 denken oder an die britische Northern-Rock-Bank 2007 - auch schon in diesem Jahrhundert.

Wie gesagt, niemand kann sich vorstellen, dass der Konstrukteur eines Motorwagens Dritten die Möglichkeit einräumen würde, an dem Fahrer vorbei in die Regelung der Kraftstoffzufuhr und damit der Geschwindigkeit einzugreifen. Die Verantwortlichen für unser Geld, die Notenbanken, bezeichnen diese Eingriffe jedoch geradezu als ein zu verteidigendes Stück persönlicher Freiheit. So schrieb die Deutsche Bundesbank vor etwa zwanzig Jahren auf die Anfrage, ob jedermann berechtigt sei Geld aus dem Verkehr zu ziehen:

> *»Die Möglichkeit, rechtmäßig erworbenes Geld dem Zahlungsverkehr auf gewisse Zeit zu entziehen, ist Ausfluss des Grundsatzes, dass der Eigentümer beweglicher Sachen hiermit ... nach Belieben verfahren darf ... Ein ›Horten‹ von Bargeld kann somit von der Bundesbank nicht verhindert werden. Es sind hierdurch aber bisher praktisch keine ernsthaften währungspolitischen Probleme entstanden, auch nicht aus der Sicht der Steuerung des Geldumlaufs.«*

Und auf ein Schreiben mit der Frage nach der Einordnung des Geldes als öffentliches oder privates Gut, antwortete die Deutsche Bundesbank:

> *»Das Geldwesen, die staatlich gelenkte Ordnung der Geldwirtschaft eines Landes, erfüllt zweifelsfrei Funktionen, die allen am Wirtschaftsleben Beteiligten Subjekten zugute*

kommen. Eine Zuordnung des Geldwesens zu Einrichtungen, die dem Wohl der Allgemeinheit dienen, ist allerdings nicht Bestandteil allgemeinen Sprachgebrauchs. Es bleibt Ihnen anheimgestellt, dies anzunehmen.«

Angesichts der in diesem Buch dargelegten ständigen Probleme bei der Stabilerhaltung der Geldkaufkraft, kann man über die erste Aussage nur den Kopf schütteln, nicht minder über die Aussage, dass es in das Belieben eines jeden Bürgers gestellt ist, das von den Notenbanken herausgegebene Geld als öffentliche Einrichtung oder als beliebig verfügbares Privateigentum zu sehen - und es entsprechend zu behandeln! (s. Kap. 9 zur Geldhortung)

Das bittere Lehrgeld der Notenbanken

Zweifellos haben die Notenbanken im vergangenen Jahrhundert aus ihren praktischen Erfahrungen viel gelernt. Zum Beispiel, dass man bei steigendem Preisniveau nicht die Geldmenge vermehren darf, dass die Bindung der Geldmenge an irgendwelche Gold- oder Devisenbestände überflüssig ist und oft zu großen Problemen führt, dass auch geringe Inflationsraten gefährlich sind oder dass man Wechselkurse und Kaufkraft nicht gleichzeitig stabilisieren kann, usw. Leider waren das aber alles Lernvorgänge im Nachhinein, die von den Bürgern mit großen Opfern bezahlt werden mussten. Man denke nur an die Hyperinflationen des vergangenen Jahrhundert, welche für die Bevölkerungen oft mit dem Verlust ihrer gesamten Ersparnisse verbunden waren, für viele sogar mit dem ihrer Existenzgrundlage! Oder man erinnere sich der großen deflationären Rezession Anfang der 30er Jahre, die Millionen Menschen in aller Welt mit Arbeitslosigkeit und bitterer Not bezahlen mussten.

»All die unglückseligen Ereignisse, die Reichtum und Glück auf der ganzen Welt so empfindlich getroffen haben, sind den Leitern der Notenbanken anzukreiden«,

schrieb damals kein geringerer als *John Maynard Keynes*. Und vielleicht muss man sogar die 50 Mio Toten des 2.Weltkriegs mit auf das Konto unzulänglicher Kenntnisse oder Handlungen der Notenbankverantwortlichen verbuchen. Denn ohne die große Rezession in Deutschland mit fast sieben Millionen Arbeitslosen, Folge vor allem der Geldmengenreduzierung durch die damalige Reichsbank(!), wäre der Welt der Aufstieg Hitlers, mit allem was ihm folgte, höchstwahrscheinlich erspart geblieben.

Nach dem zweiten Weltkrieg und einer zweiten weitgehenden Enteignung fast aller Sparer, ging der Lernprozess im Nachhinein weiter: Festgeschriebene Wechselkurse zum Dollar führten jahrelang zu Ungleichgewichten und ungerechten Reichtumsumverteilungen zwischen den USA und allen anderen Ländern, die sich an den angeblich mit Gold gedeckten und festgeschriebenen Dollar-Kurs gebunden hatten. Und nach der Abkoppelung nahmen die Inflationen wieder zu. Auch die Gefährlichkeit dieser relativ geringen Preisauftriebe - lange Zeit von vielen Fachleuten als Stimulans der Wirtschaft angesehen - hat man erst begriffen, als die den Inflationen folgenden Zinsauftriebe die Konjunktur mehrmals in die Knie zwangen.

Auch heute lassen sich die oft schweren sozialen und ökonomischen Folgen fehlerhafter Notenbankpolitik in aller Welt kaum auflisten. Und geht man ihnen nach, dann hängen sie in fast allen Fällen mit jener unzulänglichen Geldmengensteuerung und Umlaufsicherung zusammen, die in diesem Kapitel behandelt wurde und diese wiederum mit den Unzulänglichkeiten der zuständigen Wissenschaft.

11. Kapitel

Geldschöpfung und -versorgung durch die Notenbanken

»Die Vorgänge um die Geldschöpfung und die Zusammenhänge zwischen Notenbankgeld und Buchgeld sind sehr komplex und daher schwer verständlich. Darüber hinaus werden in der Literatur sehr unglückliche irreführende Formulierungen verwendet, die manche veranlassen zu glauben, daß die Hauptursache für die Probleme in der heutigen Form der Geldschöpfung und insbesondere in der Buchgeldschöpfung durch Geschäftsbanken liegt.«

Erhard Glötzl*

Erinnern wir uns: Aufgabe der Geschäftsbanken ist in erster Linie das Einsammeln von Spareinlagen und die Versorgung der Wirtschaft mit Krediten. Die Aufgabe der Noten- oder Zentralbanken besteht dagegen in der Versorgung der Wirtschaft mit dem für alle wirtschaftlichen Vorgänge notwendigen Tauschmittel, dem Geld. Dieses Geld, ohne das auch keine Ersparnisbildungen und Kredite möglich wären, wird der Wirtschaft über die Banken in Form von Bargeld und darüber hinaus den Banken als Zentralbankgeldguthaben zur Verfügung gestellt, die durchweg größenmäßig mit den Mindestreserven identisch sind.

Dieses gewissermaßen aus dem Nichts geschöpfte Geld bedarf noch nicht einmal - wie immer noch vermutet - einer Deckung durch irgendwelche Werte in den Kellern der Notenbanken. Das hat sich nicht nur bei der Ausgabe der DM durch die Deutsche Bundesbank nach dem Zweiten Weltkrieg gezeigt, die sich erst später nach und nach ein Polster von Gold und Devisen

* Technischer Direktor der Stadtwerke Linz, Österreich, in »Die Verwirrungen und die vermeintliche Giralgeldschöpfung durch Geschäftsbanken«, 2000

zulegte. Das beweist auch der Tatbestand, dass selbst eine noch so hohe Deckung durch Gold nicht vor inflationären Kaufkraftverlusten schützen kann, wie wir das z.B. in der Schweiz erlebt haben. Denn seine Deckung erhält das Geld einzig und alleine durch die Güter und Leistungen, die man mit ihm auf den Märkten erwerben kann! Weil das so ist, sollten die Ausweitungen der Geldmenge darum auch möglichst Schritt für Schritt mit den Leistungssteigerungen in der Wirtschaft erfolgen.

Die von den Notenbanken bei der Ausleihe des Geldes von den Banken geforderte Hinterlegung von Wertpapieren dienen also nicht - wie manche annehmen - der Deckung des Geldes. Vielmehr sind diese Wertpapiere nur eine Art Pfand, mit deren Hilfe sich die Zentralbank das geschöpfte und ausgeliehene Geld auch dann noch zurückholen kann, wenn eine Bank nicht mehr zur Rückzahlung fähig ist.

Wie läuft die Geldversorgung der Wirtschaft ab?

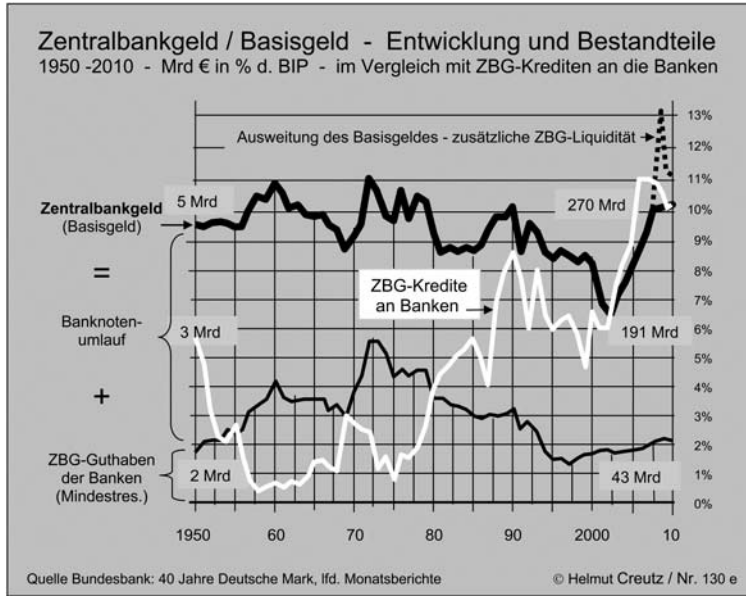
Wie schon im 4. Kapitel bezogen auf die Tätigkeit der Deutschen Bundesbank beschrieben, ist diese Geldversorgung entweder - wie heute die Regel - über die leihweise Ausgabe an die Banken möglich oder - wie in den ersten Nachkriegsjahrzehnten überwiegend der Fall - durch Offenmarktgeschäfte, also durch Ankäufe von Werten, wie z.B. andere Währungen, Gold oder Wertpapiere. Die Zusammensetzung der Zentralbankgeldmenge aus Banknoten und Mindestreserven geht aus der *Darstellung 24* hervor, bezogen auf Deutschland und den Zeitraum von 1950 bis Ende 2010. Dabei sind alle Größen in Prozenten des BIP umgerechnet, also jeweils an der Wirtschaftsleistung gemessen.

Wie aus dem Verlaufskurve der gesamten Zentralbankgeldmenge in Deutschland ersichtlich, wurde diese fast im Gleichschritt mit der Wirtschaftsleistung ausgeweitet, weitgehend schwankend zwischen 9 und10 Prozent des BIP. Diese Schwankungen der Zentralbankgeldmenge wurde, wie gut erkennbar, vor allem durch die Veränderungen der Mindestreservesätze ausgelöst, deren Anteil im unteren Teil der Grafik markiert ist. Das gilt besonders für deren Rückgang Anfang der 1990er Jahre,

der sich durch die radikale Reduzierung der Mindestreservesätze auf zwei Prozent der Bank-Kundeneinlagen ergeben hat. Der Mitte der 1990er Jahre einsetzende Abbau der ZB-Geldmenge und der steile Einbruch nach 2000 hing dagegen, genau so wie der anschließende steile Anstieg, mit dem DM-Euro-Umtausch zusammen, bei dem es vor allem zu einem zwischenzeitlichen Umtausch von Schwarzgeld und ähnlichen Beständen in andere Währungen kam. In dem anschließenden Ausreißer der ZBG-Kredite, in der zweiten Hälfte des ersten Jahrzehnts, zeichnet sich dagegen auf die Liquiditätsschwemme ab, mit der man, im Zuge der Krise, die in Schwierigkeiten geratenen Banken mit zusätzlichem Zentralbankgeld versorgt hat.

Darstellung 24:

Zentralbankgeld / Basisgeld - Entwicklung und Bestandteile



In welchem Umfang in den gesamten sechs Jahrzehnten die Geld-Ausgabe jeweils über Kredite erfolgte, geht aus der zusätzlich eingetragenen weißen Kurve in der Darstellung hervor. Wie daraus zu entnehmen, wurde dieser Geldausgabeweg, der am Anfang unserer Wirtschaftsperiode noch bei mehr als der Hälfte

lag, in den ersten Jahrzehnten so radikal heruntergefahren, dass - bei gleichzeitiger Erhöhung der Mindestreserven - die Banken zeitweise sogar gezwungen waren, diese Reserven mit den eingehenden Bargeldzahlungen ihrer Kunden aufzufüllen. Auf diese Weise hat die Bundesbank vor allem das zuviel herausgegebene Zentralbankgeld, zumindest zeitweise, wieder aus dem Kreislauf herausziehen können. Ursache für diese überzogenen DM-Ausgaben waren die erheblichen Dollar-Zuflüsse, die sich damals aus den Exportüberschüssen ergaben und die - aufgrund der Festschreibung der DoIlar-Wechselkurse - von der Bundesbank mit neu ausgegebenen DM-Beständen aufgekauft werden mussten. Dass dies nur bedingt gelang, zeigte sich an den hohen Inflationsraten in den ersten Nachkriegs-Jahrzehnten.

Die Liquiditätssteuerung im Euro-System

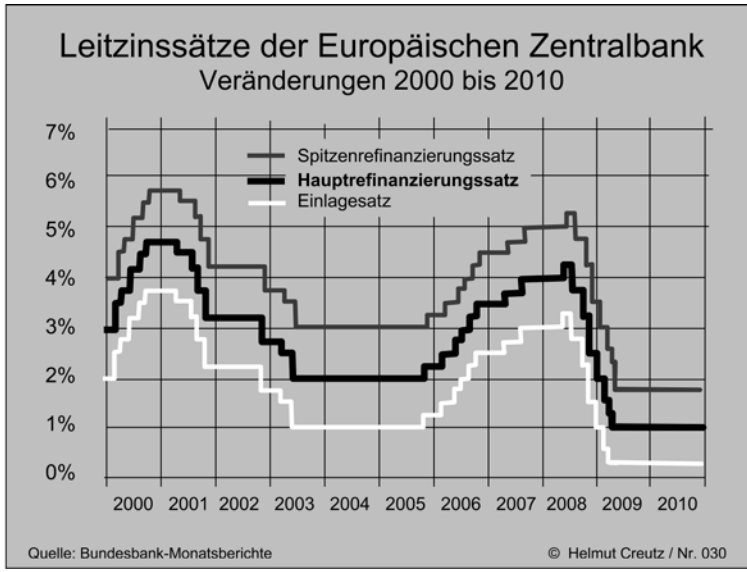
Ab Im Wesentlichen unterscheidet sich - wie aus der Darstellung 28 ersichtlich - die Ausgabe des Geldes ab 2000, gegenüber der DM-Zeit, vor allen durch eine praktisch vollständige Kredit-Ausgabe des Zentralbankgeldes an die Banken. Weitere Unterschiede haben sich auch bei der Vergabe- und Leitzinspraxis ergeben. So hat die Deutsche Bundesbank bei ihrer Geldmengensteuerung in der DM-Zeit weitgehend mit zwei unterschiedlichen Leitzinsen gearbeitet, einem oberen Lombard- und einem unteren Diskontzinssatze, zwischen denen sich die Zinsen auf dem Geldmarkt bewegten. Im Euro-System geht man dagegen von einem maßgebenden Leitzins aus, bezeichnet als »Hauptrefinanzierungssatz«, über den alle Geldausgabe-Geschäfte weitgehend abgewickelt werden. Wie aus der *Darstellung 24* hervorgeht, wird dieser Leitzins, von zwei weiteren Zinssätzen begleitet, die normalerweise um ein Prozent über bzw. unter dem Hauptsatz liegen.

Der obere Zinssatz ist der so genannte »Spitzenrefinanzierungssatz«, der den Banken die Möglichkeit bietet, notfalls auch über die ausgegebene Geldmenge hinaus an zusätzliches Zentralbankgeld zu kommen. Diese Möglichkeit wird jedoch, aufgrund der höheren Zinsen, nur im äußersten Notfall und

dann auch meist nur über Nacht in Anspruch genommen. Denn da bei den täglichen Abrechnungen der Banken untereinander nur dann ein Zentralbankgeld-Mangel auftreten kann, wenn eine andere Bank über zuviel Geld verfügt, wird ein solche Differenz normalerweise am Geldmarkt zwischen den Banken ausgeglichen.

Darstellung 24 ?????

Leitzinssätze der Europäischen Zentralbank



Im Unterschied zu den beiden oberen Zinssätzen in der Grafik ist der dritte untere Leitzins jedoch kein Kredit- sondern ein Guthabenzins. Diesen Guthabenzins erhalten die Banken, wenn sie, umgekehrt zu dem vorstehend geschilderten Fällen, überschüssiges Zentralbankgeld nicht auf dem Geldmarkt unterbringen konnten und bei der Zentralbank - auch hier meist nur über Nacht - parken müssen, was jedoch ebenfalls in normalen Zeiten nur äußerst selten vorkommt. Verstärkte Inanspruchnahmen dieser beiden Möglichkeiten sind also für die Zentralbank ein Signal, dass möglicherweise die Höhe des eigentlichen Leitzinses korrigiert werden muss.

????
im Skript steht 30 -
Es gibt 30 a und 30 b

Wie die *Darstellung 24* zeigt, unterliegen diese Leitzinsen oft radikalen Schwankungen, dass vor allem in den Krisenjahren nach dem Börseneinbruch nach 2001 und verstärkt noch durch die Ereignisse in New York. Noch dramatischer war der Einbruch ab Mitte 2008, mit dem man die Banken gewissermaßen mit billigem Zentralbankgeld vor jeder Knappheit und vor allem Zahlungsunfähigkeiten schützen wollte. Dabei kam mit den Absenkungen des Leitzinses auf ein Prozent schon an die Grenzen des Möglichen, den bei solch niedrigen Zinsen besteht die Gefahr, in Minushöhen und damit Deflationen abzurutschen, in denen die Notenbanken ihre Einflussmöglichkeiten verlieren. Wie schwierig es ist, sich aus solchen deflationären Lähmungen zu befreien, erleben wir in Japan seit Ende der 1990er Jahre.

Wie aus der *Darstellung 24* hervorgeht, wurde der sonst eingehaltene Abstand zwischen den Leitzinssätzen von einem Prozent, im Jahr 2009 auf dreiviertel Prozent verringert, wahrscheinlich, um ein Absinken des Einlagesatzes auf null Prozent zu vermeiden. Die Schwedische Notenbank, die mit ihren Hauptsatz sogar - wie in den USA - auf 0,25 Prozent herunterging, hat dagegen den Mut gehabt, den Einlagesatz zum ersten Mal auf minus 0,25 Prozent zu senken! Ein Novum in der Zinsgeschichte, das Schlagzeilen mache!. Denn damit wurde zum ersten Mal eine Geldeinlage nicht mehr mit Zinsen belohnt, sondern mit einem Abzug bestraft! Das heißt, man wollte erreichen, dass die Banken übriges Geld, statt es zu parken, wieder in den Kreislauf zurückführen - genau das, was die Geldreformbewegung, die sich auf Gesell bzw. Keynes beruft, auch bezogen auf unser heutiges Bargeld und dessen Umlaufsicherung einführen möchte!

Die Praxis der Geldausgabe

Auf der Grundlage des zuvor beschriebenen Hauptrefinanzierungssatzes gelangt im Euro-Raum also das Geld über die nationalen Zentralbanken in den Umlauf. Nach einigen und z.T. gescheiterten Steuerungsversuchen über verschiedene Mischungen der Mengen- oder Zinsvorgaben in den Anfangsjahren des Euro-Systems, hat sich dann gegen Mitte des Jahr-

zehntes ein funktionierender Modus mit einer wöchentlichen Einziehung und Widerausgabe des Geldes an die Banken eingespielt: Die EZB gibt dabei im voraus bekannt, welche Geldmenge sie jeweils ausgeben will und welchen Mindestzins sie dafür erwartet. Die Banken müssen dann ihre Gebote abgeben, aus denen dann die Zuteilungen ermittelt werden. Zugeteilt wurde das neu ausgegebene Geld - bis zu Krise - zu zwei Dritteln jeweils für eine Woche und zu einem Drittel für drei Monate, und das jeweils nur bis zu einer Maximalgrenze welche die Zentralbank für angemessen hielt.

Aufgrund dieser ständig sich wiederholenden Geldeinziehungen und -ausgaben kann die EZB nicht nur den Umfang ihrer Kreditvergaben laufend korrigieren, sondern auch die Höhe der Ausgabezinsen beeinflussen. Mit diesen laufenden Geldausgaben und Geldeinzügen, die Versteigerungen ähnlich sind, können die Zentralbanken also laufend dem Markt abtasten um daraus wiederum Rückschlüsse auf evtl. Veränderungen der Leitzinsen zu ziehen. Mit Hilfe dieser Instrumente haben die Notenbanken also praktisch ihre Hand am Puls der Entwicklungen in der Wirtschaft. - In welchem Umfang diese eingespielten Regelungen durch die Krise durcheinander geraten sind und mit welchen vielstelligen Milliardenbeträgen auch die Notenbanken in das Geschehen eingreifen mussten, hat man in den letzten Jahren ausreichend verfolgen können!

Interessant ist noch darauf zu verweisen, dass etwa ein Fünftel aller größeren Banken zur Teilnahme an diesen wöchentlichen Vergabe-Prozessen zugelassen ist, jedoch davon wiederum nur ein stark schwankender Bruchteil teilnimmt. Denn für das Gros der Banken, vor allem aller kleineren, ist es einfacher und preisgünstiger, sich dann am Geldmarkt bei diesen größeren Banken zu versorgen.

In Wirklichkeit sind die Verfahren, mit denen die EZB die Geldversorgung der Wirtschaft betreibt, noch viel komplizierter als hier beschrieben. So gibt es neben den bislang genannten wöchentlichen und dreimonatigen Krediten auch noch Übernacht- und sogar Innertagskredite, um kurzfristige Liquiditätskalamitäten auszugleichen usw.. Umgekehrt hat man in den Krisenjahren die Laufzeiten zeitweise nicht nur bis auf ein Jahr verlängert,

sondern sogar die volle Zuteilung aller Bietungen eingeräumt, was zeitweise zu völlig überzogenen Reservebeständen geführt hat. Doch das alles detailliert zu schildern, übersteigt den Rahmen dieses Buches. Es sei hier nur noch einmal daran erinnert, dass all diese komplizierten Verteilungsverfahren letztendlich nur ein Versuch sind, die Geldmenge trotz fehlender Umlaufsicherung irgendwie in den Griff zu bekommen.

Warum brauchen die Banken Zentralbankgeld?

Alle Vorgänge zwischen Banken und Publikum, wie auch zwischen den Banken selbst, sind direkt oder indirekt auf Zentralbankgeld angewiesen. Das gilt nicht nur für die Bargeld-Aus- und Einzahlungen am Bankschalter und damit dem Austausch zwischen Guthaben- und Bargeldbeständen. Das gilt auch - was meistens nicht beachtet wird - für alle bargeldlosen Transaktionen. Denn wenn beispielsweise jemand von seinem Girokonto 100 Euro an einen Empfänger überweist der bei einer anderen Bank sein Konto hat, dann benötigt seine Bank dazu nicht nur den Überweisungsauftrag und den Zugriff auf das Giroguthaben des Überweisenden, sondern in Höhe der überwiesenen Summe auch Zentralbankgeld. Denn die empfangende Bank, die das Konto des Lieferanten betreut, schreibt den überwiesenen Betrag nur gut, wenn auf ihrem Zentralbankgeldkonto in gleicher Höhe eine ZBG-Gutschrift eingegangen ist.

Die Banken benötigen also für ihre laufenden Geschäfte nicht nur einen bestimmten Bestand an Zentralbankgeld in barer Form (den sie wegen der Verzinsung möglichst klein halten!), sondern auch - für die Überweisungszwecke - in Form eines Zentralbankgeld-Guthabens. Ähnlich wie jeder Wirtschaftsteilnehmer also ein Giroguthaben, als Anspruch auf Zentralbankgeld, für seine laufenden Zahlungen oder Abhebungen unterhält, so also auch die Banken für ihre laufenden Geschäfte untereinander. Und für diesen Zweck nutzen sie die Mindestreserven, deren Haltung und Höhe ihnen vorgeschrieben ist!

Die von den Banken gehaltenen Puffer in Zentralbankgeld dienen also vor allem dazu, die laufenden Zu- und Abgänge

an Überweisungen abzuwickeln bzw. auszugleichen. Dabei verrechnen die Banken diese täglichen Zu- und Abgänge durchweg bereits im Voraus über Giroringe u. ä. so miteinander, dass sie abends nur die Restsalden mit Zentralbankgeld auszugleichen brauchen. Sie können aber auch jede einzelne Überweisung direkt mit über ihre Zentralbankgeldkonten verrechnen, was bisher jedoch nur bei besonders großen Beträgen der Fall war, nun aber durch die elektronischen Hilfsmittel zunehmend auch wieder bei normalen Überweisungen genutzt wird. Der Vorteil ist, dass die Bestände bei allen Banken jederzeit weitgehend ausgeglichen sind und Überraschungen am Abend gar nicht mehr eintreten können.

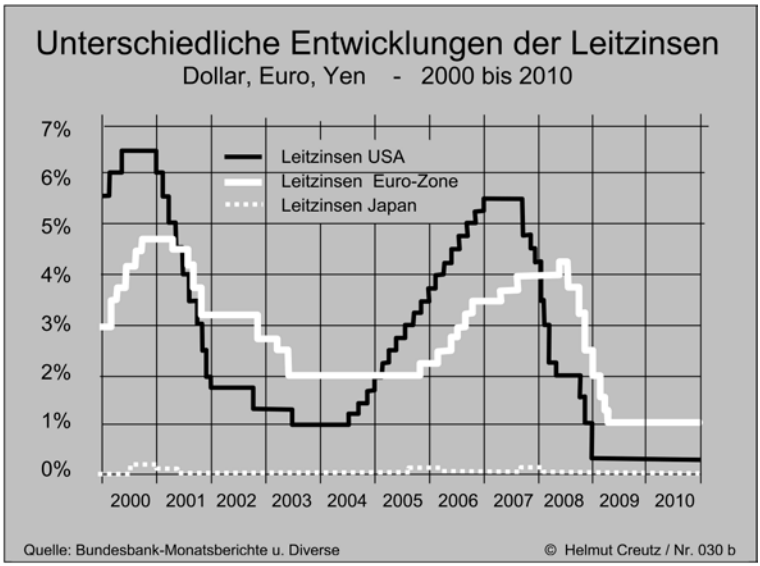
Leitzinsen im Vergleich

Da im Zuge der Finanz- und Bankenkrise die Geldausgabe und vor allem die Leitzinsen eine größere Beachtung gefunden haben, ist der Vergleich der Leitzinsen zwischen dem Euro-Raum sowie den USA und Japan in der *Darstellung 25* interessant. Wie daraus hervorgeht, wurden die Leitzins-Veränderungen in den USA nicht nur durchweg früher eingeleitet als im Euro-Raum, sondern auch mit deutlicheren Veränderungen.

Aufgrund der ersten radikalen Leitzinsabsenkung in der USA sowie dessen späte Wideranhebung, kam es dann zu jenen Billig-Hypotheken, die einen extremen Bauboom und Auftrieb der Immobilienpreise nach sich zogen. Die Verwertung diese Hypotheken als Investitionspapiere und deren weltweite Weitergabe und Verteilung auf den Finanzmärkten, wird darum nicht zu Unrecht als Hauptursache der heutigen Krise angesehen. Auch der zu spät eingesetzte und extreme Anstieg als Reaktion auf die Immobilienblase und der noch steilere Abstieg nach deren Platzen, hat mit einem Satz von auf 0,25 Prozent längst eine kritische Grenze erreicht, bei der es sehr schnell zu Verhältnissen wie in Japan kommen könnte, vor allem wenn der richtige Zeitpunkt zur Wideranhebung der Leitzinsen verpasst wird.

Darstellung 25:

Unterschiedliche Entwicklungen der Leitzinsen



Wie verfahren die Situation in Japan ist, zeigt die fast nicht mehr zu erkennenden Veränderungen der Leitzinsen, am unteren Rand der Grafik. Mit ihrer Höhe nahe Null gibt sie eine typische Deflationslage wieder, in der die Notenbanken ihre Einwirkungsmöglichkeiten auf den Geldmarkt und damit in der Wirtschaft praktisch verloren haben. Trotz aller Versuche in Japan, bis hin zu verschenkten Kaufgutscheinen an die Bürger, sowie mit Hilfe einer Staatsverschuldung die inzwischen bei 200 Prozent des BIP und damit bei mehr als dem dreifachen der Maastricht-Kriterien liegt, kam es nicht zu der erhofften Normalisierung der Wirtschaft. - Inzwischen setzen manche Wirtschaftswissenschaftler sogar auf die Hoffnung, dass die furchtbaren Zerstörungen durch Erdbeben, Tsunami und der Katastrophe in Fukushima diese Lähmung in der japanischen Wirtschaft auflösen könnte. Was aber ist das für eine Wissenschaft, die zur Stabilisierung und Belebung wirtschaftlicher Lagen auf Katastrophen oder manchmal sogar auf Kriege setzt? Und das gilt auch für die Überwindung der japanische

Staatsschulden, deren Bedienung bei auflebenden Zinsen nur noch über eine Inflation möglich sein kann!

Diese extremen und immer extremer werdenden Reaktionen machen nicht nur die Größe der Probleme deutlich die mit den heutigen offensichtlich unzulänglichen Steuerungen der Notenbanken verbunden sind, sondern zeigen vor allem auch die Probleme, die sich aus einer immer größeren Diskrepanz zwischen der Real- und der Finanzwirtschaft ergeben.

12. Kapitel

Die »Geldschöpfung« durch die Geschäftsbanken

»Es kann an sich kaum bezweifelt werden, dass das Bankensystem insgesamt keine größere Geldmenge schaffen kann, als mit der von der Zentralbank geschaffenen Zentralbankgeldmenge vereinbar ist.«

Deutsche Bundesbank, Juli 1971

Mit dieser fast schon sibyllinischen Aussage zieht sich die Deutsche Bundesbank gewissermaßen aus der Schlinge. Denn würde sie die Geldschöpfungsmöglichkeit der Banken bejahen, müsste sie ihr Geldschöpfungsmonopol in Frage stellen und alle ihre Geldmengensteuerungsbemühungen wären letztlich sinnlos. Würde sie jedoch die Geldschöpfungsmöglichkeit der Banken klar bestreiten, könnte sie diese bei inflationären Auswüchsen und anderen monetären Fehlentwicklungen nicht mehr als Sündenböcke mit einzubeziehen. Vor allem aber käme sie mit jenen Geldschöpfungs-Theorien in Konflikt, die auch heute noch an den meisten Hochschulen noch verbreitet werden.

Was ist von diesen Theorien zu halten?

Theorien sind grundsätzlich hilfreich und nützlich, wenn man Vorgänge in der Wirklichkeit und deren Abläufe ohne ihre Hilfe nicht überprüfen oder verstehen kann. Doch selbst wenn diese Möglichkeiten gegeben sind und die Realitäten den Theorien widersprechen, haben diese oft noch ein langes Leben. Man denke nur an jene von der Mittelpunktfunktion der Erde bezogen auf das Universum oder an die Behauptung, dass Gegenstände schwerer als Luft niemals fliegen können! Oft über Jahrzehnte und sogar Jahrhunderte hinweg hat die zuständige Wissenschaft

versucht, solche überholten Vorstellungen mit immer neuen Erklärungs-Variationen lebendig zu halten. Ähnlich scheint es heute bei der Theorie von der Geld- bzw. Kreditschöpfung durch die Banken zu sein. In aktuellen Fachartikeln und Fachbüchern der Bankbetriebswirtschaft ist davon zwar weniger die Rede und in umfangreichen Untersuchungen wurde sogar das Gegenteil bewiesen. So heißt es z.B. abschließend in einer Veröffentlichung von Martin Scheytt aus dem Jahr 1062 »Theoretische Grundlagen der bankgeschäftlichen Kreditgewährung« aus dem Jahr 1962, erschienen bei Duncker & Humblot und herausgegeben von vier Professoren der Betriebswirtschaftslehre:

> *»Bankgeschäftliche Kreditgewährung ist nur dann möglich, wenn die Bank selbst ›Kredit‹ erhalten hat. Ohne Einkauf gibt es keinen Verkauf! Diese marktwirtschaftliche Abhängigkeit schließt eine Kreditautonomie der Banken aus. Die bankgeschäftliche Kreditgewährung ist daher in keinem Fall Kreditschöpfung, sondern ausschließlich Kreditvermittlung.*
>
> *Das Ergebnis unserer Untersuchung lässt sich abschließend in der schlichten und kurzen Aussage der orthodoxen Kredittheorie zusammenfassen: Eine Bank kann nicht mehr Kredit geben, als sie selbst erhalten hat.«*

Dagegen findet man in den volkswirtschaftlichen Lehrbüchern, wenn auch oft unterschiedliche Art und Weise, gleich ein halbes Dutzend Erklärungen für eine solche Schöpfung.

So räumen manche Lehrbuchdarlegungen z.B. jeder einzelnen Bank die Möglichkeit zur Geldschöpfung ein, andere setzen dagegen das Zusammenwirken mehrerer Banken voraus. Dabei ziehen die einen zur Erklärung Kreislaufmodelle heran, andere begnügen sich mit Buchungs- und Bilanzmodellen. Wieder andere sehen in der Höhe der Bankgewinne einen Schöpfungsbeweis oder in der Existenz und Größenordnung der Sichtguthaben. Dabei bleibt es jedoch manchmal wiederum unklar, ob mit der Schöpfung nur diese Sichtguthaben gemeint sind - häufig als Giral-, Buch- oder Bankengeld bezeichnet -

oder sämtliche Guthabenbestände und die daraus möglichen Kreditgewährungen. Doch so verschieden die Aussagen und Beweisführungen auch sind, in einigen Punkten stimmen sie fast alle überein: Sie bewegen sich immer nur im theoretischen Raum und machen kaum einmal den Versuch, die vertretenen Auffassungen anhand der wirtschaftlichen Gegebenheiten zu überprüfen! Außerdem wird in den meisten Fällen von der Aktiv- bzw. Verwendungsseite des Bankgeschehens ausgegangen, also von den Kreditvergaben, nicht aber von der Passivseite, die über die Herkunft der vergebenen Kreditmittel Auskunft gibt.

Ab und zu wird die Wirkung der Geldschöpfung in den Lehrbüchern auch etwas bagatellisiert. Zum Beispiel mit dem Hinweis, dass jede geschöpfte Kaufkraft irgendwann auch wieder zu einer Einlage wird, womit sich die Schöpfung gewissermaßen selbst abdeckt. Diese Argumentation ist allerdings so wenig überzeugend wie die eines Geschäftmanns, der Falschgeld in Umlauf setzt und das als problemlos darstellt, weil irgendwann die Kunden mit dem Falschgeld ja auch in seinem Laden einkaufen würden.

Dass mit beiden Schöpfungen - dem Falschgeld wie den Krediten ohne Ersparnis - das Nachfragepotential ohne Leistungsdeckung vermehrt wird, dürfte einleuchtend sein. Denn nur bei Krediten, die aus leistungsgedeckten Ersparnissen stammen, findet der Kreditnehmer reale Gegenwerte am Markt vor, nämlich jene Gegenwerte die jemand geschaffen hat und über seine Ersparnisbildung nun anderen überlässt.

Wenn also die Banken tatsächlich ohne Sparer-Einlagen Kredite schöpfen oder aus einem Euro an Kaufkraft ein Mehrfaches machen könnten, wäre das genauso ein Fall für den Staatsanwalt wie die Inumlaufsetzung von Falschgeld, die heute bekanntlich mit Akribie verfolgt wird.

Was ist mit der »multiplen Geldschöpfung«?

Nach den meisten Lehrbuchaussagen sind die Geldschöpfungsmöglichkeiten der Banken im Prinzip unbegrenzt. Eingeschränkt werden sie lediglich durch bestimmte Relationen

zur Kassenhaltung bzw. jenen Reserven, die sie bei den Zentral- bzw. Notenbanken freiwillig oder gezwungenermaßen unterhalten. Und aus dieser Beziehung zwischen der Höhe der Reserven und der Geldvermehrung, wird in der Theorie von der »multiplen Schöpfung« sogar ein mathematisch exakt berechneter und anfangs oft verbluffender Ablauf vorgerechnet:

Liegen diese Reserven oder Rücklagen der Bank z.B. bei 5 Prozent der Einlagen, dann können die Banken aus jeder getätigten Einzahlung das 19fache an Kredit schöpfen und damit die Geldmenge aufs Zwanzigfache vergrößern. Bei Rücklagen von 10 Prozent kommt das 9fache hinzu und bei einer Rücklage von 20 Prozent das 4fache. Das Schöpfungsergebnis ergibt sich also immer reziprok zur Höhe der einbehaltenen Reserven.

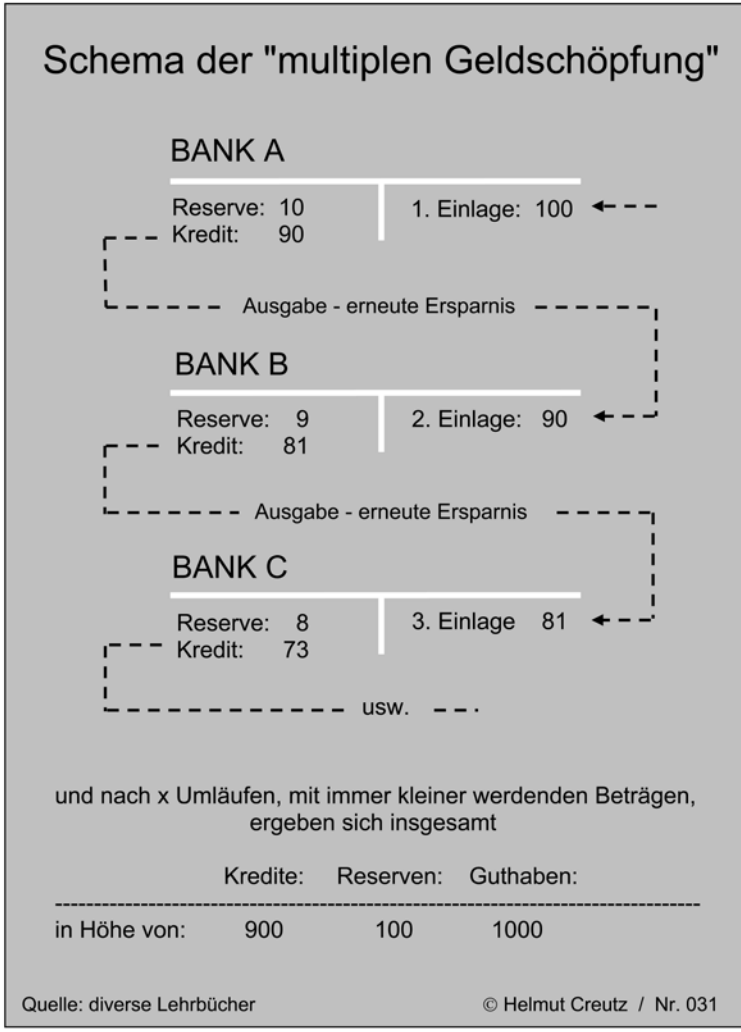
Diese sich wiederholenden Einlage- und Kreditgewährungsmöglichkeiten, aus denen man die multiple Schöpfung ableitet, werden in den Fachbüchern meist mit Schema-Darstellungen untermauert. Nachfolgend wird in *Darstellung 26* ein solches schematisches Durchlaufmodell wiedergegeben, das sich an eine grafische Darstellung aus dem Buch von Bernhard Lietaer, »Das Geld der Zukunft«, anlehnt. Dazu heißt es erläuternd in dem Buch, dass *»aus ursprünglich 100 Millionen Zentralbankgeld 900 Millionen als ›Kreditgeld‹ entstehen«*.

Addiert man bei diesem Schema die laufend gewährten Kredite, dann ergibt sich bereits nach drei Stationen ein Betrag von 244 Millionen. Weiter fortgesetzt - in einer unendlichen Reihe mit immer kleineren Werten - kommt man rechnerisch am Ende tatsächlich zu einer Kreditsumme von 900 Millionen und damit zu einer Vermehrung auf das Neunfache der Ersteinlage von 100 Millionen auf das Zwanzigfache. - Geht man jedoch diesen Vorgängen einmal Schritt für Schritt nach, dann zeigt sich

1. dass jeder erneuten Verwendung der ursprünglichen und von mal zu mal abnehmenden Ersteinlage jedes Mal auch eine erneute Einlage irgendeines Bankkunden vorausgeht, der das durch den Kreditnehmer in den Umlauf zurückgeführte Geld erneut für Ersparnisbildungen bei einer Bank nutzt!

Darstellung 26:

Schema der »multiplen Geldschöpfung«



2. dass diese beschriebene Kette der Einlagen, Reservebildungen und Kreditgewährungen durch die Banken nur möglich ist, so lange keiner der Einleger über sein Guthaben durch eine Abhebung selbst verfügt.

3. dass es bei dem ganzen Ablauf zu keiner wie auch immer gearteten *Vermehrung* der Erstersparnis und damit der gegebenen Geldmenge kommt, sondern immer nur zu einer erneuten *Verwendung,* die sich auf jeder Stufe immer wieder aus den bislang gebildeten Reserven in der Bank und dem zuletzt gewährten Kredit auf die Anfangssumme von 100 Millionen addiert!

4. dass es nicht nur zu keiner Vermehrung der Geldmenge kommt, sondern - bezogen auf die aktiv umlaufende und nachfragende Geldmenge - sogar zu einer ständigen *Verringerung,* da sich die gesamten 100 Millionen Geldeinheiten nach und nach im vollem Umfang in den Reserven der Banken ansammeln und damit aus dem Kreislauf verschwinden, und grundsätzlich,

5. dass sich durch eine wiederholte Verwendung von Geld, ob zum Kaufen, Verleihen oder Verschenken, niemals das Geld vermehrt, sondern lediglich die damit getätigten Kauf-, Verleih- und Schenkungsvorgänge, die sich natürlich zu immer größeren Summen aufaddieren. (s. umgekehrtes Clown-Beispiel im 3. Kapitel)

Diese hier aufgelisteten Tatbestände werden besonders deutlich, wenn man sich, statt der Ablaufkette über Banken, einmal eine über Geschäfte vorstellt und statt der sich wiederholenden Verleihvorgänge sich wiederholende Verkaufsvorgänge. Auch hier kann man annehmen, dass jeder Geschäftsinhaber zehn Prozent der Einnahme in die Reserve nimmt und den verbleibenden Hauptbetrag - direkt oder indirekt - in einem weiteren Laden erneut kaufend einsetzt. Und auch hier würde sich die gleiche Summe an Kaufvorgängen mit abnehmende Größen addieren lassen, wie das bei der »multiplen Kreditschöpfung« und ihren Kreditvorgängen der Fall ist. Dennoch käme wohl niemand auf die Idee, dass sich bei einer wiederholten Verwendung der gleichen bzw. langsam abnehmenden Geldmenge eine Vermehrung auf das Neunfache stattfindet bzw. die Geschäftsinhaber über die wiederholten Käufe 900 Milionen Geldeinheiten geschöpft hätten!

Wo liegt der Denkfehler?

Der Fehler in dieser klassischen Geldschöpfungstheorie ist, dass man die sich laufend erneut bildenden Guthaben bzw. Kreditposten mit dem eingangs angesetzten Geldbetrag addiert und aus dem Ergebnis dieser Addition sich wiederholender Vorgänge eine Vermehrung ableitet, also Transport*mittel* mit den Transport*vorgängen* verwechselt. So wenig aber wie es durch eine wiederholte Verwendung von Waggons oder Lkw's zu deren Vermehrung kommt, so wenig ist das bei einer wiederholten Verwendung von Geld der Fall, gleichgültig ob dies für Kauf- oder Verleihzwecke geschieht!

Der Denk- und Auslegungsirrtum der Geldschöpfungstheorie ist sicher nicht zuletzt auf den Tatbestand zurückzuführen, dass man alle Guthaben- und Kreditbestände immer noch als Geld ansieht. Dabei handelt es sich in Wirklichkeit bei diesen Beständen nur um Buchungsposten, die - wie schon mehrfach angeführt - den Umfang der *Überlassungen* von Geld und die daraus resultierenden *Rückzahlungsverpflichtungen* dokumentieren, ohne dass sich mit diesen Vorgängen die umlaufende Geldmenge verändert! Deshalb sind auch alle Zusammenfassungen von Geld und Guthaben als »Geldmenge« so fragwürdig, was vor allem für die bereits beschriebenen Additionen der so genannten Geldmengen von M1 bis M3 gilt.

Womit wird die Geldschöpfung weiterhin begründet?

- **»Bereits die Goldschmiede im Mittelalter haben für hinterlegte Goldmünzen mehrere umlauffähige Quittungen ausgestellt, ausgehend von der Erfahrung, dass diese nicht gleichzeitig zur Einlösung vorgelegt werden!«**

Dieser Vergleich wäre nur zutreffend, wenn die Banken heute, nach der Einzahlung eines Euros, ob in bar oder auf dem Wege einer Übertragung erhalten, mehrere Euros in Umlauf setzen würden! Hier bleibt wieder unbeachtet, dass die Banken - wie im *Kapitel 11* beschrieben - nicht nur bei einer Inanspruchnahme des Kredits durch Barabhebungen über Zentralbank-

geld verfügen müssen, sondern auch bei allen Überweisungen des Kreditbetrages. Das bestätigt z. B. bereits die Aussage von *Wendelin Hartmann*, Direktoriumsmitglied der Deutschen Bundesbank, aus dem Jahr 1994: *»Die Banken untereinander akzeptieren kein Giralgeld, sondern erwarten den Ausgleich ihrer Geldmarktforderungen in Zentralbankgeld«.*

- »Durch die Umwandlung von Bargeld in Giralgeld erhöht sich die gesamte Geldmenge, da ja das Geld jetzt zwei Mal da ist, als Giralgeld und als Bargeld!«

Hier wird übersehen, dass das bei einer Bank eingezahlte Geld des Sparers von den Banken umgehend zur Bundesbank zurückfließt und der in den Bankkassen verbleibende geringe Bargeldbestand (etwa 0,2% der Einzahlungen) nicht mehr zur umlaufenden und nachfragewirksamen Geldmenge gezählt wird, sondern zum Zentralbankgeld-Bestand der Bank! Erst durch die Abhebung eines Bankkunden, dessen Sichtguthaben sich damit entsprechend verringert, wird dieses Bargeld wieder als Tauschmittel reaktiviert.

- **»Über die Sichtguthaben können sowohl die Einleger als auch die Banken verfügen, womit sich die Nachfragemöglichkeit in der Wirtschaft verdoppelt«.**

Hier bleibt unbeachtet, dass die Banken nur *zwischenzeitlich* über die Einlagen verfügen können, also so lange, wie das der Einleger nicht selber tut. Es gibt also keine *gleichzeitige* Nutzung durch zwei Beteiligte, sondern nur eine nacheinander stattfindende. Damit kommt es also zu keiner *Ausweitung* der Geldmenge, sondern nur zu einer *effektiveren Nutzung* derselben bzw. einer Erhöhung ihrer Einsatzhäufigkeit, die man - weniger zutreffend - im Allgemeinen als »Umlaufgeschwindigkeit« bezeichnet.

- **»Die multiple Geldschöpfung ist zwar nicht mit Bargeld möglich, wohl aber mit Giralgeld.«**

Hier wird wieder außer Acht gelassen, dass die Überweisungen der Kunden von ihrem Girokonto gewissermaßen nur der »Schatten« der zwischen den Banken ablaufenden Vorgänge

durch Zentralbankgeld-Übertragungen sind. Konkret: Wenn die Bank A in der Schemadarstellung 31 im Auftrag ihres Kreditkunden an die Bank B 90 Millionen überweist, werden diese dem Empfänger nur dann gut geschrieben, wenn bei dieser empfangenden Bank B ein gleich hoher Betrag in Zentralbankgeld-Guthaben eingegangen ist!

- **»Das Übersteigen der Sichtguthaben über die Bargeldmenge ist ein Beweis für die Geldschöpfung durch Banken.«**

In Wirklichkeit ist die Zunahme der Sichtguthaben nur ein Beweis dafür, dass das Publikum aus praktischen Gründen unbaren Zahlungen zunehmend den Vorzug gibt, ähnlich wie einst bei der Nutzungs-Verschiebung zwischen Münzen und Banknoten. Würden sich die Zahlungsgewohnheiten morgen umkehren, gingen die Sichtguthabenbestände wieder zurück und die Zentralbanken müssten zum Ausgleich mehr Bargeld in den Umlauf geben. So wenig aber wie bei diesem Rückgang der »Giralgeld«-Nutzung Geld vernichtet wird, so wenig ist es vorher umgekehrt entstanden bzw. vermehrt worden.

- **»Der Dissens in der Geldschöpfungsfrage resultiert aus den unterschiedlichen Auffassungen, was als Geld gesehen werden muss.«**

In Wirklichkeit ist die Wahl des Geldbegriffs für das anstehende Problem ohne Belang. Denn gleichgültig zu welcher so genannten »Geldmenge« man die nacheinander entstehenden Guthaben zählt: Entscheidend für die Schöpfungsfrage ist alleine, ob die Banken aus den Einlagen ihrer Kunden das Doppelte oder sogar ein Mehrfaches an Kaufkraft schaffen können! Im Übrigen gehören Kredite - ob geschöpft oder nicht - niemals zu irgendeiner Geldmenge. Denn zur Kreditvergabe genügen immer die Guthaben der Sparer, die wiederum durch Zentralbankgeld gedeckt sind. Dass diese Bankguthaben aber nicht von den Banken »geschöpft« werden, sondern - wenn schon einer etwas schöpft - alleine von den Einlegern, macht nicht nur das Durchlaufbeispiel in der Darstellung 31 deutlich, sondern auch die Erfahrungen jedes Guthabenbesitzers!

- **»Die Banken können durch buchhalterische Bilanzverlängerungen ihre Kreditvergabemöglichkeiten erweitern.«**

Hier ist zuerst einmal festzuhalten, dass mit Buchungen, auch in Bilanzen, nie etwas Reales erweitert oder geschöpft, sondern - sofern keine Bilanzfälschungen vorliegen - immer nur real Entstandenes buchungstechnisch erfasst und festgehalten wird. Außerdem kann man mit Krediten, die ohne Einlagen aus dem Nichts in den Bilanzen geschöpft würden, in der Praxis auch nichts anfangen. Denn gleichgültig ob der Kreditnehmer seine geliehene Kaufkraft in bar abhebt oder überweist, benötigt die ausführende Bank - wie bereits erwähnt - in gleicher Höhe Zentralbankgeld!

- **»Die Schöpfung ist zwar nicht zwischen den Banken möglich, wohl aber innerhalb einer Bank, weil dort bei einer Überweisung innerhalb des Hauses keine Übertragung von Zentralbankgeld erforderlich ist.«**

Auch diese Vermutung geht ins Leere. Denn in diesem Fall ändert sich auch nichts an den Zentralbankgeld-Deckung bei der Bank: Das Konto des Überweisenden vermindert sich lediglich im gleichen Umfang, wie das des Empfängers ansteigt!

Auch die heute oft heran gezogenen »Überschussreserven-Theorien« haben mit der Schöpfung nichts zu tun. Sie besagen lediglich, dass Überschüsse an Zentralbankgeld die Banken befähigen, auch ohne Kundenersparnisse zusätzliche Kredite abzudecken. Das aber ist eine Selbstverständlichkeit. Denn so lange Banken noch Kreditinteressenten haben, werden sie diese Überschüsse auch für Kredite einsetzen oder sehr schnell an andere Banken verleihen bzw. an die Zentralbank zurückgeben Alleine schon, um die Zinsen für dieses überschüssige Zentralbankgeld einzusparen! Das zeigt sich auch daran, dass die von den Banken ausgewiesenen Überschussreserven die vorgeschriebenen Mindestreserven so gut wie nie übersteigen, also praktisch bei Null liegen. Auch wenn dieser »Deckel« in den Krisenjahren von den Zentralbanken mehr oder weniger

aufgehoben worden ist, wurden diese Überschuss-Reserven weitgehend bei den Zentralbanken wieder geparkt.

Wären diese Überschussreserven tatsächlich der Schlüssel für eine mehrfache Schöpfung, dann würden die Banken diese Reserven gewiss nicht so klein und praktisch bei Null halten, wie sie das in normalen Zeiten tun! - Es bleibt jedoch noch eine Theorie übrig, die zurzeit wieder einmal auflebt:

- **»Banken können mit Krediten immer Geld schöpfen, wenn die Kreditnehmer diese durch Vermögen oder auf andere Weise absichern können.«**

Zweifellos erhält man bei solchen dinglichen Absicherungen leichter einen Kredit als ohne sie und kann, wegen des geringeren Bank-Risikos, auch mit günstigeren Konditionen rechnen. Aber vergeben können die Banken auch in diesem Fall Kredite nur dann und nur so lange, wie sie noch über freie Mittel verfügen. Alles andere wäre nicht nur eine inflationäre Ausweitung der Kaufkraft in der Wirtschaft, sondern glatter Betrug! Alleine schon deshalb, weil diesen Kredite gar keine gesparten Leistungen gegenüber stehen, ihnen also die Deckung auf den Märkten fehlen würde!

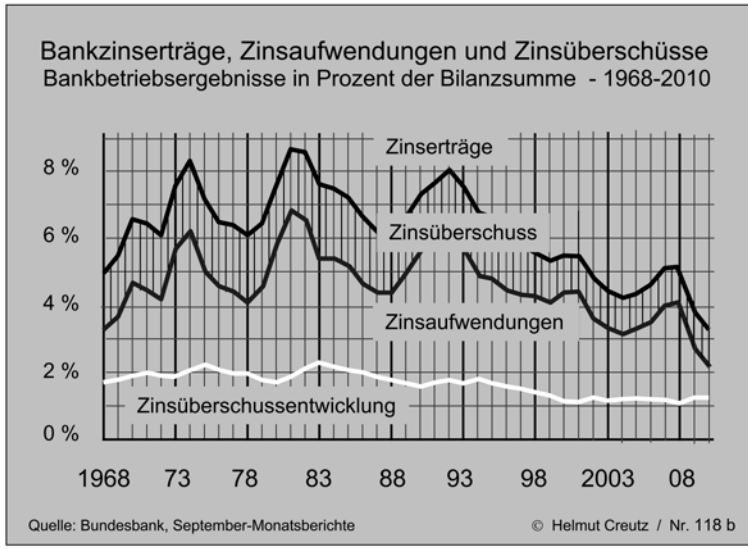
Gibt es Indizien für die angenommene Geldschöpfung der Banken?

Den Fahndungen nach Beweisen für die Geldschöpfung ist in der Empirie kein Erfolg beschieden. Ähnlich erfolglos ist auch die Suche nach Indizien. Wohl aber sprechen viele Indizien für das Gegenteil. So zum Beispiel der Tatbestand, dass die Industrieländer, trotz riesiger Kreditbestände, meist geringere Inflationsraten haben als Länder mit geringerer Bankentätigkeit. Wären die riesigen Kreditausgaben der Banken in den Industrienationen mit einer Geldschöpfung verbunden, müssten die Ergebnisse also eher umgekehrt sein!

Ein weiteres Indiz gegen die Theorie ist, dass sich auch aus den Gewinnberechnungen der Banken keinerlei Anhaltspunkte für Schöpfungen ergeben. Denn solche Kredit-und Geld-

Darstellung 27:

Bankzinserträge, Zinsaufwendungen und Zinsüberschüsse



vermehrungen »aus dem Nichts« müssten sich auch in den Bankgewinnen niederschlagen, da ja die Zinsen aus solchen geschöpften Krediten in vollem Umfang bei den Banken verbleiben! Zieht man zur Überprüfung der Gegebenheiten die von der Deutschen Bundesbank laufend veröffentlichten Betriebsergebnisse der gesamten deutschen Banken heran, dann ergibt sich z.B. für das Jahr 2008 folgendes Bild:

	Gesamte Zinserträge:	433 Mrd Euro	=	100%
-	Zinsaufwendungen:	342 Mrd Euro	=	79%
=	Zinsüberschuß:	91 Mrd Euro	=	21%

Das heißt, die Banken haben rund vier Fünftel der eingenommenen Zinsen an die Sparer und sonstigen Geldgeber ausgezahlt und lediglich ein Fünftel für sich erwirtschaftet, das wiederum zur Hälfte von den Personalkosten beansprucht wird. Und wie aus der *Darstellung 27* hervorgeht, ist dieser bei den Banken verbleibende Zinsüberschuss in den letzten zehn bis

fünfzehn Jahren sogar von zwei auf ein Prozent der Bilanzsumme gesunken.

Weiter spricht gegen die Schöpfungstheorie, dass selbst signifikante Veränderungen der Bank- bzw. Mindestreserven, zu denen sich die Schöpfungen angeblich reziprok entwickeln, keine Spuren bei den Größenordnungen der Bankgewinne hinterlassen. So wurde beispielsweise in der Bundesrepublik Deutschland die Mindestreserve von 1973 bis 1982 von 18 auf 9 Prozent und in den 90er Jahren noch einmal auf zwei Prozent reduziert, ohne dass es zu jener Kredit- und Gewinnexplosion gekommen wäre, von der die multiple Geldschöpfungstheorie ausgeht (s. *Darstellung 10* im 4. Kapitel). In der Schweiz wurden diese Mindestreserven sogar in den 80er Jahren völlig abgeschafft, ohne entsprechend feststellbare Folgen.

Ein weiteres Indiz ist, dass sich die Banken gewiss nicht so sehr um die Sparerkunden bemühen, Milliarden für deren Einwerbung ausgeben und ihnen 75 bis 80 Prozent der Zinseinnahmen überlassen würden, wenn sie deren Geld für die Kreditvergaben gar nicht brauchen. Und schließlich wäre noch zu fragen, warum sich die US- und andere Regierungen, zur Schließung ihrer Defizite, teure Kredite aus aller Welt ins Land holen, obwohl doch die Banken im Lande - nach der Theorie - diese Etatlücken durch eigene Schöpfungen schließen könnten! Und das vor allem vor dem Hintergrund, dass als Folge dieser Auslandsverschuldungen nicht nur die Bankgewinne ins Ausland fließen, sondern außerdem auch noch die Leistungsbilanz belastet wird! Doch auch bei diesen Auslandsgeschäften sind die Dinge letztlich ohne jeden mysteriösen Hintergrund. Das bestätigt noch einmal *Otmar Issing*, der erste Chefvolkswirt der EZB, veröffentlicht 1995 in der deutschen Tageszeitung FAZ:

> *»Deutschland ist in den Jahren nach der Vereinigung zu einem Kapitalimporteur geworden. Zwischen den Ersparnissen der Deutschen und der Nachfrage nach Finanzmitteln klafft eine Lücke, die durch ausländische Kapitalgeber geschlossen werden muss.«*

Die Liste der Gegenindizien ließe sich fortsetzen. So z.B. mit dem Tatbestand, dass man in den 50er Jahren in Deutschland oft Wochen oder Monate auf die Auszahlung zugesagter erststelliger Hypotheken warten musste, selbst wenn die Restfinanzierung stand und die Absicherung durch Grundstück und Rohbau gegeben war. Begründung der Banken: »Wir haben zur Zeit keine Mittel«. Konkret: Sie waren auf neue Einlagen, Rückzahlungen von Krediten oder die Überlassung von Überschüssen anderer Banken angewiesen! Heute dagegen - selbst in der Krise - haben sie umgekehrt eher Schwierigkeiten, seriöse Kreditnehmer mit Sicherheiten zu finden. Und die ständig zunehmenden Geldvermögensbestände haben ebenfalls nichts mit »Geldschöpfungen« zu tun, sondern sind vor allem die Folge des Zins- und Zinseszins-Effekts, der zu ständig wachsenden und sozial problematischen Umschichtungen innerhalb unserer Volkswirtschaften führt. - Und die daraus resultierenden Probleme, mit denen wir uns im nachfolgenden Buchteil eingehender befassen werden, sind völlig unabhängig von der Geldschöpfungsfrage existent und stehen darum auch unabhängig davon zu einer Lösung an.

Teil III

Die Problematik der geldbezogenen Über-Entwicklungen

13. Kapitel

Überentwicklung der Geldvermögen

»Es sind gar nicht primär Konsum- und Gewinnsucht, die den Kapitalismus rastlos vorwärts treiben, sondern die durch Zins und Zinseszins lawinenartig wachsenden Geldvermögen und ein unerbittlicher Zwang, unter dem die Schuldner stehen, nämlich mit jeder Produktion auch den Zins erwirtschaften zu müssen.«

Josef Hüwe*

Von Überentwicklung spricht man, wenn sich etwas rascher entwickelt als normal. Wenn z.B. bei einem heranwachsenden Menschen die Leber oder die Gliedmaßen rascher zunehmen als der gesamte Organismus, liegt eine solche Überentwicklung vor. Ebenfalls, wenn bei einem Erwachsenen einzelne Körperteile oder Organe weiter wachsen würden.

Dass alle solche Überentwicklungen für jeden Organismus letztlich tödlich sein müssen, dürfte einleuchtend sein. Gilt das aber auch für eine Volkswirtschaft und deren Bestandteile? Das heißt, ist es ebenfalls problematisch wenn die Geldvermögen rascher anwachsen als der gesamte Wirtschaftsorganismus, also rascher als das Sozialprodukt und selbst dann noch weiter wachsen, wenn die Wirtschaft gesättigt ist?

Der Begriff Geldvermögen ist normalerweise mit der Vorstellung von Reichtum und Wohlstand verbunden. Man denkt dabei an Truhen oder Tresore voller Geldstücke oder -bündel. Zu den Geldvermögen gehören aber nicht nur solche Bargeldbestände, sondern auch die Ansprüche auf Rückerhalt von Geld, das man anderen geliehen hat. Dabei spielt es keine Rolle, ob solche Geldüberlassungen - im allgemeinen Geldguthaben

* Wirtschaftspublizist, »Zinswirtschaft heute - Zum veränderten Erscheinungsbild des Kapitalismus«, Nov.1991

genannt - länger- oder kurzfristiger getätigt werden und ob an einen Nachbarn oder eine Bank.

Unter Geldvermögen versteht man also im Allgemeinen die Summe von Geld und Geldguthaben, gleichgültig ob auf einzelne Personen bezogen oder auf deren Gesamtheit. Trotz dieser üblichen Zusammenfassung muss man jedoch zwischen Geld und Guthaben präzise unterscheiden. Denn das von den Notenbanken ausgegebene Geld ist immer das Primäre, die Voraussetzung dafür, dass man überhaupt Geldguthaben bilden und an andere verleihen kann. Außerdem kann dieses Geld - und damit auch die Geldmenge - jeweils nur von der dafür zuständigen Notenbank vermehrt werden, während das einmal in Umlauf gesetzte Geld, von jedem der es in die Hände bekommt, genau so immer wieder für erneute Ersparnisbildungen genutzt werden kann wie für erneute Kauf- oder Schenkungsvorgänge.

Man muss also immer strikt zwischen dem genutzten Medium, also dem Geld selbst, und den Ergebnissen dieser wiederholbaren Nutzungen unterscheiden! Genau so wie man zwischen der Menge der Autos und der Menge der Autofahrten unterscheiden muss, die damit möglich sind!

Auch die Auswirkungen der jeweiligen Vermehrungen sind völlig unterschiedlich. So führt eine Übervermehrung der Geldmenge in der davon betroffenen Volkswirtschaft zu Inflationen, also Entwertungen der Geld-Kaufkraft, während die Übervermehrung der Guthaben durch Ersparnisbildungen jedoch - ohne dass sich die Geldmenge dabei verändert - immer höheren Geldvermögens-Ansammlungen zur Folge hat, denen auf der anderen Seite, in gleicher Höhe, immer Geldschulden gegenüber stehen.

Wie setzen sich die Geldvermögen zusammen?

Unter dem Begriff »Geldvermögen« fasst man - wie gesagt - im Allgemeinen die Bargeldbestände mit den Guthaben zusammen, über die jeder Wirtschaftsteilnehmer verfügt. Die daraus resultierenden unterschiedlichen Zusammenfassungs-

Möglichkeiten und deren Benennungen wurden bereits in der *Darstellung 11* wiedergegeben. Ebenfalls, dass zu diesen Geldvermögen auch die Aktien gezählt werden, obwohl sie gar keinen Anspruch auf Rückerhalt von Geld dokumentieren, sondern eine Beteiligung an einem Unternehmen, also an Sachvermögen sind, von dem man über den Aktienkauf einen Teil erworben hat.

Die offizielle Begründung für die Einbeziehung der Aktien in die Geldvermögen, dass diese, ähnlich wie Wertpapiere, gehandelt und leicht in Geld umgewandelt werden können, ist sachlich jedoch mehr als fragwürdig. Denn diese Möglichkeit zur Rückverwandlung in Geld trifft ebenso auf Gold, Edelsteine und letztlich sogar auf alle Handelsgüter zu. Sogar die jeden Morgen neu gebackenen Brötchen werden bis zum Mittag zu Geld gemacht, ohne dass man sie zu den Geldvermögen zählt.

Ebenso fragwürdig ist, dass diese Aktien inzwischen sogar zum Tages- bw. Kurswert in die Geldvermögen aufgenommen werden. Denn im Gegensatz zu den Geldguthaben, die eine Geldforderung als fest umgrenzten Anspruch wiedergeben, sind Aktien ein weiter verkaufbarer Teilbesitz an Sachvermögen und niemand ist zu einer Rückgabe des dafür hergegebenen Geldes verpflichtet. Schon gar nicht in jener Höhe, die man selbst dafür aufgebracht hat. Deshalb sind die Aktien zu ihren Tageswerten auch nichts anderes als Hoffnungswerte. Würde nur ein Teil der Aktienbesitzer den jeweiligen Tageswert durch Verkäufe realisieren wollen, bräche der Kurs bereits zusammen!

Wem gehören die Geldvermögen?

Wie die Schulden werden auch die Geldvermögen statistisch den drei Sektoren Privathaushalte, Unternehmen und Staat zugeordnet. Dabei werden allerdings nur jene Guthaben erfasst, die durch Ausleihungen über Banken und andere Finanzinstitute entstehen. Direkt-Kredite *innerhalb* dieser Sektoren, z.B. Kredite eines Unternehmens an ein anderes Unternehmen oder eines Bürgers an seinen Nachbarn, finden also in der Sta-

tistik keinen Niederschlag. Ebenfalls nicht die Direktkredite von Kaufhäusern oder Autohändlern an ihre Kunden oder die Vermittlungen privater Geldverleiher.

Die Entwicklungen der Geldvermögen und deren Verteilungen auf die drei Sektoren private Haushalte, Unternehmen und Staat in Deutschland gehen - bezogen auf den Zeitraum von 1950 bis 2009 - aus der nachfolgenden Tabelle hervor:

Tabelle K

Verteilung der Geldvermögen auf die Sektoren Privathaushalte, Unternehmem und Staat:

Deutschland 1950 bis 2010 - nominelle Werte in Mrd Euro							
	1950	1970	1990	2010	Anst. 1950-09	Anteil %:	
Private Haushalte:	13	254	1498	4934	x	380	55%
Unternehmen:	10	107	729	3363	x	336	37%
Öffentliche Haushalte:	8	97	260	700	x	88	8%
gesamtes Geldvermögen:	31	458	2497	8997	x	290	100%
Zum Vergleich:							
Bargeldmenge:	4	19	81	200	x	50	
BIP:	54	346	1307	2499	x	46	

Quelle: Bundesbank Monatsberichte und »40 Jahre Deutsche Mark«

Wie aus den Vergleichszahlen ersichtlich, nahm die Bargeldmenge in den 60 Jahren auf das 50fche zu und damit fast im Gleichschritt mit der Wirtschaftsleistung, während die Geldvermögensgrößen, mit einer Zunahme auf das 290-fache, rund sechs Mal stärker ausgeweitet wurden.
Vergleicht man die in der Tabelle wiedergegebene Verteilung auf die drei Wirtschaftssektoren, dann verfügten 2010 die pri-

vaten Haushalte in Deutschland mit 55% über den Hauptanteil der Geldvermögen. Ebenfalls verzeichnen sie den stärksten Anstieg ihrer Bestände in den letzten 60 Jahren, während der Anteil des Staates, der zu Beginn unserer Wirtschaftsepoche noch mit 26% an den gesamten Geldvermögen beteiligt war und 1970 noch mit 21%, bis 2010 auf 8% zurückgefallen ist! Kurz: Der Staat wurde im Laufe der Jahrzehnte immer ärmer, weitgehend zugunsten der privaten Haushalte!

Dieser Tatbestand geht auch aus der *Darstellung 28* hervor, in der diese Geldvermögensentwicklungen und -verteilungen im Fünfjahresabstand wiedergegeben werden und zwar gemessen an der Wirtschaftsleistung, also in Prozent des BIP. Demnach mussten 1950 mit jedem Euro Sozialprodukt erst 0,6 Euro Geldvermögen mit Zinsen bedient werden, im Jahr 2010 waren es bereits 3,6 Euro, also das Sechsfache!

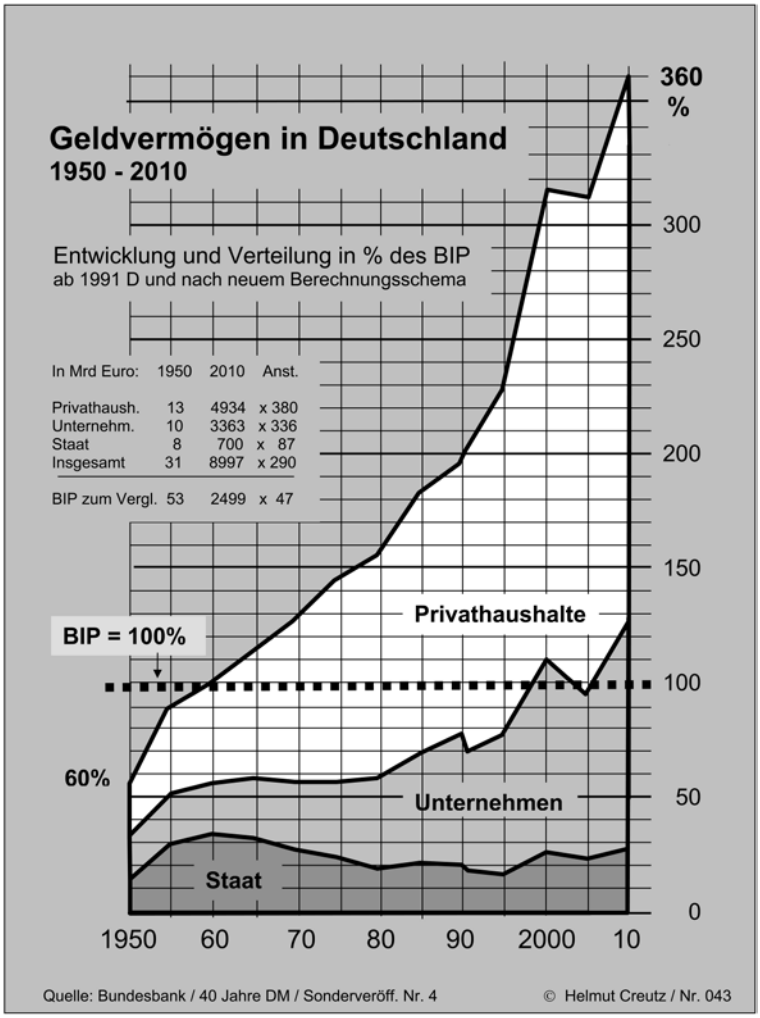
Deutlich werden aus der Darstellung auch die Verschiebungen zwischen den drei Sektoren, bei denen die Privathaushalte, wie schon die Tabelle gezeigt hat, die großen Gewinner waren. Besonders interessant ist auch die Entwicklungen des Staatsanteils: Während diese Geldvermögen in Öffentlicher Hand in den 1950er Jahren noch steil bis auf ein Drittel der gesamten Geldvermögen anstieg, bedingt vor allem durch das hohe Wachstum und die Exportüberschüsse der Wirtschaft, fielen sie bis 1980 auf etwa zwölf Prozent des BIP zurück!

Grundsätzlich könnte man die Konzentration der Geldvermögen in den Händen der privaten Haushalte positiv bewerten. Denn in einer Demokratie soll nicht der Staat wohlhabend und damit übermächtig sein, sondern die Bürger, die letztlich auch alle Werte schaffen. Problematisch ist bei diesen Entwicklungen jedoch einmal, dass diesen großen Geldvermögen der Privathaushalte entsprechend große Verschuldungen im Bereich der Wirtschaft und des Staates gegenüberstehen. Noch problematischer aber ist, dass sich diese Geldvermögen innerhalb der Privathaushalte zunehmend umverteilen und sich bei einer Minderheit konzentrieren.

Der kleine Einbruch bei den Unternehmensvermögen nach 1990, hängt sowohl mit statistischen Umstellungen zusammen als auch mit der Vereinigung der beiden deutschen Staaten.

Darstellung 28:

Geldvermögen in Deutschland 1950 - 2010



Der starke Einbruch zwischen 2000 und 2010 ist dagegen die Folge des Börsencrashs Anfang des neuen Jahrtausends - Folge der fragwürdigen Einbeziehung der Aktien mit ihren Tageswerten in die Geldvermögen! - und natürlich der Einbrüche bei den Banken und Finanzinstituten in der zweiten Hälfte des

ersten Jahrzehnts in unserem neuen Jahrtausend, die im zweiten Jahrzehnt noch weiter gehen wird!

Wie verteilen sich die privaten Geldvermögen?

Über diesen interessanten Bereich gab es seltsamerweise in den ersten Jahrzehnten unserer Wirtschaftsepoche in kaum einem Land offizielle fortgeschriebene Statistiken. Während man ansonsten jeden Monat mit Bergen oft unwichtiger Daten eingedeckt wird, z.B. über die Anzahl der ausgebrüteten Eier und geschlüpften Hähnchen usw., war das Thema Vermögensverteilung lange Zeit fast so unbekannt wie ein unentdeckter Erdteil. Und das gilt nicht nur für die Geldvermögen, sondern genauso für die Sachvermögen und hier vor allem für die Bodenwerte und deren Verteilung.

Bezogen auf die Geldvermögen wurde zwar den deutschen Bürgern vom Statistischen Bundesamt in Wiesbaden jedes Jahr mitgeteilt, in welchem Maße alle gemeinsam wieder reicher geworden waren und mit welchem Durchschnittswert jeder Haushalt daran beteiligt ist, aber lange nichts über die Verteilung. So ergibt sich beispielsweise auch aus den Zahlen für 2010, in denen das Geldvermögen der Privathaushalte mit 4.672 Mrd ausgewiesen wurde, ein Anteil von rund 123 Tsd je Haushalt und pro Kopf von 57 Tsd Euro. Sollte aufgrund dieser angeführten Größen ein deutscher Haushalt seine Sparbücher überprüfen und dort nichts Nennenswertes entdecken, dann kann er davon ausgehen, dass sein Nachbar das Doppelte des ihm statistisch zustehenden Durchschnitts haben muss, also etwa 250 Tsd Euro. Sind auch dessen Konten recht bescheiden, dann müsste bei einem Dritten zwangsläufig bereits das Dreifache der Durchschnittssumme zu finden sein, also etwa eine 370 Tsd Euro. Dabei müsste man diesen privaten Geldvermögen eigentlich auch noch das Gros der Geldvermögen der deutschen Unternehmen hinzurechnen, da auch diese wiederum letztendlich privaten Haushalten gehören! Doch mit diesen ganzen Durchschnittswerten und Extrembeispielen kommen wir immer noch nicht dahinter, wie die Geldvermögen tatsächlich verteilt sind.

Selbstverständlich gibt es einige Statistiken, aus denen gewisse Anhaltspunkte für die Vermögensverteilung zu entnehmen sind, z.B. die Erklärungen zur Einkommen- oder Vermögenssteuer. Allerdings kann man mit diesen Besteuerungsgrundlagen nicht allzu viel anfangen. Denn einmal gibt es bei diesen Erfassungen erhebliche Freigrenzen und Absetzungsmöglichkeiten, zum anderen sind die Grauzonen der Vergesslichkeit zu berücksichtigen, gerade wenn es um die Angaben zum Geldvermögen geht. Und die Möglichkeiten sein Einkommen »Steuern sparend« auszulagern und das geheiligte Bankgeheimnis in den meisten Ländern sorgen außerdem noch dafür, dass es sich bei diesen Grauzonen um keine Bagatellen handelt, auch wenn man sie in den letzten Jahren etwas aufzuhellen versucht.

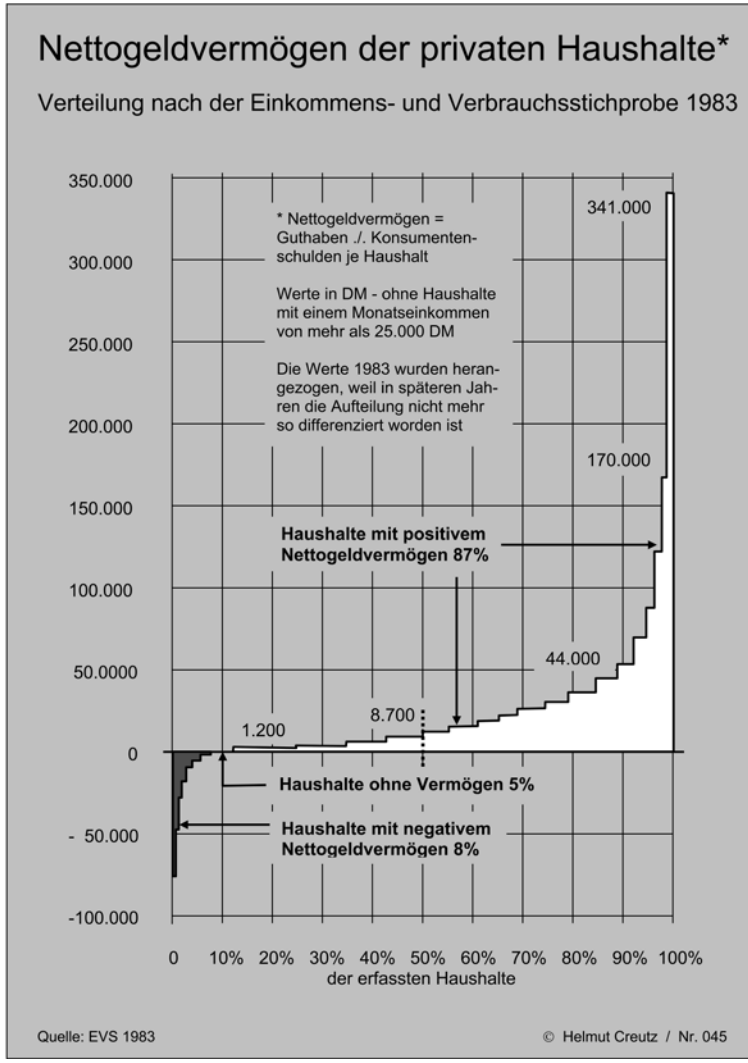
Wie sich diese Geldvermögen jedoch tatsächlich auf die Bürger verteilen, wurde erst durch die Stichprobenerhebungen sichtbar, die vom Statistischen Bundesamt seit den 70er Jahren alle fünf Jahre bei einigen zehntausend Haushalten durchgeführt werden. Die mitmachenden Haushalte müssen dabei ein Jahr lang Aufzeichnungen über ihre Einkommen und Ausgaben machen, den ersten Monat ganz genau, auch über das Woher und Wohin, während für die übrigen Monate eine grobe Erfassung genügte. Für die Teilnahme und Mühe übers Jahr hinweg erhalten die teilnehmenden Haushalte sogar ein kleines Honorar.

Über diese Einnahmen- und Ausgabengrößen hinaus werden die Haushalte beim Abschlussgespräch von ihrem Betreuer, unter dem Versprechen der Verschwiegenheit gegenüber dem Finanzamt, dann auch noch nach ihren Ersparnissen befragt sowie nach ihren eigenen Konsumentenschulden. Der sich daraus ergebende Differenzbetrag wird dann für jeden Haushalt als so genanntes Nettogeldvermögen ausgewiesen.

Besonders interessant war dabei das Ergebnis der Erhebung 1983, und zwar deshalb, weil man dabei eine Verteilung der Vermögen auf 26 Haushaltsgruppen vorgenommen hatte, also auf relativ viele und damit jeweils kleine Gruppen, gestaffelt nach ihren Einkommen, während man diese Verteilung später auf zehn gleich große Haushaltsgruppen reduziert hat. Diese

Darstellung 29:

Nettogeldvermögen der privaten Haushalte



gleich bleibende Aufteilung erleichtert zwar die Vergleiche der einzelnen Fünfjahresergebnisse, egalisiert jedoch gerade bei dem reichsten Zehntel die entscheidenden Unterschiede, die in der Erhebung von 1983 noch sichtbar wurden.

Was kann man dieser Stichprobenerhebungen entnehmen?

In der *Darstellung 34* ist diese Erhebung aus dem Jahre 1983, mit der Verteilung der deutschen Netto-Geldvermögen auf 26 Haushaltsgruppen, einmal wiedergegeben.

Wie daraus hervorgeht, hatten 1983 acht Prozent der Privathaushalte ein »negatives Nettogeldvermögen« (wie die Statistiker diesen Schulden-Tatbestand so rücksichtsvoll umschreiben!), also mehr Schulden als Vermögen oder auch nur Schulden. Bei der Spitzengruppe dieser Schuldenmacher lag der Minussaldo damals bereits bei 72.000 DM, also rund 36.000 Euro. Wohlgemerkt: Nur für private Schulden! Also für Hausbau, Möbel, Reisen und natürlich die Autofinanzierung, mit der auch heute noch die Konjunktur (notfalls auf Pump oder mit Verschrottungs-Prämien) angeheizt wird.

Fünf Prozent aller Haushalte hatten nach dieser Auswertung einen Nullsaldo, das heißt, entweder soviel Schulden wie Vermögen oder von beidem nichts. Die restlichen 87 Prozent der Haushalte verfügten dagegen über ein »positives Nettogeldvermögen«. Allerdings stiegen auch bei dieser Mehrheit die Geldvermögen anfangs nur sehr zögerlich an, um gegen Ende umso kräftiger in die Höhe zu schießen, nämlich bei den letzten 1,2 Prozent der Haushalte bis zu 340.000 DM, was 1983 schon eine hübsche Summe war.

Teilt man einmal die Haushalte in zwei Hälften und addiert bei jeder Hälfte die Nettogeldvermögen zusammen, dann hatte nach dieser Erhebung die ärmere linke Hälfte gerade vier(!) Prozent des gesamten Netto-Geldvermögens in der Hand und die andere Hälfte entsprechend 96 Prozent! Dabei konzentriert sich allerdings auch in dieser reicheren Hälfte das Gros der gesamten Vermögen nochmals bei den letzten zehn Prozent der Haushalte.

Doch auch dieses detaillierte Verteilungsbild mit den fast explosionsartigem Anstieg der Vermögen bei den letzten 1,2 Prozent ist noch relativ geschönt, da bei diesen Erhebungen die Haushalte mit den höchsten Einkommen gar nicht erfasst werden. Denn diese Erfassungsgrenze lag damals bei einem Ein-

kommen von 25.000 DM im Monat und heute bei 35.000 Euro! Das heißt, dort wo die Statistik besonders interessant zu werden beginnt, hört sie leider auch auf!

Nach früheren Auskünften des Statistischen Bundesamtes wurde diese Gruppe mit höheren Einkommen nicht mit aufgenommen, weil sich von diesen Haushalten »zu wenige an der Erhebung beteiligt hatten«. Das ist aber auch verständlich. Denn einmal sprechen diese Superreichen nicht gerne über ihr Vermögen und zum anderen dürfte sie ein Honorar von damals 100 DM kaum verlockt haben, für die Statistiker ein ganzes Jahr lang über alle Einkommen und Ausgaben Buch zu führen.

Die in der Grafik wiedergegebene Spitzengruppe mit einem Vermögen von 340.000 DM sagt also über die tatsächlichen Spitzenvermögen so gut wie gar nichts aus. Denn schon ein einfacher Millionär hat eine dreimal so hohe Vermögenssäule, ein Milliardär eine dreitausend Mal so hohe!

Nicht zuletzt als Folge dieser fehlenden Spitzenzahlen bewegt sich auch das Gesamtergebnis dieser Befragungen weit unter jenen Größen, die von der Bundesbank als Geldvermögensbestände der privaten Haushalte ausgewiesen werden. So lagen diese Geldvermögen in dem hier herangezogenen Jahr lt. Bundesbank 1983 z. B. bei 1.849 Mrd DM, während sich aus den Befragungen des Statistischen Bundesamtes im gleichen Jahr nur Geldvermögen von 504 Mrd DM ergaben!

Wie es zu dem laufenden Aufschaukeln der Geldvermögen kommt, gibt die *Darstellung…(046)* als Schema wieder: Durch das Verleihen der Bestände wachsen diese laufend um die Zinsen an, so dass in der nächsten Runde jeweils ein noch größerer Kredit vergeben werden kann, wobei sich dieser Prozess, auf Grund der Zinseszinsmechanismen, immer schneller hochschaukelt

Wie sieht es mit den Vermögensentwicklungen in der Welt aus?

Hier sind die Zunahmen der Verteilungsdiskrepanzen noch bedenklicher und in vielen Fällen gar nicht mehr nachvollziehbar! So hieß es z.B. bereits Anfang 2000 in einem Bericht über

die Entwicklungen in den USA, der sich auf die Aussagen des MIT-Professors Lester C. Thurow stützte, »dass das Gehaltniveau von leitenden Geschäftsführern und Vorstandsvorsitzenden in den letzten 30 Jahren vom 44fachen auf das 212fache des amerikanischen Durchschnittseinkommens angestiegen ist«. Außerdem war in diesem Bericht zu lesen, dass die Zahl der Milliardäre in den USA von 13 im Jahr 1982 auf 218 im Jahr 1998 zugenommen habe und dass das Vermögen von Bill Gates, des damaligen reichsten Mannes in den Staaten, dem Vermögen von 40 Prozent der gesamten US-Bürger gleich kam, also jenen 110 Millionen Menschen am unteren Ende der Reichtumspyramide.

Diese Vergleiche erinnern auch an jene Meldung der UNO, nach der bereits 1996 die 358 reichsten Menschen auf der Erde ein Vermögen auf sich konzentriert hatten, dass dem Jahreseinkommen von 45 Prozent der Menschheit entsprach. Und die Kluft zwischen den ärmsten 20 Prozent der Menschheit und den reichsten 20 Prozent, hat sich nach der gleichen Aussage seit 1960 mehr als verdoppelt, und zwar von 30 : 1 auf 78 : 1. - Und in der Schweiz nahm die Zahl der Milliardäre in den letzten zehn Jahr auf das Fünffache zu und drei Prozent der Schweizer Bevölkerung besaßen schon im Jahr 2000 mit 374 Mrd Franken an zu versteuerndem Reinvermögen fast ebensoviel wie die übrigen 97 Prozent der Steuerpflichtigen!

Gehen wir noch einmal nach Deutschland zurück, dann hatten sich dort die gesamten Geldvermögen bereits in den 1990er Jahren knapp verdoppelt, mit einem durchschnittlichen Zuwachs von 7,5 Prozent p.a. Das war auch der Grund für die Spekulationswelle, die dann - mangels ausreichend normaler Anlagen - im ersten Jahrzehnts unseres neuen Jahrtausends über uns kam und die, über ihre Einbrüche und Verluste, das bisherige Zunahmetempo abbremste, Verluste die zu einem immer noch offenen Teil von den Steuerzahlern getragen werden müssen!!

Wie entstehen Geldvermögen und woher kommt das Überwachstum?

Wie jeder von uns weiß, nimmt normalerweise das Geldvermögen nur in dem Umfang zu, wie man aus seinem Einkommen etwas auf die Seite legt. Mit Glück kann man natürlich auch beim Lotto oder Toto zu ansehnlichem Vermögen kommen. Doch wenn man bedenkt, dass z.B. die Geldvermögen in Deutschland in den 1990er Jahren im Durchschnitt p.a. um 500 Mrd DM zugenommen haben, tagtäglich also um 1.370 Millionen, dann schmelzen die paar Hundert Lotto-Millionäre im Jahr zu einer unerheblichen Größe zusammen. Vergegenwärtigt man sich jedoch, dass allein die deutschen Banken schon in den 90er Jahren täglich Zinsen in Höhe von mehr als tausend Millionen DM an die Sparer ausgeschüttet haben und in den ersten neun Jahren dieses Jahrtausends, trotz aller Krisen, 760 Millionen Euro an jedem Kalendertag, dann kommen wir der Sache näher: *Geldvermögen entstehen nicht nur aus zurückgelegten Arbeitseinkommen oder Lotteriegewinnen, sondern vermehren sich vor allem durch die Zinsgutschriften auf die bereits vorhandenen Vermögen!*

Das heißt, Geldvermögen vermehren sich gewissermaßen »von alleine«! Und diese wundersame Selbstvermehrung nimmt mit dem Überwachstum der Geldvermögen immer rascher zu, beschleunigt noch bei steigenden Zinssätzen. Selbst die Deutsche Bundesbank schrieb bereits 1997 von der »Selbstalimentation der Geldvermögen« und davon, dass damals schon die Zinsgutschriften bei 80 Prozent der Neuersparnissen gelegen haben. Und der bekannte Wirtschaftsweise Bert Rürup (der inzwischen wie viele Politiker einen gut dotierten Job in der Wirtschaft gefunden hat!) bezeichnete 2008 diesen Vermehrungsmechanismus sogar als »achtes Weltwunder«! Offensichtlich jedoch ohne - wie auch die ganze Zunft der Wirtschaftswissenschaftler - zu begreifen, dass solche wundersamen Entwicklungen, genau wie jedes Pyramiden- oder Schneeballsystem, immer schneller auf einen Kollaps zulaufen müssen! Und gehen wir den Folgen nach und erinnern uns, dass auch in der besten Wirtschaft nichts vom Himmel fällt

und alle zur Verteilung kommenden Einkünfte letztlich immer nur aus Arbeit stammen, dann müssen bei diesen Vorgängen die Arbeitleistenden im gleichen Umfang ärmer werden, wie die bereits Reichen reicher!

Der Zins- und Zinseszinseffekt, der die vorhandenen Geldvermögen mit Verdoppelungsraten wachsen lässt, bewirkt also eine ständige Einkommensumschichtung von der Arbeit zum Besitz, die sich nach mathematischen Gesetzmäßigkeiten laufend beschleunigt. Dabei sammeln sich auf den Konten der Vermögensbesitzer nicht nur die Zinsen aus den Geldvermögen an, sondern auch die Renditen aus den Sachvermögen, die sich in ihrer Höhe tendenziell an den Geldzinssätzen orientieren.

Auf dieses Überwachstum der Geldvermögen hat Rüdiger Szallies, Geschäftsführer der Gesellschaft für Konsumforschung in Nürnberg, bereits 1991 einmal in der Zeitschrift »Sparkasse«, hingewiesen:

> *»Während sich das Nettoeinkommen der Bundesbürger in den letzten 25 Jahren vervierfacht hat, stieg die Sparquote ... um den Faktor 8. Das private Geldvermögen ... wuchs um den Faktor 16. Bereits Anfang dieser Dekade wird das private Geldvermögen die 3-Billionen-DM-Grenze überschreiten und sich bis zum Jahr 2000 auf ca. 5 Billionen DM hinaufkatapultiert haben.«*

Die Wirklichkeit hat diese Prognose allerdings noch überholt. Denn die 5-Billionen-DM-Grenze -wurde bereits Anfang 1997 überschritten und im Jahr 2000 lagen alleine die privaten Geldvermögen bereits bei 7 Billionen DM bzw. 3,5 Billionen Euro, eine Größe, die sich bis Ende 2010 - trotz aller Einbrüche und Verluste - noch auf rund 5 Billionen Euro weiter vermehrte!

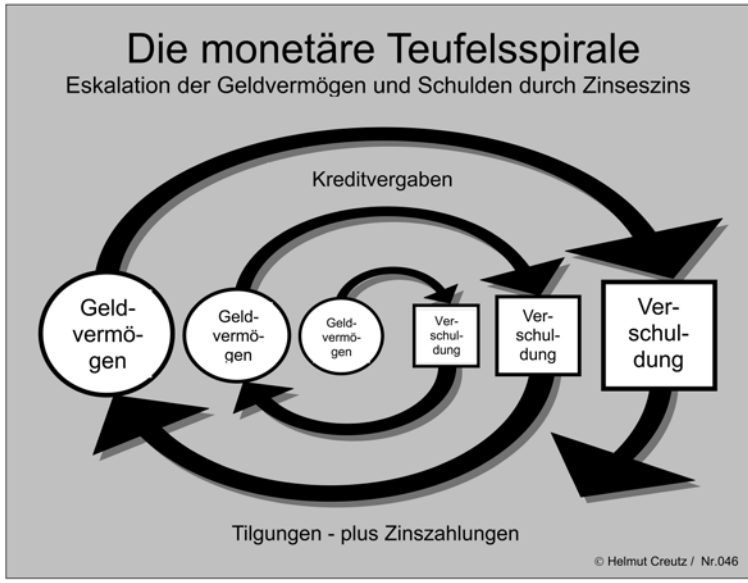
Mit diesen immer höheren Geldvermögen nimmt jedoch nicht nur die Möglichkeit erhöhter Schuldenaufnahmen in der Wirtschaft ständig zu, sondern auch der Zwang dazu! Denn im gleichen Umfang, in dem sich bei den Geldvermögensbesitzern neue Überschüsse an Kaufkraft sammeln, müssen diese in der Wirtschaft fehlen! Und da diese Lücke nur in einem geringen Umfang durch die Geldvermögensbesitzer selbst geschlos-

sen wird, gleichgültig ob über Konsumausgaben oder Investitionen, muss das Gros dieser Überschüsse über zusätzliche Kredite in den Kreislauf zurückgeschleust werden. Diese Zurückschleusungen sind jedoch wieder mit Zinsen verbunden, die ein weiteres beschleunigtes Wachstum der Geldvermögen bewirken, woraus sich dann erneut ein entsprechend vergrößerter Verschuldungszwang ergibt.

Die *Schemadarstellung 36* gibt diese sich selbst nährende Problementwicklung wieder, die im Prinzip einem positiven Rückkopplungsprozess entspricht. Alle Systeme und Prozesse aber, die nach diesem Prinzip funktionieren, sind zum Zusammenbruch verurteil, ähnlich wie ein Heizungssystem, das auf steigende Raumwärme mit weiterer Öffnung der Ventile und damit noch mehr Wärme reagiert.

Darstellung 36:

Die monetäre Teufelsspirale



Aufgrund dieser gegebenen Geldstrukturen befinden sich die heutigen Volkswirtschaften also in einem mehrfachen Dilemma: Schleusen sie die sich ansammelnden Geldvermögen

nicht über Kredite in die Wirtschaft zurück, droht eine durch Geldmangel bedingte Rezession oder gar Depression. Werden jedoch diese Geldvermögens-Ausweitungen über Kredite in den Kreislauf zurückgeführt, dann ist eine Überschuldung mit zunehmenden sozialen Spannungen unvermeidlich. Und versucht man - wie heute in der Politik die Regel - diese sozialen Spannungszunahmen durch ständiges Wirtschaftswachstum auszugleichen, ist der ökologische Zusammenbruch unausweichlich!

14. Kapitel

Die Überentwicklung der Schulden

»Ein immer größerer Teil unserer Arbeit wird von bestehenden Verpflichtungen absorbiert, denen wir nicht ausweichen können. Dies erklärt vieles, was uns bisher rätselhaft war: Den steigenden Stress am Arbeitsplatz; die Querelen in den Familien wegen Geld, ... die um sich greifende Umweltvernichtung.«

Paul C. Martin*

Dass im Gleichschritt mit den Geldvermögensentwicklungen auch die der Schulden zunehmen, wurde bereits im vorstehenden Kapitel erwähnt. Ebenfalls, dass diese Schulden nicht nur im Gleichschritt mit den Geldvermögen zunehmen *können*, sondern sogar zunehmen *müssen*, wenn der Wirtschaftskreislauf geschlossen bleiben soll. Denn wenn diesem Kreislauf über Ersparnisbildungen Geld entzogen wird, dann kann die damit entstehende Nachfragelücke nur durch die Kreditaufnahme eines Dritten geschlossen.

Dieser Zwang zum Ausgleich gilt auch zwischen den Ländern. Hier stehen den Außenhandelsüberschüssen auf der einen Seite entsprechende Defizite auf der anderen Seite gegenüber, die letztlich, wie alle Schulden, nur durch Leistungs-Ausgleiche abgebaut werden können.

Ein solches grenzenübergreifendes Schuldenproblem machte Anfang der 1980er Jahre zum ersten Mal Schlagzeilen, als Mexiko und Polen in die Zahlungsunfähigkeit gerieten. Doch bei diesen damals vieldiskutierten Verschuldungen der Entwicklungs- oder Ostblockländer handelte es sich nur um die sichtbar gewordene Spitze eines weltweit eskalierenden Schuldeneisbergs, der inzwischen praktisch alle Länder erfasst hat und

* Wirtschaftsjournalist, »Zahlmeister Deutschland« 1991

deren Zinslasten inzwischen selbst den größten und reichsten Länder des Westens Probleme macht. Und was die so genannte Dritte Welt betrifft, so überstiegen die von dort in den in den reichen Norden fließenden Zinszahlungen schon seit Jahrzehnten die dem Süden geleisteten Entwicklungshilfen!

Neben den ungerechten Austauschverhältnissen zwischen Nord und Süd liegen in diesen Zinstransfers die hauptsächlichsten Gründe für die lang anhaltende Verarmung dieser Länder, die damit wiederum zu weiteren Kreditaufnahmen im Ausland gezwungen werden. Besonders fragwürdig war und ist dabei der Tatbestand, dass diese Kredite in vielen Fällen mit Waffenlieferungen aus den reichen Ländern zusammenhängen.

Erschwerend kommt noch hinzu, dass alle diese Transfers in harten Devisen gezahlt werden mussten und müssen, die nur durch Exporte verdient werden können. Inzwischen versuchen diese Länder sogar, vor allem in Afrika und Südamerika, durch Verkäufe oder langfristige Verpachtung riesiger Bodenflächen an internationale Unternehmen zu Geld zu kommen, oft ohne Rücksicht auf die darauf lebenden Bewohner.

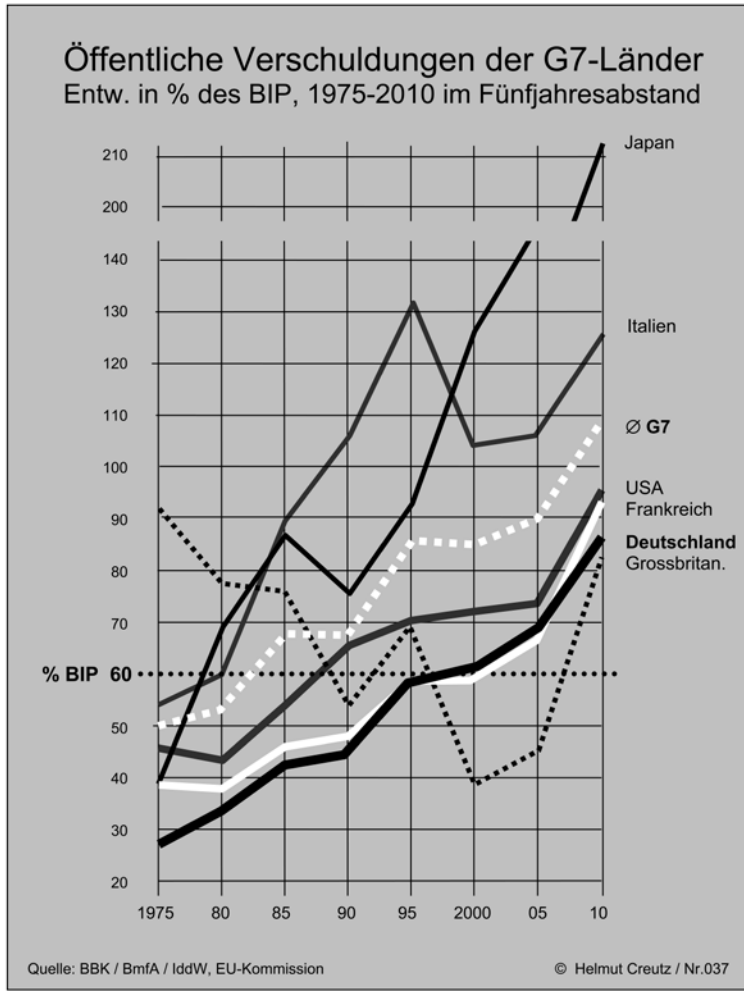
Wer sind die Schuldenmacher in unserem Land?

Wie die Geldvermögen werden auch die Schulden innerhalb Deutschlands, verteilt auf die drei Wirtschaftssektoren ausgewiesen, also auf private Haushalte, Unternehmen und Staat. Dies geht aus der *Darstellung 31* hervor, in der im oberen Teil noch einmal - wie bereits in der *Darstellung* 28 - die Geldvermögensverteilungen wiedergegeben sind und darunter, gewissermaßen auf den Kopf gestellt, die Entwicklungen und Verteilungen der daraus resultierenden Verschuldungen.

Vergleicht man beide Teile in der Grafik, dann zeigt sich insgesamt die Spiegelbildlichkeit beider Gesamtentwicklungen, aber auch die Unterschiedlichkeit innerhalb der Sektoren. So haben die Privathaushalte, die über das Gros der Geldvermögen verfügen, die geringsten Schulden aufgenommen, während sich die Unternehmensschulden etwa auf das Eineinhalbfache ihrer Geldvermögen belaufen.

Darstellung 31:

Geldvermögen und Schulden in Deutschland



Besonders interessant sind die gegenläufigen Entwicklungen der Staatsvermögens- und Schuldenanteile, die in der Grafik direkt übereinander angeordnet sind: Während in den ersten fünfzehn Jahren den rückläufigen Staatsschulden noch steigende Geldvermögen gegenüberstanden, kehrte sich im zweiten Jahrzehnt diese Entwicklung um: Inzwischen ist der Staat

zu einem Viertel an den Gesamtschulden beteiligt, während deutlich mehr als die Hälfte auf den Unternehmenssektor entfällt. Diese unterschiedlichen Entwicklungen der Schulden, die vor allem bei den Privathaushalten lange Zeit kaum eine Rolle spielten, gehen auch aus der Tabelle K/2 hervor

Tabelle K/2

Verteilung der Schulden auf die Sektoren Privathaushalte, Unternehmem und Staat:

Deutschland 1950 bis 2010 - nominelle Werte in Mrd Euro						
	1950	1970	1990	2010		Anst. 1950-07:
Private Haushalte:	1	17	139	1536	x	1536
Unternehmen:	22	353	1560	4687	x	213
Öffentliche Haushalte:	10	63	528	2080	x	208
ges. Geldschulden:	34	433	2228	8303	x	244
BIP zum Vergleich:	**53**	**346**	**1307**	**2499**	**x**	**47**

Quellen: Bundesbank Sonderveröffentlichung 4, Monatsberichte und »40 Jahre Deutsche Mark«

Da alle Größen in der Darstellung wieder in Prozenten des BIP umgerechnet sind, wird gut sichtbar, dass die Schulden, genau so wie die Geldvermögen, fünf bis sechs Mal rascher zugenommen haben als die Wirtschaftleistung und diese inzwischen um das Dreieinhalbfache übersteigen! Die zwischenzeitlichen leichten Rückgänge nach 1985 und 2000, waren Folgen von Konjunktureinbrüchen, die sich deshalb vor allem auch im Unternehmenssektor abzeichnen. Der deutliche Versprung zwischen den Schulden der Privathaushalte und der Unternehmen ab 1991 ist jedoch durch statistische Umstellungen bedingt, mit denen die Hypothekarschulden, vorher bei den Unternehmen mit erfasst, den privaten Haushalten zugeordnet wurden. Das gleiche gilt auch für die Verschuldungen der Gewerbe- und Familienbetriebe, so dass als »Unternehmen«

nur noch die »nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften« geführt werden.

Manchen mag es auf den ersten Blick fragwürdig erscheinen, dass hier sich ansammelnde Bestandsgrößen, wie die Geldvermögen oder Schulden, mit der sich jährlich erneuernden Flussgröße des Sozialprodukts verglichen wird. Wenn man jedoch bedenkt, dass aus diesem Sozialprodukt jedes Jahr die überproportional wachsenden Schulden mit Zinsen bedient werden müssen, dann wird die problematische Beziehung zwischen diesen beiden Größen deutlich.

Wie wirken sich die Schulden auf die Haushalte aus?

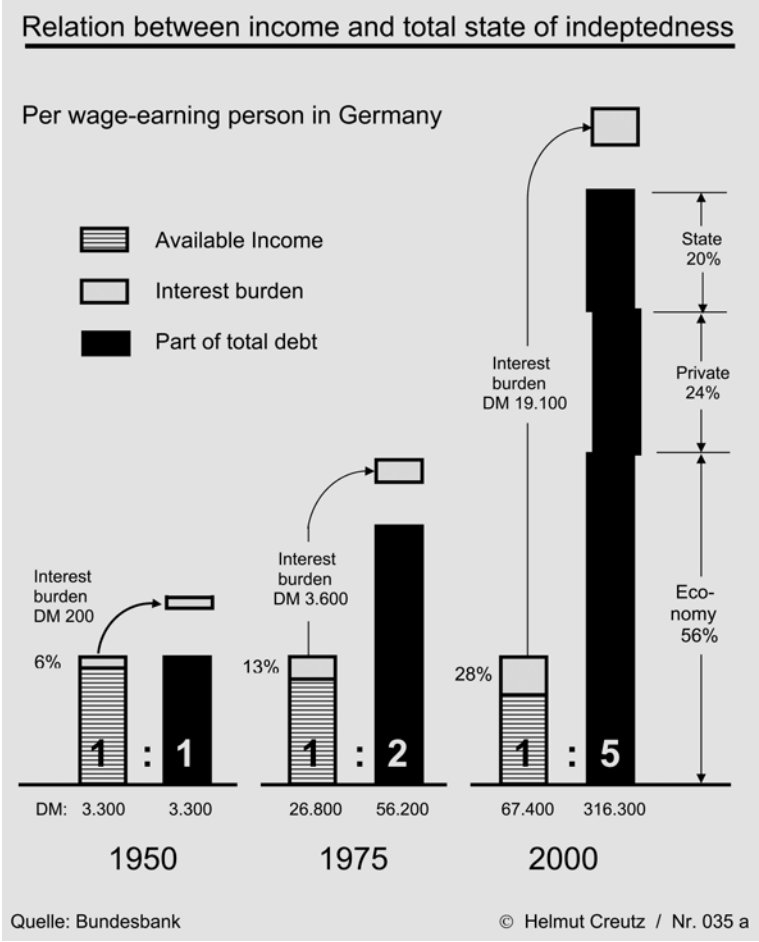
Auf diese Frage gibt die *Darstellung 32* eine Antwort, in der die Gesamtverschuldung in drei Stichjahren auf die rund 38 bzw. 40 Millionen Erwerbstätigen bzw. private Haushalte umgerechnet und jeweils mit dem durchschnittlichen verfügbaren Einkommen verglichen werden.

Wie die unter den Säulen eingetragenen Beträge wiedergeben, sind in Deutschland die verfügbaren Einkommen je Erwerbstätigen bzw. Haushalt, von 1950 bis 2010 und umgerechnet in Euro, von 1.700 auf 40.800 Euro angestiegen. Diesem nominellen Anstieg der Einkommen auf rund das 24fache stand jedoch ein Anstieg der auf jeden Haushalt rechnerisch entfallenden Schuldenanteile auf das 122fache gegenüber. Entsprechend stiegen auch die Zinslasten an, die letztlich über alle Ausgaben - ob Einkäufe, Mieten und Steuern - von den Haushalten als Endverbraucher gezahlt werden müssen und welche wiederum die hinter den Schulden stehenden Geldvermögen entsprechend anwachsen lassen. Diese von den Haushalten zu tragenden und ständig wachsenden Zinslasten sind als Abzug in den Haushalts-Einkommenssäulen als Prozentanteile eingetragen.

Rechnet man diese Zinslasten in Jahres-Arbeitszeiten um, dann musste 1950 jeder Erwerbstätige dafür etwa drei Wochen arbeiten, 1980 etwa sieben und 2010 rund fünfzehn Wochen, also mehr als ein Vierteljahr. Und da diese Zinslasten - wie in der Darstellung angedeutet - wiederum die Geldvermögen

Darstellung 32:

Relation between income and total state of indeptedness



überproportional wachsen lassen, kommt dieses Zuwachs dann wieder über höhere Verschuldungen in die Wirtschaft zurück. Dabei sind mit den hier dargelegten Zinsströmen nur diejenigen erfasst, die mit den Geldvermögen zusammenhängen. In Wirklichkeit kommen noch die die Zinsen für das schuldenfreie Sachkapital hinzu. Dessen Größen ergibt sich aus den gesamten in der Wirtschaft eingesetzten Sachvermögen, abzüglich der Verschuldungen. Zusammen mit der Verzinsung des wirt-

schaftlich eingesetzten schuldenfreien Sachkapitals, einschl. des Bodens, dürften die hier angeführten Zinsbelastungsgrößen darum noch einmal etwa um etwa die Hälfte ansteigen.

Aus den in der Grafik dargelegten Zahlen und Säulenhöhen kann man schon optisch entnehmen, dass die bisherige Entwicklung kaum noch lange weitergehen kann. Irgendwann müssen entweder die arbeitenden Menschen unter der ständig steigenden Zinsbelastung zusammenbrechen oder das im Übermaß wachsende monetäre System an sich selbst, wie wir das ja in den letzten Jahren bereits im Ansatz erlebt haben.

15. Kapitel

Staatsverschuldungen

»Die Verschuldung der öffentlichen Hände beginnt zu einer wirklichen Bedrohung unseres Gemeinwesens zu werden. Das Vertrauen der Bevölkerung in die Fähigkeit, die immer weiter ausufernde Staatsverschuldung zu bändigen, ist praktisch geschwunden.«

Kurt Biedenkopf*

Als Ronald Reagan Anfang 1981 Präsident der USA wurde, hat er den Bürgern die Schwere seines Amtes vor der Fernsehkamera demonstriert: Er hielt ein Paket Dollarnoten im Wert von einer Million in der Hand und verwies darauf, dass die gesamte Staatsverschuldung, aus solchen Paketen aufeinander getürmt, die Höhe von siebzig Kilometern habe. Als er acht Jahre später sein Amt verließ, hat er aus gutem Grund auf diese Show verzichtet: Die aufeinander geschichteten Dollarnoten der Staatsschuld hatten nämlich inzwischen eine Höhe von über 200 Kilometern erreicht! Die nachfolgenden Präsidenten haben dann gleich solche griffigen Vergleiche unterlassen. Denn während diese Staatschulden, gemessen an der Wirtschaftsleistung (BIP) 1981 noch bei 45 Prozent lagen, hatten sie zehn Jahre später bereits 65 Prozent erreicht und Ende 2010, mit 96 Prozent, fast deren Höhe! Und da diesem ständig steigenden Kreditbedarf der USA schon seit Jahren keine ausreichenden Ersparnisse im eigenen Land gegenüberstanden und -stehen, musste man diese Schulden zunehmend im Ausland aufnehmen, vor allem in Ländern wie Japan, die über hohe Ersparnis-Überschüsse verfügen. Inzwischen aber ist der größte Gläubiger der USA die Volksrepublik China, die auf Grund ihrer enormen Exportüberschüsse und der festgeschriebenen niedrigen Wechselkurse auf riesigen Dollarguthaben sitzt.

---

* Ministerpräsident des deutschen Bundesstaates Sachsen, DIE WELT, 28.11.1989

Die Wirtschaft und vor allem die öffentlichen Haushalte in den Vereinigten Staaten leben also nicht nur über ihre Verhältnisse, sie müssen auch noch jedes Jahr höhere Zinszahlungen an ausländischen Gläubiger leisten. Das aber ist mit entsprechenden Reichtumsabflüssen ins Ausland und Verlusten im Inland verbunden, die durch das immer größer werdende Außenhandelsdefizit noch zusätzlich verschärft werden.

Die Staatsverschuldung in Deutschland

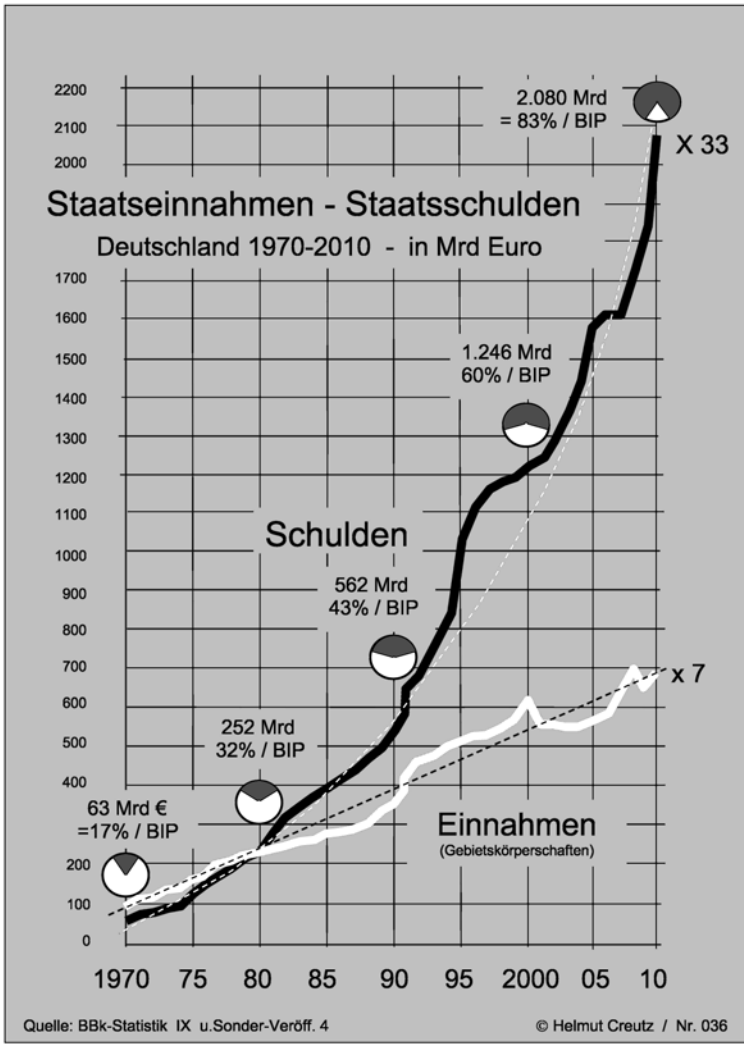
Auch hier klagte bereits der deutsche Bundeskanzler Helmut Kohl bei der Regierungserklärung 1982 über das ihm auferlegte Erbe:

> *»Ende dieses Jahres wird sich der Schuldenstand des Bundes auf über 300 Milliarden DM erhöhen; bei Bund, Ländern und Gemeinden zusammengenommen auf über 600 Milliarden DM; mit Bahn und Post zusammen addiert auf rund 700 Milliarden DM. Allein der Zinsendienst der öffentlichen Hand wird Ende dieses Jahres rund 60 Milliarden DM betragen ... Die Neuverschuldung reicht kaum noch aus, um die jährliche Zinslast zu bezahlen.«*

Liest man den letzten Satz, dann hätte man eigentlich schon damals stutzig werden müssen. Denn er besagt genau das, was die Geld gebenden Industrienationen den überschuldeten Entwicklungsländern seit 1981 ständig vorgeworfen haben, nämlich die Bedienung der vorhandenen Schulden durch Neukreditaufnahmen! Und hätte Kohl - ähnlich wie Reagan - die Schulden 1982 mit Geldscheinbündeln von 1.000-DM-Noten demonstriert, dann wäre in seiner Regierungszeit die Säule ebenfalls - wie in den USA - auf das Dreifache angewachsen. Dies geht aus der *Darstellung 33* hervor, in der die Entwicklungen der gesamten öffentlichen Verschuldungen in Deutschland von 1970 bis 2010 wiedergegeben sind, jeweils im Vergleich mit der Entwicklung der gesamten Staatseinnahmen in Mrd Euro.

Darstellung 33:

Staatseinnahmen - Staatsschulden



Wie aus der Grafik ersichtlich, entwickelten sich die staatlichen Verschuldungen in Deutschland in den ersten 1970er Jahren noch im Gleichschritt mit den Staatseinnahmen. Ab 1974 stiegen sie jedoch schneller als die Einnahmen an und im Anschluss daran ging die Schere zwischen beiden Größen

immer weiter auseinander. Diese Überentwicklung der Schulden wird ebenfalls deutlich, wenn man sie - wie in den Kreisflächen der Fall - jeweils an der Wirtschaftsleistung misst: Umgerechnet in Prozenten des BIP stiegen sie von 19 Prozent im Jahr 1970 bereits bis 1980 auf 43 Prozent! - In den letzten Jahren vor 2000 wurde der Anstieg dann auf jene 60 Prozent des BIP abgebremst, die in den so genannten Maastricht-Kriterien als Obergrenze für die Staatsverschuldungen festgelegt worden waren. Allerdings ging es nach diesem Stichjahr, trotz aller Vereinbarungen, wieder steil nach oben weiter, um bis Ende 2010 die Marke von rund 83 Prozent des BIP zu erreichen.

Diese ausufernde Staatsverschuldung ist jedoch keinesfalls nur eine Frage der Belastung des Staatshaushalts und der damit schwindenden Planungs- und Gestaltungsfreiheit von Politikern und Regierungen. Sie hat auch andere schwerwiegende Folgen, die meist nicht genügend beachtet werden. So z.B. im ökologischen Bereich. Darauf verwies der Bundes-Arbeitskreis für Wirtschaft und Finanzen des größten deutschen Umweltverbandes, BUND, bereits 1992 in einer Analyse:

> *»Der Anstieg der Staatsverschuldung ist aus mehreren Gründen bedenklich. Erstens bewirkt eine Ausweitung der Staatsnachfrage grundsätzlich eine Zurückdrängung privater Investitionen bedingt durch steigende Zinssätze. Zweitens sinkt die Flexibilität der Haushaltspolitik, da ein immer größerer Teil für Zinszahlungen und Tilgung aufgebracht werden muss. Und drittens ist der Staat wegen der zunehmenden Verschuldung gezwungen, seine an Wachstum orientierte Politik weiter fortzuführen, um den Schuldenberg mit wachsendem Steueraufkommen zu bewältigen. Wirtschaftswachstum ist jedoch mit schwerwiegenden Folgen für die Umwelt verbunden. Durch Wirtschaftswachstum werden erhebliche ökologische Folgekosten produziert, die die Mehreinnahmen überkompensieren können und gleichzeitig zu irreparablen Umweltschäden führen.«*

Warum sind Staatsverschuldungen besonders folgenschwer?

Wer einen Kredit aufnimmt, schafft damit normalerweise Dauerwerte, mit deren Erträgnissen er den Kredit mit Zinsen bedienen und nach und nach zurückzahlen kann. Diese Dauerwerte, z.B. Gebäude oder Produktionsanlagen, dienen gleichzeitig der Absicherung der Geldgeber bzw. der Kredit gebenden Banken. Natürlich ist diese Absicherung selbst bei Immobilien keine volle Garantie. Denn werden viele Schuldner zeitgleich zahlungsunfähig, kann aufgrund des Überangebots an Objekten deren Tageswert unter die Verschuldungshöhe fallen, so wie wir das im vergangenen Jahrzehnt in den USA mit den billig vergebenen Hypotheken-Krediten erlebt haben. Und zu welchen Kettenreaktionen so etwas führen kann, wenn diese Kredite dann auch noch - zusammengefasst, umgepackt und gestückelt - als Spekulationsmaterial verwendet, hat jeder noch in Erinnerung.

Bei Staatsverschuldungen ist die Lage - zumindest anfangs - günstiger. Staaten sind die einzigen Schuldner, die eine dauernd sprudelnde Geldquelle haben auf die sie nach Bedarf zurückgreifen können, nämlich den Steuerzahler. Wie fragwürdig allerdings auch diese Quellen werden können, hat uns nicht nur die Geschichte zu genüge gezeigt, sondern auch die Ereignisse in den letzten Jahren. Und zu solchen Sackgassenentwicklungen, aus denen schließlich auch die Staaten sich nicht mehr herausmogeln können, kommt es schneller als man denkt. Das vor allem, wenn verantwortungslose Politiker im Hinblick auf Wahlen (und solche stehen fast immer irgendwo an!) lieber neue Schulden machen, als über Ausgaben-Einsparungen oder Steuererhöhungen die Bürger zu belasten. Und das gilt dann sogar noch für jene Bürger, deren Einkünfte - nicht zuletzt auch durch die Spekulationen auf den Finanzmärkten - förmlich explodiert sind und in deren Reihen sich die Millionäre und Milliardäre laufend verdoppeln.

Dass es diese Probleme nicht erst seit unseren Tagen gibt, zeigen die Zitate aus den vergangenen Jahrhunderten im separaten *Kasten J.* - Selbst Prof. Dr. *Otmar Issing*, ehemaliger

Chefvolkswirt der Bundesbank und der Europäischen Zentralbank, äußerte sich dazu bereits 1992:

> *»Der durch Wahltermine ›verkürzte Zeithorizont‹ und die mangelnde politische Repräsentanz künftiger Generationen sind zwei der Hauptfaktoren, die in der Demokratie eine … Tendenz zur überhöhten Staatsverschuldung bewirken.«*

Was bei öffentlichen Schulden als Sicherheit für die Geldgeber verbleibt, sind zwar auch überwiegend Dauerwerte. Aber was können Gläubiger mit den Dauerwerten des Staates anfangen? Zum Beispiel mit einer Schule, Turnhalle oder einem Stück Autobahn? Mit einer Kaserne, Kanone oder Kläranlage?

> »Wenn Staatsschulden einmal bis zu einem gewissen Grad angehäuft sind, so lässt sich, glaube ich, kaum ein einziges Beispiel für ihre richtige und vollständige Bezahlung anführen.«
>
> Adam Smith, 1776

> *»Es leuchtet ein, wo mit der Anleihe nicht gleichzeitig eine Steuererhöhung stattfindet, kann der Zins der gemachten Anleihe nur noch durch neue Anleihen gedeckt werden.«*
>
> Lorenz von Stein, 1860

> *»Nichts ist richtiger, als dass jeder Staat, der immerfort borgt, der nie die vorher gemachten Schulden abzahlt, endlich untergehen muss.«*
>
> Karl August von Struensee, 1800

So pünktlich und zuverlässig die staatlichen Schuldenmacher auch über Jahre und Jahrzehnte hinweg die Zinsen zahlen mögen: An irgendeiner Stelle platzt einmal der immer weiter aufgeblasene Schuldenballon, mit oder ohne Generalstreiks, Revolutionen oder gar Bürgerkriegen. Und was dann die Gläubiger noch zurückerhalten, bzw. was nach der letzten Notbremse des Staates, nämlich der inflationäre Entwertung des Geldes und

damit sämtlicher Ansprüche an den Markt, von den ganzen Ersparnissen der Bürger noch übrig bleibt, wissen wir nicht nur aus der Geschichte, sondern auch aus unseren Tagen. Und zu wessen Rettung und in welchem Umfang dann jene »Rettungsschirme« wirksam werden, die Euro-Staaten den Banken und Bürgern in vielstelligen Milliardenhöhen inzwischen zugesichert haben, ist abzuwarten. - Und das nicht nur im Hinblick auf die Stabilität unseres Geldes!

Was ist mit der Staatsverschuldung in den übrigen Industrienationen?

Zieht man zur Beantwortung dieser Frage einmal die so genannten führenden G7-Länder heran (die inzwischen auf G10 bzw. sogar G20 ausgeweitet wurden!) und rechnet deren öffentliche Verschuldungen einmal in Prozenten des jeweiligen Sozialprodukts um, dann ergibt sich für den Zeitraum 1975 bis 2010 das in der *Darstellung 34* wieder gegebene Entwicklungsbild, in dem die einzelnen Schritte im Fünfjahresabstand eingetragen sind.

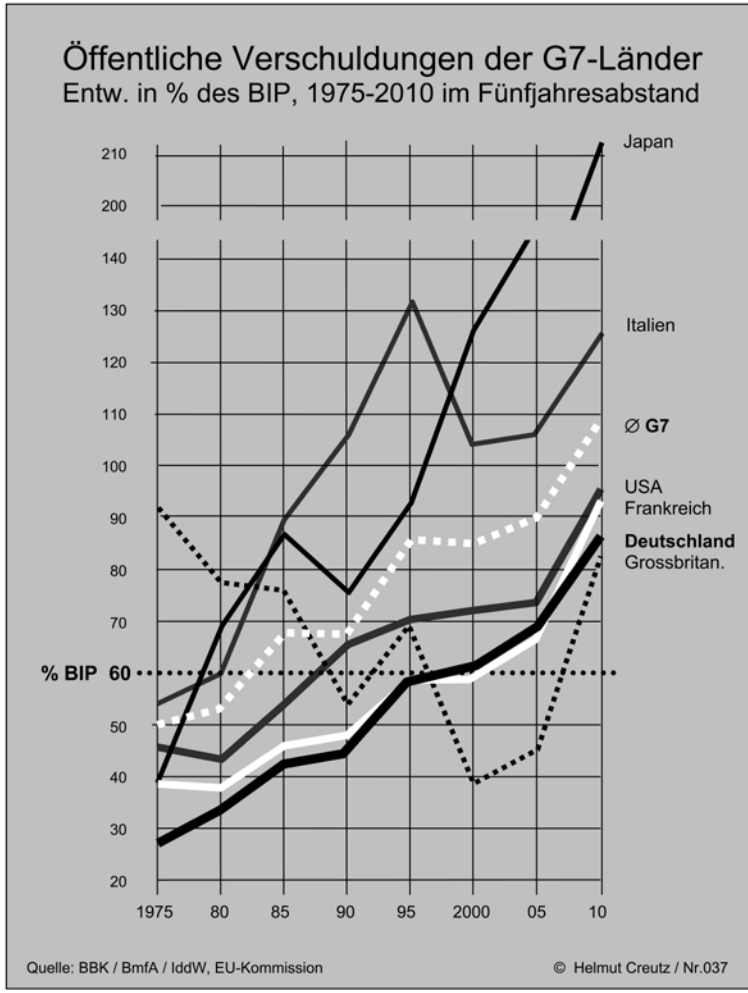
Was zuerst ins Auge springt ist der Tatbestand, dass in allen Ländern, mit Ausnahme von Großbritannien, die Verschuldungen in den wiedergegebenen 35 Jahren deutlich zugenommen haben, besonders explosiv in Japan, wo man inzwischen die doppelte Höhe des BIP überstiegen hat und - angesichts der Zerstörungen durch Erdbeben, Tsunami und der AKW-Katastrophe - wohl noch weiter übersteigen wird.

Wie aus der Grafik weiter zu entnehmen, lagen Ende 2010 die USA, Deutschland und Frankreich noch recht nahe beieinander, auch schon in den vorausgegangenen Jahrzehnten. Selbst Großbritannien, das noch bis im Jahr 2000 seine Schulden radikal abgebaut hatte, war wieder mit dabei.

Dieser aus dem Rahmen fallende Schuldenabbau in GB, unter der Regie von Margret Thatcher, konnte jedoch nur mit ähnlich fragwürdigen Methoden erreicht werden, wie sie inzwischen auch bei einigen Euro-Staaten zur Debatte stehen: Verkauf des »Tafelsilbers« der Nation, angefangen von den

Darstellung 34:

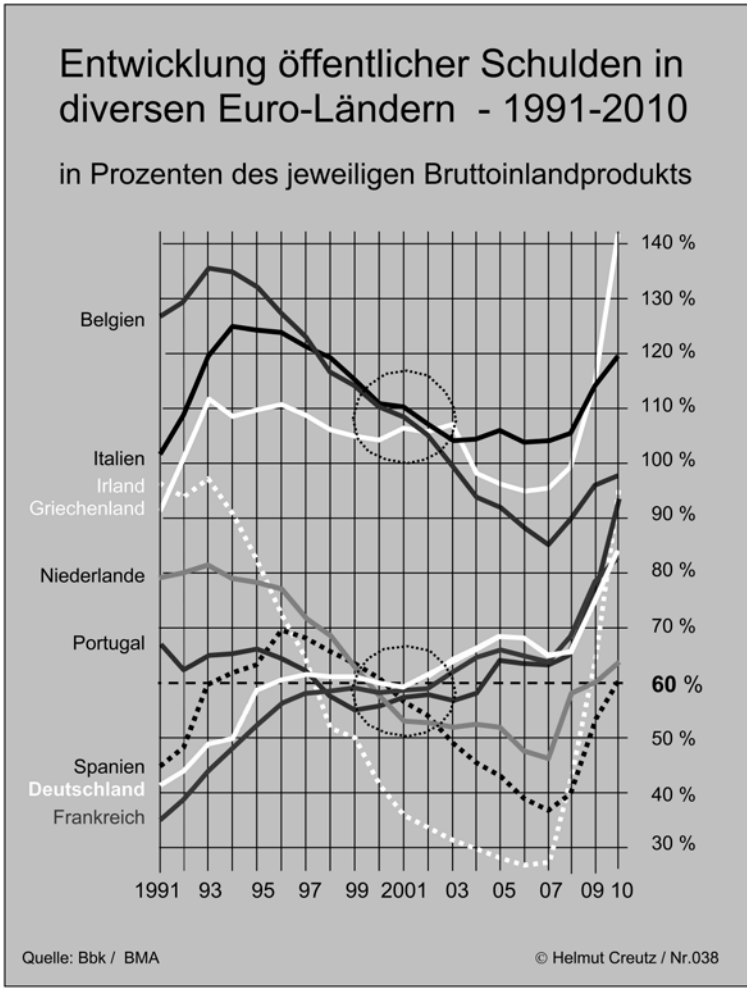
Öffentliche Verschuldungen der G7-Länder



Elektrizitäts- und Wasserwerken bis hin zu Bahn, Post den Häfen und anderen öffentlichen Diensten. Auch in Deutschland hat man diese Probleme bereits, trotz allgemeinen Wirtschaftswachstums in den letzten Jahrzehnten, z. T. auf Kosten der Lohneinkommen gelöst.

Darstellung 35:

Entwicklung öffentlicher Schulden in diversen Euro-Ländern - 1991-2010



... und in den Euroländern?

Bekanntlich wurde in den Maastricht-Kriterien für die teilnehmenden Länder u.a. eine maximale Neuverschuldung von drei Prozent des BIP p. a. sowie eine Gesamtverschuldungsgrenze

von 60 Prozent festgelegt. Wie sich, bezogen auf diese Gesamtverschuldungsgrenze, die öffentlichen Schulden tatsächlich entwickelt haben, geht aus der *Darstellung 35* hervor, bezogen auf den Zeitraum von 1991 bis 2010.

Wie gut zu erkennen, zeichnet sich in der ersten Hälfte der 1990er Jahre noch der allgemeine Schuldenanstiegs-Trend ab, der vor allem durch die Hochzinsphase 1988 bis 1993 ausgelöst bzw. verstärkt worden war. Der von den Euro-Ländern ab Mitte der 1990er Jahre angestrebte Schuldenabbau auf 60% des jeweiligen BIP, wurde also durch die ab 1993 einsetzende allgemeine Zinssenkungsphase begünstigt. Am erfolgreichsten war dabei Irland, dessen Schuldenquote 1993 noch bei 96 Prozent lag und bis 2000 bis auf die Marke von 40% und bis 2007 sogar auf 25% abgebaut werden konnte. Möglich wurde dieser Abstieg allerdings nur durch eine Boomphase, die man durch extreme Steuervergünstigungen für Unternehmen auslöste und mit der man vor allem Firmen aus der Finanzbranche ins Land lockte. Auf wessen Kosten und mit welchen Folgen dies geschah, ist uns inzwischen bekannt und zeichnet sich an der gegenläufigen explosiven Zunahme der irischen Verschuldungen ab, die innerhalb von drei Jahren auf das Dreifache anstieg!

Die Schuldenabbau-Erfolge und -versuche der drei anderen Spitzenschuldner, also Belgien, Italien und Griechenland, waren dagegen deutlich bescheidener. Sie erreichten - wie durch die Kreisdarstellungen betont - bis zum Einstieg in den Euro 2001 nur Marken zwischen105 und 110 Prozent und hätten also niemals in den Euro-Kreis aufgenommen werden dürfen. Und geht man von den neuerlichen Anstiegen aus, dann fragt man sich, wie und bis wann sie das vorgegebene Ziel von 60 Prozent eigentlich je erreichen wollen oder können! Doch selbst jene Länder, die dieses Ziel bis zur Einführung des Euro im Jahr 2001 schafften, legten anschließend wieder kräftig zu.

Die rühmliche Ausnahme unter allen Euro-Staaten, nämlich Luxemburg, passt mit seiner Verschuldungs-Quote von fünf bis sieben Prozent gar nicht in die Grafik hinein. Allerdings kann dieses kleine Land kaum als Vorbild herangezogen werden. Im Gegenteil: Denn durch die jahrzehntelange

zugelassene Steuerflucht nach Luxemburg und die dort entstandenen Bankenmassierungen, hat dieses Land im gleichen Umfang profitiert, wie die anderen Länder verstärkt zur Schuldenaufnahme gezwungen wurden und Verluste in Kauf nehmen mussten!

Lässt sich das Problem der Staatsverschuldung überhaupt lösen?

Theoretisch sind Schuldentilgungen letztlich immer nur aus laufenden Einkommen oder - notfalls - eigenen Vermögensbeständen möglich, denn wohin Tilgungen oder Zinsbedienungen mit Hilfe neuer Kreditaufnahmen führen, können wir den Kurven in den vorstehend wiedergegebenen Grafiken entnehmen.

Allerdings gibt es in jeder Volkswirtschaft auch ein Zwang zur Verschuldung, der sich aus den ständig wachsenden Geldvermögen ergibt. Denn deren Zuwächse *können* nicht nur wieder in den Wirtschaftskreislauf zurückgeführt werden, sondern diese Rückführungen sind ein Muss! Das heißt, jede Volkswirtschaft ist gezwungen, im Gleichschritt mit den wachsenden Ersparnissen auch ihre Schulden auszuweiten, und notfalls muss sogar der Staat das tun!

Dabei sollte ein Staat, der selbst ja so gut wie keine Werte schafft, eigentlich ganz auf Kreditnachfragen verzichten und alle Ausgaben nur über Steuern und Abgaben finanzieren. Das vor allem, weil der Weg über Kredit-Finanzierungen - auch für die sozialste Maßnahme - langfristig immer der denkbar unsozialste ist. Denn als Folge jeder Kreditaufnahme und deren Zinsbedienung werden die bereits Reichen auf Kosten der anderen Bürger zwangsläufig immer nur noch reicher. Doch in bestimmten Situationen sind die Staaten geradezu zur Schuldenaufnahme gezwungen! Ganz einfach weil das Risiko eines sonst möglichen deflationären Konjunktureinbruchs noch größer sein kann! - Auf diese Zwickmühlen-Situation hat der deutsche Wirtschaftsprofessor Rüdiger Pohl, über viele Jahre Mitglied jenes Sachverständigen-Gremiums, das die Bundes-

regierung berät, bereits am 11.12.87 in einer Veröffentlichung in der Wochenzeitung DIE ZEIT hingewiesen:

> *»Wohlgemerkt: Staatliche Kreditaufnahme ist kein Selbstzweck. Aber wenn - wie heute in der Bundesrepublik - das Kapitalangebot aus privaten Ersparnissen steigt, gleichzeitig die Kapitalnachfrage ... der Unternehmen wegen der schwachen Investitionsneigung gering bleibt, dann muss der Staat das am Markt entstehende Kapitalüberangebot aufnehmen, weil anderenfalls eine deflationäre Wirtschaftsentwicklung einsetzen würde.«*

Das heißt, wer sich Gedanken über die Schuldenlawinen in aller Welt macht, die ständig größer und unlösbarer werden, gerade auch im Hinblick auf die staatlichen Verschuldungen, muss sich mit jener Ursachenkette befassen, die auf Grund der Überentwicklungen der Geldvermögen zu einer Überentwicklung der Schulden und nachfolgend der Zinsbelastungen führt, deren Wirkungen und Auswirkungen im nächsten Kapitel nachgegangen wird.

16. Kapitel

Die Überentwicklung der Zinsströme

»Die weltweit überproportional wachsenden Zinsströme, der sich daraus ergebende Zwang zum Wirtschaftswachstum und die damit einhergehende ökologische Katastrophe zwingen uns ... bereits aus purem Eigeninteresse zum Umdenken.«

Hugo Godschalk*

Dass mit der Überentwicklung der Geldvermögen und Schulden auch die Zinsströme überproportional ansteigen, ist verständlich. Viel entscheidender aber ist die umgekehrte Aussage; *dass es nur über diese Zinsströme zu jenen Überentwicklungen der Vermögens- und Schuldenbestände kommt!*

Die Größen der jeweils aktuellen Zinsströme werden jedoch nicht nur vom Umfang der Vermögens- und Schuldenbestände bestimmt, sondern in einem eklatanten Maße auch von den Schwankungen der Zinssätze, durch die es in wenigen Jahren zu Verdoppelungen als auch Halbierungen der Zinseinkommen und -lasten kommen kann.

Bevor wir diesen Zinssatzschwankungen jedoch nachgehen, vorab zur besseren Übersicht eine Tabelle, in der die Zinsstromgrößen mit ihrem Umfeld wiedergegeben sind, bezogen auf den Bankenbereich und das Jahr 2007. Dabei entstammen die Zinseinnahmen und Ausgaben den jährlichen Erfassungen der Bundesbank, aus deren Differenz - der Bankmarge - sich der bei den Banken verbleibende Teil ergibt, mit dem sie ihre Kosten abdecken, die überwiegend personalbezogen sind.

---

* Ökonom in »Gerechtes Geld - gerechte Welt«

Tabelle L

Bankgeschäfte und bankbezogene Zinsgrößen 2007 (im Vergleich mit dem BIP und anderen volkswirtschaftlichen Größen)

	Mrd Euro	in % BIP
Bankgeschäftsvolumen:	7.592	319%
Einlagen von Nichtbanken u. a. Passiva:	5.813	240%
Kredite an Nichtbanken u. a. Aktiva:	5.069	209%
Bankzinserträge = Zinslasten der Wirtschaft:	419	17,3%
Bankzinsaufwendungen = Zahlungen an Sparer:	327	13,5%
Zinsüberschuss = Bankmarge:	92	3,8%
Umrechnungen auf einige volkswirtschaftliche Schlüsselgrößen:		
Bankzinserträge in % des Volkseinkommens i. H. von 1.827 Mrd:		22,9%
in % der verfügbaren Haushaltseinkommen i. H. von 1.514 Mrd:		27,7%
in % der Haushaltsausgaben i. H. von 1.373 Mrd:		30,5%

(Quelle: Deutsche Bundesbank - Monatsbericht September 2008)

Was die vorstehend angeführten Zinsstromgrößen betrifft, so sei noch einmal darauf hingewiesen, dass es sich hierbei nur um jene Zinsen handelt, die bei den Banken anfallen. Das heißt, die Verzinsungen außerhalb der Banken bzw. die des schuldenfreien Sachkapitals - also des wirtschaftlich eingesetzten Eigenkapitals - sind mit den obigen Zahlen nicht erfasst.

Rechnet man die bankbezogenen Zinserträge, die 2007 bei 419 Mrd Euro lagen, einmal auf die rund 240 Bank- bzw. Werktage um, dann ergeben sich Zinseinnahmen von rund 1,7 Mrd und Zinsausschüttungen von rund 1,4 Mrd Euro pro Tag, bezogen auf die 365 Kalendertage also 1,1 bzw. 0,9 Milliarden.

Zwar muss man von diesen bankbezogenen Zinsgrößen etwa ein Drittel für die bankinternen wechselseitige Kreditgeschäfte abziehen um die volkswirtschaftlich relevanten Größe zu ermitteln. Dafür aber müssen mindestens in ähnlicher Größenordnung jene geldbezogenen Zinsströme hinzugerechnet werden, die nicht mit Bankeinlagen und -krediten zusammenhängen. Neben den Zinseinkünften aus Versicherungsanlagen gehören hierzu vor allem die Erträge aus Wertpapieren, Schuldverschreibungen, Investmentfonds usw. Vor allem aber kommen, wie bereits erwähnt, noch die Zinseinnahmen aus den unverschuldeten Sachvermögen hinzu.

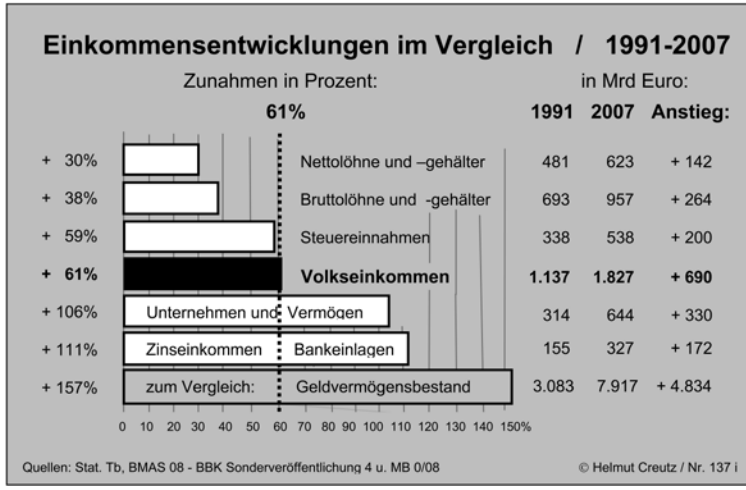
Wie verändern sich die Zinsströme in der Volkswirtschaft?

Langfristig gesehen würden - bei gleich bleibenden Zinssätzen! - die Zinseinkommen und -lasten im Gleichschritt mit den Vermögenswerten zunehmen. Aus kurz- und mittelfristiger Sicht aber haben die jeweiligen Veränderungen der Zins*sätze* auf die Höhe der Zinseinkommen und -lasten einen entscheidenden Einfluss, was vor allem in Hochzins- bzw. Zins-Anstiegsphasen gravierende Folgen hat. Dabei wirken sich solche Zinssatzanstiege besonders bei bereits hoch verschuldeten Unternehmen aus, im ersten Schritt als Rückgang der Gewinne und Unternehmereinkommen, gefolgt vom Zwang zu radikalen Einsparungen und einem steilen Anstieg der Arbeitslosenzahlen und Firmenpleiten.

Die sich längerfristig ergebenden Verschiebungen zwischen den verschiedenen Einkommensarten im Vergleich zu jenen aus Zinsen, gehen aus der *Darstellung 36* hervor. So problematisch und fragwürdig die Größen und Bezeichnungen Sozialprodukt oder Volkseinkommen in vieler Hinsicht auch sein mögen: Im Vergleich mit deren Entwicklung lassen sich die Veränderungen anderer Einzelgrößen jedoch überschaubar messen und beurteilen. Das geht auch aus der Grafik hervor, in der die Zunahme diverser Größen mit der des Volkseinkommens verglichen werden, das von 1991 bis 2007 um 690 Mrd = 61 Prozent zugenommen hat.

Darstellung 36:

Einkommensentwicklungen im Vergleich: 1991-2007



Man sollte annehmen, dass bei einem solchen Anstieg des Volkseinkommen, das ja die Leistung der gesamten Wirtschaft widerspiegelt, auch alle Einzel-Einkommensgrößen ungefähr im Gleichschritt mitwachsen. Bereits ein Blick auf die links angeführten Prozentzahlen wie die dazu gehörigen Balken zeigen jedoch, in welchem Maße die einzelnen Einkommensarten von der Gesamtentwicklung abweichen und lediglich die Steuereinnahmen des Staates mit einer Zunahme von 59 Prozent eine ähnlich Entwicklung wie das Volkseinkommen ausweisen. Die Bruttolöhne und -gehälter blieben dagegen mit einer Zunahme von 38 Prozent deutlich hinter der Entwicklung des Volkseinkommens zurück un noch deutlicher die Nettolohngrößen mit nur 30 Prozent!

Dass diesem Zurückbleiben der Lohngrößen zwangsläufig in anderen Bereichen erhöhte Einkommensanstiege gegenüberstehen müssen, dürfte einsichtig sein. Und dieser Ausgleich zeigt sich zuerst einmal an dem Überanstieg der Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen, die in den 16 Jahren um 106 Prozent zulegten und die Zinseinkommen der Banken sogar um 111 Prozent. - Die Ursache für diese enorme Spreizung geht aus der zusätzlich eingetragenen Entwicklung der

Geldvermögen hervor, die in der gleichen Zeitspanne sogar um 157 Prozent zunahmen! Und dass die Zinseinnahmen gegenüber dem Geldvermögens-Zuwachs so deutlich zurückblieben, ist nur den sinkenden Zinssätzen in den letzten 16 Jahren zu verdanken.Das heißt: Bei gleich gebliebenen Zinssätzen nicht gesunken, wären die Lohneinkommen noch stärker zurückgefallen!

Die Entwicklungen der vom Staat zu tragenden Zinslasten

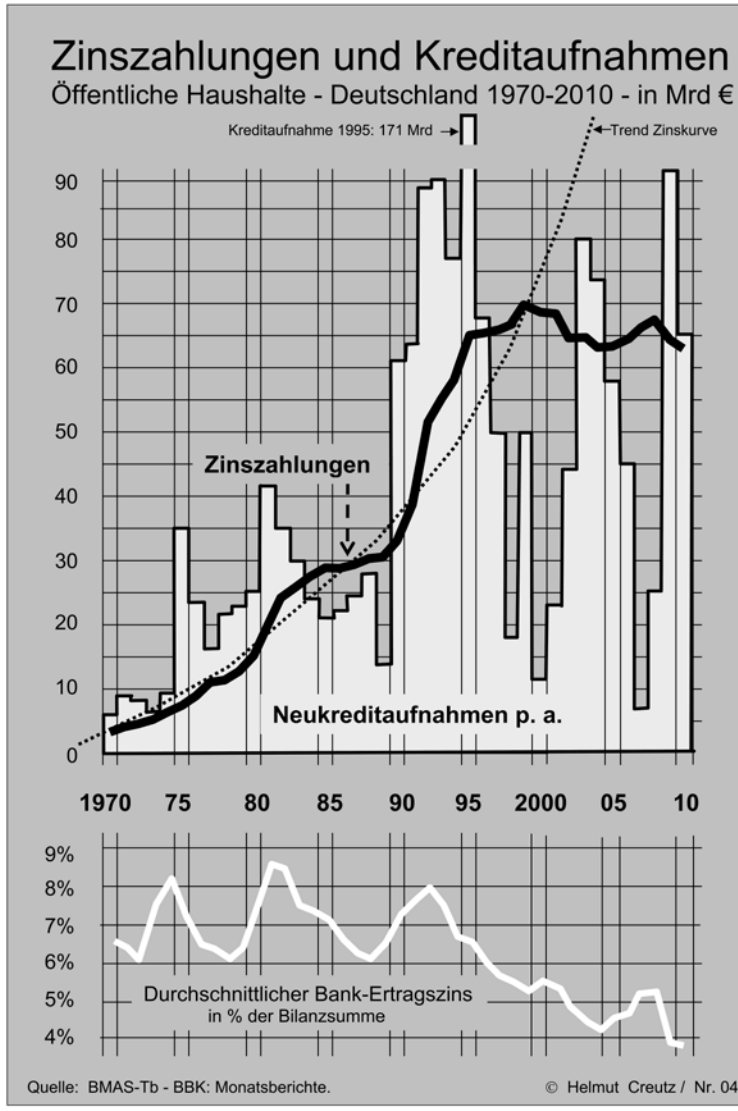
In welchem Maße sich die Zinslasten der öffentlichen Haushalte in den letzten Jahrzehnten entwickelt haben, geht aus der *Darstellung 37* hervor, in der neben den jährlichen Zinszahlungen auch die jährlichen Neukreditaufnahmen, also die Ausweitungen der Öffentlichen Schulden, in der Zeit von 1970 bis 2010 eingetragen sind.

Wie aus der der Zinszahlungs-Kurve ersichtlich, stieg diese von 1970 bis 1995 von drei auf 65 Milliarden steil an. Dabei zeichnen sich in den Zunahme- Beschleunigungen, Anfang der 1980er und -90er Jahre, jeweils die Anstiege der Zinssätze ab, die der zusätzlich eingezeichneten unteren Kurve zu entnehmen sind.

Dank der anschließenden Zinssatzabsenkungen in den letzten 15 Jahren, verblieben die Zinzahlungen in den letzten 15 Jahren fast auf gleicher Höhe, schwankend um die 60 bis 65 Mrd €. Welcher Vorteil mit diesen fallenden Zinssätzen verbunden ist, zeigt sich daran, dass sich bei einem Anstieg der Zinssätze um z. B. drei Prozent die heutigen Zinslasten etwa verdoppeln würden! Aber auch diese abgebremsten Zinslasten haben es in sich. Denn 65 Mrd € p.a. bedeuten einen täglich aufzubringenden Betrag von 178 Millionen, eine Größe die etwa dem Gegenwert von rund 800 bis 1000 Etagenwohnungen entspricht! Dieses »Bauvolumen eines Jahres« verschenkt der Staat gewissermaßen jedes Jahr auf Kosten seiner Steuerzahler! Allerdings nicht an sozial schwache Bürger oder Familien mit Wohnbedarf, sondern in Form der gezahlten Zinsen eher

Darstellung 37:

Zinszahlungen und Kreditaufnahmen



an solche, die meist schon über ein Haus oder sogar mehrere im In- und Ausland verfügen, zumindest aber über ein größeres Geldvermögen.

Noch griffiger werden die vom Staat gezahlten Zinsen, wenn man sie einmal auf die Bürger umrechnet. Pro Kopf ergibt sich dann im Jahr 2009, bei einer Schuldenlast von rund 20.000 Euro pro Kopf, eine Zinsbelastung von rund 800 Euro und damit, umgerechnet auf jeden Beschäftigten bzw. jeden Haushalt, von rund 1.800 Euro. Das heißt, jeder Erwerbstätige in Deutschland musste 1992 rechnerisch fast einen Monat lang nur für die Schuldenzinsen von Bund, Ländern und Gemeinden arbeiten. Da die Gesamtverschuldung der deutschen Volkswirtschaft jedoch fünf Mal so groß ist wie die der öffentlichen Haushalte und die durchschnittlichen Zinssätze über jenen der vom Staat zu zahlenden liegen, belaufen sich die gesamten schuldenbezogenen Zinslasten je Erwerbstätigen inzwischen auf fast 10.000 Euro im Jahr! Oder anders ausgedrückt: Jeder Neugeborene in unserem Land findet in der Wiege eine Schuldenlast von rund 100.000 Euro vor, von der ein Viertel auf die Staatsverschuldung entfällt!

Die Neukreditaufnahmen des Staates

Im Hintergrund der Zinslastenkurve sind in der *Darstellung 37* auch die jährlichen Neukreditaufnahmen des Staates eingezeichnet, also jene Ausweitungen der Öffentlichen Schulden, die über die laufenden Tilgungen - die ebenfalls mirt Neukreditaufnahmen bedient werden! - hinausgehen. Diese Schulden-Ausweitungen weisen zwar, wie ersichtlich, gegenüber den Zinszahlungen erhebliche Schwankungen auf, aber man kann bereits optisch erkennen, dass die Addition dieser Kreditaufnahmen ähnliche Ergebnisse bringen dürften wie die der Zinszahlungen.

Diese starken Schwankungen der Neukredit- und damit Schuldenzunahmen hängen, neben den Zinssatzveränderungen, vor allem auch mit den schwankenden Haushaltsdefiziten und damit kurzfristigen politischen Entscheidungen zusammen. Insgesamt aber ist eine ständige Zunahme dieser Kreditaufnahmen gegeben und die Zinsausgaben - Anfang der 1970er Jahre noch eine belanglose Größe - zogen bereits Mitte der

80er Jahre an den Verteidigungsausgaben vorbei und belegen seitdem den zweiten Platz der Haushalts-Ausgabenliste, hinter dem größten Ausgabenposten Arbeit und Soziales.

Vergleicht man die Entwicklungen in der Grafik, dann kann man bereits optisch erkennen, dass die jährlichen Neukreditaufnahmen zwar große Ausschläge aufweisen. Addiert man jedoch die Zahlen über die ganzen 40 Jahre, dann ergibt sich für Kreditausweitungen ein Betrag von 2.013 Mrd € und für die gezahlten Zinsen ein Betrag von 1.625 Mrd Euro. Das aber bedeutet, dass die Neukreditaufnahmen zu 81%(!) in den Zinsendienst geflossen sind und lediglich die Differenz zwischen beiden Beträgen, also nur 388 Mrd €, dem Staat für Investitionen oder Personalausgaben zur Verfügung gestanden haben! Und dieser geringe Nutzen ist nur dem Tatbestand zu verdanken, dass in den letzten 15 Jahren die Zinssätze deutlich gefallen sind! Denn zieht man die Entwicklungen zwischen 1970 und 2000 heran, dann lag der Nutzen tatsächlich sogar bei Null! Diesen Tatbestand bestätigte bereits 1999 Prof. Reimund Jochimsen, Direktor der LZB Nordrhein-Westfalen, sogar für die gesamten EWU-Länder:

> *»Für die Gesamtheit der elf EWU-Länder gilt, dass die Neuverschuldung gerade ausgereicht hat, die Zinslast aus der Verschuldung zu decken. Im Zeitraum 1970 bis 1998 war die Defizitquote … praktisch genau so hoch wie die Zinslastquote.«*

Der Nutzen der ganzen Staatsverschuldung schlägt also nur bei jener Minderheit der reicheren Haushalte die dem Staat ihre Ersparnisse leihen konnten und denen jene vom Staat gezahlten Zinsen in Höhe von 1.625 Mrd geflossen sind - auf Kosten aller anderen Bürger! Und da dieser zinsbedingte Umverteilungs-Mechanismus von der Mehrheit zur Minderheit ebenfalls für die vier Mal so hohen Schulden der gesamten Wirtschaft gilt, erklärt sich auch die zunehmende Scherenöffnung zwischen Arm und Reich in unseren Gesellschaften.

Als ich diesen Tatbestand Anfang der 90er Jahren zum ersten Mal in Vorträgen nachwies, hat man nur ungläubig den Kopf geschüttelt. Inzwischen wurde dieser kaum glaubhafte Tatbestand jedoch auch noch durch den Staatssekretär im Bundesfinanzmi-

nisterium, Manfred Overhaus, bestätigt und zwar Anfang 1999 auf einer Tagung in Berlin zum Thema Staatsverschuldung:

> *»In einer langfristigen Betrachtung kann man also ganz klar sagen, dass sich diese ganze Veranstaltung nicht gelohnt hat. Denn hätten wir dauerhaft auf Kredite verzichtet, müssten wir heute keine Zinsausgaben leisten und hätten keine Zinsrisiken zu fürchten. Wir hätten aber für Investitionen genau soviel ausgegeben wie bisher, denn in dieser Rechnung sind die Investitionsausgaben voll aus Steuermitteln finanziert worden, weil die Krediteinnahmen für die Zinsausgaben verbraucht wurden.«*

Und die Wochenzeitung DIE ZEIT, die in ihrer Ausgabe vom 14. Januar 1999 über diese Tagung ausführlich berichtete, titelte Ihren Bericht in ganzer Seitenbreite:

> *»Mit den Krediten von heute begleicht der Staat immer nur die Zinsen von gestern - auf Kosten der Generation von morgen!«*

Allerdings irrte der Staatssekretär in einem Punkt: *»Die ganze Veranstaltung«* hat sich sehr wohl *»gelohnt«*, nämlich - wie bereits erwähnt - für diejenigen Bürger, die ihre Zinsgewinne erneut dem Staat ausleihen konnten, womit Geldvermögen und Schulden, wie im Bilderbuch, im Gleichschritt zunahmen. - Die heute so laut beklagten Unterstützungen der Banken durch den Staat, bei gleichzeitig zunehmenden Neukreditaufnahmen bei diesen, hat es also nach dem gleichen Prinzip auch vorher zwischen Staat und eine Bürgerminderheit gegeben, auch wenn dabei die Staaten und die große Mehrheit der Bürger, nach den Gesetzen der Mathematik, immer ärmer werden mussten!

In welchem Maße sich solche ständigen Verschiebungen in die private Kassen auswirken, geht auch aus der *Darstellung 38* hervor, in der die Zinslasten des Staates mit seinen Investitionen verglichen werden, und zwar jeweils umgerechnet in Prozenten der gesamten Steuereinnahmen und bezogen auf die Zeit von 1965 bis 2010.

Darstellung ….. ((Nr. 152))

Investitions- und Zinsausgaben des Staates

Während die absinkenden Investitionen 1965 noch bei 23 Prozent der Steuereinnahmen lagen und die ansteigenden Zinszahlungen bei drei Prozent, überschnitten sich beide Größen im Jahr 1990. Dass es dabei ab 1995, gemessen an den Steuereinnahmen, zu einem relativen Rückgang der Zinszahlungen kam, ist den sinkenden Zinssätzen zu verdanken, die bereits in der *Darstellung 37* ausgewiesen wurden. Da aber diese Zinssätze bereits ihre unterste Grenze erreicht haben (die nur mit einer Umlaufsicherung des Geldes zu durchbrechen wäre!), kann es zukünftig nur noch aufwärts gehen, bzw. wieder schneller auf den Abgrund zu.

Wie sieht das in den anderen Staaten aus?

Wie jeder Bürger, können auch alle Staaten jeden Euro oder jeden Dollar nur einmal ausgeben. Das heißt, im Umfang der Zinszahlungen, müssen andere Ausgaben eingeschränkt, die

Steuern erhöht oder noch mehr Schulden gemacht werden. Schon Anfang 1991 hatte *Gottfried Bombach*, Prof. für Nationalökonomie an der Universität Basel, in der Zeitschrift des Schweizerischen Bankvereins, »Der Monat«, geschrieben:

> *»Das eigentliche Problem liegt nicht in der Existenz einer Staatsschuld, ... sondern im Zwang ihrer Verzinsung. Eine hohe Zinslastquote kann den Handlungsspielraum von Regierungen entscheidend einschränken.«*

Da diese Gefahr immer deutlicher zu Tage trat, hat man - wie bereits erwähnt - mit der Einführung des Euro und mit Hilfe der Maastricht-Kriterien versucht, die Länder an die Leine zu legen, was aber bekanntlich nicht gelungen ist und in Zukunft immer weniger gelingen wird. Denn im Grunde haben auch alle europäischen Demokratien mit Methoden gearbeitet, die sonst nur in Bananenrepubliken üblich sind: Man leiht sich, statt die Bürger zur Kasse zu bitten, einfach neues Geld! - Das damit verbundene Problem der Umverteilung von Arm zu Reich und dessen mathematisch bedingte Selbstbeschleunigung ständig zunimmt, wird dabei nicht beachtet. Und statt an den Ursachen dieser Malaisen etwas zu verändern und die Verschuldungen nicht noch mehr eskalieren zu lassen, haben sich die Verantwortlichen in fast allen Ländern durch den Verkauf staatlicher Einrichtungen, des so genannten Tafelsilbers, Luft für die Zinszahlungen verschafft. Aber solche Ausverkäufe öffentlicher Güter (die eigentlich den Bürgern gehören, weil von diesen bezahlt!), sind immer nur ein Mal möglich. Außerdem sind sie in den meisten Fällen auch noch mit anschließenden Einnahmeverlusten verbunden, die jedoch von den tagesorientierten Politikern verdrängt werden. So z.B. bei dem Verkauf städtischer Wohnungen, was zwar kurzfristig die Ausgabefähigkeit der Kommune belebt, aber langfristig die bisherigen Mieteinahmen zum Verschwinden bringt.

Was wäre, wenn der Staat die Bürger direkt zur Kasse bitten würde?

Man stelle sich einmal vor, der Staat würde dem Bürger das Geld für die Bedienung der öffentlichen Schulden direkt aus der Tasche ziehen. Dann hätte er sich z.B. in Deutschland, zur Bedienung der jährlich fälligen Zinsen, jedes Jahr bei jedem Erwerbstätigen mit rund 1.800 Euro refinanzieren müssen. Oder der Staat hätte - statt sich höher zu verschulden - die Lohnsteuern um 50 Prozent anheben müssen oder die Mehrwertsteuern um ein Drittel! - Schon die Ankündigung einer solchen Maßnahme würde die Öffentlichkeit Kopf stehen lassen. Wahrscheinlich würden dann sogar die Gewerkschaften wach und den Politikern einmal vorrechnen, dass damit die ganzen mühsam erkämpften Lohnerhöhungen der letzten 25 Jahre futsch sein würden. Doch gegen die versteckte Beutelschneiderei durch immer höhere Schulden und Zinszahlungen, die auch noch die zukünftigen Generationen in einem unvorstellbaren Maße belasten und den monetären Zusammenbruch schließlich unausweichlich machen, wird kaum einmal eine Stimme laut. Diese versteckte Ausbeutung nehmen wir wie vom Schicksal gegeben hin, obwohl wir damit sehenden Auges in den Zusammenbruch treiben!

> *»In Deutschland ist eine Zinsspirale in Gang gekommen, die jeden Bankkaufmann frösteln lässt. In den Berufsschulen wird die brutale Dynamik von Zins und Zinseszins gern am Beispiel der Seerosen erklärt: In einem Teich verdoppelt sich die Zahl der Seerosen mit jedem Tag. Nach einem Jahr ist das Gewässer zur Hälfte bewachsen. Die Preisfrage lautet: Wann ist der Teich zu 100 Prozent dicht? Antwort: Einen Tag später.«*

Das schrieb der SPIEGEL einmal 1992. Aber er irrte sich zumindest in einem Punkt: Bisher haben kaum Bankkaufleute, Wirtschaftswissenschaftler oder Politiker ihr Frösteln irgendwo zum Ausdruck gebracht! Sie machen vielmehr betont in Optimismus und reiben sich die Hände über die eskalieren-

den Geschäfte sowie Einkünfte und Bonis, die selbst die Einkommen der das Land Regierenden zu kümmerlichen Beträgen verkommen lassen.

Vorsichtige Warnungen vor solchen Entwicklungen hört man allenfalls einmal aus dem Lager der Notenbanken. Doch was nützen solche Warnungen der zuständigen Geldbehörden, wenn auch sie gegen die Ursachen der Überschuldung nichts unternehmen! Vor allem nichts gegen die Ursachen der immer astronomischer werdenden Geldvermögenseskalationen, die einzig und alleine auf die heute mögliche künstliche Verknappung des Geldes und damit marktwidriger Hochhaltungen der Zinssätze zurückzuführen ist!

17. Kapitel

Die Überentwicklung der Spekulationen

»Spekulanten mögen unschädlich sein als Seifenblasen auf einem steten Strom der Unternehmungslust. Aber die Lage wird ernsthaft, wenn die Unternehmungslust die Seifenblase auf einem Strudel der Spekulation wird."

*John Maynard Keynes**

In einer jungen Volkswirtschaft, das heißt in einer Volkswirtschaft, die nach einem Zusammenbruch mit neuem Geld begonnen hat, sind Spekulationen anfangs so gut wie unbekannt. Alle Einkommen fließen wieder in den Konsum und überschüssige Einkommen, direkt oder über Bankeinlagen und Kredite, in die dringend notwendigen Investitionen.

Dieser Zustand verändert sich im Laufe der Jahre, bedingt vor allem durch zwei Entwicklungen, die sich gegenseitig verstärken: Einmal geht mit den eintretenden Sättigungsprozessen der Bedarf an notwendigen Investitionen zurück. Zum anderen sammeln sich bei Minderheiten immer größere Einkommensüberschüsse als Geldvermögen an, die zunehmend aus den Zinsgutschriften auf die bereits vorhandenen Vermögenswerte resultieren. Sowohl diese Vermögensakkumulationen als auch die nachlassenden Anlagemöglichkeiten und die mit ihnen sinkenden Renditen, verführen dann dazu, mit dem Geld aus normalen Bankeinlagen auch in riskantere Geschäfte umzusteigen. Manche begnügen sich dabei mit den vom Staat zugelassenen Spielcasinos, andere finden es chancenreicher, mit ihrem übrigen Geld zu spekulieren.

Dabei begnügt man sich anfangs noch mit normalen Börsengeschäften, also dem Kauf von Firmenanteilen usw., später

* Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes, Darmstadt 1974, S. 134

aber, wenn auch das nicht mehr reicht, mit immer komplizierteren Variationen auf den Finanzmärken, die von Banken und Anlageberatern zunehmend zu einer Art Mega-Spielcasino ausgeweitet werden. Und damit sich daran nicht nur ein paar Superreiche beteiligen können, haben clevere Finanzmakler und -agenturen auch »dem kleinen Mann« mit »Investmentfonds« und ähnlichen Einrichtungen immer neue Möglichkeiten zum Mitmachen konstruiert, bis hin zu Wetten auf Produkte, die erst in Zukunft entstehen bzw. nutzbar sind. Und wenn auch das nicht mehr reicht, schafft man für die auf den normalen Märkten nicht mehr einzubindenden überschüssigen Geldmassen, neue Möglichkeiten außerhalb der Börsen, in denen auf zukünftige Preise und anderes gewettet werden kann, bis hin zu solchen »Produkten«, die man - ähnlich wie bei den Schrott-Hypotheken in den USA - in großen Paketen zusammenfasst, erneut aufteilt und in »handlichen« Größen als Mixturen anbietet, mit denen man erneut spekulieren kann. - Das Ende solcher Geschäfte, bei denen wenige riesige Gewinne machen und viele große Verluste, ist uns allen inzwischen ebenso bekannt wie derjenige, der dann im Notfall als »Retter« einspringen muss: Der normale Steuerzahlter.

Wie verhalten sich die Banken?

Anfangs noch skeptisch und die Fonds als Konkurrenz betrachtend, sind die Banken schließlich selbst in immer größerem Umfang in diese Geschäfte eingestiegen. Alleine schon, um ihre Kunden und deren Einlagen nicht an andere zu verlieren. So boten nach und nach auch die kleinsten Sparkassen ihren weniger betuchten Kunden die Möglichkeit, sich an diesem Spiel zu beteiligen. Außerdem waren sie bei jedem Spielvorgang als Provisionskassierer mit dabei.

Doch damit nicht genug: Schließlich begannen die Banken sogar mit den Kundeneinlagen selber »große Räder« zu drehen, um auf diese nicht ganz risikolose Weise die Zinsen für die ihnen anvertrauten Ersparnisse zu erwirtschaften, die auf den normalen Kreditmärkten nicht mehr möglich waren. Dazu

wurden besondere Abteilungen mit mehr oder weniger versierten Spezialisten eingerichtet, die im Anfang allzu oft (und zu lange unbehelligt) nebenbei eigene »Pferdchen« mitlaufen ließen. Nur wenn sie eine Bank in ernsthafte Schwierigkeiten brachten und damit die Sache nicht mehr zu vertuschen war, kam so etwas einmal an die große Glocke. Man erinnere sich nur an die Pleite der deutschen Herstatt-Bank mit ihren cleveren Devisenbeschaffern, oder an die Geschichte mit jenem angestellten Spekulanten Leason, der in den 90er Jahren an der Börse von Singapur die alteingesessene britische Barings-Bank an den Rand des Abgrunds brachte. Wie viele Millionen und Milliarden auf diese Weise insgesamt in den Sand gesetzt wurden oder in falsche Taschen geflossen sind, wird man nie erfahren.

Aber nicht nur solche Spezialisten aus der Umgebung der Banken und Börsen wagten sich mit immer größeren Summen in die Spekulationsgefilde. Auch große Unternehmen mit übergroßen »Kriegskassen« stiegen in die lukrativen Geschäfte ein, bei denen die kleinen Mitspieler, mit weniger Insider-Wissen, meist den Kürzeren ziehen. Die Provision der Banken einsparend, richteten sich die ganz großen Unternehmen sogar eigene Banken ein, wie z.B. fast alle Autofirmen.

Die Folge solcher Entwicklungen war und ist, dass unser Geld, einmal als Tauschmittel erdacht, inzwischen immer mehr zu einem Spekulationsmittel verkommen ist. Je mehr jedoch diese falsch verstandene Freizügigkeit des Geldverkehrs zunimmt, desto gefährlicher und explosiver wird die gesamte Situation, wie wir das seit 2007 erleben.

Welche Folgen haben Aktienspekulationen?

Während Aktien früher oft als eine Art Lebensversicherung angesehen und gehalten wurden, - manchmal sogar über Generationen hinweg, wie z.B. bei den legendären Suez-Kanal-Papieren, - sind sie heute fast nur noch Spekulationsobjekte. Zwar bieten auch die jährlichen Dividenden manchmal noch einen Kaufanreiz, doch angesichts des Auseinanderdriftens

zwischen Kurs- und Nennwert sind die Kursgewinne immer entscheidender geworden, vor allem angesichts ihrer täglichen Schwankungen, die zu Spekulationen geradezu einladen. So wurden in der letzten Börseneuphorie um die Jahrtausendwende sogar Aktien von »Unternehmen« zu Phantasiepreisen gehandelt, die - außer einer Idee und viel Werbung - kaum etwas vorzuweisen und noch nie eine Dividende ausgeschüttet hatten!

Da zu jedem Kaufvorgang an den Börsen jeweils zwei gehören und beide jeweils glauben richtig zu handeln, ist das Ende immer offen. Wer tatsächlich die richtige Nase hatte, zeigt sich erst hinterher. Das heißt, bei allen diesen Vorgängen handelt es sich letztlich um Wetten und damit um Nullsummenspiele, bei denen alleine die Veranstalter mit ihren Provisionen die Gewinner sind. - In welchem Unmaß das der Fall war und ist, haben uns die Größenordnungen der Gehälter, und vor allem der ausgeschütteten zusätzlichen Boni bei den Veranstaltern dieser Spekulationsgeschäfte, ebenfalls in den letzten Jahren vorgeführt!

Normalerweise sind - wie bei einer Spielbank - von den Spekulationsgewinnen und -verlusten an den Börsen also nur andere Mitspieler betroffen. Kommt es aber zu einem überzogenen Börsenboom und irgendwann zu einem Platzen der Blase, dann wird von den davon ausgehenden Irritationen und Störungen auch das normale Wirtschaftsgeschehen erreicht, direkt oder indirekt, bis hin zu den Arbeitsplätzen am Anfang aller Produktionsstufen. Allerdings kommt es auch bei diesen Kurseinbrüchen nicht zu jenen spektakulär aufgebauschten Vernichtungen von Milliarden Dollar oder Euro, wie manches Mal selbst in Wirtschaftsjournalen zu lesen ist. Denn verloren gehen dabei vor allem hochgerechnete Gewinnhoffnungen, also spekulative Luft, die man vorher selbst in den Ballon hinein geblasen hat. Und zu realen Verlusten kommt es auch nur für diejenigen, die ihre Papiere zu einem höheren Kurs gekauft haben als sie ihn beim Verkauf erzielen konnten. Doch in gleicher Höhe stehen diesen Verlusten wiederum Gewinne bei jenen gegenüber, bei denen es sich mit Kauf und Verkauf umgekehrt verhält. Doch da in solchen Situationen sogar die Notenbanken

manchmal den Kopf verlieren und - mangels funktionierender Umlaufsicherung - die Notenpresse laufen lassen, können solche Crashs ggfs. sogar die Geldkaufkraft und darüber hinaus ganze Volkswirtschaften gefährden. Das ist besonders dann der Fall, wenn die Staaten schließlich als Retter der Banken tätig werden und damit den normalen Bürger haften lassen!

Welche vielfältigen Auswirkungen spekulative Überentwicklungen haben, hat der deutsche Wirtschaftsprofessor Wilhelm Hankel schon vor Jahren in seinem Buch »Vorsicht unser Geld« dargelegt:

> *»Wenn der Kapitalumschlag das 15- bis 20fache des Güterumschlages per Zeitperiode erreicht, dann schlägt dieser ›spekulative Faktor‹ auch 15 bis 20mal stärker zu Buche als ... die in Inlandswährung fakturierten Export- und Importpreise. Man verdient am reinen Geldhandel mehr als am ›ehrlichen‹ Warengeschäft. Aber nicht nur das. Die einstmals sicheren Geldmaßstäbe und -kosten werden unsicher - insbesondere der Zinsmaßstab.«*

Und weiter die Folgen beschreibend:

> *»70 Prozent Bezieher fester und von der Konjunktur abhängiger Arbeits- und Leistungseinkommen, vornehmlich in der Ersten und industrialisierten Welt, können nur müde oder resigniert lächeln, wenn ihnen die Vorzüge eines freien, deregulierten und gänzlich vaterlandslosen Welt-Kapitalsmarktes gepriesen werden. Sie leiden unter den Folgen von Weltdepression, Schuldenkrise, Währungswirrwarr und Zinseskalation und ahnen, dass die hektische und unkontrollierte Roulette- und Kasinoatmosphäre dieser Märkte der eigentliche und tiefere Grund aller hausgemachten Probleme ist: von Arbeitslosigkeit bis Börsenunsicherheit und Firmenpleiten.«*

Noch kritischer wird die Lage, wenn die Banken selbst in den Sog der platzenden Blasen eingebunden sind und zahlungsunfähig werden, wie wir das ab 2007 ja erlebt haben. Aber auch

hier wird keine »Geld vernichtet« oder »verbrannt« wie es immer wieder heißt, sondern es steckt in den Taschen jener Spekulanten, die die richtige Nase hatten und im richtigen Augeblick aus dem Karussell ausgestiegen sind. Davon zeugen nicht nur die fast explosiven Zunahmen der Millionäre und Milliardäre in den letzten Jahrzehnten sondern auch die Riesensummen der bereits genannten Provisionen, Boni und Gehälter.

In welchen Größenordnungen bewegen sich diese Geschäfte?

Inzwischen übersteigen die gesamten weltweiten Finanztransaktionen den normalen Welthandel um ein Vielfaches! So hat die Zeitschrift *stern* in der Ausgabe 36/2010 berichtet, dass sich nach Schätzungen der »Bank für internationalen Zahlungsausgleich« (BIZ) die Nominalwerte aller an den Terminbörsen täglich gehandelten Derivate (also von Finanzprodukten, deren Preis unmittel- oder mittelbar von der Entwicklung des Marktpreises anderer Güter oder Finanzinstrumente abhängt!) auf rund 334 Billionen Euro belaufen, *»das ist siebenmal mehr als alle Unternehmen in der Welt im Jahr erwirtschaften und mit der Summe könnte man den aktuellen Bundeshaushalt die nächsten 600 Jahre lang finanzieren.«*

Ebenfalls wird von der in Frankfurt eingerichteten »Terminbörse Eurex« berichtet, in der nur noch mit Wetten auf Aktien- und Anleihepreise gehandelt wird und bei denen nicht nur in Sekunden, sondern - da in die Computer eingespeichert - sogar bereits in Millisekunden Entscheidungen getroffen werden, um anderen zuvorzukommen. Und das alles unter Absegnung der Regierungen, die hinterher auf Kosten auch jener Bürger, die überhaupt nicht an diesen Wettspielen beteiligt sind, die Zeche bezahlen dürfen, häufig sogar auch noch mit dem Verlust ihres Arbeitsplatzes!

Bedenkt man allerdings, dass in den USA die Gewerkschaften etwa zehn Prozent der gesamten US-Aktien halten, wird die Gespaltenheit der Interessenlage auch bei solchen Organisationen sichtbar, die eigentlich andere Aufgaben haben. Und

das gilt nicht zuletzt auch für die Aktienpakete des Vatikans oder das Grundstückseigentum der letzten Kirchengemeinde, die allesamt über Zinsen und Bodenpachten ihre Einkünfte aufbessern, ohne daran zu denken, wer diese eigentlich bezahlen muss!

Auch in Deutschland wird über die Milliarden-Rücklagen der deutschen Gewerkschaften in ihren Streikkassen der Mantel des Schweigens gehüllt. Genauso wie über die Verluste, die man mit den Einstiegen in die Realwirtschaft in den Sand gesetzt hat - von den Coop-Läden, über die Volksfürsorge-Versicherung und die Bank für Gemeinwirtschaft bis hin zum größten Wohnungsbau-Unternehmen »Neue Heimat«. -

Die Entwicklungen der Aktien bezogen auf die Geldvermögen in Deutschland

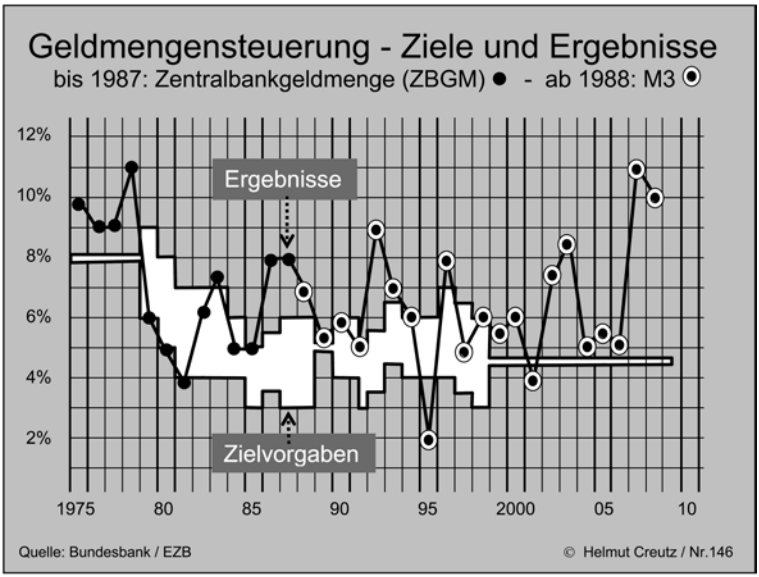
Dass Aktien statistisch zu den Geldvermögen gezählt werden, wurde bereits kritisch angemerkt. Denn mit dem Erwerb einer Aktie kauft der Erwerber praktisch gegen sein hergegebenes Geld einen Teil des Unternehmens. Das heißt, er tauscht sein Geld gegen Sachvermögen ein, mit allen damit verbundenen Risiken eines Miteigentümers. Will der Aktionär und Teilhaber seinen Unternehmens-Anteil wider zu Geld machen, hat er keinerlei Forderungsrechte an das Unternehmen, sondern er kann nur versuchen, seinen Anteil an einen Dritten weiter zu verkaufen. Und das geschieht tagtäglich - wie vorstehend beschrieben - in einem fast explosiv zunehmenden Umfang. Doch trotz dieser Tatbestände werden die Aktien den Geldvermögen zugeordnet.

Wie sich diese Aktienbestände, gemessen an den gesamten privaten Geldvermögen, seit 1950 entwickelt bzw. verändert haben, geht aus der *Darstellung 39* hervor.

Dabei sind im linken Bereich die Dekadendurchschnitte wiedergegeben, deren Werte in den ersten beiden Jahrzehnten besonders hoch waren um danach deutlich abzufallen. Diese Gegebenheiten erklären sich aus dem Tatbestand, dass bei der so genannten Währungsreform 1948 zwar die gesamten nor-

Darstellung 39:

Anteile der Aktien am privaten Geldvermögen

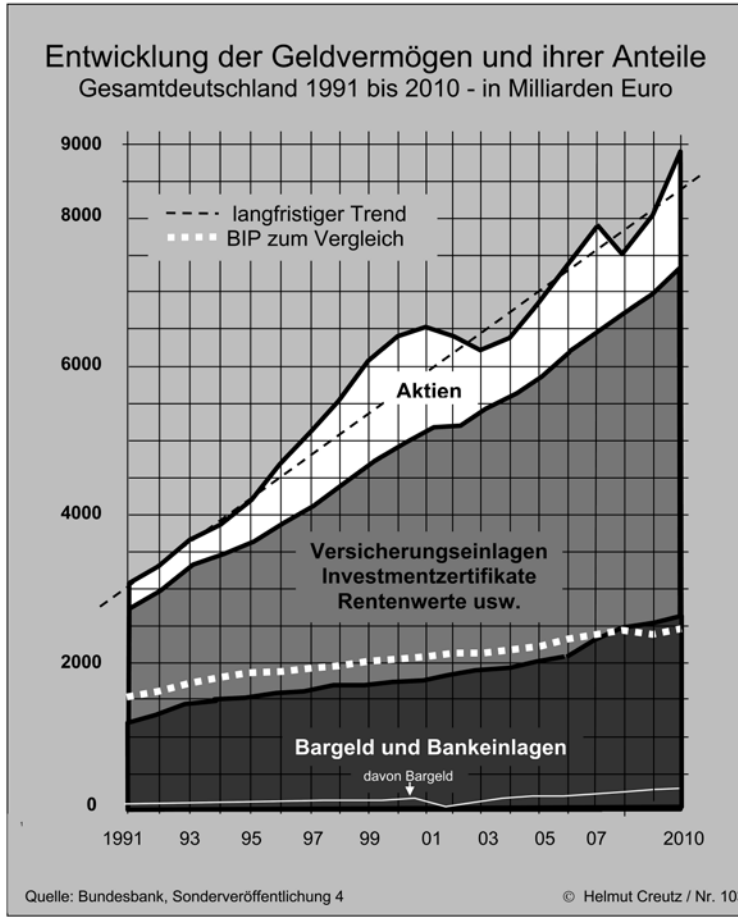


malen Geldvermögen bei den Banken erst eingefroren und dann auf 6,5 Prozent abgewertet wurden, die Aktienvermögen - wie auch die gesamten Sachvermögen die den Krieg überstanden hatten - jedoch ihren Wert behielten. Diesen verbliebenen Sachvermögen wurden zwar hohe und auf viele Jahre verteilte Lastenausgleichsabgaben auferlegt, die jedoch im Zuge der starken Nachkriegskonjunktur, zumeist über Marktgewinne (bzw. entsprechende Preisaufschläge), leicht verkraftet werden konnten, was jedoch nach und nach zu einer Anpassung dieser Vermögen, einschl. der Aktienwerte, an die Realitäten führte.

Ab 1992 sind dann im rechten Teil der Grafik die *jährlichen* Veränderungen der Aktienanteile an den Geldvermögen wiedergegeben. Hier kam es im Laufe der 1990er Jahre und vor allem dank des letzten großen Aktienbooms und der hochgetriebenen Werte an dessen Ende, zu einer nominellen Verdoppelung der privaten Aktienanteile, die jedoch bis 2002 umso rasanter wieder auf den historischen Anteils-Tiefstand von 1980 einbrachen. Der danach wieder ansetzende erneute Anstieg

Darstellung 40:

Entwicklung der Geldvermögen und ihrer Anteile



fand dann sehr schnell und plötzlich in der Spekulations- und Bankenkrise nach 2007 ein Ende um jedoch inzwischen wieder auf die alten Größen anzusteigen.

Bei den Privathaushalten, die im Jahr 2009 mit 4.672 Mrd Euro das Gros der gesamten Geldvermögen hielten, lag der Aktienanteil mit 181 Mrd - wie die Darstellung zeigt, jedoch nur bei knapp vier Prozent! Selbst im letzten Jahr vor der Krise, also 2006, hatte der Aktien-Anteil der Privathaushalte nur bei

acht Prozent der Geldvermögensbestände gelegen, im Gegensatz zu den USA, wo er etwa 40 Prozent betrug. Aber auch bezogen auf die gesamten Geldvermögen in Höhe von 7.980 Mrd, also einschließlich derjenigen der Unternehmen und des Staates, machten die Aktien in Deutschland im Jahre 2009 mit 1.026 Mrd nur 13 Prozent aus.

Wie sich die gesamten Geldvermögen, einschließlich der darin enthaltenen Aktienbestände, von 1991 bis 2009 in Deutschland entwickelt haben, geht in Milliarden-Euro-Beträgen aus der *Darstellung 40* hervor. Deutlich wird daraus vor allem, dass die große Unruhe auf den Geldvermögensmärkten fast ausschließlich von diesen Aktien ausgeht, während sich die übrigen Geldvermögenswerte relativ kontinuierlich entwicket haben.

Vergleicht man diese Entwicklungen jedoch mit der punktierten Linie des BIP in der Grafik, dann wird deutlich, dass die Geldvermögen in den dargestellten 19 Jahren vom Doppelten auf das Dreifache der Wirtschaftsleistung angestiegen sind, also von rund 200 auf 300 Prozent, während sie 1950 erst bei 60 Prozent gelegen hatten. Wie unten in der Grafik angedeutet, fällt dagegen das Bargeld, mit dessen Hilfe diese Vermögen letztendlich gebildet wurden, relativ immer mehr zurück, trotz der darin enthaltenen und weitgehend ebenfalls spekulativ gehaltenen Hortungsanteile!

Das Problem der Wechselkursspekulation

Ein anderes Spielfeld, neben den Wertpapierbörsen, sind die Devisenbörsen, an denen Währungen ge- und verkauft werden. Dabei geben die so genannten Wechselkurse jeweils den Preis einer Währung wieder, jeweils gemessen an einer anderen. Ein Wechselkurs von 1 : 2 zwischen Dollar und DM besagt beispielsweise, dass man für einen Dollar zwei Mark geben muss bzw. umgekehrt erhält.

Vor nicht all zu langer Zeit konnte man an den Wechselkursen noch die tatsächliche Kaufkraft der verschiedenen Währungen ablesen, denn sie spielten sich tendenziell so ein, dass

man mit dem eingetauschten Geld im anderen Land in etwa die gleichen Gütermengen erwerben konnte, wie mit dem eigenen Geld im eigenen Land. Solche Kurse, die die »Kaufkraftparität« der Währungen widerspiegeln, veränderten sich im Allgemeinen entsprechend langsam, vor allem bei unterschiedlichen Leistungsentwicklungen zwischen den Volkswirtschaften oder unterschiedlichen Inflationsraten der beteiligten Währungen.

Diese Zeiten paritätischer Wechselkurs-Korrekturen sind jedoch längst vorbei. Der Kauf und Verkauf von Währungen findet heute nur noch zu einem Bruchteil für Handels- oder Urlaubszwecke und dergleichen statt. Vielmehr hat man das dafür benötigte Geld inzwischen selbst zu einem Handelsobjekt gemacht, in das man mit seinen Finanzanlagen laufend ein- und umsteigt. Das heißt, ausländisches Geld wird letztlich nur gekauft, manchmal nur für Tage oder Stunden, um es dann erneut - ohne es genutzt zu haben oder überhaupt nutzen zu wollen - wieder zu verkaufen. Beeinflusst werden diese Ein- und Umstiegs-Entscheidungen vor allem von Zinssatzunterschieden oder von erwarteten Wechselkursänderungen, die man mit diesen massierten Käufen oder Verkäufen oft erst auslöst.

Eingebürgert hatte sich dieser spekulative Missbrauch der Währungen bereits Anfang der 70er Jahre, als die weitere Aufrechterhaltung der in Bretton Woods festgelegten starren Wechselkurse immer fragwürdiger wurde. Denn wer damals die immer notwendiger werdende Abwertung des Dollars durch Käufe der zu niedrig eingestuften Währungen vorwegnahm, konnte in kurzer Zeit Gewinne einfahren, die alle anderen Möglichkeiten leistungsloser Einkommen weit in den Schatten stellten.

Auch bei den später immer wieder versuchten Festschreibungen der Wechselkurse boten sich solche Geschäfte an. Je größer dabei die zum Einsatz kommenden spekulativen Geldmassen wurden, um so weniger waren die Staaten bzw. Notenbanken in der Lage, diese Wechselkurse über längere Zeiträume durch Stützungskäufe oder -verkäufe gegen die Spekulation zu verteidigen. Man denke nur an die Spekulationen gegen Pfund und Lira Anfang der 90er Jahre, mit denen selbst die Bank von

England in die Knie gezwungen wurde. Dabei konnte bekanntlich von einem einzelnen Spekulanten, namens George Soros, in wenigen Tagen ein Gewinn in Höhe von fast einer Milliarde Dollar verbucht werden. Und während im allgemeinen Gewinne an den Börsen zu Lasten anderer Spekulanten gehen, müssen bei solchen Spekulationen gegen die Notenbanken die Bürger und Steuerzahler direkt oder indirekt für die Verluste gerade stehen.

Auch bei diesen Spekulationen an den Devisenmärkten kommt es letztlich immer darauf an, im richtigen Moment ein- und wieder auszusteigen. Verpasst man diesen richtigen Moment des Umsteigens, bzw. vertraut man all zu lange den Versprechungen fester Wechselkurse wie z.B. in den Tigerstaaten 1998, kann dies zumindest bei längerfristigen Anlagen mit Milliardenverlusten verbunden sein. Deshalb werden solche Anlagen tendenziell mit immer kürzeren Laufzeiten getätigt. Das verringert zwar das Risiko der Anleger, vergrößert aber das der sowieso am kürzeren Hebel sitzenden und fast immer ärmeren Volkswirtschaften. Ein massiver Rückzug ausländischen Kapitals hat darum für die davon betroffenen Länder wirtschaftliche und gesellschaftliche Folgen, die weit über die Verluste der Spekulanten hinausgehen. Man denke nur daran, welche gewaltigen Konjunktur-Einbrüche die ostasiatischen Länder 1998 verkraften mussten, bis hin zu Verarmungen und Notlagen in der Bevölkerung, die in einigen Fällen zu gewaltsamen Reaktionen und fast bürgerkriegsähnlichen Aufständen führten. Die Verluste der Anleger wurden dagegen meist noch durch Maßnahmen der Banken oder Einsätze des Weltwährungsfonds ausgebügelt.

Grundsätzlich betrachtet, verhalten sich die Spekulanten in solchen Fällen wie Verkehrsrowdies, die eine Massenkarambolage mit vielfachen Sach- und Personenschäden auslösen und dann mit einigen Kratzern auf der eigenen Karosserie Fahrerflucht begehen, und das auch noch ohne eine Bestrafung befürchten zu müssen. Dass auch die Regierungen in den von solchen Kapitalrückzügen betroffenen Länder eine Mitschuld trifft, z.B. durch zu lange Bindungen an nicht mehr realistische Kurse, zu hohe Zinsversprechen oder auch steuerpoliti-

sche Fehlentscheidungen, ist sicher unbestritten, aber keine Entschuldigung für die reichen Nationen, die in diesen Ländern ihre weiterhin wuchernden Geldvermögens-Überschüsse möglichst ohne eigenes Risiko abzuladen bzw. in Sachvermögen umzuwandeln versuchen.

Schon vor Jahren hat die Weltbank festgestellt, dass etwa 15 bis 20mal so viele Milliarden weltweit über die Grenzen transferiert werden, wie der Welthandel erforderlich macht. Inzwischen sind die Diskrepanzen noch vielmals größer. Das heißt, unsere Welt ist von gewaltigen Kapitaltransfers belastet, die keine Käufe oder Investitionen im Sinn haben, sondern nur auf kurzfristige Spekulationsgewinne aus sind. Und wie die Geier bei einem verendenden Wild, sammeln sie sich vor allem in der Nähe »verendender« Wechselkurse bzw. Währungen oder lösen ihr Absterben sogar selber aus. Dabei pokern manchmal sogar staatliche Banken gegen ihre eigene Notenbank. - Der Irrsinn ist nicht mehr zu überbieten!

Konsequenzen:

Unvorstellbar große und immer größer werdende Milliardenbeträge an überschüssiger Kaufkraft vagabundieren inzwischen um den Erdball und überrollen Notenbanken und Politiker, die - wenn sie handeln - meist noch das Falsche tun. Betrachtet man das Ganze aus der Distanz, dann lassen sich sowohl die Regierungen (die das Wohl des Volkes mehren sollen!), als auch die Notenbankverantwortlichen (die die Währungen stabil halten wollen!), von den Spekulanten förmlich an der Nase vorführen. Von Spekulanten, denen die Politiker die Möglichkeit und Genehmigung zu diesem »Spiel« selbst eingeräumt haben, bei dem sie aber selbst zunehmend verlieren.

Schon 1992 hatte der Direktor der Rothschild-Bank in Paris und Berater französischer Staatspräsidenten, Bernhard Esambert, in einer Fernsehsendung einmal die »wahnsinnige Vorherrschaft des Geldes« beklagt, die zu »einem System geführt hat, das absolut nicht mehr demokratisch kontrolliert werden kann, weder von den Zentralbanken noch von den Nationen«.

Und sogar der vormalige Präsident der Deutschen Bundesbank, Hans Tietmeyer, sah sich bereits auf der Tagung der Weltelite in Davos 1996 zu dem Stoßseufzer genötigt:

> *»Ich habe bisweilen den Eindruck, dass sich die meisten Politiker immer noch nicht darüber im klaren sind, wie sehr sie bereits heute unter der Kontrolle der Finanzmärkte stehen und sogar von diesen beherrscht werden.«*

Immer mehr werden also die monetären Märkte zu einer Art von Weltregierung, die die Politiker zu Statisten und Gehilfen degradiert. Und immer mehr werden dabei die Finanzmärkte zu einer Art von Kriegsschauplatz, wie sich an den Schlagzeilen der Zeitungen ablesen lässt. Während anfangs noch locker vom »Dollar-Monopoly« die Rede war, schrieben bereits 1992 die Zeitungen von einem »Guerillakrieg am Devisenmarkt«, bei dem »die entscheidende Waffe« der Dollar ist, von einer »Schlacht um das Pfund« oder »Frontalangriffen auf den Franc«, die allerdings noch einmal »zurückgeschlagen« werden konnten.

Auch die Einschätzungen dieser Form der Wirtschaft, die vom Spielcasino- über Turbo- und inzwischen bis zum Raubtier-Kapitalismus reichen, zeigen eine Entwicklung auf, die sich der Gewalt immer mehr zu öffnen scheint, in einer allerdings unauffälligen Art von Gewalt, die - ähnlich wie die versteckte Ausbeutung über den Zins (die von manchen als die raffinierteste Sklaverei bezeichnet wird die es je gegeben hat) - auf eine kaum messbare Weise ständig zunimmt. Und trotzdem bleibt die »weiße Weste« der Nutznießer unbefleckt. Und an den »Hofberichten« der »ehrenwerten Gesellschaft der Reichen und Schönen« ergötzt sich die Masse unserer Bürger in Dutzenden von Magazinen auch dann noch, wenn sie selbst den Gürtel enger schnallen müssen.

Damit der »Guerillakrieg zwischen den Währungen« auch morgen noch weiter aufgeheizt werden kann, werden die jungen Menschen sogar bereits an den Schulen eingeladen, in die »Geheimnisse der Börse« einzusteigen und mit fiktivem Kapital das Spekulieren einzuüben. Den Erfolgreichsten werden

Preise in echtem Geld in Aussicht gestellt. Über die Gefahren dieses »coolen« Spiels hören sie natürlich nichts, noch weniger von seinen Hintergründen und Folgen.

Statt vom Lohn der Arbeit, glauben darum heute auch immer mehr junge Menschen, mit Spekulationen viel besser leben zu können. Und die Frage, woher ohne Arbeit die Spekulationsgewinne eigentlich kommen sollen, stellt man ebenso wenig wie die nach der Herkunft der Zinseinkünfte. - Das heutige Geld regiert nicht nur die Welt, es macht sie zunehmend zu einem Irrenhaus!

Darf die Freizügigkeit des Kapitalverkehrs eingeschränkt werden?

Freiheit und Freizügigkeit können in komplexen Beziehungen immer nur im Rahmen einschränkender Regelungen und klarer Grenzen praktiziert werden. Grenzen für die Freiheit ergeben sich immer dann, wenn ihre Wahrnehmung für Dritte mit Einschränkungen, Nachteilen oder Gefährdungen verbunden ist. Totale Freiheiten enden zwangsläufig in Anarchie.

Wer z.B. die Freizügigkeit des Straßenverkehrs so versteht, dass man mit beliebiger Geschwindigkeit auf jeder Straßenseite in jede beliebige Richtung fahren, alle Vorfahrtsregelungen usw. außer Kraft setzen und den gesamten Verkehr dem »freien Spiel der Kräfte« überlassen kann, wird den Verkehr zum Chaos und die Straßen zu einem Schlachtfeld machen.

Genau dieses Freiheitsverständnis aber hält man heute beim Kapitalverkehr für natürlich und notwendig. Und diese Art von »Freiheit« wird von den Verantwortlichen in der Politik auch noch verteidigt. Selbst die von dem US-Ökonom Tobin schon vor Jahrzehnten vorgeschlagene geringe Steuer auf alle Spekulationsvorgänge, mit der zumindest deren Hektik etwas abgebremst werden könnte, wird weitgehend abgelehnt. Statt den Missbrauch der gewährten Freizügigkeit durch sinnvolle Regelungen einzuschränken, glaubt man vielmehr, weltweit die letzten noch vorhandenen Reste irgendwelcher Regelungen des Geldverkehrs abbauen zu müssen, damit sich »der Markt

selbst helfen« kann. Dabei ist genau das Gegenteil der Fall: Ein völlig unregulierter Markt zerstört sich selbst, nicht anders als jeder andere ungeregelte Organismus!

Was heute an den Börsen abläuft, ob mit Aktien, Devisen, Derivaten oder anderen immer neuen Finanzinstrumenten, kommt einem Tollhaus näher als einem Gebäude, das den Menschen Raum und Möglichkeiten zum Leben und Arbeiten gewährt. Hier hat sich etwas verselbständigt, was sich nur noch unter dem Begriff »Fieberwahn« summieren lässt. Ausgangspunkt und Auslöser all dieser »Metastasen«, ist jedoch ein Geldsystem, das von seiner Konstruktion her zu einer ständigen und sich beschleunigenden Selbstvermehrung konzipiert ist und damit - ganz gleich auf welche Art - zu seiner eigenen Zerstörung.

Angesichts dieser ursächlichen Fehler in der Grundkonstruktion unseres Geldwesens (die von Politik und Wissenschaft bis heute nicht gesehen werden!), erübrigt es sich, auf weitere Einzelheiten der seit 2008 aufgebrochenen Krise näher einzugehen. Und dass sich diese großen Krisen in der Geschichte im Prinzip nach dem gleichen Muster entwickeln, zeigt der Ausspruch von Marinner Eccles, US-Notenbankchefs unter Roosevelt in der Krise der 1930 Jahren:

> *»Bis 1929 und '30; also bis zum Beginn der Wirtschaftskrise, hatte eine gewaltige Saugpumpe einen zunehmenden Anteil des erzeugten Reichtums in wenige Hände umgeleitet…und so die Kaufkraft aus den Händen der Mehrheit genommen…*
>
> *Die Massenproduktionen der modernen Industriegesellschaft beruht aber auf einem Massenkonsum, und dieser setzt die Verteilung des Reichtums voraus…um die Menschen mit einer Kaufkraft auszustatten, die der Menge der von der Wirtschaft produzierten Güter und Dienstleistungen entspricht.«*

TEIL IV

Die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Auswirkungen

18. Kapitel

Geld und Gerechtigkeit – die sozialen Folgen

»Es gibt ungerechte Strukturen, die wohl nicht aus bösem Willen entstanden sind, sondern aus mangelnder Kenntnis der Sachverhalte. Eine solche ungerechte Struktur liegt in unserem herkömmlichen Geld vor. Unser herkömmliches Geld ist mit einem Systemfehler behaftet, der die freie Marktwirtschaft verfälscht, indem er den Geldbesitzer gegenüber allen anderen Marktteilnehmern in hohem Maße privilegiert.«

*Prof. Peter Knauer SJ**

Wann sind Einkommen ungerecht?

Von ungerechtem Einkommen redet man, wenn z.B. ein Ladenbesitzer, zehnmal soviel verdient wie seine Verkäuferin, oder ein Schlagersänger für einen Abend 10.000 Dollar oder Euro kassiert. Doch solange mich niemand zwingt einen bestimmten Laden oder eine bestimmte Veranstaltung zu besuchen, stören mich solche hohen Verdienste wenig. Es ärgert mich jedoch, wenn Ladenbesitzer oder Schlagersänger den größten Teil ihrer Einkommen zur Bank tragen und sich dort ihre Einlagen - ohne jede zusätzliche Leistung - in zehn Jahren verdoppeln und in zwanzig Jahren vervierfachen. Denn bei dieser Vermehrung der Einkommen durch Zins und Zinseszins werde auch ich zur Kasse gebeten, obwohl ich weder den Laden noch die Veranstaltungen des Schlagersängers jemals aufgesucht habe! - Einkommen, die man als Bankeinleger ohne eigene Leistung erhält, sind also viel ungerechter als alle leistungsbezogenen. Das ist vor allem dann der Fall, wenn diese leistungslosen Ein-

* Moraltheologe, in »Gerechtes Geld - gerechte Welt«, 1991

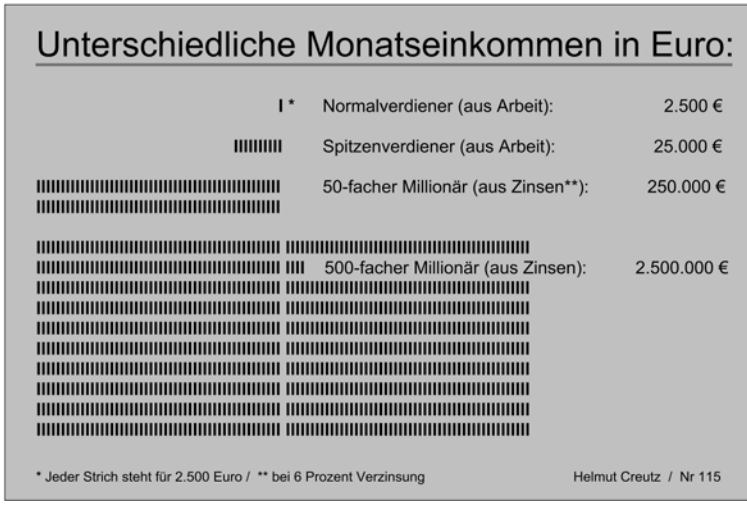
kommen diejenigen aus Leistung immer mehr übersteigen. - Ein Beispiel:

Angenommen das Einkommen eines Arbeiters beträgt je Arbeitstag 100 Dollar oder Euro, das eines Spitzenverdieners sogar 1.000, so regen sich viele Menschen schon darüber auf. Doch bei sechs Prozent Verzinsung kassiert auch ein fünffacher Millionär bereits täglich diese 1.000 Euro oder Dollar, und zwar ohne einen Handschlag dafür zu tun! Ein 50-facher Millionär erhält diesen Betrag sogar alle 2 1/2 Stunden und ein 500-facher Millionär alle 14 Minuten, womit er in 24 Stunden auf rund 100.000 Euro Einnahmen kommt. Und einem fünffachen Dollar- oder Euromilliardär fallen bei sechs Prozent Verzinsung diese 1.000 Dollar oder Euro alle 90 Sekunden in den Schoß, was sich in 24 Stunden - also täglich! - auf rund 1 Million addiert!

Da man sich zwar noch das Zehn- oder Hundertfache einer Größe vorstellen kann, kaum aber das Tausend- oder Millionenfache, sind solche Größenunterschiede in der *Darstellung 41* noch einmal optisch und an den Balken abzählbar, bis zu einem halben Milliardär wiedergegeben.

Darstellung 41:

Unterschiedliche Monatseinkommen in Euro



Zu welchen Ungerechtigkeiten führt der Zins?

Hier ist zuerst noch einmal zu beachten, dass - im Gegensatz zu weit verbreiteten Auffassungen! - auch diejenigen Zinsen zahlen müssen, die selbst keine Kredite aufgenommen haben. Denn wie beschrieben, wälzt das Gros der Kreditnehmer, vor allem aber Unternehmen und Staat, diese Zinskosten über Preise, Steuern und Gebühren auf die Endverbraucher ab. Das heißt, mit jedem ausgegebenen Euro zahlt also jeder Bürger oder Haushalt mit dem Preis der erworbenen Güter nicht nur die angefallenen Material- und Personalkosten, sondern auch die Kapitalkosten, also die Zinslasten, meist ohne sich dessen bewusst zu sein! Und diese Zinsanteile in den Preisen nehmen nicht mit der Wirtschaftsleistung zu, sondern vor allem mit den dabei eingesetzten und zu verzinsenden Geldvermögen bzw. Schulden, die jedoch deutlich rascher wachsen als das Sozialprodukt.

Natürlich profitieren andererseits auch alle Haushalte wieder von den Zinsen, die letztlich ja an sie zurückfließen, zumindest in Höhe ihrer Sparbuch-Einlage. Aber diese Rückverteilungen würden nur dann ein Ausgleich sein, wenn sich die Vermögen und damit die Zinseinnahmen nach dem gleichen Schlüssel auf die Haushalte verteilen würden wie die Zinslasten! In Wirklichkeit aber klafft dieser Zinseinnahme- und Rückverteilungs-Schlüssel immer weiter auseinander - ein Tatbestand, der auch für die zunehmend beklagte Scheren-Öffnung zwischen Arm und Reich verantwortlich ist!

Die vom Deutschen Sparkassenverlag herausgegebene Zeitschrift *Wirtschaftsspiegel* hat diesen Tatbestand - angeregt durch meine ersten Umverteilungsrechnungen - 1989 sogar einmal im Leitartikel ihrer Oktober-Ausgabe zum Weltspartag bestätigt:

> *»Der Zins hat eine schöne und eine häßliche Seite. Es ist schön seine Sparguthaben ohne weiteres Zutun vermehrt zu sehen. Die Zinsbelastungen für Bankkredite sind aber eine Quelle steten Mißvergnügens. Im schlimmsten Falle bedeuten sie den wirtschaftlichen Ruin.«*

Und weiter heißt es in vorsichtigen und dennoch klaren Worten:

»Zwar kann jeder Geschäftsfähige in den ›Genuß‹ beider Seiten kommen, aber bei einer Gesamtbetrachtung von Zinsgeben und Zinsnehmen zeigt sich, dass Freud und Leid recht asymmetrisch verteilt sind. Grund ist die ungleiche Vermögensverteilung.«

Als Faustregel kann man inzwischen davon ausgehen, dass im Schnitt rund 40 Prozent aller Haushalts-Ausgaben, zu denen auch die gezahlten Steuern und öffentlichen Gebühren gehören, in Form von Zinsen direkt oder indirekt in den Zins-Umverteilungstopf fließen. Bei Jahresausgaben in Höhe von 30.000 Euro sind das also etwa 12.000 Euro pro Haushalt. Zu einem Ausgleich dieser Belastungen kommt es jedoch nur dann, wenn ein Haushalt in gleicher Höhe auch über Zinseinnahmen verfügt. Das aber würde, bei einer Verzinsung von z.B. vier Prozent, ein zinsbringendes Vermögen von 300.000 Euro erfordern, also ein Vermögen, das dem Zehnfachen der durchschnittlichen Jahresausgaben entspricht! - Die jeweiligen Relationen zwischen zinsbringendem Vermögen und den jährlichen Ausgaben entscheiden also bei jedem Haushalt darüber, ob er zu den Gewinnern oder Verlierern dieses großen Zins-Monopoly-Spiels gehört, in das alle Haushalte eingebunden sind!

Die Vermutung liegt nun nahe, dass etwa die Hälfte der Haushalte bei diesem Spiel gewinnt und die andere Hälfte verliert. Das wäre auch der Fall, wenn die Verteilung der Vermögen wie der Ausgaben linear, das heißt, mit jeweils gleichen Anteilen ansteigen würden, was aber - wie schon aus der *Darstellung 29* ersichtlich - nicht der Fall ist. Und als Folge des ständigen Überwachstums der Geldvermögen gegenüber dem der Wirtschaftsleistung, verschiebt sich der Umverteilungsschnittpunkt immer mehr zu jener Minderheit, bei der dann zwangsläufig die Vermögen immer rascher zunehmen müssen. Das heißt, die Umverteilungsgewinne konzentrieren sich zunehmend bei einer abnehmenden Zahl von Haushalten, während die Anzahl der Verliererhaushalte und deren Verluste ständig zunimmt. - Damit läuft das ab, was wir in aller Welt als Scherenöffnung zwischen Arm und Reich konstatieren!

Wie lässt sich die Größe der Zinsströme ermitteln?

In der *Darstellung 58* sind die Gesamtvermögen, also die Summe der Geld- und den schuldenfreien Sachvermögen, die in Deutschland im Jahr 2007 mit etwa 11.400 Mrd Euro anzusetzen waren, auf zehn Haushaltsgruppen verteilt wiedergegeben und zahlenmäßig aufgeschlüsselt. Das gleiche gilt für die Haushaltseinkommen, die - eingetragen im unteren Teil der Grafik - fast übersehen werden könnten und deren Umfang, mit 1.541 Mrd p.a. auch nur bei 14,5% der Vermögen liegt. Hinzu kommt noch, dass der explosiven Anstieg der Vermögensbestände überhaupt erst bei dem vierten Zehntel der zehn Haushaltsgruppen beginnt! - Würden sich dagegen die Vermögen in Relation zu den Einkommen auf die Haushalte verteilen, ergäbe sich jene Treppe, die punktiert zusätzlich eingetragen ist.

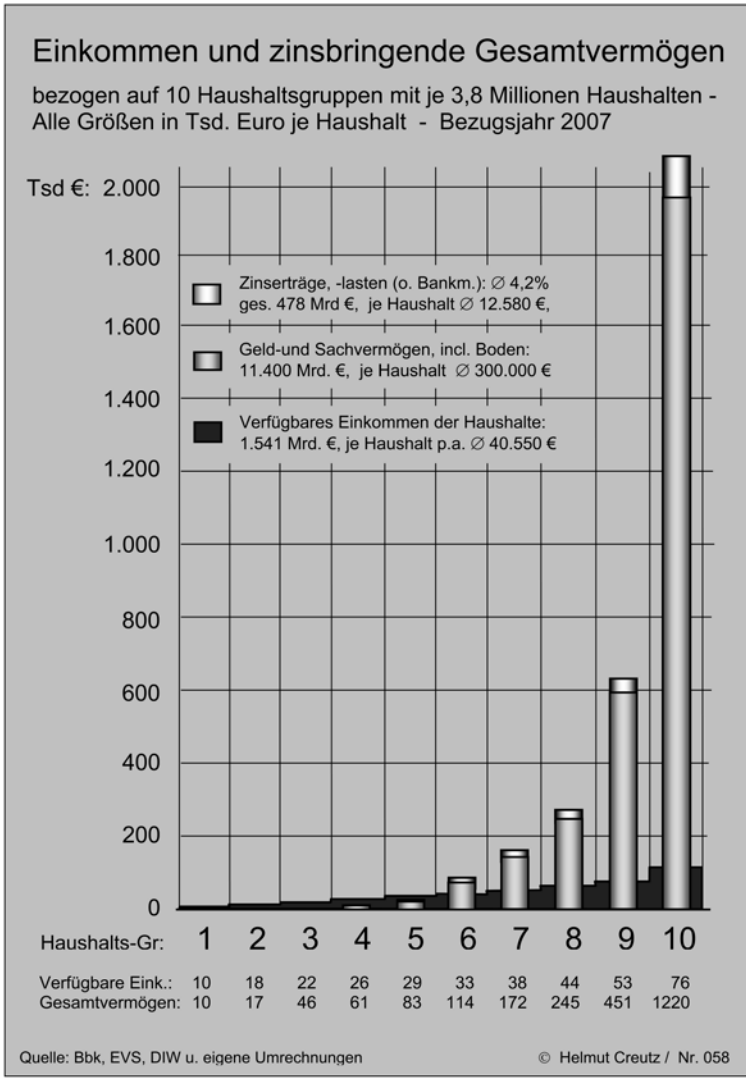
Die rasante Auseinander-Entwicklung zwischen Einkommen und Vermögen der Haushalte und deren Konzentration bei dem letzten Zehntel, die aus der Grafik optisch und in Zahlen je Haushalt zu entnehmen ist, zeigt ein Rückblick auf die letzten zwanzig Jahren: Während das Verhältnis 1990 noch bei 1:10 gelegen hatte und im Jahr 2000 bei 1:16, erreichte es - wie aus der Darstellung hervorgeht - im Jahr 2007 bereits ein Verhältnis von rund 1:20! Und das gilt selbstverständlich auch für die Zinserträge, die den Vermögenssäulen jeweils aufgesetzt sind und die - als Folge höherer Verzinsungen großer Vermögen - nochmals stärker ansteigen als die Vermögensbestände selbst. - Bei der zehnten Gruppe sind dann diese Zinserträge fast mit den gesamten Einkommen identisch!

Die Verteilung der Zinslasten

Will man jetzt die andere Seite der Medaille ermitteln, nämlich die der Zinslasten, dann muss man von den gesamten Ausgaben der Haushalte ausgehen. Das heißt, während sich die Zinseinkommen nach dem Schlüssel der Vermögen auf die Haushalte verteilen, ist der Verteilungs-Schlüssel für die Zinslasten die Höhe der Haushaltsausgaben, wie ja bereits in *Kapitel 14*

Darstellung 42:

Einkommen und zinsbringende Gesamtvermögen



und der *Darstellung 32* aufgezeigt wurde. Um diese Ausgaben bei jeder der zehn Haushaltsgruppen zu ermitteln, muss man von deren Einkommen in einem ersten Schritt die Sparquote abziehen. Dabei ist zu beachten, dass zwar die durchschnittli-

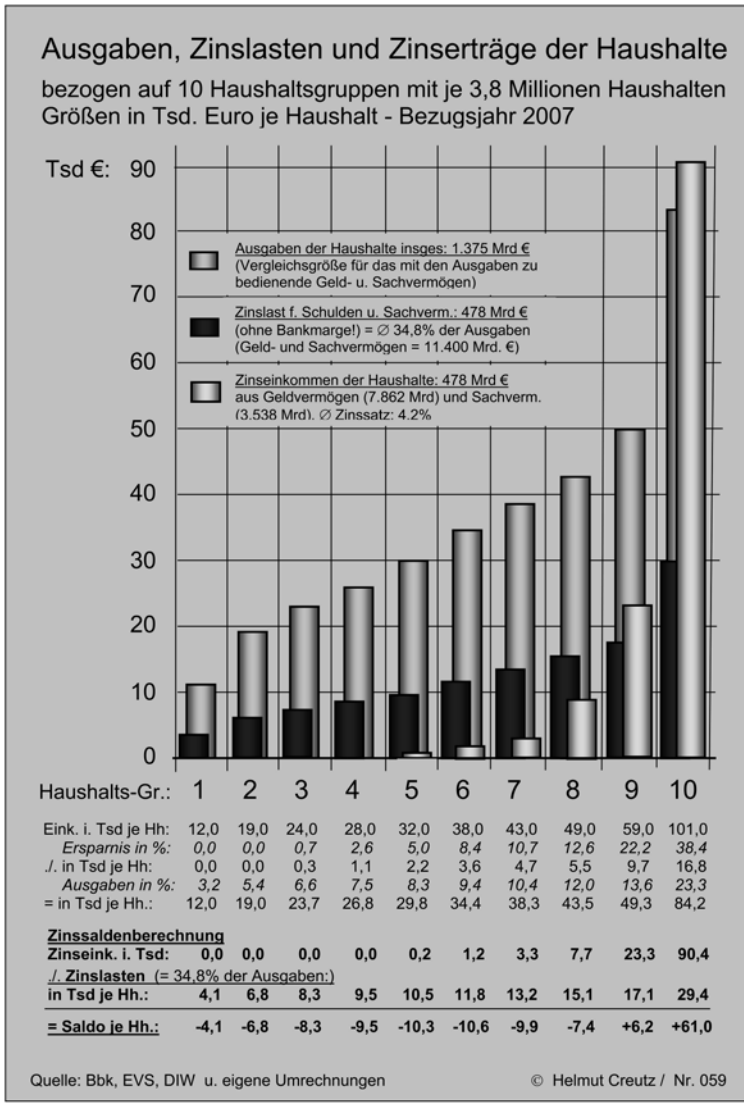
che Sparquote der Haushalte bei rund zehn Prozent der verfügbaren Einkommen liegt, aber verständlicherweise zwischen den Haushaltsgruppen aufgrund der jeweiligen Vermögensbestände höchst unterschiedlich ausfällt. Das heißt, während die ärmeren Haushalte kaum nennenswerte Rücklagen bilden können, sind die reichsten, auf Grund ihrer hohen Vermögenseinkommen, förmlich zu weiteren Ersparnisbildungen gezwungen. Oder noch treffender: Sie sind gar nicht mehr in der Lage, ihre Vermögenseinkommen auf normale Weise auszugeben, womit sich der Vermögensbestand gewissermaßen »von alleine« vermehrt.

Das geht besonders deutlich aus den Größenermittlungen im unteren Teil der *Darstellung 43* hervor. Darin werden u.a. auch die Ausgaben der Haushalte errechnet, die dann im Grafikteil als graue Säulen wiedergegeben sind. Vor diesen Ausgabensäule sind dann sowohl die Zinseinkünfte als auch die Zinslasten in jeder der zehn Haushaltsgruppen eingetragen, wobei die Zinslasten durchgehend mit rund 35% der Ausgaben angesetzt wurden. Aus der Differenz dieser beiden zinsbezogenen Größen ergibt sich dann als Saldo das Umverteilungs-Ergebnis, also die entscheidende Größe zur Beurteilung der zinsbedingten Umverteilung in jeder Haushaltsgruppe. Das heißt, dieser Saldo macht sichtbar, in welchem Umfang jede Gruppe Gewinner oder Verlierer ist!

Wie auf einen Blick bereits erkennbar (und ebenfalls aus der untersten Tabellenzeile zu entnehmen!), ist das Ergebnis dieser Saldierung bei den ersten acht Gruppen negativ. Das heißt, sie zahlen mehr Zinsen als sie erhalten. Bei der neunten Gruppe kommt es zu einem leichten Plus, während sich das Gros aller Saldenverluste der ersten acht Gruppen bei dem reichsten Zehntel als positiver Überschuss niederschlägt! Anders ausgedrückt: In welchem Umfang jeder Haushalt bei diesem Zins-Monopoly Gewinner oder Verlierer ist! Geht die bisherige Entwicklung weiter - und nichts spricht dagegen - dann dürfe in einigen Jahren auch das neunte Haushalts-Zehntel zu den Verlierern gehören und damit die Reichtums- und Einkommenskonzentration bei dem letzten Zehntel noch deutlicher sein - sofern dieses System nicht vorher kollabiert!

Darstellung 43:

Ausgaben, Zinslasten und Zinserträge der Haushalte



Vergleicht man die Situation in den einzelnen Gruppen, dann zeigt sich, dass in absoluten Zahlen gerechnet die Haushaltsgruppen 4 - 6 die größten Negativ-Salden zu verkraften

hatten. Relativ, also gemessen an dem Verhältnis zu den Zinseinkommen, waren jedoch die Haushaltsgruppen 1 und 2 die größten Verlierer, da bei ihnen die Zinslasten durch keinerlei nennenswerten Ersparnisse und damit Zinserträge gemildert wurden.

Diese Saldenberechnung ist in der nachfolgenden Tabelle noch einmal mit ihren Milliardenwerten wiedergegeben, in der, neben den Durchschnittszahlen aller Gruppen in der ersten Spalte, in der zweiten alle Verlierer-Haushalte zusammen gefasst werden und in der dritten Spalte die beiden Gewinner-Gruppen:

Zinsumverteilungsberechnung und -Zinssaldenermittlung in Mrd € bezogen auf alle Haushalte sowie zwei Haushaltsgruppierungen und das Jahr 2007:

			alle Haushalte:			1. – 8. Gruppe			9. + 10. Gruppe
			38 Mio			30,4 Mio			7,6 Mio
	Ermittl. Zinseinkommen:								
	Vermögensbestand:		11.400			1.665			9.735
	Zinseinkommen:	*x 4,2%*	= *478*	*x 2,8%*	=	*47*	*x 4,4%*	=	*431*
	Ermittlung der Zinslast:								
	Haushaltseinkommen:		1.541			930			610
	abzgl. Ersparnis:	100%	= 166	39%	=	65	61%	=	101
=	Haush. Ausgaben:	100%	= 1.375	63%	=	867	37%	=	508
	darin Zinslasten:	*x 34,8%*	= *478*	*x 34,8%*	=	*301*	*x 34,8%*	=	*177*
	Ermittl. der Zinssalden:								
	Zinseinkommen:		*478*			*47*			*431*
./.	*Zinslasten:*		*478*			*301*			*177*
=	***Saldo der Zinsströme p.a.:***		*+/- 0*			*- 254*			*+ 254*

(Zahlenabweichungen durch Rundungen)

Was ergibt sich aus der Saldenberechnung?

Wie aus der untersten Reihe der Tabelle ersichtlich, ergibt sich aus dieser Ermittlung p.a. eine Umverteilung von der Mehrheit der Haushalte zur Minderheit in einer Höhe von 254 Mrd. Umgerechnet auf jeden Kalendertag bedeutet das eine Einkommens-Umschichtung von 696 Millionen Euro, also rund 700 Millionen pro Tag! - Zweifellos kann man die hier vorgelegten Berechnungen in einzelnen Punkten in Frage stellen bzw. etwas höher oder niedriger ansetzen. Ebenso kann man auf die Nichtberücksichtigung der Besteuerungen bei den ermittelten Zinseinkünften verweisen. Aber an den grundsätzlichen Gegebenheiten dieser versteckten Umverteilung von Arm zu Reich, die mit dem zinsbedingten Vermehrungs-Automatismus der Geldvermögen ständig zunimmt, ändert sich im Prinzip selbst bei einer Halbierung aller Größen nichts! Das zeigt auch die *Darstellung 43,* in der die Salden in einem nochmals vergrößerten Maßstab um die Null-Linie verteilt aufgetragen und in jeder Gruppe als negative und positive Größen wiedergegeben wird.

Darstellung 43:

Zinslasten und Zinserträge – Salden der Haushalte

Außer den (dunklen) Säulen, die einer hier angenommenen durchschnittlichen Zinslasthöhe von 4,2 Prozent entsprechen, sind mit den hellen Säulen einmal die Ergebnisse bei einem halbierten Zinssatz von 2,1 Prozent angedeutet. Dieser Vergleich lässt erkennen, in welchem Maße Veränderungen der Zinssätze die Höhe der Umverteilungen beeinflussen, ebenfalls, welche Auswirkungen inflationsbedingte Zinsanstiege jeweils haben, auch wenn es dabei zu keinem Anstieg auf acht Prozent kommt, wie das zwischen 1970 und 1995 drei Mal der Fall gewesen ist.

Vor allem wird aus diesen Umverteilungs-Ergebnissen deutlich, in welchem Maße der Zins und dessen Veränderungen die soziale Situation in jeder Volkswirtschaft beeinflusst

und welche enormen Folgen mit einer Zinsabsenkung gegen Null, bzw. einem Pendeln um diesen Punkt, verbunden sein würden!

Wie und in welchem Maße sich Zinserträge und Geldvermögenszuwächse gegenseitig beeinflussen, ist der *Darstellung 44* zu entnehmen, in der ab 1950 die Zehnjahres-Durchschnitte sowohl der Bankzins-Auszahlungen als auch der Geldvermögens-Zuwächse eingetragen sind. Daraus geht vor allem hervor, dass die exponentiell ansteigenden Geldvermögen in den ersten fünf Dekaden vor allem durch die noch rascher wachsenden jährlichen Zinsausschüttungen verursacht worden sind: Während die Geldvermögen - umgerechnet in Mrd € - von 13 auf 335 auf das 26-fache angestiegen sind, nahmen die Zinsausschüttungen, von 3 auf 189 Mrd, jedoch auf das 61-fache zu! Im Durchschnitt des sechsten Jahrzehnts, also zwischen 2000 und 2010, überstiegen die Zinsausschüttungen mit 296 Mrd sogar deutlich die krisenbedingt eingebrochenen Geldvermögens-Zunahmen. Das heißt, ein Teil dieser automatischen Vermögens-Zunahmen wurden offensichtlich außerhalb der normalen Geldvermögensbestände investiert, wie z. B. in Gold und anderen Sachwerten, aber auch in Bargeldhaltungen, deren Bestände in den letzten zehn Jahren verdoppelt wurden.

Darstellung 44((neue Nr.168 - ca 2/3 Seite))

Seltsamerweise werden diese zinsbedingten Zusammenhänge und Wechselwirkungen weder in den Medien noch in den zuständigen Wissenschaften behandelt, obwohl schon 1993 die Bundesbank von dieser »Selbstalimentation der Geldvermögen« geschrieben und der SPD-Oberbürgermeister von München, *Georg Kronawitter*, Anfang der 90er einmal geklagt hat:

> *»In der Bundesrepublik ist, binnen zehn Jahren, eine riesige Verschiebung von Vermögen und Reichtum zuwege gebracht worden, die jedes soziale Gleichgewicht zerstört hat. Ich bin sicher, daß die Verteilungskämpfe heftiger werden, aber immer weniger zu verteilen sein wird.«,*

Allerdings hat auch er nicht registriert, dass diese Umverteilung nicht erst zehn Jahre vor diesem Zitat, sondern seit Beginn unserer Wirtschaftsepoche, wenn auch auf kleinerer Flamme, wirksam war. Genau so wie auch in allen anderen Ländern, in denen die Bedienung des Kapitals Vorrang vor allen anderen Einkünften hat! Auf Grund der im Verhältnis zur Wirtschaftsleistung immer explosiver wachsenden Geldvermögens- und Schuldenberge tritt diese Entwicklung in unseren Tagen nur immer deutlicher zu Tage!

Die damit zunehmenden Scherenöffnungen und sozialen Spannungen werden zwar vermehrt und inzwischen fast täglich in den Medien angesprochen, ebenso wie das Thema Staatsverschuldung, nicht aber, dass diese Entwicklungen in jedem Wirtschaftssystem zunehmen müssen, das nur positive Zinsen kennt und jeder Staat, der zur Milderung dieser sozialen Spannungen bzw. Ankurbelung der Wirtschaft immer höhere Schulden aufnimmt, diese Spannungsentwicklungen immer nur beschleunigt!

Es ist fast unverständlich und ein Armutszeugnis für die Wirtschaftswissenschaften, dass diese ursächlichen Zusammenhänge und Wirkungsmechanismen, die zu den heutigen wirtschaftlichen und sozialen geführt haben, immer noch nicht erkannt werden und in der Folge auch nicht in der Politik.

19. Kapitel

Geld, Wachstum, Umwelt – die Ökologischen Folgen

»Sie sägten Äste ab, auf denen sie saßen, und schrien sich zu ihre Erfahrungen, wie man schneller sägen konnte, und fuhren mit Krachen in die Tiefe, die ihnen zusahen, schüttelten die Köpfe beim Sägen und sägten weiter!«

Bertold Brecht

Welche grundlegenden Wachstumsregeln sind zu beachten?

Wenn ein Zehnjähriger mit zwanzig Jahren 1,80 Meter groß sein möchte, ist dagegen nichts einzuwenden. Will er jedoch mit dreißig Jahren 2,80 und mit vierzig 3,80 groß sein, dann wird die Sache unrealistisch. Und das nicht nur weil dieser Wachstumsfetischist ständig größere Schuhe, Kleider und Möbel, Wohnungen und Fortbewegungsmittel braucht, sondern weil ganz einfach ein solches Überwachstum an sich selbst zu Grunde geht. Denn für alle gesunden und natürlichen Wachstumsentwicklungen gibt es immer eine optimale Größe oder Obergrenze, und alles darüber Hinausgehende ist mit zunehmenden negativen Folgen verbunden.

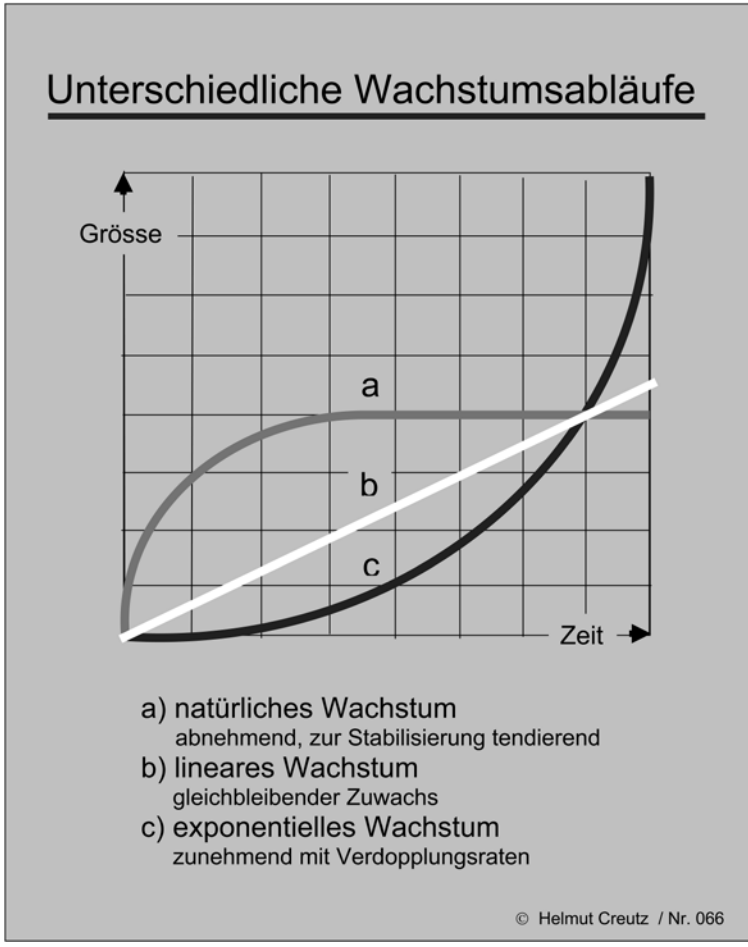
Diese Regel gilt nicht nur für Wachstumsvorgänge in der Natur. Auch die Leistungssteigerung eines Motors ist nur bis zu seiner optimalen Drehzahl sinnvoll. Steigert man sie darüber hinaus, dann ist es nur eine Frage der Zeit, bis der Motor auseinander fliegt. - Dass auch alles Geschehen in der Wirtschaft in diese natürlichen und naturwissenschaftlichen Gesetzmäßigkeiten eingebunden ist, wird jedoch von den meisten Menschen nicht berücksichtigt, leider ebenfalls - von Ausnahmen abgesehen - auch nicht in den dafür zuständigen Wissenschaften.

Welche Wachstumsabläufe sind theoretisch denkbar?

Ein Wachstumsvorgang kann mit abnehmenden, gleich bleibenden oder zunehmenden Größenschritten bzw. Geschwindigkeiten ablaufen. In der *Darstellung 66* sind diese unterschiedlichen Möglichkeiten als Schema wiedergegeben.

Darstellung 45:

Unterschiedliche Wachstumsabläufe



Die Kurve a) in der Darstellung zeigt einen Wachstumsablauf der steil beginnt, sich zunehmend verlangsamt und schließlich

auf einer bestimmten Höhe stabilisiert. Dieser Verlauf entspricht den meisten Entwicklungen in der Natur. Denken wir nur an uns selbst: Den größten, fast schon explosiven Wachstumsschub erleben wir noch im Mutterleib. Auch in den ersten Babyjahren sind die jährlichen Zuwachsraten noch erheblich. Sie lassen jedoch in den anschließenden Jahren nach und kommen im Alter von ca 18 Jahren ganz zum Stillstand.

Diese Stabilisierung des menschlichen Wachstums bei einer optimalen Größe trifft jedoch nur auf die *quantitative* Entwicklung zu. Der *qualitativen* Entwicklung des Menschen, z.B. im geistigen, sozialen und kulturellen Bereich, sind dagegen keine Grenzen gesetzt. Vielmehr entwickeln sich diese spezifisch menschlichen Fähigkeiten überwiegend erst nach Beendigung des quantitativen Wachstums.

Die Kurve b) in der Grafik zeigt einen linearen Entwicklungsverlauf. Bei diesem nimmt die Größe in gleichen Zeitabständen und mit gleich bleibenden Schritten zu. Es bedarf keiner Erläuterung, dass auch ein solches ständig gleich bleibendes quantitatives Wachstum in einem begrenzten Raum auf Dauer niemals durchzuhalten ist, auch wenn es noch so klein beginnt.

Die Kurve c) schließlich gibt eine Entwicklung mit ständig größer werdenden Wachstumsschritten wieder. Sie beginnt anfangs kaum merklich, um danach immer beschleunigter anzusteigen. Bei diesem so genannten exponentiellen Wachstum verdoppeln sich also jeweils die Zuwachsraten in gleichen Zeitabständen! Was das heißt und bewirkt, kennen wir bereits von den zinseszinsbedingten Entwicklungen im Geldbereich. Vergleicht man nun diese Kurve c) mit der Kurve a), dann sind deren Entwicklungen also völlig konträr: Während das natürliche Wachstum fast explosiv beginnt und dann ständig abnimmt, schießt das anfangs so gering wirkende exponentielle Wachstum schließlich fast senkrecht in die Höhe.

Diese Art von Wachstum gibt es jedoch in der Natur weitgehend nur bei krankhaften Entwicklungsprozessen, z.B. bei Tumoren. Auch sie wachsen oft über Jahre und Jahrzehnte ohne ihren Gastorganismus direkt zu gefährden. Haben sie jedoch eine kritische Größe erreicht und gelingt es nicht das

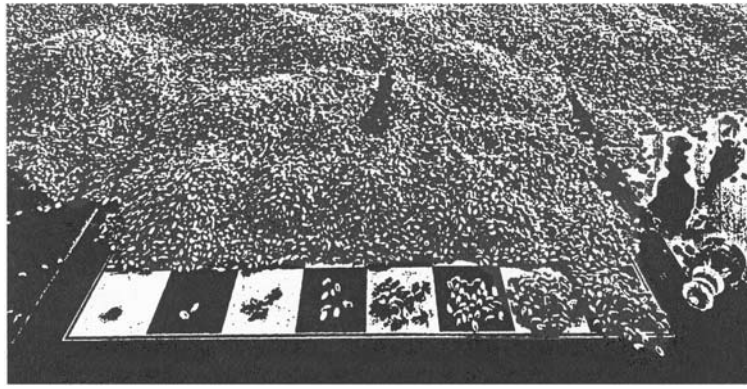
weitere Verdoppelungswachstum zu stoppen, dann zerstören sie ihren Gastorganismus und mit ihm auch ihre eigene Lebensbasis und sich selbst.

Auch das Bevölkerungswachstum auf unserem Planeten verläuft tendenziell nach diesem Konzept, weil die natürlichen Rückkopplungseffekte über Hunger, Erkrankungen, frühen Tod usw. immer mehr reduziert werden konnten. So positiv das auch zu werten ist, nimmt die Zahl der Menschen auf der Erde nun jedoch ebenfalls auf exponentielle Weise zu, so dass es - ohne Abbremsung dieser Entwicklung - ebenfalls zu Gefahren für das Überleben der Menschheit kommen muss. Vor allem im Hinblick auf die begrenzten Ressourcen dieser Erde muss dies auf Dauer zu Katastrophen führen, auch wenn dies zwischenzeitlich durch neue Entdeckungen und Erfindungen aufgefangen oder aufgeschoben werden kann.

Wie irreal ist exponentielles Wachstum?

Exponentielle Wachstumsabläufe sind für uns Menschen schwer nachvollziehbar. Wir sind gewohnt in normalen Zahlenreihen wie 1, 2, 3, 4, 5 zu denken oder 2, 4, 6, 8, 10 usw. Mit Verdopplungsraten zunehmende Zahlenreihen, wie 1, 2, 4, 8, 16, 32 usw. sind uns dagegen fremd. So überrascht z.B. immer wieder die Geschichte von dem Erfinder des Schachspiels, dem sein König - von dem Spiel begeistert - einen Wunsch frei stellte und der sich auf das erste Feld des Schachbretts ein Getreidekorn, auf das zweite zwei, das dritte vier usw. erbat, also jeweils die doppelte Körnermenge des vorhergehenden Feldes.

Der König, von diesem simplen Wunsch überrascht, glaubte ihn mit einigen Säcken Getreide erfüllen zu können, musste dann jedoch feststellen, dass er unerfüllbar war! Denn nach einer Hochrechnung meines Freundes Eckard Eilers ergibt sich aus der 63-fachen Verdopplung des ersten Korns eine Körnerzahl von 18,5 Trillionen. In Gewichtseinheiten umgerechnet sind das rund 740 Mrd Tonnen. Da die heutige Weltgetreideernte bei etwa 1,7 Mrd Tonnen liegt, hätte der König, zur Erfüllung des Wunsches, also rund 440 Jahre lang die gesam-



ten Weltgetreideernten ansammeln müssen! Und verteilt auf eine Fläche wie Deutschland, ergäbe diese Körnermenge eine Schüttung von etwa zwei Metern Höhe!

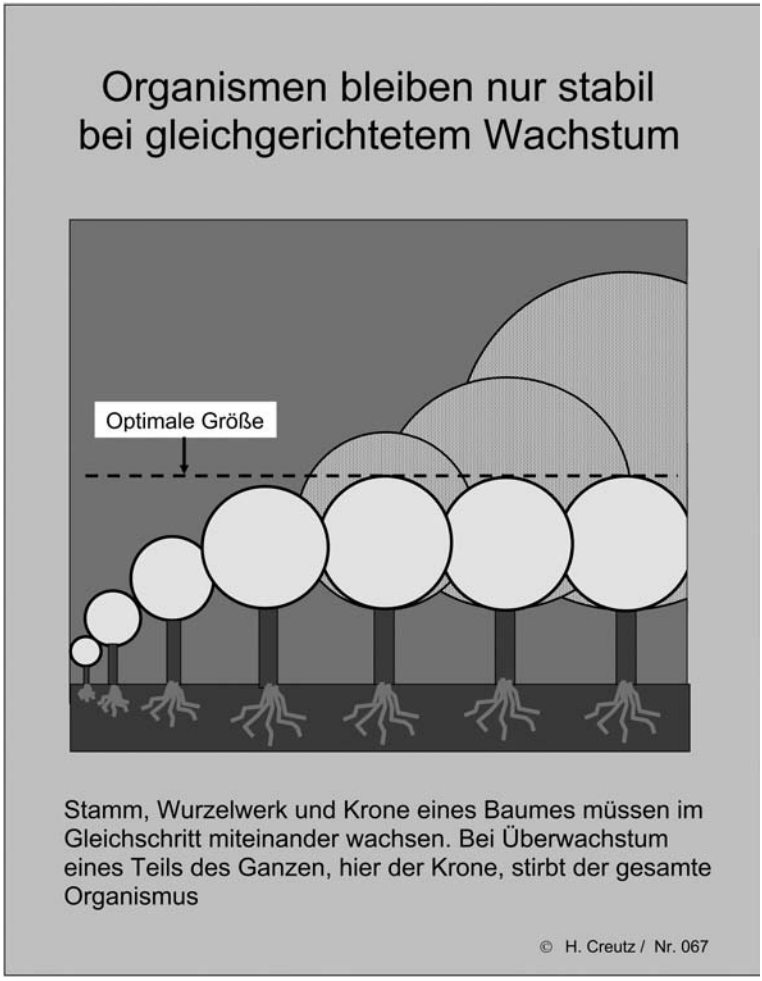
Was ist mit unterschiedlichen Entwicklungen bei einem natürlichen Organismus?

Wenn ein Zehnjähriger bis zum zwanzigsten Lebensjahr sein Gewicht verdoppelt, dann muß nicht nur sein Knochengerüst im Gleichschritt größer und stärker werden, sondern auch seine Organe. Würden dagegen einzelne Organe deutlich rascher oder langsamer wachsen als der gesamte Organismus, dann käme es sehr schnell zu Komplikationen und schließlich auch hier zum Kollaps. Noch kritischer wäre es für die Stabilität des Organismus, wenn einzelne Teile nach Erreichen der Normalgröße alleine weiter wachsen würden..

In der *Darstellung 46* ist diese Regel anhand eines wachsenden Baumes dargestellt: Solange dieser wächst, müssen Wurzeln, Stamm und Krone dies im Gleichschritt tun. Denn würde die Krone rascher wachsen als die übrigen Teile, wäre der Baum zum Absterben verurteilt: Der Stamm könnte die Krone nicht mehr tragen, die Wurzeln das Blätterwerk nicht mehr versorgen.

Darstellung 46:

Organismen bleiben nur stabil bei gleichgerichtetem Wachstum



Zusammenfassend ergeben sich aus diesen Beispielen folgende Wachstumsregeln:

1. In einem begrenzten Raum kann es kein grenzenloses Wachstum geben.
2. Für jedes natürliche und gesunde Wachstum gibt es eine optimale Obergrenze.

3. Alle Teile eines Organismus müssen sich in ihrer Entfaltung am Ganzen orientieren.

Und als Konsequenz daraus:

4. Alle Entwicklungen, die diese naturgegebenen Gesetzmäßigkeiten missachten, sind zum Zusammenbruch verurteilt.

Diese Regeln gelten jedoch nicht nur für natürliche Wachstumsvorgänge. Sie gelten auch für alle Wachstumsvorgänge innerhalb dieser natürlichen Umwelt, zum Beispiel dem Wachstum der Wirtschaft. Denn auch alle auf der Erde stattfindenden materiellen Prozesse können sich diesen Naturgesetzen nicht entziehen.

Was bedeutet das für unser Wirtschaftswachstum?

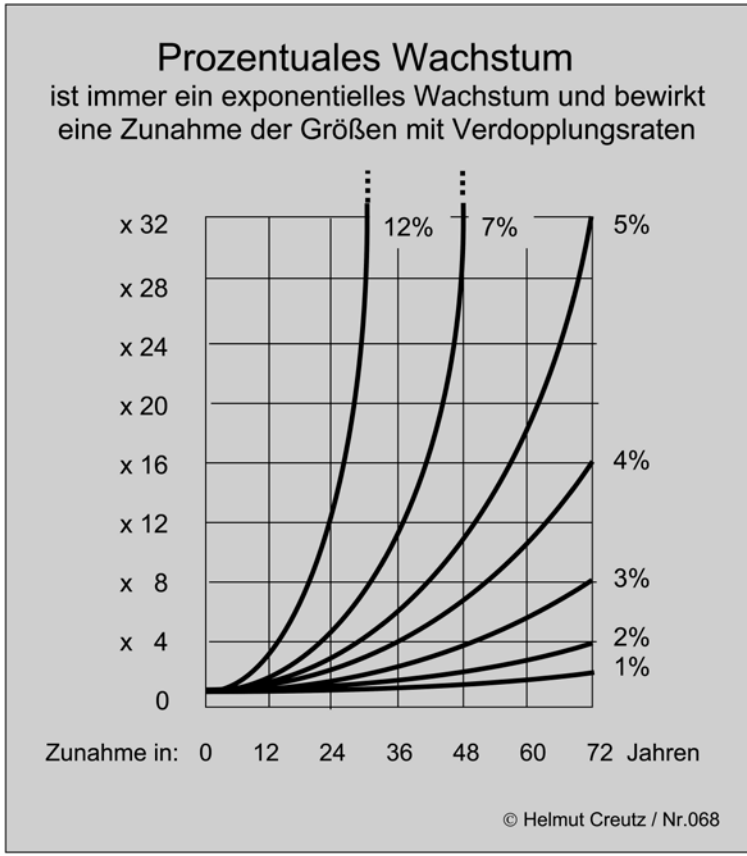
Der Begriff Wachstum ist für das Geschehen in der Wirtschaft eigentlich fehl am Platz. Wirkliches Wachstum gibt es nur in der Natur, ausgelöst durch Boden, Licht, Luft und Wasser. Was in der Wirtschaft mit Wachstum bezeichnet wird, sind in Wirklichkeit Vermehrungen oder Steigerungen der von Menschen erzeugten Leistungen und Güter. Der Fehlbegriff »Wirtschaftswachstum« hat sich jedoch so eingebürgert, dass ín unseren Tagen immer mehr Menschen bei dem Begriff »Wachstum« nur noch an die Wirtschaft denken.

Dieses »Wachstum« in der Wirtschaft wird - wie auch andere Vermehrungsprozesse - meistens in Prozenten gemessen, bezogen auf die jeweilige Vorjahresgröße. Dabei unterscheiden wir eine nominelle und eine reale Zuwachsrate. Bei der nominellen wird der Zuwachs in Tagespreisen wiedergegeben, bei der realen in inflationsbereinigten Preisen. Das reale Wirtschaftswachstum gibt also die tatsächliche Leistungssteigerung in produzierten Mengen wieder.

Langfristig gesehen und im Durchschnitt aller Jahrzehnte, lag das reale Wirtschaftswachstum in Deutschland bei etwa zwei bis drei Prozent. Drei Prozent reales Wachstum bedeutet z.B., dass statt 100 PKW's im Jahr darauf 103 produziert werden. Dieser Zuwachs erscheint nicht aufregend. Rechnet man jedoch die

Darstellung 47:

Prozentuales Wachstum



Mehrproduktion von drei Prozent auf die deutsche PKW-Produktion um, dann ergab sich daraus bereits in den 1990er Jahren eine *zusätzliche* Autoschlange, Stoßstange an Stoßstange, die von der österreichischen Grenze bis nach Dänemark reichte! Wie viel Energie und Rohstoffe für eine solche dreiprozentige Produktionssteigerung benötigt werden, kann man sich in etwa vorstellen. Hinzu kommt noch der größere Energieverbrauch, der beim Wirtschaftswachstum ebenfalls positiv zu Buche schlägt, obwohl die negativen Folgen dieses Wachstums immer mehr zu Tage treten! Außerdem bedeutet drei Prozent Wachs-

tum p.a. keine mengenmäßig gleich bleibende Größe, denn im nachfolgenden Jahr hat sich ja die als Messgrundlage herangezogene Autoschlange verlängert! Das heißt, die zusätzlichen drei Prozent werden jetzt nicht mehr auf 100, sondern auf 103 Einheiten bezogen, so dass sich bereits im zweiten Jahr eine Zunahme der produzierten Menge von rund 107 Stück ergibt!

Welche Folgen dieser anfangs so harmlos erscheinende Anstiegseffekt hat, zeigt die *Darstellung 46 be*i unterschiedlichen Wachtums-Prozentsätzen. Wie ersichtlich, ist der exponentielle Wachstumseffekt umso größer, je höher der Prozentsatz ist und je länger eine Wachstumsperiode anhält. So kommt es z. B. bei einem Wachstum von drei Prozent in rund 24 Jahren zu einer Verdoppelung der Ausgangsgröße, in 48 Jahren jedoch schon zu einer Vervierfachung und 72 Jahren - wie aus der Grafik links zu entnehmen - zu einem Anstieg auf das Achtfache. Geht man von fünf Prozent Wachstum aus, ist das Ergebnis nach 72 Jahren bereits das 32-fache! - Diejenigen Politiker, die auch heute noch ein ständig gleich bleibendes oder möglichst sogar noch steigendes Wachstum fordern und jetzt sogar mit Wachstumsbeschleunigungsgesetzen fördern wollen, wissen offensichtlich nicht, wovon sie reden.

Wie wurde die Wirtschaftsleistung seit 1950 tatsächlich gesteigert?

Trägt man die Entwicklung unserer Volkswirtschaft in realen Größen auf, dann hat sich die Wirtschaftsleistung in Deutschland seit 1948 tendenziell linear entwickelt. Das heißt, die Wirtschaftsleistung ist langfristig nicht mit gleichbleibenden, sondern mit nachlassenden prozentualen Wachstumsraten angestiegen. Gleich bleibend waren jedoch die durchschnittlichen jährlichen Zuwachs-*Mengen*. Das heißt, die jährliche Produktion - das Sozialprodukt - wurde von Jahr zu Jahr in etwa gleichem Umfang ausgeweitet, die jährlichen realen Wachstumsraten gingen jedoch ständig zurück.

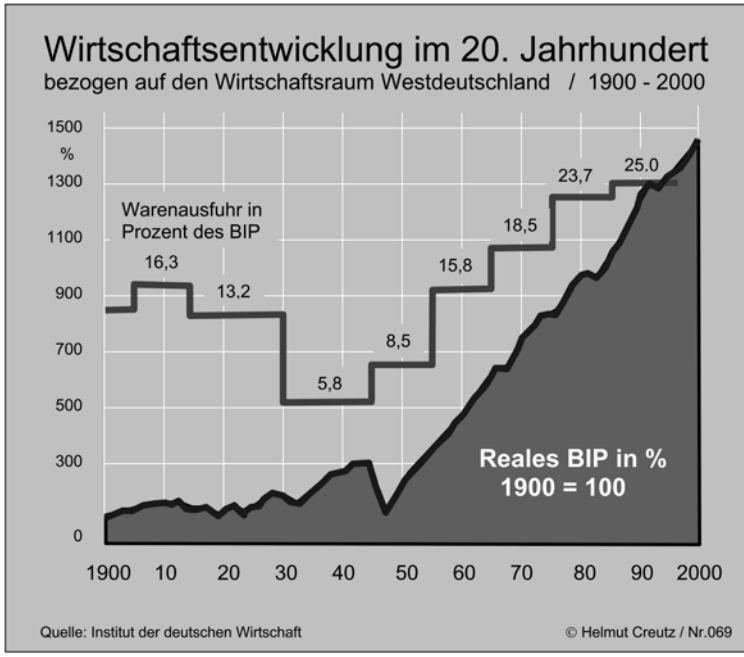
Ähnlich wie im ersten Jahrzehnt unseres neuen Jahrtausends in China, lagen diese Wachstumsraten im ersten

Nachkriegsjahrzehnt in Deutschland im Schnitt bei etwa 8,5 Prozent, was aufgrund der großen Zerstörungen und des immensen Nachholbedarfs in den ersten Nachkriegsjahren auch sinnvoll und erforderlich war! Im zweiten Jahrzehnt gingen die durchschnittlichen Wachstumsraten jedoch auf 4,5 und im dritten Jahrzehnt auf 2,5 Prozent zurück, wodurch es real zu dem dargestellten linearen Wachstum kam. Für diesen weiteren linearen Anstieg und damit für die jährlich gleich bleibenden Zuwachsmengen, reicht jedoch inzwischen bereits ein reales Wachstum von ein Prozent! Und welche ökologischen Folgen selbst diese geringen realen Wachstums-Raten in unseren Tagen haben, dürfte bekannt sein.

Diese lineare Nachkriegsentwicklung geht auch aus der *Darstellung 48* hervor, in der die Veränderungen der Wirtschaftsleistungen, bezogen auf das Gebiet Westdeutschlands, über das ganze letzte Jahrhundert hinweg wiedergegeben ist.

Darstellung 48:

Wirtschaftsentwicklung im 20. Jahrhundert



Was auf den ersten Blick bereits auffällt, ist nicht nur dieser lineare Anstieg in der zweiten Hälfte des Jahrhunderts, sondern auch der erreichte Stand zur Jahrtausendwende: Selbst gemessen an der fragwürdigen kriegsbedingten Spitzenleistung der westdeutschen Wirtschaft bis Mitte der 1940er Jahre und damit dem Höhepunkt des letzten Krieges, ist unsere heutiges Brutto-Inlandsprodukt, gemessen in realen Leistungen rund fünf Mal größer! Und dieser durchgehende lineare Anstieg in der zweiten Jahrhunderthälfte wird nur von kleinen Einbrüchen gestört, die jeweils mit den Hochzinsphasen zusammen hängen.

Betrachtet man jetzt einmal die erste Hälfte des vergangenen Jahrhunderts, dann zeichnen sich dagegen darin mehrere große Einbrüche ab: Neben den beiden Kriegen und den ihnen folgenden Staats- und Währungspleiten, ist als dritter gravierender Einbruch die weltweite Rezession zum Beginn der 1930er Jahre erkennbar.

Fast erschlagend aber ist der Unterschied der Leistungsentwicklungen, wenn man beide Hälften des Jahrhunderts miteinander vergleicht: Während die Spitzenleistung Anfang von 1945 bis 1948 auf ein Drittel einbrach, hatte sie - als ersten Schritt in das »Wirtschaftswunder« bis 1952 bereits wieder den kriegsbedingten Höchststand erreicht, um bis zum Ende des Jahrhunderts auf rund das Siebenfache(!) desselben anzusteigen. Geht man von 1948 aus, stieg die reale Leistung sogar auf rund das Zwanzigfache! Es bedarf keiner Erklärung, dass ein solcher ständiger Leistungsanstieg - so notwendig er anfangs auch gewesen ist - in unserer begrenzten Welt unmöglich immer weiter fortgesetzt werden kann.

Interessant sind ebenfalls die Angaben über die Exportleistungen in der Grafik, die in Prozenten des jeweiligen BIP wiedergegeben sind. Demnach lagen die Exporte bereits vor dem ersten Weltkrieg bei 16 Prozent, einer erheblichen Größe, die in der zweiten Hälfte des Jahrhunderts erst wieder um das Jahr 1960 erreicht und danach noch deutlich gesteigert wurde.

Geht man von der ersten Wachstumsregel aus, nach der es für alle Wachstumsprozesse eine optimale Größe gibt, dann war die anfängliche Steigerung der Wirtschaftsleistung nach

Ende des Zweiten Weltkriegs zweifellos noch als »natürlich« zu bezeichnen. Sie hätte sich jedoch, um ein nachhaltiges Wirtschaften und eine Überleben der Menschheit zu ermöglichen, nach und nach verlangsamen und schließlich auf einer Höhe stabilisieren müssen, die mit diesen Möglichkeiten unserer Erde vereinbar ist.

Eine solche Leistungsstabilisierung - abfällig »Nullwachstum« genannt - bedeutet aber keinesfalls einen Stillstand der Wohlstandsentwicklung oder gar einen Rückschritt, auch wenn das immer wieder behauptet wird. Durch den weiteren technologischen Fortschritt könnte das auch bei rückläufigem Naturverbrauch noch möglich sein, vor allem bereits durch eine Verlängerung der Lebensdauer aller Produkte. Und verzichtet man auf eine Steigerung des Lebensstandards und gibt sich mit der Bestandserhaltung zufrieden, dann könnte man, bei Aufrechterhaltung des einmal erreichten Niveaus, die Arbeitszeiten ständig verkürzen. - Man hätte also auch bei Nullwachstum die Wahl zwischen weiteren materiellen Wohlstandssteigerungen oder zusätzlicher Freizeit.

Warum kam es zu dem ständigen Wirtschaftswachstum?

Eine Wirtschaft, die von den Bedürfnissen der Menschen gesteuert wird und von deren Bereitschaft, für die Erfüllung dieser Bedürfnisse zu arbeiten, würde immer einen Entwicklungsverlauf nehmen, der den natürlichen Wachstumskurven entspricht. So unterschiedlich die Bedürfnisse und Wünsche auch sein mögen: Irgendwann und -wo schlägt dieser natürliche Sättigungseffekt bremsend durch.

Geht man von diesen Gesetzmäßigkeiten aus, dann hätte sich unsere Volkswirtschaft nach dem letzten Weltkrieg also etwa so entwickeln müssen, wie dies mit der Wachstumskurve a) in der *Darstellung 45* wiedergegeben ist. Tatsächlich machten sich in Deutschland im Laufe der 50er Jahre auch bereits gewisse »Ermüdungserscheinungen« bemerkbar: Die größten kriegsbedingten Mängel waren überwunden, die »Fresswelle«,

die »Kleiderwelle« und selbst die »Wohnwelle« flachten sich ab und damit auch der allgemeine Wachstumsdrang. Doch statt dieser natürlichen Entwicklung nachzugeben, schaltete man in der Sinngebung des Wirtschaftens um: Nicht mehr die Bedarfs*deckung* - der Sinn allen humanen Wirtschaftens - sondern die Bedarf*weckung* wurde als Hauptziel deklariert. Das heißt, der Mensch, vorher noch bestimmendes Subjekt allen Wirtschaftens, wurde zum Objekt umfunktioniert und durch zunehmende raffiniertere Werbung, wechselnde modische Effekte und sogar eingeplante kürzere Lebensdauer der Produkte immer wieder zum Kaufen und zu Leistungssteigerungen verführt bzw. sogar gezwungen.

Das heißt, der Mensch, in Jahrmillionen zum Sammler, Bewahrer und *Ge*-braucher der irdischen wie der selbst geschaffenen Güter herangewachsen, wurde systematisch zum Wegwerfer und *Ver*braucher umerzogen. Der Begriff »Normalverbraucher« wurde kreiert, und das war derjenige, der möglichst viele Güter in möglichst kurzer Zeit ersetzte oder vermehrte. Und nach der bereits genannten Fress,- Kleider- und Wohnwelle wurde sogar regelrecht eine »Wegwerfwelle« propagiert. »Ex und hopp« war ein Werbeslogan, mit dem man Ende der 50er Jahre für Wegwerfflaschen und -verpackungen warb, und das alles nur, um den Verbrauch und damit wiederum die Produktion im bisherigen Tempo weiter steigern zu können.

Dabei hatte der langjährige Präsident des Landes Niedersachsen und später auch des Landes Sachsen, Kurt Biedenkopf, bereits 1994 auf der 56. Physikertagung in Berlin, auf die Fragwürdigkeit dieser ständigen Wachstumserwartungen und -forderungen hingewiesen:

> *»Das politische System unseres Landes beruht auf Annahmen, die mit der Lebenswirklichkeit nicht länger vereinbar sind; auf der Annahme nämlich, dass ein stetes exponentielles Wachstum der materiell verfügbaren Ressourcen, des materiellen Bruttosozialproduktes, dauerhaft möglich ist. Sämtliche seiner wesentlichen Grundlagen, Strukturen, Verhaltensweisen und Erwartungen sind durch diese An-*

nahme inhaltlich geprägt. Sein Geldsystem und die Marktwerte der Güter- und Dienstleistungen beruhen auf ihr ... Wer die Möglichkeit dauerhaften exponentiellen Wachstums leugnet, gefährdet deshalb das gegenwärtig reale demokratische Herrschaftssystem ebenso wie die Beweise Galileis das damalige Herrschaftssystem der Kirche gefährdeten.«

Und am 25, November 2004 zitiert ihn die Wochenzeitung DIE ZEIT:

»Jede menschliche Ordnung, die immerwährendes materielles Wachstum zur Voraussetzung hat, muss früher oder später scheitern. Denn die Erfüllung dieser Voraussetzung ist objektiv unmöglich. Eine Politik, welche die Zukunftsfähigkeit des Landes und seiner freiheitlichen Ordnung von dauerhaftem Wachstum abhängig macht, kann deshalb keine lebenswerte Zukunft bieten. Ihr fehlt der tiefere Sinn.«

Warum aber - trotz aller Vorbehalte - dieses ständige Wachstum in unserer heutigen Wirtschaftsform erforderlich ist, wird im nachfolgenden Kapitel näher untersucht.

20. Kapitel

Die Ursachen unseres Wachstumszwangs

»Ein funktionierendes kapitalistisches Wirtschaftssystem muß sich ständig ausweiten. Jeder Rückgang in der Produktion löst eine Wirtschaftskrise mit all ihren bedenklichen Folgen aus: Arbeitslosigkeit, sinkende Einkommen, steigende Staatsverschuldung!

Volker Hauff*

Wie aus den Zitaten von Kurt Biedenkopf im vorhergehenden Kapitel zu entnehmen, ist ein ständiges Wirtschaftswachstum in einer begrenzten Welt unmöglich. Wie aus der hier zitierten Aussage hervorgeht, ist dieses ständige Wachstum jedoch in einem kapitalistischen Wirtschaftssystem die Voraussetzung für dessen Existenz! - Warum dieser Widerspruch?

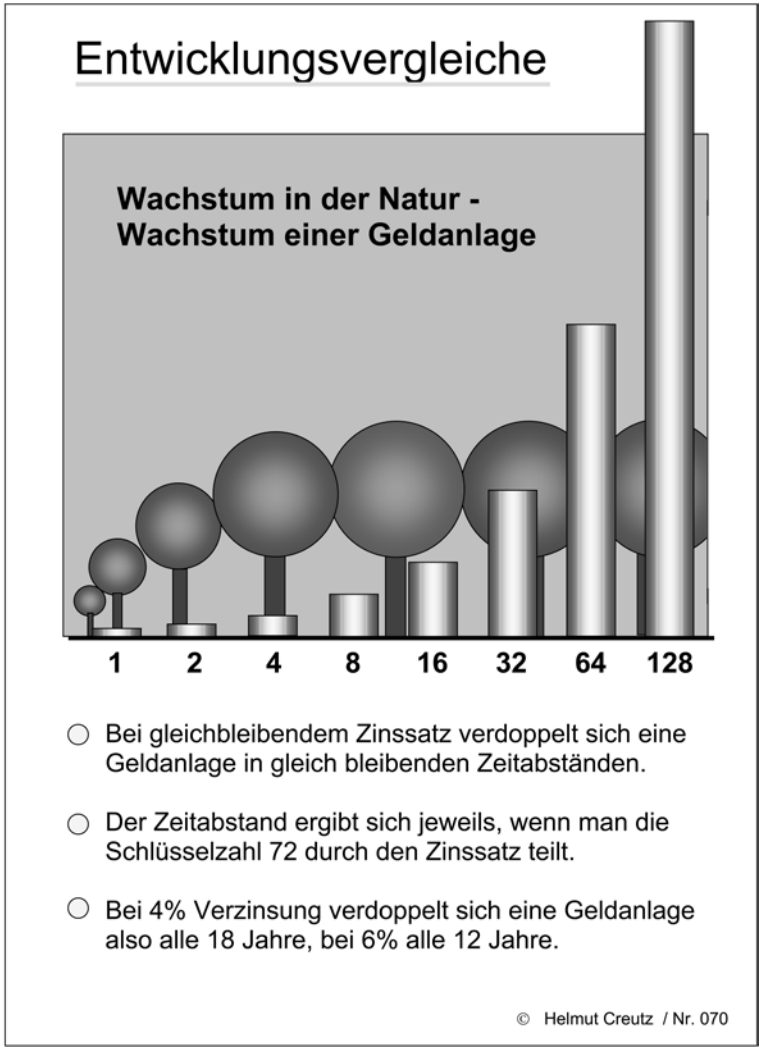
Warum ist ein kapitalistisches Wirtschaftssystem zur Ausweitung gezwungen?

Erinnern wir uns an die zweite Wachstumsregel, nach der ein Organismus nur stabil bleiben kann, wenn sich alle seine Teile im Gleichschritt mit dem Ganzen entwickeln. Wächst ein Teil rascher, kommt es zu Spannungen und Komplikationen, bis hin zum Kollaps. Vermeidbar ist dieses Ende nur, wenn es gelingt, dem Überwachstum Einhalt zu gebieten. Ist das nicht möglich, bleibt als Alternative nur der Versuch, die Entwicklung des gesamten Organismus dem Überwachstum jenes Teiles anzupassen.

Johannes Jenetzky, in den 1990er Jahren Lehrer für Steuerrecht in Baden-Württemberg, hat die Notwendigkeit dieses

* Ehemaliger deutscher Bundesminister, in »Argumente in der Energiediskussion«, 1978

Darstellung 49:
Entwicklungsvergleiche



ständigen Wachsen-Müssens einmal als »Ross-Reiter-Dilemma« erklärt: Wenn ein Reiter immer größer und schwerer wird, muss das Pferd versuchen mit zu wachsen, wenn es nicht unter dem Reiter zusammenbrechen will. Gibt es denn in unserer Wirtschaft einen »Reiter«, der immer größer und schwerer

wird und der das »Ross« zum Mitwachsen zwingt? Gibt es in unserem Wirtschaftsorganismus einen Teil, der rascher als das Ganze wächst, evtl. sogar exponentiell, wie die Menge der Getreidekörner bei dem Schachbrettbeispiel im letzten Kapitel?

Sehen wir uns die nachfolgende *Darstellung 49* an, dann zeigt sich, dass es in unserer Wirtschaft tatsächlich eine Größe gibt, die sich konträr zum natürlichen Wachstumsablauf - wie dem des dargestellten Baumes - entwickelt. Und zwar nicht nur mit gleichbleibenden Zuwachsmengen, wie beim linearen Wachstum unseres Bruttosozialprodukts, sondern mit exponentieller Tendenz. - Die Rede ist vom Geld, bzw. richtiger: Von den Geldersparnissen, die gegen Zinsen in der Wirtschaft angelegt sind, wie das in der Darstellung ….. , im Gegensatz zum natürlichen Wachstum, wiedergegeben ist.

Warum zwingt der Zins zum Wachstum?

Hat jemand einen verzinsten Kredit aufgenommen, muß er mehr zurückzahlen, als er erhalten hat. Um dieses Mehr - den laufend zu zahlenden Zinsbetrag - wird sein Einkommen bis zur Tilgung des Kredits reduziert. Will er das vermeiden, dann muß er in Höhe dieses Zinsbetrags mehr leisten und diese Mehrleistung zusätzlich auf dem Markt absetzen. Das gilt nicht nur für die einzelnen Kredit aufnehmenden Bürger, sondern genauso für jedes Unternehmen, jede Gemeinde und jeden Staat: Entweder führt also der Zins zur Verarmung der Werteschaffenden oder er zwingt zur höheren Leistung.

So wie auf der Seite der Werteschaffenden durch die Zinsen die Lasten anwachsen, so durch die Zinsen auf der anderen Seite die Einkommen. Da auf dieser Seite aber bereits vorher Geld zuviel vorhanden war, nehmen die Geldvermögen durch den Zinstransfer also noch weiter zu, zumindest in dem Maße, wie man die Zuwächse nicht laufend abhebt und verkonsumiert. Und legt man die Zinszuwächse in Sachvermögen in der Wirtschaft an, wird dieser Effekt nur vom Geld- ins Sachkapital verlagert.

»Die starre Rentabilitätspflicht, infolge deren sich die Geldvermögen stur mechanisch immerfort vermehren, überträgt sich also auf die Wirtschaft insgesamt und erlegt ihr ein andauerndes Wachstum auf. Es ist ein unentrinnbarer Zwang«.

So heißt es in einem Papier des Arbeitskreises Geld und Finanzen des BUND Baden-Württemberg. Und diese Geldvermögen vermehren sich nicht nachlassend oder linear, sondern - wie schon mehrfach dargelegt - durch den Zinseszins-Effekt mit zunehmender Beschleunigung.

Sollen sich die sozialen Spannungen nicht vergrößern, dann muß das Wachstum der Wirtschaft also dem der zinstragenden Kapitalien entsprechen. Kein Wunder, dass den Politikern die Knie weich werden, wenn die Wachstumsrate unserer Volkswirtschaft einmal gegen Null zu sinken droht. Denn:

»Solange die Wachstumsrate des nominalen Bruttosozialproduktes das Niveau des Zinssatzes ... erreicht, bleibt die Zinslastquote unverändert ... Dies ist der Hauptgrund, warum auch umweltbewusste Ökonomen den Standpunkt vertreten, daß wir uns ... ein Nullwachstum gar nicht leisten können.«

So umschrieb der schweizerische Nationalökonom *Gottfried Bombach* bereits Anfang der 1990er Jahre die dargelegten Zusammenhänge in einer Zeitschrift des Schweizerischen Bankvereins. Im Umkehrschluss heißt das also, dass wir uns ein Nullwachstum - Voraussetzung einer Erholung unserer Umwelt - nur bei einem Nullzins leisten könnten.

Wie wurden die stetigen Wachstumssteigerungen erreicht?

Sinn jeder Wirtschaft ist des, die Bedürfnisse der Menschen in dem Maße zu decken, wie es ihrer Leistungsbereitschaft entspricht. Diese Bedarfsdeckungs-Wellen, die sich nach den